

Wir brauchen die Sportförderung dringend in den Vereinen. Das ist bereits alles angeklungen. Wir brauchen sie auch als Ersatz in manchen Bereichen. Durch die Kürzung der Stundenkontingente in den Schulen ist es auch im Bereich der Leibeserziehungen zu ziemlichen Einsparungen gekommen. Es kam zu Gruppenzusammenlegungen, und bei den unverbindlichen Übungen sind wir in manchen Schulen ziemlich auf Null gestellt, so daß wir es uns nicht mehr leisten können, Neigungsgruppen für Fußball, für Tennis oder für Volleyball zu installieren. Es gibt auch bei Schulen, die sportliche Schwerpunkte haben, Schwierigkeiten durch diese Kontingentverteilung. Gerade in diesem Bereich wären dann die Sportfördermittel einzusetzen, um den Vereinen die Möglichkeit zu geben, noch mehr Sport für die Jugend zu fördern und die Jugendarbeit in den Vereinen zu forcieren.

Nachdem ich bei der vorhergehenden Debatte auch nur fünf Minuten Möglichkeit zu reden hatte, darf ich noch einmal auf die Gruppe 2, und zwar auf den Unterricht, zurückkommen und auf eine Äußerung von Frau Kollegin Dietrich eingehen, die sie gestern gemacht hatte, und zwar wegen der Leiterbestellungen. Ich weiß schon, bei den Leiterbestellungen in den Schulen hat es immer wieder Probleme gegeben, aber wir sind in diesem Bereich mit den Hearings einen Schritt weitergekommen. Eine Feststellung dazu noch, es gibt eben wirklich sehr viele engagierte und gut qualifizierte Lehrer, und wenn die sich dann um eine Leiterstelle bewerben, dann ist das Auswahlverfahren sicherlich schwierig und die Entscheidung, den richtigen zu treffen, nicht immer ganz einfach.

Aber es taucht in diesem Bereich, und das ist hier nicht angesprochen worden, ein weiteres Problem auf. Wir haben heute in manchen Schultypen nicht einmal mehr genügend pragmatisierte Lehrer zur Verfügung, die um eine Schulleitung ansuchen können. Deswegen wäre es ganz wichtig, daß wir hier einen Schritt setzen. Entweder müssen wir nämlich mehr Lehrer pragmatisieren – das wäre eine Forderung der Gewerkschaft – oder wir müssen das Landeslehrerdienstrechtsgesetz in diese Richtung ändern – da ist wieder der Bund aufgefordert –, damit wir diesem Problem begegnen können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.30 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schützenhöfer (12.30 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, mir nicht böse zu sein, aber ich sage Ihnen schon in aller Deutlichkeit, die Haltung, die Sie gegenüber dem Sport in diesem Lande einnehmen, ist mehr als jämmerlich. Anstatt daß Sie sich ein bißchen darüber freuen, daß dieses Land zum Sportland Nummer eins geworden ist, anstatt daß Sie sich ein bißchen darüber freuen, daß nach all den schäbigen Debatten, die wir im Zusammenhang mit dem A1-Ring gehabt haben (Abg. Mag. Erlitz: „Kollege Schützenhöfer, stimmt nicht!“), dieser A1-Ring nunmehr sportlich und auch finanziell ein großer Erfolg geworden ist, gehen Sie her und spielen Spitzensport mit Breitensport aus, ja noch mehr, Sie sind es, die in die Sportpolitik dieses

Landes nichts anderes als den Klassenkampf hineinbringen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Erlitz: „So ein Blödsinn!“)

Meine Damen und Herren, das ist unakzeptabel, was Sie hier aufführen.

Wir haben Erfolg und sollten zu einem Erfolg nach einer Debatte, die wir gehabt haben, auch miteinander stehen können. Irren ist menschlich! Sie haben sich beim A1-Ring geirrt. Wir haben uns möglicherweise in anderen Bereichen geirrt. Aber jetzt, wo die Ernte im wesentlichen eingebracht ist, sich hier herstellen, Herr Abgeordneter Erlitz, und das Projekt und die Sportpolitik insgesamt wiederum nur schlecht zu machen, das ist unakzeptabel, und ich weise das, was Sie insgesamt gesagt haben, in aller Form zurück, weil es gegen das Land gerichtet ist (Beifall bei der ÖVP.) und weil es gegen die vielen Sportlerinnen und Sportler gerichtet ist, aber auch gegen die Zuschauer.

Na selbstverständlich lebt Sport von den Sportlern und von den Zuschauern. Das ist auf der ganzen Welt so. Und selbstverständlich ist es so, daß wir den Spitzensport fördern wollen. Ja selbstverständlich sind wir stolz darauf, daß wir dem GAK und Sturm etwas geben können. Aber selbstverständlich geht es auch darum, den Breitensport entsprechend zu fördern, so gut wir nur können. Wir haben genau vor einer Woche im Finanz-Ausschuß eine entsprechende Resolution über Ihren Antrag auch als ÖVP selbstverständlich mit beschlossen.

Ich hoffe, daß sich der Sportlandesrat beim Finanzlandesrat durchsetzen kann und daß der Finanzlandesrat gegenüber dem Sport eine andere Haltung einnimmt als in den letzten Jahren. Denn wir haben sehr viel weniger Budget, als etwa vergleichbare Bundesländer, wie Niederösterreich und Oberösterreich, und bringen in der Summe mehr zusammen. Bravo, Gerhard Hirschmann, was du in den letzten Jahren in diesem Zusammenhang geleistet hast! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, nur eines in aller Form noch einmal sagen, weil das mein Vordränger gesagt hat wegen dem Ecclestone. Ecclestone hin und Ecclestone her, feuchte Augen bekomme ich keine wegen dem Ecclestone. Wir haben von ihm auch nichts bekommen. Bekommen hat er gar nicht wenig, und vielleicht hat er feuchte Augen bekommen, der Führer der Arbeiterpartei in England, Tony Blair, wenn die Zeitungen richtig geschrieben haben. Aber was ich noch einmal sage, meine Damen und Herren von der SPÖ, und das sage ich in Ruhe, aber mit aller Deutlichkeit: Kommen wir weg von dem Blockadesystem, wir haben uns nach dem 17. Dezember 1995 dazu entschieden. Ich stelle fest, daß in diesem Bereich das Schlechtmachen wieder um sich greift. Wir antworten darauf nicht, indem wir andere Projekte schlecht machen, so sehr wir darüber diskutieren, über Sinnhaftigkeit von diesem oder jenem Großprojekt. Aber ich bitte Sie, kehren Sie zurück zur Zusammenarbeit, und bringen Sie den Mut auf, sich über Erfolge, wenn sie da sind, auch zu freuen. Ich habe den Eindruck, was Hirschmann macht, darf nicht gelingen. Schließlich vielleicht, was Pörtl, Paierl und zum Schluß die Frau Landeshauptmann machen, wir sehen das sehr genau. Und ich bitte Sie, die Grenze nicht zu überschreiten. (Abg. Mag. Erlitz: „Wehleidig!“)

Das hat mit Wehleidigkeit nichts zu tun. (Abg. Mag. Erlitz: „Selbstverständlich!“) Sie, Herr Prof. Erlitz, was Sie hier verlesen haben, halte ich Ihnen zugute, kann von Ihnen nicht sein, denn sonst müßte ich es noch mehr verurteilen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.36 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Flecker. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Flecker** (12.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Was der Kollege Schützenhöfer jetzt von sich gegeben hat, ist eine Mischung von Beleidigung und beleidigt sein. Sie haben die Haltung unserer Fraktion als jämmerlich dargestellt, ein äußerst interessantes Verb in diesem Zusammenhang. Ich glaube, Sie setzen damit letztlich nur den Stil fort, den der Kollege Hirschmann gestern zu später Stunde dem Kollegen Korp gegenüber eingeschlagen hat, und ich vermisste noch immer seine Entschuldigung dafür.

Meine Damen und Herren, ich halte es für ein bedauerliches Zeichen, daß die Sportpolitik des Landes sich offenbar darin erschöpft, ob man für oder gegen den A1-Ring ist, aus Ihrer Sicht. Meine Damen und Herren, der Herr Landesrat Hirschmann hat in einem Gespräch mit dem Abgeordneten Erlitz gerade früher selbst gesagt, eigentlich hat das nichts mit der Sportförderung zu tun, und es ist auch richtig so. Ich verstehe nicht, wieso Sie nichts anderes können, als über den A1-Ring zu reden und über diesen Vertrag zu reden. (Abg. Purr: „Ihr habt das angefangen!“)

Ich sage Ihnen nur eines noch dazu. Sport erschöpft sich bei Ihnen beim A1-Ring, und weil Sturm jetzt vorne ist, was mich freut, ist die Steiermark das Sportland Nummer eins. Aber, meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, daß durch das Verbot der Tabakwerbung, das ab 2003 dann, glaube ich, letztlich greift (Abg. Dr. Lopatka: „2006! Das ist ein Unterschied!“) oder 2006, im Moment der Ecclestone jederzeit aus diesem Vertrag ohne sonstige Angabe von Gründen aussteigen könnte, und das beweist, mit welcher Fahrlässigkeit Sie diesen Vertrag abgeschlossen haben. (Beifall bei der SPÖ.) Die Redlichkeit des Herrn Ecclestone ist insofern in Frage gestellt, nicht weil er dem Tony Blair eine Parteispende gegeben hat, sondern weil er offenbar bereit ist, um für sich Vorteile herauszuschinden, Parteien und Personen Geldspenden zu geben. Das heißt nichts anderes, als Leute zu bestechen. Und ich glaube, mit solchen Leuten soll man nicht übertrieben viel zu tun haben. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Purr: „Da hat sich der Richtige zum Wort gemeldet!“)

Zum Abschluß noch eines: Meine Damen und Herren, wir haben in der Frage des A1-Ringes eine konsequente Haltung gehabt. Wir halten sie auch heute durch. Und wenn Sie das unter Schlechtmachen verstehen, dann verstehe ich das nicht. Sie müssen halt auch in Kauf nehmen, daß wir in einer Sache anderer Meinung sind. Wir werden unsere Meinung auch nicht ändern, wenn Sie die Tränendrüsen drücken, weil es gerade halt den Herrn Landesrat Hirschmann trifft. (Abg. Schützenhöfer: „Sie haben uns insgesamt schlecht gemacht!“) Das muß er doch aushalten, daß das so ist, und wir sind bestätigt worden in unserer

Haltung anhand der Studien über den wirtschaftlichen Sinn beziehungsweise Unsinn dieser Veranstaltung. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Abschluß noch, Herr Kollege Schützenhöfer: Daß Sie ein Emanzipieren des Breitensportes gegenüber dem von Ihnen so hoch gelobten Spitzensport oder gegenüber Veranstaltungen wie den A1-Ring als Klassenkampf bezeichnen, beweist mir nichts anderes, daß manchmal bei euch wirklich von unserer Seite her Klassenkampf notwendig ist. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.40 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Peinhaupt** (12.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es wäre mir lieber, statt Klassenkampf einen Klassenkampf zu sehen in diesem Hohen Haus. Denn zu einer Sportdebatte gehören wahrscheinlich auch sportliche Leistungen, und ich erinnere an die des Kollegen Grabner anlässlich der Ö-Ring-Diskussion, dreifacher Salto rückwärts mit nicht so ganz glücklicher Landung, ich erinnere an die des Herrn Kollegen Erlitz vor zehn Minuten, Spagat und die Füße nicht mehr zusammengebracht, aber auch an die des Herrn Schützenhöfer, in die Hocke gegangen und nie mehr aufgekommen. Was das de facto heißt, das wissen wir ja. (Abg. Mag. Erlitz: „Rundumschlag!“)

Ich hoffe, du hast dich wenigstens betroffen gefühlt. Freut mich, zu hören. Ich weiß es hoch zu schätzen. Ich glaube, daß grundsätzlich gar nicht soviel auseinanderläuft in diesem Haus. Die einen setzen dorthin Schwerpunkte oder wollen sie gesetzt haben, die anderen dahin. Beide gemeinsam beschließen ja dieses Budget und erklären sich meines Erachtens deshalb auch mit dem Inhalt einverstanden. In irgendeiner lateinischen Schrift habe ich einmal gelesen und habe das ein bißchen auf die Sportdebatte umgemünzt, es würde für uns alle gelten, *si vis sportem para mortem*. Und nach dem sollten wir uns, glaube ich, auch richten. Denn der Spitzensport, der wächst sicher aus dem Breitensport.

Zu all jenen Faktoren, die gesagt worden sind, Gesundheit, sozialpolitisch, kommt wohl noch der, daß ich das Interesse für den Sport wecke. Aber wie soll ich denn das Interesse wecken, wenn ich nicht die Möglichkeiten der Motivation habe? Und Motivation für die Jugend ist in der heutigen Zeit halt einmal das große Sportereignis, das ist halt einmal ein A1-Ring, das ist ein Abfahrtslauf in der Ramsau (Abg. Mag. Erlitz: „In der Schule und im Verein findet die Motivation statt!“), das ist ein Event in der Tennishalle. Ich muß Ihnen eines sagen, ich gebe dir schon recht, früher haben die Kinder mit den Schiern noch in die Schule fahren müssen und haben dadurch das Schifahren gelernt, aber der heutigen Jugend – und das hat der Kollege Lopatka gesagt – muß man Inhalte geben, man muß ihnen Vorbilder geben. (Abg. Mag. Erlitz: „Auch persönliche Vorbilder!“) Für das persönliche Vorbild hast du als Lehrer ja zu wenig Zeit, das weiß ich sehr wohl. (Abg. Mag. Erlitz: „Goldberger, Superidol. Solche Idole brauchen wir!“)

Nur eines darf ich noch sagen, warum ich mich jetzt hier herausgestellt habe, es geht mir jetzt schon auch um Olympia. Und Olympia, da sind wir uns ja einig, daß das eine Großveranstaltung in der Steiermark wäre, wo wir schon Jahre vorher die strukturellen Voraussetzungen dafür erbringen könnten, wo uns der Bund die dementsprechenden Mittel zur Verfügung stellen müßte, um aufzurüsten, nicht nur werbemäßig. Auch die Jugend könnte damit motiviert werden. Nur, woran ist es denn gescheitert? Wenn der Kollege Lopatka heute hergeht, der böse Peter Schachner, der will nicht, dann muß ich klipp und klar sagen (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ja, stimmt!“), warum denn, mit den Freiheitlichen hat doch nie jemand gesprochen, oder habt ihr uns gar nicht fragen getraut, damit ihr die zarten Bande des Gemeinsamen nicht gefährdet? Oder habt ihr nicht dürfen, daß ihr uns fragt? Weil das Miteinander im Sport hat sich auch in dieser Diskussion nur auf das bestätigt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich war wirklich dagegen. Das stimmt!“)

Das weiß ich schon, aber eine Mehrheit hätte es trotzdem gegeben, hätte man nur gefragt. Nur hat man sich nicht getraut zu fragen, um die zarten Bande nicht zu gefährden, denn das sportliche Miteinander hat in diesem Hause ja zwischen der rechten und der linken Seite (Beifall bei der FPÖ.) nur dahin gehend bestanden, daß man – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist falsch, weil das war vor der Landtagswahl!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Nein!“)

Nein, nein, die erste Bewerbung war vorher, die zweite danach – 2002 – 2006. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege, es gibt ja einen Grundsatz bei uns, wir ändern unsere Meinung nicht jeden Tag!“)

Diese Meinung und diesen Meinungskurs, Herr Landeshauptmann, darf ich Ihnen an der Haltung Ihrer Partei am Österreicher Ring erklären. Diese Meinung hat sich nämlich so oft geändert, so viele Kurven – rechts und links, ganz Wurst wohin – der Ring hat. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Daß ich auf den Hauptkern zurückkomme, die sportliche Auseinandersetzung beschränkt sich oder hat sich zumindest beschränkt lediglich auf das sportliche Beschaffen von Machtpositionen in diesem Land. Mit dem „Fall Konrad“ war die Schmerzgrenze überschritten und die SPÖ hat der ÖVP auf Grund dieses schweren Fouls die rote Karte gegeben, oder ist es wirklich nur ein Zeitausschluß? (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, abschließend wünsche ich Ihnen nur – von der ÖVP und von der SPÖ –, daß Ihre traute Gemeinsamkeit nicht eine gähnende Einsamkeit wird. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 12.45 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Das Schlußwort zum Bereich „Sport“ hat der Herr Landesrat Hirschmann. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dr. Hirschmann (12.46 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Einige Abgeordnete verlassen den Saal.)

Einer wird ja dableiben, der Ussar bleibt sicher da, und der Erlitz bleibt auch da. Der Ussar ist mir der Wichtigste, weil er der einzige ist, der den Überblick hat und auch ein echter Ansprechpartner ist. (Abg. Gross: „Das heißt, wir können auch gehen?“) Barbara, du kannst auch gehen, das ist gar kein Problem.

Es zeigt nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Zustand der SPÖ im Moment, und ich fürchte im Interesse des Landes ein anhaltender. Sie halten sich selber nicht mehr aus, uns sowieso nicht, und deswegen gehen sie nach außen. Sie werden sich draußen in irgendwelchen Kränzchen zusammensetzen.

Ich sage gleich vorweg eines, meine verehrten Damen und Herren, ich freue mich zunächst einmal im Interesse des Sports, daß es hier wenigstens eine lebendige, lebhaftige Debatte gibt. Helmut Griess, ich kann dir helfen, es ist der Erlitz da, mein alter Freund Ussar, der Sportskamerad Gennaro und mein Naturschützer Getzinger. Alles echte Sozialdemokraten, mit denen man noch reden kann. Es ist auch gut, wenn wir weniger sind, kommen wir leichter zu einem Konsens.

Ich freue mich zunächst einmal, meine verehrten Damen und Herren, daß der Sport endlich ein Thema in diesem Lande ist. Das tut der SPÖ weh! Wir freuen uns trotzdem darüber, daß die Steiermark das Land Nummer eins im Bereich des Sports ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweitens, meine verehrten Damen und Herren, lieber Erlitz, generell zu der Geschichte, es gibt einen schönen Spruch, den du kennst: „Es sind die schlechtesten Früchte nicht, an denen die Wespen nagen.“ In diesem Sinne habe ich dich heute verstanden. Für dich als Mann der Bildung und des Intellekts gilt eine Generalabsolution im Sinne Schützenhöferscher Wortmeldung, denn das kann nicht von dir sein, denn so viele Ungereimtheiten in einem Paket habe ich selten erlebt.

Ich werde in Kürze, damit ich die Zeit nicht zu sehr stehle, zu einigen Dingen Stellung nehmen müssen, weil es mir aus der Sicht und dem Interesse des Sports natürlich wichtig ist, daß man einige Dinge bei so einer Gelegenheit aufklären darf.

Ich bin vollkommen d'accord, obwohl man die Dinge so nicht trennen kann. Ich habe aber bei jeder Zusammenkunft von Sportfunktionären in diesem Lande – und da sind immer Gott sei Dank sehr viele von der SPÖ dabei, von der FPÖ, Unabhängige – gesagt – (Abg. Dr. Wabl: „Grüne!“) Grüne sowieso, Martin –, damit es überhaupt keinen Irrtum gibt, Projekte wie Olympische Spiele, Projekte wie der A1-Ring, Projekte wie die Fußball-EM haben mit dem Sport auch etwas zu tun, aber sind nicht Gegenstand meiner Sportpolitik, sondern ausschließlich Gegenstand meiner Fremdenverkehrspolitik. Sie dürfen sich schon fürchten, meine verehrten Damen und Herren, morgen, lieber Erlitz, ich hoffe, du bist wieder da, morgen werden wir eine andere Dreier- oder Viererkonstellation bei euch haben –, beim Thema „Fremdenverkehr“ kommt die volle Länge und Breite zu diesem Thema.

Vorweg eines, weil mein alter Freund Helmut Griess gerade da ist und die Pressebank darüber hinaus auch gut besetzt ist, der Herr Flecker, der Herr Hofrat

Flecker und einige wenige in diesem Land, zu denen ich den Landesrat Ressel nicht zähle, damit es bei dieser Gelegenheit angesprochen worden ist, weil der noch Sorge um dieses Land hat, was ihn unterscheidet von manchen Sozialdemokraten, die haben sich riesige Hoffnungen gemacht im Hinblick auf den 4. Dezember in Brüssel, EU, Tabakwerbverbot. Auch diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Für uns war das klar, daß sie nicht aufgeht. Und das, was German Vesko heute hier gesagt hat, und das sind ja die wirklich armseligen Rückzugsgefechte einiger SPÖ-Kanoniere, daß sie noch immer schauen, daß das ja nicht sein darf, was ist, daß wir Gott sein Dank – aber wie gesagt, ich werde mich zum Thema „Fremdenverkehr“ in diesem Zusammenhang äußern – eine tolle Geschichte haben.

Lieber Erlitz, in dem Zusammenhang vielleicht kannst du ihm folgendes ausrichten, dem Herrn Flecker, weil da ist er ein Weltmeister – ich gebe zu, ich bin da durchaus emotional erregbar, und nicht nur künstlich, wie du, weil du hast dich etwas besser in der Hand, sondern mich trifft es manchmal noch wirklich, gestern und auch ein bißchen heute – richtets ihm folgendes aus: Das, was er heute hier gesagt hat über den Herrn Ecclestone, weise ich mit Entschiedenheit im Interesse dieses Landes zurück. Denn wir haben ihn einmal schon so vertrieben, daß wir ihn schlecht gemacht haben. Es ist auch hier German Vesko 100prozentig dafür, dem ich dafür sehr dankbar bin, nicht daß er es heute gesagt hat, sondern daß er damals mitgeholfen hat, und ohne ihn wäre es nicht gegangen. Wenn ich einen Geschäftspartner habe, ist das so: Er verdient etwas, aber wir verdienen auch sehr viel. Und apropos Bestechung: Tony Blair! Hermann Schützenhöfer hat hier nur etwas wiedergegeben, was man mittlerweile weiß im Kontinent. Nur, zur Bestechungen gehören immer zwei, einer, der es tut, und einer, der mitspielt und die Hand aufhält. Ich möchte den Herrn Tony Blair hier nicht qualifizieren, weil ich ihn persönlich, ehrlich gesagt, für einen politischen Hoffnungsträger des Kontinents halte, damit wir uns da auch richtig verstehen. Und ich will das gar nicht qualifizieren in diesem Zusammenhang, aber das möchte ich unterstreichen, was Hermann Schützenhöfer gesagt hat, der Tony Blair weiß, was das wirtschaftlich – noch einmal: wirtschaftlich – bedeutet. Und da bin ich völlig bei dir, ich rede ja jetzt nicht zur Sportdebatte, ich habe mir das herausgenommen. Ich möchte das wirklich mit Entschiedenheit so verstanden wissen, lieber Wolfgang Erlitz. Und ich freue mich, daß wir da gemeinsame Lernprozesse durchmachen können. Das ist Wirtschaft, das ist Fremdenverkehr! (Abg. Mag. Erlitz: „Das meine ich!“)

Jetzt komme ich zur Sportpolitik! Ich möchte zu allererst dem Hofrat Stehlik, der da hinten sitzt, und den Damen und Herren, die in der Sportabteilung arbeiten, jahraus, jahrein, mit einer kleinen, aber tüchtigen Mannschaft, ihm und den Hunderten, den Tausenden Menschen, die in diesem Lande die Sache des Sports als Funktionäre, Betreuer, was immer auch, vertreten, ein großes Wort des Dankes sagen, weil es die größte freiwillige soziale Leistung ist, die jahraus, jahrein in diesem Lande geschieht. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Zweite, meine verehrten Damen und Herren und lieber Wolfgang Erlitz, da kann ich dich von intellektueller Widersprüchlichkeit nicht freisprechen, das Auseinanderdividieren von Spitzensport und Breitensport ist intellektuell unredlich. (Abg. Mag. Erlitz: „Das habe ich nicht getan, wenn du aufgepaßt hast!“) Wolfgang, okay, ich freue mich, daß du das jetzt eingestehst.

Ich freue mich, daß du lernbereit bist, und wir sind da völlig d'accord. Ohne Breitensport gibt es keinen Spitzensport, und ohne Spitzensport gibt es keinen Breitensport, da hat der Reinhold Lopatka vollkommen recht gehabt. (Abg. Mag. Erlitz: „Lies mein Protokoll!“) Wenn der SK Sturm oder der GAK an der Spitze der Fußballdivision spielt, dann ist das mehr Sportförderung, als wir mit 100 Millionen Schilling an Förderung von hier geben können. (Beifall bei der ÖVP.) Und das möchte ich, lieber Wolfgang Erlitz, dem Herrn Kröpfl – Ussi, alles kann er sich nicht merken, der Erlitz, sage du das dem Kröpfl – mitgeben. Ich habe damals das so verstanden und verstehe es auch heute noch so, das, was wir an Sportförderung geben können, sind nur – wie der Dr. Kreisky zu sagen pflegte – incentives. Die Wahrheit ist, wenn die Leute nicht selber kicken, wenn die Leute nicht selber Sport betreiben, dann geschieht das nicht. Ich habe mich vorhin zuallererst bedankt bei den Hunderten und Tausenden Menschen, die, wie gesagt, unentgeltlich jahraus, jahrein hier im Interesse des Sports freiwillig arbeiten. Weil wenn wir das auch noch zahlen müßten, hätten wir 100 Milliarden – da gibt es genaue Studien – mehr an Staatsausgaben, als wir sie ohnehin schon haben. Und deswegen habe ich gesagt, das ist die größte soziale Leistung. Ich bitte dich, Wolfgang Erlitz und alle anderen, die auf dem Gebiete unterwegs sind, zur Kenntnis zu nehmen, daß das Ausspielen Spitzensport und Breitensport das Dümme ist, was es überhaupt gibt, und der Sache des Sports überhaupt nur schadet.

Daß die Steiermark im Moment so exzellent da liegt als Sportland – und ich habe das immer in einer Trias gesagt –, hat drei Gründe, und darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren. Nämlich, erster Grund, daß wir einen phantastischen Breitensport haben, und ich darf dir einige Zahlen nennen. Der Sporthofrat ist da hinten und ist bereit, dir das auch im Detail weiterzugeben. Es sind wöchentlich mindestens zwischen 300.000 und 400.000 Steirerinnen und Steirer, Frauen wie Männer, jung wie alt, sportlich in irgendeiner Form tätig. Das ist einmal unsere ganz große Basis, das ist eine ganz hervorragende Geschichte.

Zweiter Punkt in dem Zusammenhang, und dafür bin ich der Frau Landeshauptmann und ihrem Vorgänger und dem Gemeindereferenten unendlich dankbar: Wir haben eine so phantastische Sportinfrastruktur, die österreichweit bitte keinen Vergleich scheut: Wir haben von 543 Gemeinden in 510 Gemeinden hervorragende Sportinfrastruktureinrichtungen mit Milliardenwerten, die, Gott sei Dank, sage ich, ein bißchen von uns gefördert worden sind. Zu 80, 90 Prozent freiwillig, in unendlicher Arbeit – Selbsthingabe, Pfusch, was alles dazugehört – gebaut wurden. Und das ist im großen und ganzen eine unendlich wichtige Basis für das, lieber Kollege Erlitz, was du heute hier angesprochen hast.

Dritter Punkt in dem Zusammenhang: Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte das gleich vorwegnehmen. Natürlich ist die Geschichte mit dem Budget eine sehr wichtige Sache, die ich im Detail dann ansprechen möchte. Aber auf Grund dieser hervorragenden Breitensportarbeit in diesem Lande sind wir heute im Spitzensport die Nummer eins. Und das hat nicht nur zufällig, Wolfgang Erlitz, mit dem SK Sturm zu tun, sondern dahinter steckt eine bitter harte Arbeit von Hunderten und Tausenden Menschen in diesem Lande. Gott sei Dank, sage ich, und dafür sind wir dankbar. Ob das im Schisport war, bitte wenn heuer nicht die Renate Götschl gewesen wäre, nicht der Mario Stecher gewesen wäre, nicht der Christoph Eugen gewesen wäre, na, schön hätten wir ausgeschaut als Österreicher bei der WM. Wenn wir die Uschi Profanter nicht hätten für Österreich bis hin zum Thomas Muster. Ich kann nur einige aufzählen, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind. Und da sage ich Ihnen schon eines, ich bin, das gebe ich zu, ein Sporttrottel von klein auf gewesen. Ich war acht Jahre in einem Internat, da kannst du nichts anderes machen außer Fußballspielen tagtäglich. Aber ich sage euch eines, meine verehrten Damen und Herren, ich bin stolz darauf, weil das mit dem, was Martin Wabl heute gesagt hat, daß Sport multifunktional zu sehen ist, natürlich in seiner ganz genuinen Art und Weise, was Sport sein soll zur Körperertüchtigung, was Sport sein soll für die Gesundheitsvorsorge, ganz klar. Aber dann in seiner inneren Wertebildung, und dafür sind wir besonders dankbar. Darüber hinaus hat der Sport aber auch natürlich eine andere Funktion. Heute ist er ein enormer Wirtschaftsfaktor, und darüber werden wir in der Fremdenverkehrsdebatte noch reden. Und ich kann die Dinge nicht trennen, Gott sei Dank kann ich sie nicht trennen, und ich muß sie in einer Zusammenschau sehen. Aber, meine verehrten Damen und Herren, noch einmal in diesem Zusammenhang, daß wir heute im Spitzensport so dastehen, darauf bin ich stolz als Steirer, weil das Dritte, was der Martin Wabl angesprochen hat, auch bitte für das Selbstverständnis, das Selbstbewußtsein, für die Volksseele, wenn Sie es so wollen, etwas Wichtiges ist. Und mir ist es lieber, die Identität eines Landes, was in Studien auch nachgewiesen ist, zeigt sich bei einem Fußballmatch, wo 10.000, die die Bundeshymne sonst nie hören, dort mitsingen, als sie toben und leben ihren Patriotismus auf eine andere Art und Weise aus, die wir in diesem Jahrhundert erlebt haben. Da bin ich ganz bei dem, was Martin Wabl und einige andere heute angesprochen haben. Der Sport hat natürlich auch einen immateriellen Wert der Sonderklasse in diesem Zusammenhang. Und ich lasse das nicht auseinanderdividieren. Du hast aber recht, natürlich, bitte, meine verehrten Damen und Herren, gewisse Dinge, die werden natürlich in der Öffentlichkeit gesondert dargestellt, weil Medien auch ganz bestimmt Reflexe haben. Aber ich weise entschieden zurück, daß es hier in diesem Lande eine Förderung des Spitzensports gäbe und der Breitensport vernachlässigt würde.

Und wenn heute hier die Vereinsarbeit angesprochen worden ist, und ich werde das anhand des Budgets auch noch darstellen. Wir haben 3000 Vereine in diesem Land, Gott sei Dank, im Sportbereich, und die sind unsere ersten Adressaten unserer Arbeit, tag-

aus, tagein. Vielleicht können wir aber gleich dazu ein paar Anmerkungen machen, meine verehrten Damen und Herren, damit es gleich vorweg einmal gesagt ist. Von dem Sportbudget, das wir zur Verfügung haben, gehen 90 Prozent in die Förderung des Breitensports, damit das auch dezidiert dargestellt ist. Ich habe jetzt sehr vorsichtig den unteren Wert dargestellt, aber ich reiche bitte gerne in diesem Zusammenhang genaue Daten nach. 90 Prozent gehen in den Breitensport!

Zweiter Punkt: Lieber Wolfgang Erlitz, deine Statistik, die du bringst, jawohl, die Sorge teile ich mit dir. Ich bin dankbar dafür, und wir haben dieser Tage eine Diskussion darüber gehabt, und ich möchte das hier ganz offen auf den Tisch legen mit der Bitte an Sie, mir da zu helfen. Die Förderung des Sports ist in der Steiermark viel zu gering. (Abg. Mag. Erlitz: „Mußt intern umschichten!“) Momentlerl, das ist absurd, was du sagst. Denn, noch einmal, damit das auch unmißverständlich gesagt ist, ob Olympische Winterspiele, A1 oder was immer auch, was ein Thema für die Fremdenverkehrsdebatte ist, das hat nichts mit dem Sportbudget zu tun. Und würde es diese Projekte nicht geben, gäbe es deswegen noch keinen Groschen mehr für den Sport. Ich kann nur von dem ausgehen, was das Norm- und Regelbudget im Budget ist, und das ist verdammt niedrig. Wir haben das erfreulicherweise in den letzten Jahren erhöht, aber wir bewegen uns noch immer bei der Gesamtsumme von einem Tausendstel unseres Budgets.

Ich möchte Sie bitten, meine verehrten Damen und Herren, und ich sage das auch ganz offen, so kann das nicht weitergehen, dieses Budget muß erhöht werden. Und, lieber Wolfgang Erlitz, ich danke, daß ich in dir einen Mitstreiter habe, wenn wir dann mit dem Kollegen Ressel über diese Geschichte verhandeln. Ich werde das im Landessportrat auch so darstellen, bis hin zu deiner Anmerkung – daß ich das jetzt auch noch ansprechen darf in diesem Zusammenhang – der Bundesligaförderung. Es werden nicht alle der anwesenden Damen und Herren wissen, was er hier gemeint hat. Ich schicke voraus, daß ich außerordentlich dankbar bin, daß es die drei Dachverbände gibt, es wird dort exzellente Arbeit gemacht, daß es die 46 Fachverbände gibt, hervorragende Arbeit wird da gemacht. Und da beginne ich auch keinerlei politische Spielchen. Ich halte hier fest, ob das jemandem paßt oder nicht paßt, die Sportpolitik in diesem Lande hat nichts mit Parteipolitik zu tun und wurde von mir auch keine Sekunde so gesehen. Lieber Wolfgang Erlitz, ich lade dich ein, dich bei deinen Kollegen Voves, Hannes Bammer und wie sie alle heißen zu erkundigen, ob sie einmal eine Sekunde in diesen vier Jahren den Eindruck gehabt hätten, daß Sportpolitik mit Parteipolitik von mir etwas zu tun hat. (Abg. Mag. Erlitz: „Ich habe das nicht einmal angedeutet!“) Das hast du nicht gesagt, ich möchte es jetzt nur klarstellen. Zweiter Punkt in dem Zusammenhang, was das Budget angeht, lieber Wolfgang Erlitz, und was du hier angesprochen hast.

Die Förderung für Sturm und für den GAK ist eine ausschließliche Jugendförderung. (Abg. Mag. Erlitz: „Mit Verwendungsnachweis?“) Jawohl.

Und, Wolfgang Erlitz, noch einmal, ich sage dir, auch das wird bei mir mit einer Studie in den nächsten Monaten belegt, und auch das segelt bei mir unter

Fremdenverkehrspolitik, diese Geschichte, weil das, was SK Sturm und der GAK durch ihren momentanen Erfolg auslösen an wirtschaftlichen Aktivitäten, da ist das, was wir dort hingeben, nur ein Bruchteil. Ich sage Ihnen ganz offen auch etwas dazu, ich weiß, daß man mit der Masche natürlich hervorragend polemisieren kann, daß man sagen kann, so viele Hunderte Vereine in diesem Lande haben nicht einmal Dressen et cetera, et cetera. Meine verehrten Damen und Herren, wenn wir das Füllhorn über alle drübergießen wollen, dann brauchen wir nicht 50 Millionen, die wir jetzt haben im Sport, auch nicht 500 Millionen, sondern dann brauchen wir eine Milliarde. Vielleicht wäre das angemessen, meine verehrten Damen und Herren, im Sinne von Kröpflersche Situation von heute. Ich halte davon nichts!

Ich möchte mehr im Sportbudget, darüber werden wir reden, aber mir reicht es, wenn wir dort eine Schwerpunktsetzung vornehmen können, einmal in diese Richtung, einmal in eine andere Richtung. Nur, das, was Sturm – und dazu stehe ich, weil ich habe das auch eingeführt – und der GAK und alle anderen Bundesligavereine nach diesen Modellen bekommen, das bitte heißt auch der Voves gut, damit wir uns da richtig verstehen. Tuts euch bei euren Funktionären an der Basis erkundigen, und nicht bei euren Parteisekretären, lieber Wolfgang Erlitz, weil die sind ein bißchen entfernt von der Bevölkerung, wie man in den letzten Wochen und Monaten intensiv gesehen hat. Das wird mit dem Voves ausgesprochen, mit allen anderen Funktionären der SPÖ, die an der Basis, wie es so schön heißt, arbeiten und tätig sind. Und die Sturm- und die GAK-Förderung, wenn Sie dir zuviel ist, und so habe ich das verstanden, dann werden wir das in den nächsten Tagen auch öffentlich publik machen. Dann werden wir schauen, wie bitte die Reaktion darauf ist. Ich sage noch einmal, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, ist eine abschließliche Jugendförderung. Und das, was die zwei Vereine im Moment – ich wiederhole mich – für die Breitensportförderung in diesem Land tun durch das, daß sie gut spielen, ist mit 100 Millionen nicht abzugelten. Insofern eine symbolische Handlung, zu der ich stehe und auf die ich bestehe. (Abg. Mag. Erlitz: „Herr Landesrat, darf ich kurz unterbrechen. Ich stehe dazu, wenn du das sagst, 1,4 Millionen für GAK und Sturm für die Nachwuchsförderung, aber wirklich gegen Verwendungsnachweis, wo man Einsicht nehmen kann, daß die 1,4 Millionen wirklich der Jugend, der Jugendarbeit zugeflossen sind. Dann kann ich dem zustimmen!“)

Meine verehrten Damen und Herren, Sie werden das nicht wissen, was der Wolfgang Erlitz nicht weiß, das war von Anfang an die Bindungswirkung dieser Subvention in diese Richtung und ist in diese Richtung auch gegangen.

Ich wollte das nur ansprechen, lieber Wolfgang Erlitz, weil da höre ich ja auch schon hier auf dieser Bank, wenn ich mich da umschaue, aus eurer Fraktion dann ganz schnell etwas anderes. (Abg. Mag. Erlitz: „Frage die Jugendtrainer des Sturm, die sagen, sie sehen kaum ein Geld von dem, was du ihnen da gibst. Das kommt nicht von irgendwoher, das kommt ja von der Basis!“)

Lieber Wolfgang Erlitz, es wird immer zu wenig Geld sein. (Abg. Mag. Erlitz: „Nicht wenig, viel zu wenig!“)

Bringe mir die her, bringe mir die vom GAK her, setzen wir uns gerne zu einem Gespräch zusammen (Abg. Mag. Erlitz: „Von Sturm habe ich gesprochen!“), ich lade dich da gerne ein.

Dritter Punkt, den du da angesprochen hast, und ich möchte das schon mit Nachdruck noch einmal sagen, du hast hier von Eitelkeiten gesprochen in dem Zusammenhang mit der Sportpolitik. Wolfgang, das ist natürlich, so wie der Schelm denkt, Punkti, Punkti.

Und darüber hinaus, das möchte ich schon sagen, wenn ich das Sportbudget dann anschau: Die Stadt Graz hat zum Beispiel ein höheres Sportbudget als das Land Steiermark. Die Stadt Graz hat um einiges mehr als wir. Die Stadt Kapfenberg hat – erfreulicherweise, sage ich dazu – fast ein Viertel unseres Sportbudgets in diesem Lande. Also, da sind schon einige Dinge im Gange. Die Stadt Wien – nur zum Vergleich – hat ungefähr das Zehnfache. Und da, meine verehrten Damen und Herren, bin ich dann wirklich stolz auf die Steiermark, was wir mit unseren bescheidensten Mitteln an Output erreichen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und das ist ja die Kunst. Die Kunst der Politik kann es ja nicht sein, möglichst hohe Budgets zu haben, möglichst viel Geld hinauszudreschen mit null Ergebnis, sondern mit einem möglichst geringen Mitteleinsatz ein möglichst optimales Ergebnis zu erzielen. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist in dem Zusammenhang zu sagen.

Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte kurz auf zwei Dinge, die Martin Wabl angesprochen hat, eingehen. (Abg. Dr. Wabl: „Wie bitte?“) Die Frage der Jugendförderung habe ich angesprochen, Martin. Bei dem Behindertensport, weil die Annemarie Wicher da sitzt und sich sehr dafür auch einsetzt, lege ich Wert darauf, daß wir vor zwei oder drei Jahren glaube ich, Herr Hofrat, zum ersten Mal einen solchen Titel überhaupt ins Budget genommen haben. Ich bin auf Grund der Initiativen der Annemarie Wicher gerne bereit, diesen Betrag für dieses Jahr zu verdoppeln, für ganz konkrete Projekte. Ist das d'accord? (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme in die Zielgerade, vorläufig, weil, wie gesagt, die eigentlichen Brockerln, wie Olympische Winterspiele und Formel I, das heben wir uns für das Finale grande für morgen auf, weil dazu haben wir dann schon einige Dinge zu sagen. Weil daß jene Partei, die durch dieses Land zieht mit dem Slogan „Arbeit für unser Land“, aber schon gar nichts an Projekten zusammenbringt, außer vielleicht Kunsthaus, aber dort, wo man eine echte tolle Bilanz vorweisen kann, sagt, das ist alles nichts, und hoffentlich ist das nichts, das wird ja für eine solche Partei wohl ein bißchen zu wenig sein. Das wäre sogar dem Christian Brünner zu wenig, der da ganz alleine hinten sitzt, würde ich meinen in diesem Zusammenhang.

Ich möchte nur eine Bemerkung nicht so im Raum stehen lassen. Es ist das Arnold-Schwarzenegger-Stadion angesprochen worden, wegen der Namensgebung. Martin Wabl, du hast von mir in vielen deinen Grundsatzpositionen meinen ganz persönlichen Respekt und meine Anerkennung. In der Frage bin

ich wirklich damals mit tätig gewesen, weil ich der Meinung bin, daß wir, und auch hier wieder nicht aus Sportgründen, sondern aus Werbegründen für die Stadt Graz, für das Land Steiermark, mit dem bekanntesten Menschen, der die Steiermark heute international repräsentiert – (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Den Landesrat Hirschmann!“) nein, German, das ist der Schwarzenegger, das bin nicht ich –, daß wir mit dem einfach die Zugnummer eins dort haben.

Ich möchte, weil die Behindertengeschichte angesprochen ist und das einige Klatscher auf der Seite der SPÖ hervorgerufen hat, es hat damals das sofortige Einverständnis des Landeshauptmannstellvertreters gegeben, die Zustimmung der FPÖ selbstverständlich und dankenswerterweise. Meine verehrten Damen und Herren, wenn hier von den Anwesenden oder in der Steiermark nur fünf oder zehn Menschen soviel für Behinderte tun wie der Arnold Schwarzenegger, dann bin ich sehr, sehr froh und dankbar darüber. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber ich bin gegen, wie soll ich sagen, Schlechtmachereien. Und das ist ein bißchen eine Krankheit in diesem Lande – Hermann Schützenhöfer hat das glaube ich angesprochen. Ich möchte damit schließen, daß ich gegen dieses sich selber „Obizernen“ bin. Es rennt so toll für die Wirtschaft dieses Landes, für den Fremdenverkehr, im Sport, in der Umweltpolitik, in vielen, vielen Bereichen. Es könnte überall ein bißchen besser noch sein. Statt daß wir das als Motivationschub nehmen und sagen, Gott sei Dank bringen wir zusammen etwas weiter, gemeinsam, und Gott sei Dank sind wir zu echten Leistungen fähig, die im 21. Jahrhundert die Steiermark nicht nur dort stehen lassen, wo wir heute sind, sondern wirklich nach vorne bringen. Bitte erinnern wir uns, es ist keine zwölf Jahre her, wie wir hier gestanden sind, an dem Pult hier – es war damals noch kleiner – und wirklich Grund gehabt haben zum Jammern. Der Verlust von Tausenden und Zehntausenden Arbeitsplätzen, überall waren wir hinten mit der roten Laterne. Und wir haben es geschafft, nicht, weil wir so eine gute Politik machen, sondern weil es so viele tüchtige Menschen in diesem Lande gibt und weil die Politik, das sage ich schon auch dazu, das zumindest einmal nicht behindert, sondern durchaus klug da oder dort fördert. Statt daß wir uns freuen über diese Position, die wir uns gemeinsam erarbeitet haben, und daß wir sagen, okay, es gibt unterschiedliche Positionen, aber wir schauen, daß wir uns gemeinsam Ziele stecken, daß wir diese Ziele auch verfolgen, daß wir uns noch mehr anstrengen, daß wir wirklich auch schauen, daß wir für die künftige Generation dieses Land nach vorne schieben, uns neue Substanz erarbeiten, dieses Jammern, dieses Schlechtmachen, dieses Kaputtmachen. Und wie gesagt, wenn jemand mit seiner Gedankenlosigkeit überlastet ist, dann soll er wenigstens nicht nur Gedanken darauf verschwenden, wie er die Ideen der anderen kaputt machen kann.

Das würde ich mir erwarten und erbitten, und das ist mein Weihnachtswunsch.

Ein sportliches steirisches Glückauf, meine verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP. – 13.13 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Gruppe 2.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend Anhebung des Budgetpostens für die Förderung von privaten Kinderbetreuungseinrichtungen, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die Minderheit.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend Aufstockung der Förderungsmittel für öffentliche Bibliotheken, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die Minderheit.

Drittens: Die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend finanzielle Absicherung der ARGE Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die Minderheit.

Viertens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 des Landesvoranschlages 1998 zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die Mehrheit.

Fünftens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Aufnahme von Lehrlingen in die Steiermärkische Landesverwaltung, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist die einstimmige Annahme.

Sechstens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Mittel für Technikfolgenabschätzung und Risikoforschung, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Siebtens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Landessportgesetzes 1988, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Achtens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend eine verstärkte Medienerziehung durch die Landesbildstelle, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Neuntens: Die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Grünen und des LIF, betreffend rechtliche Grundlagen für beschäftigungspolitische Initiativen der Landesregierung, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die Minderheit.

Zehntens: Die Damen und Herren, die dem Beschlusantrag des LIF und der Grünen, betreffend Entpolitisierung der Jugendförderung, zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Gruppe 3, Kunst, Kultur, Kultus. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger** (13.17 Uhr): Ich danke für das Wort, Herr Präsident, und möchte die Ansätze der Gruppe 3, meine Damen und Herren, Ihnen zu Gehör bringen.

Die Ansätze lauten: Musik und darstellende Kunst: Ausbildung in Musik und darstellender Kunst, Maßnahmen zur Förderung der Musikpflege, Einrichtungen der darstellenden Kunst, Maßnahmen zur Förderung der Musikpflege, Einrichtungen der darstellenden Kunst, Maßnahmen zur Förderung der darstellenden Kunst; Schrifttum und Sprache: Förderung von Schrifttum und Sprache; Museen und sonstige Sammlungen: Museen, sonstige Sammlungen; sonstige Kulturpflege: Einrichtungen zur Kulturpflege, Maßnahmen zur Kunstpflege; Heimatpflege: Heimatmuseen, Denkmalpflege, Altstadterhaltung und Ortsbildpflege, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen; Rundfunk, Presse und Film: Förderung von Presse und Film; sonstige Kulturpflege: Einrichtungen der Kulturpflege, Maßnahmen der Kulturpflege.

Des weiteren darf ich einen Mündlichen Bericht, nämlich den Mündlichen Bericht Nr. 60, zu Gehör bringen:

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 1997 zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, über den Landesvoranschlag 1998, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan über Beschlusanträge beraten und zur Gruppe 3 nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Antrag lautet: der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, folgenden Beschlusantrag zur Gruppe 3 beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß Klein-, Regional- und Heimatmuseen forciert unterstützt und erhalten werden.

Als Antragsteller sind genannt: Dr. Flecker, Schleich, Purr, Straßberger und Schinnerl.

Ich bitte um Annahme. (13.18 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke dem Berichterstatter. Als erste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Bleckmann. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Bleckmann** (13.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Wenn wir uns die Bewegungen so anschauen, die hier durchs Haus gehen, dann scheint es, daß wir alle einen kleinen Spaziergang notwendig hätten. Die Sozialdemokraten verabschieden sich ja sowieso schon bei ihren eigenen Regierungsmitgliedern, wenn

die sich zu Wort melden. Ich darf Sie auf einen wenigstens geistigen Spaziergang einladen, nachdem wir ja jetzt schon über den Sport gesprochen haben. Wir sollen wenigstens geistig ein bißchen Bewegung machen.

Wie würde es in der Stadt Graz im Jahre 2003 aussehen, wenn wir all den Pressemeldungen glauben können, die ja vor allem in letzter Zeit durch die Medien gegeistert sind? Wenn wir hinuntergehen, haben wir dann gleich rechts einen völlig neuen Kongreß, ein viel größeres Gebäude als es jetzt ist, weil das Gebäude daneben abgerissen wurde und wir somit ein riesiges Kongreßzentrum im Innenstadtbereich haben. Wenn wir dann weitergehen Richtung Sackstraße zum Schloßbergplatz, finden wir dann dort die Kunsthaus-schachtel. Wenn wir dann entweder durch den Berg durch – sofern das dann möglich sein wird – oder über den Berg drübergehen werden, kommen wir Richtung Oper. Dort wird die Thalia in neuer Pracht stehen, groß ausgestattet sein, und das Gute daran wird sein, daß das Lichtschwert nicht mehr zu sehen ist. Wenn wir noch weitergehen, ergibt sich ein ganz neues Bild, bei der Grazer Messe, dort soll eine riesige Stadthalle kommen. Sofern man all diesen Punkten Glauben schenken kann, würde sich ja einiges tun. Doch das sind, wie in so vielen Fällen, nur die üblichen Ideen, die vor den Wahlkämpfen entwickelt werden, die vielen Versprechungen, die gemacht werden und die heute und jetzt daran scheitern, daß es nach wie vor noch eine gegenseitige Blockade gibt. Denn niemand gönnt dem anderen einen politischen Erfolg.

Wenn es sich so, wie es sich abzeichnet, entwickeln wird, dann werden wir im Jahr 2003 das propagierte Ziel, daß Graz einmal die Kulturhauptstadt werden sollte, überhaupt nicht haben. Von all diesen Vorhaben, von denen in letzter Zeit gesprochen worden ist, werden wir uns in Graz weder als Kongreßhauptstadt profilieren können, noch Kulturhauptstadt im Jahre 2003 sein, da es ständig eine gegenseitige Blockadepolitik von SPÖ und ÖVP gibt. Die ewigen langwierigen Diskussionen um irgendwelche baulichen Veränderungen werden zwar weitergeführt werden, vor Wahlkämpfen etwas stärker, und nach Wahlkämpfen wird das Ganze dann wieder abflachen und es wird nichts passiert sein. Trotz des vielgepriesenen Miteinanders, das immer wieder verkündet und beschworen wird, gibt es keine Einigung, und es gibt keine gemeinsame Prioritätenreihung. Denn der eine sagt, mir sind das Kunsthaus und die Thalia wichtig, der andere sagt, mir ist die Messe und das Kongreßzentrum wichtig. Und man findet keinen gemeinsamen Weg. Denn die ÖVP sagt zuerst Ja und Amen zu allen Dingen, die passieren sollen, nur, wenn es dann wirklich dazu kommt, daß endlich etwas passieren soll, gibt es wieder einen Rückzieher. Wenn es ans Eingemachte geht, wie wir das beim Stadtratskollegen Strobl gesehen haben, weiß ich nicht, ob das seine eigene Idee war (Abg. Dr. Wabl: „Weinmeister!“) oder ob er da irgendeine „Eingabe“ von oben bekommen hat.

Bei der Thalia läuft es genau andersherum. Da macht sich die SPÖ alles intern aus, vereinbart alles zwischen Landeshauptmannstellvertreter, Bürgermeister und dem zuständigen Finanzreferenten. Nur, man hat vergessen, daß hier eine Mehrheit notwendig ist, um irgend etwas zu erreichen, und verab-

säumt, mit den Partnern in den jeweiligen Regierungen zu sprechen, um irgend etwas umsetzen zu können. Und so ist es zu keinem Ergebnis gekommen.

Es schwirren hier viele Projekte, die sehr kostenintensiv sein würden, herum. Das Land sollte sich überall beteiligen, aber keiner weiß, was in welcher Reihenfolge passieren soll. Keiner weiß, was wo und wie hinkommen soll. Da muß ein Konsens gefunden werden. Ich glaube, wir sind uns – die mit der Kultur betraut sind – einig, daß es erstens in Graz notwendig sein wird, daß wir ein größeres Ausstellungsgelände bekommen und daß es zweitens vergrößerter Kongreßräumlichkeiten bedarf. Graz würde ansonsten neben allen anderen Hauptstädten abzusinken drohen.

Dazu wäre ein Gesamtkonzept notwendig, das nicht nur von einer Partei gemacht wird, sondern von mehreren gemeinsam, um hier einen größtmöglichen Konsens zu finden. Und dann muß man sich an dieses langfristige Konzept auch halten. Das, was zurzeit in Graz passiert, bedeutet, daß sich hier die gesamte Politik schlicht und einfach lächerlich macht. Es werden immer wieder viele neue Projekte propagiert, im Endeffekt passiert aber nichts, denn es wird alles auf die lange Bank geschoben. Die Bürger greifen sich nur noch an den Kopf und sagen, „na ja, gut, dann machen wir halt nichts, ersparen wir uns die Steuer-gelder“.

Wenn wir etwas tun wollen, kann das nur mit einem großen Gesamtkonzept passieren und nur auf Grund eines großen gemeinsamen Gesamtkonsenses. Dieser muß in langwierigen Verhandlungen gesucht werden, nur so kann es hier wirklich zu einer gemeinsamen Vorgangsweise kommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn wir schon bei der Kultur in der Steiermark sind, kann ich mich noch erinnern, daß ich auf den Wechsel bei den Kulturreferenten hingewiesen habe. Die ÖVP hat den landwirtschaftlichen Schulbereich gegen die Kultur getauscht. Inzwischen ist sie wieder draufgekommen, daß das vielleicht doch nicht so der richtige und gute Tausch war, und man hört ja, daß die Frau Landeshauptmann wieder durch die Lande zieht und sagt, sie will beim nächsten Mal die Kultur wieder zurück haben. (Abg. Majcen: „Richtig!“) Ja, lieber Kollege Majcen, ich glaube, du hast es in deiner Rede auch gesagt, so etwas muß ich mir halt vorher überlegen.

Schaut euch bitte an, was jetzt passiert ist. Und bei aller Kritik, und das muß einmal von unserer beziehungsweise von meiner Seite aus gesagt werden, ich finde, es ist hier einiges passiert in der Kultur. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich kriege einmal Applaus von den Kollegen, das ist ja schön. (Abg. Vollmann: „Bravo, Magda!“) Ja, man muß hier ehrlich sein. Ich finde, wenn schon zwischen ÖVP und SPÖ abgetauscht wurde, dann soll es doch einmal dabei bleiben. Mir scheint, der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat doch einen besseren Kontakt zum Finanzreferenten und kann hier schlicht und einfach für die Kultur etwas mehr herausholen, als es bisher gelungen ist. Also finde ich es nicht gut, wenn die Kultur wieder an die ÖVP zurückgehen würde. Er lacht, er freut sich, er kriegt auch einmal ein Lob von mir, der Herr Landeshauptmannstellvertreter.

Ich möchte aufzählen, was mir besonders gut gefallen hat: „Classics in the city“ hat zum Beispiel stattgefunden. Das hat wirklich dazu beigetragen, daß die Innenstadt belebt werden konnte, vor allem im Sommer hat hier eine wirkliche Belebung stattgefunden.

Aber auch die Ausstellungen, die jetzt vermehrt stattfinden. Im Schloß Eggenberg, aber auch im Joanneum sind sehr schöne Ausstellungen, die viele Touristen nach Graz locken, und hier ist nun einmal einiges passiert und wird noch einiges für die Zukunft geplant sein.

Was auch erfreulich ist – der Kulturbericht ist endlich ins Haus gekommen. Ich hoffe, daß der nächste noch etwas schneller kommt als der letzte. Und der Kulturbeirat scheint sich zu formieren und endlich einmal zu tagen.

Hier ist einiges passiert, und ich muß Ihnen sagen, ich finde es besser, es ist nun das Kulturressort in diesem Bereich, bei aller Kritik, die ich immer angebracht habe.

Mir fehlen noch einige Bereiche. Es fehlt noch das Kulturförderungsgesetz, von dem es immer geheißen hat, jetzt soll es novelliert werden beziehungsweise es hat noch unter der Ära Krainer geheißen, es muß novelliert werden, vor allem von seiten der Sozialdemokraten. Bis heute ist leider noch nichts passiert. Ich würde mich freuen, wenn wir es in dieser Legislaturperiode noch schaffen könnten, dies zu novellieren, denn das ist eines der ältesten Kulturförderungsgesetze in Österreich.

Der zweite Bereich sind die Landesausstellungen. Ich fürchte, daß die Art und Weise, wie mit der Themenfindung an die Landesausstellungen herangegangen wird, nicht zu einer Belebung der Landesausstellungen führen wird, sondern eher zum Gegenteil. Wir haben es leider schon in Leoben gesehen, daß dieses moderne Thema nicht so viele Leute anlockt. Sigi, ich muß es leider sagen, es hilft nichts, es waren nun einmal sehr wenig Besucher, und das tut mir auch wirklich leid, aber es hat leider nicht den Effekt gehabt, den man sich gewünscht hat.

In Bad Radkersburg ist leider auch das Problem, daß sich die Bevölkerung mit dem Thema „YOUgend“ nicht identifizieren kann und daß auch die Bevölkerung in die gesamte Themenfindung nicht mit eingebunden wurde. Sie wurde hier vor vollendete Tatsachen gestellt nach dem Motto „friß oder stirb, so wird es gemacht“. Ich kann nur hoffen, daß sich das nicht so entwickeln wird wie in Leoben.

Wenn man die Entwicklung ansieht, zeigt sich schlicht und einfach, welche Themen für Landesausstellungen zu einem größeren Publikumserfolg geführt haben. Das waren Themen, die sich eher mit der Geschichte, mit der Vergangenheit beschäftigt haben, und nicht die Zukunftsthemen. Und ich hoffe, daß wir zu einem neuen Themenfindungsbewußtsein kommen, wo einerseits die Bevölkerung mit einbezogen wird, und andererseits Themen, die sich eher mit der Historie beschäftigen, bevorzugt werden.

Nun noch einiges zu den Zahlen. Da ist es sehr interessant in der Gruppe 3, in dem Kulturbereich, daß insgesamt der Rechnungsabschluß 1996 um einiges höher ist als der Voranschlag 1998. Das heißt, im Jahre 1996 wurde um einiges mehr Geld ausgegeben als

vorangeschlagen war. Das heißt aber, daß im Kulturbereich Aktivitäten, die gesetzt wurden, auch weiter gesetzt werden. Insofern verstehe ich dann wirklich nicht, daß hier die Zahlen um einiges niedriger angesetzt werden als jene, die schon 1996 veranschlagt wurden. Ich glaube schlicht und einfach, daß die Zahlen nicht stimmen. Ein Beispiel nur: „Classics in the city“ – was mir sehr gut gefallen hat – wird mit 750.000 Schilling angesetzt. Es hat aber schon im Jahr 1997 um einiges mehr gekostet. Also glaube ich – oder haben Sie da jetzt bessere Verhandlungen geführt –, daß diese Zahlen wahrscheinlich nicht stimmen werden, und es wird, wenn es weitergeführt werden soll, auch im Jahre 1998 um einiges mehr kosten. Hier ist nicht richtig veranschlagt worden.

Ein nächster Bereich, der die Zahlen in diesem Vorschlag betrifft, ist, daß es im Kulturbereich eine Aufblähung der Verwaltung, nämlich in Form der FOKU, gegeben hat. Diese neue Abteilung, die extra geschaffen wurde, um hier gewisse Personen noch mit neuen Posten zu versorgen. Das leidige Thema kennen Sie ja schon längst. Aber, und das haben wir auch im Finanz-Ausschuß gehört, und das ist mir schon auch sehr wichtig, die Neuschaffung dieser Abteilung kostet uns 10 Millionen. Das ist das, was uns die Abteilung bis jetzt kostet. So haben wir es im Finanz-Ausschuß vom Landesfinanzreferenten gehört.

Einige dieser Ziffern sind im Kulturbereich beinhaltet. Nachdem wir uns immer gegen diese Aufblähung der Verwaltung, vor allem im Overheadbereich, also dort, wo bei den teuren A-Posten aufgebläht wird, ausgesprochen haben, halten wir es auch nicht für richtig, daß das jetzt auch im Budget beinhaltet ist und hier eben auch dann ersichtlich ist mit einigen Zahlen, daß hier mehr an Repräsentationsmitteln, mehr an Entgelten für Leistungen an Firmen ausgegeben wird. Und wir verwehren uns nach wie vor gegen das Gerücht, wo es geheißt hat, daß uns das nichts kostet. Aus diesen Gründen und weil in unseren Augen die Zahlen in den einzelnen Bereichen nicht schlüssig sind, weil sie entweder zu niedrig angesetzt sind oder eben die Aufblähung der Verwaltung beinhaltet, lehnen wir in diesem Bereich das Budget ab. (Beifall bei der FPÖ. – 13.34 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Getzinger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (13.34 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob das, was Frau Kollegin Bleckmann hier gemacht hat, Nebelwerferei ist oder ob es nur sie ist, die im Nebel tappt, was die Großprojekte in Graz betrifft. Hier gibt es eine ganz eindeutige Priorisierung dieser Projekte. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das ist die SPÖ-Meinung!“)

Nämlich, daß das erste Interesse und Hauptinteresse des Landes Steiermark im Bereich des Kunsthouses liegt, aber selbstverständlich auf Einladung der Stadt Graz das Land Steiermark auch bereit ist, sich am Projekt Thalia zu beteiligen, weil das ein das Land Steiermark insgesamt betreffendes Projekt ist. Es geht hier um die Schaffung eines großen Konzertraumes.

Das ist ein wahrhaftiges Defizit bei uns in der Steiermark. Ich glaube, daß hier Landeshauptmannstellvertreter Schachner richtig entschieden hat, dieses Projekt gemeinsam mit Bürgermeister Stingl zu forcieren.

Beide – so ist das in der Demokratie – sind legitimiert, hier eine Prioritätensetzung zu machen. Ob es allerdings der Beschleunigung der Projekte dienen wird, wenn die Freiheitliche Partei androht, eine Volksbefragung in diesem Zusammenhang zu machen, das wage ich zu bezweifeln. Also, wo hier die Bremser sind, das müßte man sich schon etwas genauer ansehen.

Auch zur FOKU vielleicht ein Wort. Dabei handelt es sich keineswegs um Aufblähung von Verwaltung, es geht um eine neue Qualität von Verwaltung. Es ist doch so, daß Verwaltung sich an den Realitäten orientieren sollte, und nicht eingerostet vor sich hinarbeiten sollte. Es ist einmal so, daß Kunst, Kultur und Forschung mehr und mehr zusammenwachsen, sich mehr gegenseitig befruchten und aus diesem Grund die Schaffung dieser Abteilung sehr viel Sinn macht. Ich erwarte mir hier sehr, sehr viele innovative Impulse von seiten der Verwaltung.

Meine Damen und Herren, ich habe bereits im letzten Landtag im Zusammenhang mit dem Wissenschaftsbericht darauf hingewiesen, daß insgesamt der Legitimationsdruck im Bereich öffentliche Ausgaben, in diesem Bereich für Forschung, im Steigen begriffen ist, daß gerade im Bereich Forschung und Wissenschaft, nachdem das in erster Linie Bundeskompetenz ist, der Legitimationsdruck auf Ausgaben im Bundesländerbereich, im Land Steiermark im Steigen begriffen ist. Ich habe darauf verwiesen, daß man aber ganz gut argumentieren kann, daß es gute Legitimationsgrundlagen für Ausgaben in diesem Bereich gibt, nämlich ökonomischer Nutzen, Arbeitsplätze, Konkurrenzfähigkeit, Lebensqualität – ökologische Lebensqualität, soziale Lebensqualität, aber auch – das vielleicht in Richtung von Herrn Kollegen Brünner – selbstverständlich geht es im Bereich Wissenschaft und Forschung, wenn man von Legitimation dieser Ausgaben spricht, auch um die Schaffung von Orientierungswissen, also nicht nur und nicht ausschließlich, keineswegs ausschließlich, Legitimation durch ökonomischen Nutzen, das wäre zu eng ge-griffen, sondern auch Orientierungswissen. Es geht darum, daß Wissenschaft und Forschung auch ein besseres Verständnis von Menschen, von Gesellschaft und Natur zu schaffen haben und daß dieses Orientierungswissen, das Schaffen von Orientierungswissen auch Legitimationsgrundlage für öffentliche Ausgaben in diesem Bereich sind. In Zeiten knapper Budgets steigt allerdings auch der Legitimationsdruck auf öffentliche Ausgaben für Kunst und Kultur. Wir haben uns als Politiker und Politikerinnen immer wieder zu überlegen, wie wir der Öffentlichkeit darstellen, warum Schwerpunkte im Bereich Kunst und Kultur gesetzt werden. Und bei uns in der Steiermark geht es gerade darum, daß ein expansives Budget in diesem Bereich öffentlich dargestellt, öffentlich legitimiert wird.

Anders als im Bereich der Forschungspolitik, insbesondere der technologiebezogenen Forschungspolitik, kann und soll der ökonomische Nutzen kein zentrales

Argument für öffentliche Ausgaben in den Bereichen Kunst und Kultur sein. Dies, obschon das kulturelle Angebot einer Region zu den mittlerweile entscheidenden Faktoren im Bereich weicher Standortvorteile zählt, ein entscheidender Faktor geworden ist im Bereich der touristischen Entwicklung einer Region. Dies, obwohl Kultur noch in der Lage sein wird, eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen zu schaffen, also durchaus gute ökonomische Gründe für die Förderung, für die verstärkte Förderung von Kunst und Kultur sprechen. Trotzdem muß eine Offensive, eine auf überproportionales Budgetwachstum angelegte Kulturpolitik, wie sie von Landeshauptmann Schachner verfolgt wird, argumentativ anders fundiert werden.

Erstens, das erste Argument, meine Damen und Herren, ist bereits über 180 Jahre alt und trotzdem noch so modern, als wäre es gestern geschrieben worden von Erzherzog Johann. Nämlich, in der Stiftungsurkunde zum Landesmuseum Joanneum wurde ein klarer bildungspolitischer Auftrag für kulturelle Einrichtungen definiert. Ich glaube, daß das eine der zentralen Legitimationsgrundlagen, eines der zentralen Argumente für expansive Budgets im Bereich Kunst und Kultur sein kann und sein muß. Ein Landesmuseum, ein Museum insgesamt, muß zwar sammeln, registrieren, archivieren, soll allerdings in erster Linie dazu dienen, Erwachsenenbildung zu machen, Bildung insgesamt zu machen, zu präsentieren, zu vermitteln. Das sind die zentralen Aufgaben, die Erzherzog Johann 1811 in der Stiftungsurkunde für das Landesmuseum Joanneum vorgegeben hat. Lange Zeit, meine Damen und Herren, und Sie wissen das, konnte das Landesmuseum diesen Bildungsauftrag nicht erfüllen. Die Infrastruktur war in einem Zustand, daß es geradezu peinlich war, wenn Schulklassen etwa in die mineralogische Abteilung, in die zoologische oder in die botanische Abteilung kamen und sehen mußten, daß das Land Steiermark sein kulturelles Erbe dem Verfall preisgegeben hat.

Meine Damen und Herren, unter dem neuen Kulturreferenten der Steiermärkischen Landesregierung, Landeshauptmannstellvertreter Schachner, wurde eine Modernisierungsoffensive eingeleitet, die sich von Stainz über Graz nach Trautenfels zieht. Auch die Neue Galerie und selbstverständlich das Kunsthaus sind in diese Modernisierungsoffensive einbezogen. Es gibt in Graz, in der Steiermark keinen adäquaten Ort der Präsentation moderner Kunst. Aus dem Grund – ich hoffe, daß das auch hier im Landtag so ist – steht prinzipiell die Notwendigkeit der Schaffung von Raum für moderne Kunst zur Präsentation, zur Sammlung, Archivierung von moderner Kunst außer Zweifel. Es muß großer Raum sein. Hier gibt es internationale Vorgaben, an denen sich Graz, die Steiermark nicht vorbeiswindeln kann. Es geht um mindestens 4000 Quadratmeter in diesem Zusammenhang. (Abg. Dr. Wabl: „Es hilft nichts, wenn es nicht gebaut wird!“)

Zum Standort, das ist das Stichwort, das mir Martin Wabl gibt, nur einige Bemerkungen. Erstens, und das ist das zentrale Argument für diesen Standort: Es gibt eine Reihe hochrangiger und höchstrangiger Architekten, an der Spitze etwa der Chef der Architektensektion innerhalb der Zivilingenieurkammer, Architekt Dipl.-Ing. Gartler, die diesen

Standort als exzellent beurteilt haben, als exzellent! Daran führt kein Weg vorbei. Es waren städtebauliche Gründe, es waren altstadtbezogene Gründe, es waren ästhetische Gründe, es waren bauästhetische Gründe, die für diesen Standort sprachen. Und ich betone es noch einmal, ein Politiker ist hier auf den Rat von Experten angewiesen. Wir sollten ihn hören, er war in diesem Zusammenhang eindeutig. (Beifall bei der SPÖ.)

Auch ein zweites Argument, glaube ich, spricht für diesen Standort, es wurde auch von den Architekten erwähnt: Graz ist auch und insbesondere eine Stadt der Gegensätze. Alt und modern, Natur und Kultur stehen manchmal im Widerspruch, fügen sich in Graz manchmal harmonisch zusammen. Durch das Kunsthaus am und im Schloßberg wird dieser Teil der Identität unserer Landeshauptstadt weiter ausgeprägt und verstärkt. Auf dieser Basis, auf der Basis dieser Expertenargumente wurde ein einstimmiger Landesregierungsbeschluß gefaßt. Es wurde das Solitär im Pflauegarten aufgegeben zugunsten eines Kunsthauses im Herzen der Stadt, als ein Teil eines Gesamtkonzeptes Museumsquartier. Sie müssen immer daran denken, daß genau in diesem Bereich bereits das Stadtmuseum – jetzt neu renoviert, kürzlich eröffnet – steht, daß dort das Palais Attems steht, das auch einer neuen Nutzung zugeführt werden muß, meiner Meinung nach. Es ist – würde ich sagen – das bedeutendste Barockgebäude in unserem Land. Ich glaube, daß sich in diesem Zusammenhang eine Integration von Neuer Galerie, Bild- und Tonarchiv des Landesmuseums und Kunsthaus zu einem Gesamtkonzept eines Museumsquartiers fügen könnte.

Ich hoffe, daß die Wortmeldung von Kollegin Bleckmann so zu verstehen war, daß die Freiheitliche Partei einer Flächenwidmungsplanänderung im Grazer Gemeinderat letztendlich zustimmen wird, ohne die Bedingung einer Volksabstimmung. Es ist bekannt, daß Volksabstimmungen gerade in diesem Zusammenhang außerordentlich problematisch sind und letztlich eine Flucht aus der Verantwortung darstellen.

Ein drittes Argument für diesen Standort sei noch genannt, das im übrigen sehr ausführlich dargestellt wird im neuen Bericht des Landesmuseums Joanneum 1996. Hier schreibt Prof. Weibel sehr klar und eindeutig, daß ein Kunsthaus heutzutage nur aus einer Integration von Sammlung und Ausstellung bestehen kann. In Wien hat man diesbezüglich sehr bittere und sehr schlimme Erfahrungen gemacht, wenn Sammlungen und Ausstellungen getrennt werden. Museum für moderne Kunst, Kunsthalle sind dafür Beispiele. Insofern ist der Zuruf, der bereits ertönt ist, daß man das Kunsthaus doch in der Thalia errichten möge, schlicht und einfach unsachlich, ja dumm. Das Thalia-Projekt ist ein notwendiges Projekt, allerdings glaube ich nicht, daß man Sammlung und Ausstellung trennen sollte. Das würde nämlich passieren, wenn man in der Thalia das Kunsthaus einrichten würde. Wie gesagt, ich betone, um ein Kunsthaus, ein für Graz und die Steiermark adäquates Kunsthaus errichten zu können, benötigt man mindestens 4000 Quadratmeter.

Für all jene, die sich näher informieren wollen über dieses Projekt – es ist immer wieder über das argumentative Defizit gesprochen worden –, hier ist alles

nachzulesen – ein ausgezeichnete Artikel von Prof. Weibel, dem geistigen Vater und Mentor des Kunsthauses.

Ich war dabei auszuführen, daß das bildungspolitische Argument das zentrale Argument sein soll, steigende Ausgaben in Kultur und Kunst zu legitimieren. Es geht hier nicht nur um das Landesmuseum Joanneum, es geht nicht nur um schon laufende Projekte, wie das Landesarchiv – kürzlich ist hier der Baustart bereits erfolgt, Sie können die Baustelle besichtigen –, es geht nicht nur um die Landesbibliothek, sondern es geht auch um die Vielzahl kleiner Museen in unserem Bundesland. Ihnen ist vielleicht bekannt, vielleicht auch nicht, daß es 220 Klein-, Regional-, Heimat-, Freilichtmuseen gibt, themenbezogene Museen gibt in der Steiermark.

Erst kürzlich hat Landeshauptmannstellvertreter Schachner beim Museumstag, einem Treffen all dieser Kleinmuseen in Groß St. Florian – das Feuerwehrmuseum war hier Gastgeber, das Feuerwehrmuseum, das sich unter den Fittichen von Herrn Abgeordneten Purr so großartig entwickelt hat, daß es eines der bedeutendsten Kleinmuseen in unserer Steiermark geworden ist –, die Museumsinitiative vorgestellt, die daraus bestehen wird, daß ein Museumsführer erscheinen wird – seit rund 25 Jahren gibt es keine Darstellung, keine Zusammenstellung der Kleinmuseen und Regionalmuseen in der Steiermark mehr –, daß eine Weiterbildungs- und Beratungsinitiative gestartet wird, daß beim Landesmuseum ein Museumsforum als Beratungs- und Weiterbildungsstelle für die Kleinmuseumsbetreiber eingerichtet wird, daß die Museen, die Klein- und Regionalmuseen, bald auch im Internet aufscheinen werden – ein immer wichtiger werdender Zugang für Touristen, für Gäste, für Kunst- und Kulturinteressierte – und daß eine Beschäftigungsinitiative gestartet wird, daß es Klein-, Regional-, Stadt-, Gemeindemuseen möglich gemacht wird, daß sie wenigstens einen oder zwei hauptamtliche Mitarbeiter zur Verfügung gestellt bekommen.

Der Bildungsauftrag wird auch erfüllt durch Großveranstaltungen, Großausstellungen, wie wir sie erlebt haben und erleben. Im letzten Sommer in Graz die Schiele-Ausstellung, Hochsommer der Kunst, die Landesausstellungen, die – hier sei es erwähnt – auch einen kulturellen spin-off insofern haben, als Leoben eben jetzt ein hochmodernes Kunst- und Kulturhaus hat. Ich freue mich schon auf die große China-Ausstellung im kommenden Jahr in Leoben.

Das zweite zentrale Argument für einen steigenden kulturpolitischen Mitteleinsatz sollte die Erhöhung von Zugänglichkeit und Beseitigung der sozialen und regionalen Barrieren, Schranken und Disparitäten sein. Auch hier ist bereits einiges geschehen, muß noch einiges geschehen, gibt es doch noch immer massive regionale Unterschiede, was den Zugang zu Kunst und Kultur betrifft.

Es gibt eine erklärte hohe Priorität für regionale Kulturinitiativen und Kulturzentren, beispielsweise das Culturcentrum Wolkenstein in Stainach, das Kunsthaus Mürzzuschlag. Unter der Federführung von Landeshauptmannstellvertreter Schachner wurden diese beiden Einrichtungen, die in vergangener Zeit in finanzielle Schwierigkeiten gekommen sind, entschuldet und können nunmehr auf solider Basis ein neues Programm anbieten.

Das Musikschulwesen wird unter der Federführung des neuen Landesmusikdirektors, Herrn Mag. Rauth, insofern modernisiert werden, als zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden und ein gleichberechtigter Zugang für alle steirischen Kinder geschaffen werden wird.

Der „steirische Herbst“ und Volkstanzgruppen in der Steiermark haben eines jedenfalls gemeinsam, sie erhalten zusätzliche Mittel, um die Jugend neu anzusprechen, und die Vermittlung in diesen Bereichen, sowohl im Bereich moderner Kunst als auch im Bereich traditioneller Kultur, wird forciert.

Das dritte Argument, das ich abschließend erwähnen möchte, das steigende Budgets in diesem Bereich legitimiert, und vielleicht ist es sogar das wichtigste Argument: Kunst und Kultur sind neben den Kulturwissenschaften die zentralen Orte und Institutionen der individuellen und gesellschaftlichen Reflexion. Die emotionale wie auch die intellektuelle Bezugnahme auf sich selbst ist Thema und soll Thema von Kunst und Kultur sein. Kunst und Kultur prägen das individuelle wie das kollektive Selbstverständnis. Sie stellen dieses zugleich auch in Frage. (Glockenzeichen des Präsidenten. – Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Herr Kollege, ich bitte, nun endgültig zum Schluß zu kommen. Sie haben die Zeit sehr überschritten!“)

Zwei Sätze noch.

Kunst und Kultur definieren die Identität auf individueller wie auf regionaler Ebene, prägen Selbstbewußtsein und Heimat, stellen diese aber auch in Frage.

Ich glaube, meine Damen und Herren, auf der Basis dieser Argumente, dieser Legitimationsgrundlagen wird es möglich sein, das Kunst- und Kulturbudget des Landes Steiermark auch weiterhin überproportional wachsen zu lassen. Dafür gebührt Landeshauptmannstellvertreter Schachner herzlicher Dank. (Beifall bei der SPÖ. – 13.50 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster Hauptredner zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brünner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Brünner (13.50 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung, und zwar zu den Ausführungen des Kollegen Getzinger. Ich widerspreche Ihrer Behauptung, Herr Kollege Getzinger, daß Wissenschaft und Kultur der Legitimation bedürfen. Da unterscheiden wir uns in einem ganz grundsätzlichen Bereich, und da habe ich ein ganz anderes Menschen- und Politikbild als Sie, Herr Kollege Getzinger. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Ich spreche von Förderung der Wissenschaft!“)

Es gibt Dimensionen des Menschseins, die keiner Legitimation bedürfen und keiner Legitimation bedürfen dürfen, weil ansonsten der Mensch verkürzt wird. Dazu gehört seine kognitive Dimension, deren organisierter Ausfluß die Wissenschaft ist. Dazu gehört seine musische Dimension, Herr Kollege Getzinger, die ihren Ausfluß in der Kultur hat. Kultur ist nichts anderes als Ausdruck aller menschlichen Lebensformen. Dazu gehört seine spirituelle Dimension, und dazu, Herr Kollege Getzinger, gehört auch sein materielles

Grundbedürfnis. Was würden Sie sagen, Herr Kollege Getzinger, wenn ich von Ihnen verlangen würde, daß die ökonomisch-existenzielle Absicherung des Menschen einer Legitimation bedürfte? Die bedarf keiner Legitimation, genauso wenig wie die kognitive Dimension, die musische Dimension, die spirituelle Dimension des Menschseins. Und ich erwarte mir von der Politik, Herr Kollege Getzinger, daß dieser Sachverhalt, der draußen nicht auf Zustimmung stößt, der draußen auf Widerspruch stößt, daß der von der Politik hochgehalten wird, denn wenn wir diese Dimensionen des Menschseins der Legitimation aussetzen, dem Legitimationsdruck aussetzen, verkürzen wir den Menschen, und das führt à la longue zu einer unmenschlichen Politik. (Beifall bei der ÖVP.)

Eine zweite Vorbemerkung: Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, auch ich stehe nicht an festzuhalten und festzustellen, daß sich, seitdem du im Amte bist, einiges rührt auf dem Gebiet der Kulturpolitik. Ich freue mich, daß du unserem Monieren nachkommst, daß das geltende Kunst- und Kulturförderungsgesetz eingehalten werden muß, Stichwort Kulturbeirat, Stichwort Kulturberichte, daß du dieses Gesetz jetzt nun tatsächlich vollziehst.

Als Oppositionspolitiker möchte ich aber jetzt umsteigen auf Probleme und Kritik, die ich mit der Kulturpolitik und mit dem Budget habe. Ein erster Problembereich, den ich nur ganz allgemein ansprechen möchte: Die Mittel sind nicht ausreichend, das ist eine allgemeine Klage. Aber wenn ich die Kulturmittel der Steiermark anschau, dann rangieren wir hinter Wien, Salzburg, Vorarlberg, Tirol, in der Steiermark 573 Schilling pro Kopf der Bevölkerung, in Wien 2800 Schilling, in Innsbruck 2800 Schilling.

Das Zweite, und das ist mir wesentlicher, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ist, daß unserer Auffassung nach die 680 Millionen Schilling, die das Gesamtbudget Kultur ausmachen, nicht adäquat verteilt sind. Von diesen 680 Millionen Schilling gehen 95 Prozent für die institutionelle Förderung auf und nur 5 Prozent für die Projektförderung. Wir sind der Auffassung, daß das eine ganz schiefe Relation ist. Wir sind der Auffassung, daß die Kulturförderungsmittel für die Projekte drastisch angehoben werden müssen. Es ist okay, Herr Kollege Getzinger, solche Schwerpunktsetzungen zugunsten der Institutionen und zu Lasten der Projekte, das ist eine legitime Aufgabe der Politik, aber meine Legitimität besteht darin, Herr Kollege Getzinger, diese für mich schiefe Verteilung der Kulturförderungsmittel ganz heftig zu kritisieren. Wir werden daher auch einen Abänderungsantrag in diese Richtung stellen.

Ein zweiter Punkt, schiefe Verteilung der Mittel, nämlich was Graz und die Regionen anbelangt. Wenn ich mir hier das Budget anschau und davon die Musikschulen und die Landesausstellungen wegzähle, dann bedeutet die Verteilung das folgende, nämlich rund 80 Prozent für Graz und der Rest für die Regionen. Als urbaner Mensch hoffe ich, daß man mich nicht mißverstehet, daß ich nichts gegen Graz oder gegen Wien habe, sondern schlicht und einfach meine, daß die Regionen mit mehr Mitteln bedacht werden müssen.

Ein dritter Aspekt, was eine schiefe Verteilung anbelangt, ist der folgende: Rundfunk, Presse und Film, und zwar in ihrer künstlerischen Dimension, die darstellende Kunst, die Architektur, die bildende Kunst, die neuen Kunstformen, Schrifttum und Sprache sind unterdotiert. Die Dotation beläuft sich für diese Bereiche so zwischen 0,5 und 1,5 Prozent, das ist mir schlicht und einfach zu wenig.

Im Zusammenhang mit dem Budget möchte ich auch einen Abänderungsantrag stellen, und zwar im Zusammenhang mit der sogenannten Wehrmachtsausstellung. Der Besuch und die Entwicklung der Wehrmachtsausstellung zeigen einmal mehr, daß sie notwendig ist, und es ist nicht okay, daß jetzt nicht das Land als Ganzes, Teile des Landes haben mitgezahlt, hier einspringt, weil noch ein Geldbetrag fehlt.

Die Abgeordneten Brünner, Keshmiri, Zitz und Wabl stellen folgenden Abänderungsantrag:

Um die Ausfallhaftung für die Ausstellung „Ver-nichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ zu übernehmen, wird der Ansatz 381109 um die Post 7670 in der Höhe von 150.000 Schilling erhöht.

Ein weiterer Punkt im Rahmen des geltenden Budgets, den wir kritisieren, ist der hohe Anteil der Verstärkungsmittel. Und zwar nicht die Verstärkungsmittel selber, sondern daß nicht das Kunst- und Kulturbudget im Budget tatsächlich aufscheint. Die Differenz im Landesrechnungsabschluß 1996 zum Budget 1996 ist 11,6 Prozent. 11,6 Prozent sind tatsächlich mehr ausgegeben worden, als im Budget enthalten sind. Nochmals, ich kritisiere nicht, daß die Mittel aufgestockt wurden, das ist okay, ich kritisiere nur die Art der Budgetierung. Diese sogenannten Verstärkungsmittel sollen in das Budget hinein, weil nur so auch die Kontrolle der Verwendung sichergestellt ist, Herr Landeshauptmannstellvertreter, weil im Budget Zweckwidmungen für diese Mittel drinnen sind, bei den Verstärkungsmitteln gibt es aber keine vom Landtag kontrollierbare Zweckwidmung. Hinzufügen möchte ich auch noch bei diesem ersten Punkt Budget den Verwaltungsbereich. Künstlerinnen und Künstler beklagen – und hier gebe ich nur wieder, was ich höre – schleppende Verfahren, Informationsdefizite, Intransparenz, was die Förderung anbelangt. Sie beklagen auch, daß sie ständig Bittsteller sind. Wir haben daher in unserem Entwurf eines Kulturförderungsgesetzes den Passus drinnen, daß abgelehnte Förderungswerberinnen und -werber verlangen können, daß die Ablehnung des konkreten Projektes im Kulturbericht an den Steiermärkischen Landtag enthalten sein muß, damit unter Umständen auch die Ablehnung eines Ansuchens kontrolliert werden kann.

Daß es auch eine Ausweitung des Verwaltungsapparates gegeben hat, das ist ja bekannt, Stichwort FOKU. Wir haben dazu die Kulturabteilung, wir haben die WUK. Allein im Kapitel Dokumentation und Öffentlichkeit, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sind für die FOKU 820.000 Schilling ausgewiesen. Ich weiß nicht, ob die 10 Millionen Schilling der Kollegin Bleckmann tatsächlich gegeben sind, aber allein in diesem Bereich ein Plus von 820.000 Schilling.

Ein Zweites, nämlich unsere Vorschläge zum Kulturförderungsgesetz, das wir am 21. Oktober eingebracht haben, und ich hoffe, daß wir einige Anregungen für die Initiative der Landesregierung drinnen

haben, was ein neues Kulturförderungsgesetz anbelangt. Ich bestreite nicht die Kompetenz der Politik auf dem Gebiete der Kulturpolitik, Entscheidungen zu setzen. Ich habe das schon einmal gesagt, du hast dich am Wort „strategisch“ gestoßen. Für mich ist es legitim, daß folgende politische Entscheidungen getroffen werden: die Verteilung der Kulturförderungsmittel zwischen den Institutionen einerseits und den Projekten andererseits und die Verteilung der Projektmittel auf die verschiedenen Sparten der Kunst und Kultur, darstellende Kunst, bildende Kunst et cetera. Das ist ureigenste Aufgabe der Politik. Aber die Behandlung der einzelnen Ansuchen, der einzelnen Projekte, ihre Würdigung im Hinblick darauf, ob sie förderungswürdig sind oder nicht, Herr Landeshauptmannstellvertreter, das ist weder die Aufgabe des Kulturreferenten noch die Aufgabe der Beamtinnen und der Beamten in deinen Abteilungen. Und zwar dann nicht deine Aufgabe und die Aufgabe der Verwaltung, wenn man das ernst nimmt, was auch du immer wieder sagst, daß Kunst und Kultur in einer Entfernung von der Politik stehen müssen, um nicht in eine Abhängigkeit zu geraten und um ihrer Aufgabe auch einer kritischen Distanz gegenüber Staat und Gesellschaft nachkommen zu können. Wir schlagen daher in unserem Entwurf eines Kulturförderungsgesetzes die Einrichtung von Fachbeiräten für die einzelnen Sparten vor, deren Aufgabe es ist, allein über die den einzelnen Sparten zur Verfügung gestellten Anteile der Projektmittel zu entscheiden. Also der Beirat für bildende Kunst bearbeitet die Projekte der bildenden Kunst. Und wir wollen sicherstellen, daß in diesen Beiräten sich nicht einzelne Richtungen etablieren, sondern daß die Beiratsmitglieder nur eine Funktionsperiode lang tätig sein können. Wir wollen auch, und ich habe das schon angedeutet, eine Aufstockung der Mittel für die Projektförderung. Die jetzige Situation ist meines Erachtens komplett inadäquat. Wir wollen, daß die Projektförderungsmittel in den nächsten Jahren ein Drittel des Kulturbudgets ausmachen, und nicht nur 5 Prozent.

Die Abgeordneten Brünner, Keshmiri, Zitz und Wabl stellen daher – um einen ersten Schritt zu setzen – folgenden Abänderungsantrag:

Um die Projektförderung gegenüber der Institutionenförderung aufzuwerten, wird der Ansatz 381119 um die Post 7690 in der Höhe von 20,6 Millionen Schilling erweitert.

Mittelfristig wollen wir eine Kulturstiftung. Und zwar nicht deswegen, um eine neue Institution zu gründen, sondern weil wir glauben, daß nur in einer Kulturstiftung jene notwendige Bündelung der Gelder möglich ist, die wir brauchen, nämlich die Bündelung der Gelder aus den verschiedenen Gebietskörperschaften, und eine Kulturförderungsstiftung hat auch mehr Anreiz für Private, in diese Stiftung Geldmittel einzubringen, um dann die Förderungsmittel daraus nehmen zu können.

Darüber hinaus bietet eine solche Kulturförderungstiftung auch eine Möglichkeit, dem Einjahresprinzip der Budgetierung zu entfliehen. Ich halte es für unwürdig, daß Institutionen, wie zum Beispiel der „steirische herbst“, jährlich betteln kommen müssen und daß es nur, wieder unter Umgehung des gesamten Haushaltsrechtes, möglich ist, ihnen halt auf zwei oder drei Jahre entsprechende Mittel zu versprechen.

Ich bin damit bei meinem dritten Punkt schon angelangt, nämlich beim „steirischen herbst“. Es ist erfreulich, daß die Mittel um 2 Millionen, das sind 16,6 Prozent, aufgestockt worden sind. Das, was ich im Budget vermisste und wo ich gerne ein paar Ausführungen von dir, Herr Landeshauptmannstellvertreter, hätte, betrifft die Organisation des „steirischen herbstes“. Der Landesrechnungshof hat darauf hingewiesen, daß diese Verschachtelung von drei Gesellschaften – einer Gesellschaft bürgerlichen Rechtes, eines Vereins und einer GmbH. – inadäquat ist, daß sich die Gesellschaft, die Betreibergesellschaft, der Kontrolle des Rechnungshofes entzieht, und es bedurfte einer Vereinbarung zwischen der Gesellschaft und dem Land, daß die Rechnungshofkontrolle läuft. Es sollten sich die Politiker aus dem Gremium zurückziehen, bitte. In der Gesellschaft bürgerlichen Rechts – im Präsidium – sind von zehn Mitgliedern, meine Damen und Herren, sieben aktive oder pensionierte Politikerinnen und Politiker. Im Verein sind im Vorstand, der aus vier Personen besteht, zwei, und zwar aktive, Politikerinnen und Politiker. Man sollte hier auch ernst machen mit der Distanz, mit der notwendigen, zwischen Politik einerseits und Kunst und Kultur auf der anderen Seite.

Viertens und abschließend noch ein paar Worte zum Kunsthaus. Im Grunde genommen habe ich gestern dazu alles gesagt, was ich sagen kann. Ich halte es für nicht vertretbar draußen, und die glauben uns das ja auch nicht, wenn jetzt der Ball zwischen Stadt und Gemeinde hin- und hergeschoben wird, Herr Kollege Getzinger und Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner. Das ist schlicht und einfach auf dem Gebiete der Flächenwidmung eine wechselseitige Erpressung. Das Raumordnungsrecht kennt das Kooperativprinzip, wo nicht die eine Seite der anderen fast erpresserisch etwas anhängt und sagt, „wehe, wenn du das nicht machst, dann bist du schuld an der Verhinderung des Kunsthauses“. Das kommt mir so vor, als wenn irgend jemand etwas Großes in einem Naturschutzgebiet plant und dann böse ist, daß das nicht geht und daß nicht das Naturschutzgebiet vom Naturschutzreferenten aufgehoben wird.

Noch eine Richtigstellung zum Herrn Architekten Gartler. Er hat den Pfauengarten als erste Priorität in seinem Gutachten drinnen, und er hat dann sekundäre Standorte, darunter den Schloßberg und darunter den Andreas-Hofer-Platz, drinnen. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich verstehe dich einfach in dem Punkt nicht. Du mußt ja nicht das Gefecht mit dem Herrn Altlandeshauptmann Krainer fortführen. Du hast bis jetzt schon gezeigt, daß etwas weitergehen kann auf dem Gebiet der Kunst und Kultur. Ich verstehe wirklich nicht, wieso der Pfauengarten nicht möglich ist. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Einstimmiger Regierungsbeschluß!“) Ich meine, es gibt viele einstimmige Regierungsbeschlüsse. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Warum fragst du nur mich?“) Die fallen ja bitte nicht vom Himmel, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sondern die werden von den teilnehmenden Politikerinnen und Politikern gemacht.

Und wenn man in dem Zusammenhang sagt, Herr Kollege Getzinger, der Pfauengarten sei nicht im Herzen der Stadt, ja, meine Damen und Herren, was

hätten die Pariser gemacht, die hätten auf die Champs-Élysées hinsetzen müssen die Nationalbibliothek, sie hätten müssen hinsetzen verschiedene Museen, die es gibt, sie hätten müssen den Louvre hinsetzen, die Pyramide dort auf die Champs-Élysées. Oder wenn in Amsterdam im Herzen der Stadt die Oper hingestellt hätte werden müssen. Das ist bitte alles doch eine Ausrede, Herr Kollege Getzinger.

Wenn gesagt wurde, Sammlung und Ausstellung nicht trennen, dann tut man so, als ob Kilometer zwischen dem Pfauengarten auf der einen Seite und der Neuen Galerie auf der anderen Seite wären.

Ich muß Ihnen ehrlich sagen, mir ist es vollkommen egal, wo das Kunsthaus hingestellt wird. Es sollte nur Graz ein Kunsthaus bekommen, und zwar nicht drinnen im Berg, sondern als ein Zeichnen, das nach außen hin sichtbar wird, einer städtebaulichen Architektur. Das ist das, was ich mir wünsche.

Ich habe immer gedacht, daß Herr Kollege Wabl nicht recht hat, wenn er sagt, daß du, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ein Waterloo erleiden wirst mit dem Kunsthaus. Aber mittlerweile glaube ich, daß Herr Kollege Wabl recht hat. Wir werden in Jahren noch kein Kunsthaus haben, wenn wir uns dort hinein fixieren in den Schloßberg.

Ich plädiere dafür, daß sich alle Betroffenen zusammensetzen und vielleicht aus diesem Graben, in den man sich hineingegraben hat, herauswindet und tatsächlich wiederum einmal den Pfauengarten daraufhin anschaut, ob er nicht doch der adäquatere Standort ist.

Also nochmals, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich verstehe dich bei dem Punkt nicht. Ich kann es mir nur psychologisch erklären, daß der Kampf, den du in der vorigen Legislaturperiode mit dem Herrn Landeshauptmann Krainer geführt hast, in dieser Legislaturperiode fortgesetzt wird. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Kämpfe, die du mit dir schon geführt hast. Deine Kämpfe überträgst du auf andere. Du bist mit dir selbst nicht im reinen!“ – 14.09 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Getzinger gemeldet. Ich erteile ihm das Wort ausschließlich zu einer tatsächlichen Berichtigung. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (14.09 Uhr):** Erstens, Herr Abgeordneter Brünner, Architekt Gartler priorisiert den Pfauengarten nur dann, wenn es sehr, sehr schnell gehen muß, ansonsten, hat er gemeint, ist der Schloßberg, ist beim Schloßberg ein exzellenter Standort.

Zweitens, ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie mich mißverstehen oder mißverstehen wollen. Ich habe natürlich nie behauptet, daß Wissenschaft und Kultur einer Legitimation bedürfen, selbstverständlich nicht. Wenn Sie genau hingehört hätten, hätten Sie gehört, daß ich von Politik gesprochen habe, und nicht von den Institutionen Wissenschaft und Kultur. Was einer Legitimation bedarf, sind überproportional wachsende Wissenschafts- und Kulturbudgets. Das sehr wohl. Sie sollten wissen, daß es selbstverständlich einen Verteilungskampf gibt um öffentliche Budgets. Dieser

Verteilungskampf sollte auf der Basis rationaler Argumente geführt werden. Und diese rationalen Argumente hoffe ich hier auch geliefert zu haben. Wissenschaft und Kultur bedürfen tatsächlich keiner Legitimation. Der Mensch hat und schafft Kultur. Das ist philosophisch gesehen, würde ich sagen, geradezu ein Pleonasmus, eine Selbstverständlichkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 14.11 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Jeglitsch gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (14.11 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Die Kultur vermag nichts und niemanden zu retten, sie rechtfertigt sich auch nicht. Aber sie ist Erzeugnis des Menschen, worin er sich projiziert und wiedererkennt; allein dieser kritische Spiegel gibt ihm sein eigenes Bild.“

Mit diesem Zitat von Jean-Paul Sartre wird eine Abhandlung von Peter Marboe „Kulturpolitik in Österreich“ eingeleitet, als Ergebnis der Kulturgespräche im Juni des heurigen Jahres im RESOWI-Zentrum der Karl-Franzens-Universität zur Thematik „Kultur der Regionen im nahen Europa“, welche vom Modell Steiermark, vom Österreichischen Akademikerbund und von der Politischen Akademie veranstaltet worden sind.

Marboe verweist auf das kulturpolitisch offene Klima, das es in diesem Land gegeben hat und das es aufrechtzuerhalten gilt, auf die anregenden Atmosphären, auf die Konfliktfreudigkeit, auf den offenen Umgang mit dem Neuen bei gleichzeitiger Hochhaltung der Tradition. Die Steiermark hat sich durch ihre kulturellen Leistungen in der Vergangenheit einen Spitzenplatz erkämpft, der bis weit über die Grenzen ausstrahlt. Der „steirische Herbst“ und die Styriarte sind Ereignisse, die in der Kulturwelt Europas wahrgenommen werden. Die Stärke der Steiermark war es, viele und zum Teil sich widersprechende Strömungen nicht nur zuzulassen, sondern unter einem großen Schirm zu vereinen, das Widerspenstige ebenso wie das Affirmative, das Experimentelle ebenso wie die Volkskultur, das Provokative ebenso wie das Schöne, und das Heimatverbundene ebenso wie das Internationale.

Am Ausgangspunkt dieser kulturellen geistigen Haltung steht Hanns Koren und dessen große Wertschätzung für das traditionell Gewachsene, das aber nur dann lebendig erhalten werden kann, wenn es in einer innovativen und anregenden Gegenwart seinen Platz findet. Diese Haltung unterscheidet scharf zwischen Offenheit und Beliebigkeit, zwischen Werten und Dogmen, zwischen Kritik und Verteufelung, zwischen Provokation und Zerstörung.

Um möglichen Fehlinterpretationen zu begegnen, die das letzte Mal beim Kulturbericht der Jahre 1994 und 1995 aufgetaucht sind, möchte ich auch in diesem Zusammenhang nochmals festhalten: Das hat nichts mit einem Harmoniebedürfnis oder einer Konfliktvermeidung zu tun, nichts mit einer zwanghaften Harmonisierung gegensätzlicher Standpunkte, wohl aber mit einer Streitkultur, die sich in der Ausein-

andersetzung auf Argumente stützt, und nicht auf die Herabsetzung des anderen, auf Inhalte, und nicht auf rhetorische Formatlosigkeit. Wir brauchen in der Kulturpolitik jene einzigartige Symbiose zwischen Tradition und Innovation, zwischen Kontinuität und Widerspruch, zwischen Klassik und Experiment, zwischen dem eben, was uns ausmacht, und dem, was wir aus uns machen wollen. Kulturpolitik hat daher auch die Aufgabe, das gesamte breite Spektrum von Kunst und Kultur zu sehen, zu ermöglichen und anzuerkennen. Eine einseitige Förderungspolitik, welches Sektors auch immer, kann sich nur allzu rasch als Einfalt gegenüber der notwendigen Vielfalt herausstellen. Das waren die kulturpolitischen Vorstellungen und Visionen eines Hanns Koren, Kurt Jungwirth und Josef Krainer, das sind auch die Leitlinien der ÖVP für die Zukunft.

Ich darf nun auf einige Punkte konkret eingehen. Das Kulturbudget des Jahres 1998 zeigt keine große Überraschung. Es schreibt mehr oder weniger die Initiativen der Vergangenheit fort, und das ist durchaus gut so. Denn die Vielfalt an kulturpolitischen Initiativen in der Steiermark, angefangen über die Großereignisse in Graz, aber auch in den Regionen – ich will sie nicht wieder aufzählen –, machen den Reichtum dieses Landes aus. (Abg. Gennaro: „Das stimmt nicht!“) Da viele Kulturinitiativen mehrjährig sind, erinnere ich nochmals an die Notwendigkeit mittelfristiger Finanzierungsvereinbarungen und an die Tatsache, daß zwar 1995 Parteienverhandlungen über eine Novellierung des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes geführt worden sind, daß aber seit der Übernahme des Kulturreferates Funkstille eingetreten ist. Zwar hat die SPÖ im Frühjahr 1996 noch einmal den Antrag auf eine Novellierung des Kulturförderungsgesetzes eingebracht, in der Folge auch andere politische Parteien, aber bis heute – und das sind immerhin eindrei Viertel Jahre – hat die SPÖ nicht zu Parteienverhandlungen eingeladen.

Wenn das Wissenschaftsbudget des Landes Steiermark unter den Bundesländern einen Spitzenplatz einnimmt, liegt das Kulturbudget im unteren Mittelfeld. Während Tirol 2,8 Prozent am Gesamtbudget ausgibt, Vorarlberg und Oberösterreich 2,5, Salzburg 2,4, Burgenland 2,2, liegt das Kulturbudget des Landes Steiermark bei 1,8 Prozent und wird nur von den Ländern Kärnten und Niederösterreich mit knapp 1,6 Prozent unterboten. (Abg. Gennaro: „Weil wir einen großen Aufholbedarf haben!“)

Die erfolgreiche gemeinsame Veranstaltung „Classics in the city“ zwischen Kulturreferat und Tourismusreferat ist im Landesvoranschlag 1998 erfreulicherweise mit einer eigenen Position dotiert und ausgewiesen. Fortgeführt werden 1998 erfreulicherweise auch die großen baulichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Neukonzeption des Joanneums, aber wesentliche, inhaltlich neue kulturpolitische Akzente lassen sich aus dem Landesvoranschlag 1998 nicht oder noch nicht absehen. Wenn in den letzten Wochen in diesem Hause von einer kulturpolitischen Gründerzeit gesprochen worden ist und wenn man darunter nicht nur Bau- und Sanierungsmaßnahmen und die Ausstellungen meint, dann fällt mir bei dem Landesvoranschlag dazu nicht viel ein, wenn der Blick nicht sehr kurzfristig ist, sondern längere Zeiträume über-

streicht. Wenn man von einem neuen Stil, vom neuen Impetus gesprochen hat, dann fallen mir vor allem die Namen Vujica, Grond, Konrad und Kolar ein.

Auch ein kurzer Kommentar zu den Landesausstellungen. Bis zum Jahr 1995 hat man die Einjährigkeit der Landesausstellungen seitens der SPÖ zum Teil heftig kritisiert und attackiert. Nach der Übernahme des Kulturreferates ist diese Kritik eigentlich verstummt, und man hat den Eindruck, daß zumindest vorerst die Einjährigkeit erhalten bleiben soll. Aus meiner Sicht ist die Frage der Einjährigkeit oder Mehrjährigkeit oder die Abfolge in längeren großen Intervallen keine Glaubensfrage. Man muß vorher definieren, welches kulturpolitische Ziel man mit den Landesausstellungen verfolgt und welche Kriterien, einschließlich dem der Nachnutzung, für die Vergabe einer Landesausstellung an die Region erfüllt sein müssen. Da die Landesausstellungen in den Themen, aber auch in den Besucherzahlen eine gewisse Erschöpfung zeigen, ist diese Diskussion bald zu führen, sonst sind große überregionale Landesausstellungen etwa alle fünf Jahre, und dazwischen regionale Sammelveranstaltungen von bereits bestehenden Kulturinstitutionen ein ernsthaftes Gegenkonzept.

Die Landesausstellung in Leoben ist ein gutes Beispiel, um die Komplexität dieser Frage zu beleuchten. Als Ausstellung war sie mit knapp über 90.000 Besuchern sicherlich kein Erfolg. Die Themenfindung zur Leobner Landesausstellung war eine schwierige Geburt. Ursprünglich fixiert auf eine Franzosenausstellung, 1997 war ja auch das Jahr „200 Jahre Vorfriede zu Leoben“, hat man mit diesem Thema lange in eine nicht tragfähige Richtung gesehen, denn es gibt ja bei diesem Thema kaum eine regionale Identität.

Nach langen Diskussionen kristallisierte sich relativ spät, auch eingedenk der Wirtschaftsstruktur der Obersteiermark, ein technisches Thema heraus. In der Suche nach dem Thema machten Cwienk, Hirschmugl und ich im Frühjahr 1995 den Vorschlag, die Leobner Landesausstellung unter den Titel „Steirische Standards“ zu stellen, unter Einbindung der Schulen mit einem Vorschlag der Nachnutzung. Dieser Vorschlag fand keine Zustimmung, auch unter dem Hinweis, daß sich niemand etwas unter dem Wort „Standards“ vorstellen könne. Ob der nun gefundene Titel „Made in Styria“ für die steirische Bevölkerung leichter und einsichtiger oder verständlicher war als „Steirische Standards“, will ich nicht beantworten.

Der Prozeß, in dem eine Landesausstellung entsteht, in dem das Thema einer Landesausstellung gefunden wird, ist oft ein sehr komplizierter und durchaus nicht geradliniger. Zusammenfassend muß ich aber zur Leobner Landesausstellung sagen, daß sie für die Stadt Leoben einen großen Impuls gebracht hat, viele längst überfällige Projekte, über die Hauptplatzrenovierung bis zur Tiefgarage und viele weitere, wurden in Angriff genommen und haben in Leoben ohne Zweifel eine Aufbruchstimmung ausgelöst. Nicht aus der Sicht der Besucherzahl, aber aus der Sicht der Stadt Leoben, aus der Sicht der Bevölkerung war die Landesausstellung in Leoben ein voller und nachhaltiger Erfolg.

Radkersburg hat offenkundig aus der Vergangenheit gelernt, und man bemüht sich schon in der Vorbereitung, in umfassender Weise die Jugend anzu-

sprechen und Jugendorganisationen einzubinden, und ich bin auf das Echo der Besucherzahlen, gerade im Hinblick auf die sehr großen Anstrengungen, schon sehr gespannt. Die Landesausstellung 1999 in Knittelfeld hat mit dem Thema „Verkehr“ ein sehr schwieriges Thema. Ich meine, daß man mit einer Begleitausstellung in Seckau Knittelfeld unterstützen sollte, wie es auch Göß für Leoben war. Ein gemeinsames Thema ist wohl nicht zu finden, aber man könnte Mobilität und Hektik, die der Verkehr in die zivilisierte Welt gebracht haben, in Kontrast setzen zur Ruhe und Meditation eines Stiftes.

Abschließend einige Gesichtspunkte zum Kunsthaus. Bereits in der Budgetdebatte im März 1996 zu den beiden Budgets 1996 und 1997 habe ich darauf hingewiesen, daß sich die ÖVP trotz der Geschehnisse in der Vergangenheit in der Kulturpolitik konstruktiv verhalten und auch beim Kunsthaus nicht querlegen werde. Aber Fragen dazu sind erlaubt, umso mehr, wenn ich an die Debatten im Kultur-Ausschuß denke und an die fast spürbare Widerwilligkeit, legitime Fragen in Zusammenhang mit dem Kunsthausbau beantworten zu wollen.

Am Montag, dem 24. November dieses Jahres, hat die Jury den Entwurf der Schweizer Architekten Weber & Hofer einstimmig gutgeheißen. Webers Projekt sieht vor, fast 90 Prozent des Grazer Kulturbau im Schloßberg unterzubringen, indem er einen langgestreckten Riegel in das Gestein treibt. Lediglich der scheinbare Eingangsbereich bleibt sichtbar als turmähnliche Architektur, die hinter dem Palais Herberstein aus der Schloßbergwand ragt. Damit fehlt fast zwangsläufig vollkommen das natürliche Licht. Und es darf damit die Frage gestellt werden, ob mit diesem Projekt des Kunsthauses jene architektonische und museologische Sensation, so Peter Weibel in seinem Kunsthauskonzept, gelungen ist, mit dem sich auch das Aus für den Pfauengarten rechtfertigen läßt. Es ist weiters die Frage zu stellen, wie der Herr Landeshauptmannstellvertreter seine Äußerung in der „Kleinen Zeitung“ vom 15. März dieses Jahres gemeint hat: „Ich werde mein Geld nicht eingraben.“ Kunst lebt vom Sehen, Kunst muß man sehen können, ein Kunsthaus sollte daher auch zu sehen sein, sollte eine architektonische Attraktivität darstellen. Das Festspielhaus in Salzburg steht vor dem Berg, im Berg selbst befindet sich die Tiefgarage.

Wie dominierend für ein Gebäude der äußere architektonische Eindruck ist, ist etwa an der Therme Blumau zu sehen, die viele Gäste anzieht, ohne daß die dort baden wollen, oder das Guggenheim-Museum in Bilbao, wo nicht nur die Sammlung und das Innere, sondern vor allem das Äußere weltweit Aufmerksamkeit hervorgerufen hat.

Wenn man die Enge des Projektes Kunsthaus im Schloßberg sieht – und das in mehrfacher Wortbedeutung –, dann ist die Frage erlaubt, warum sich der Pfauengarten für ein neues Kunsthaus – um es klar zu sagen, ich rede nicht vom alten Trigon-Konzept – nicht als Standort eignet. Wenn es heißt, ein einstimmiger Beschluß der Regierung stünde dagegen, bitte, das ist nicht Gottes Gebot, solche Beschlüsse können, wenn man will, jederzeit geändert werden. (Abg. Gennaro: „Leicht nicht!“)

Wie immer man auch zu den Bürgerinitiativen steht, in der Zwischenzeit hat sich eine gegen das Kunsthaus im Schloßberg formiert. Beim Trigon-Konzept ist mir auch eine Bürgerinitiative bekannt, aber für das Projekt. Wie immer man auch zu diesen steht, sie sind in einer Demokratie ernst zu nehmen. Es ist daher auch die Frage zu stellen, was gegen die Abhaltung einer Volksbefragung – nicht Volksabstimmung – über den Kunsthausstandort Schloßberg einzuwenden ist. (Abg. Gennaro: „Man kann nicht immer das Volk befragen!“)

Ja, ich meine es viel weitgehender. Sie könnte sogar bei negativem Ausgang den Herrn Landeshauptmannstellvertreter aus der Enge befreien, in die er sich selbst hineinmanövriert hat.

Ein dringlicher Antrag, den die Freiheitlichen bei der letzten Gemeinderatssitzung von Graz zur Volksbefragung eingebracht haben, konnte deswegen nicht behandelt werden, weil die Flächenwidmungsplanänderung für das Kunsthausprojekt im Schloßberg von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Auch hier ist die Frage zu stellen, wie weit die Vorstellungen des Landesrates Schmid mit den Freiheitlichen der Stadt kongruent laufen und eine gleiche Sicht der Dinge besteht.

Neben dem Kunsthaus in Graz ist aber auch der Ausbau der Thalia zu einem multifunktionalen Kulturzentrum in Diskussion. Ebenso gibt es ein Konzept für den Ausbau des Kongresses und den Ausbau der Grazer Messe für Großveranstaltungen.

Auch wenn nicht alle Projekte und Vorhaben mit künstlerischen Aktivitäten und kulturellen Veranstaltungen etwas zu tun haben, sind gemeinsame, noch fehlende Nutzungskonzepte, insbesondere zum Ausbau der Thalia, eine unabdingbare Notwendigkeit, wenn man den Auftrag an die Politik ernst nimmt, sparsam und gestalterisch vorzugehen.

Auch zur finanziellen Bedeckung aller Vorhaben sind Fragen zu stellen. In den kommenden zehn Jahren werden für die Sanierung aller Joanneum-Objekte – ich will sie nicht im Detail aufzählen – 510 Millionen Schilling benötigt. Das bedeutet einen Finanzierungsbedarf von 50 bis 60 Millionen Schilling pro Jahr für Joanneum-Neu. Dieser Bedarf könnte durch den Fernsehschilling bedeckt werden, aus dem jährlich etwa dieser Betrag lukriert werden könnte. Kunsthaus und Thalia müßten, so wird zumindest gesagt, um je 350 Millionen Schilling zu realisieren sein. Die Autoren der Thalia-Studie beziffern allerdings die Baukosten mit insgesamt 523 Millionen Schilling. Beim Kunsthaus, heißt es, wird es wohl auch nicht allzuviel billiger zu haben sein. Aus der Rücklage von 300 Millionen Schilling, die für das Trigon-Haus angespart worden sind, wurden bis jetzt schätzungsweise 160 Millionen Schilling für Joanneum und für Ausstellungen verbraucht, rund 140 Millionen dürften noch vorhanden sein.

Wie man mit diesen 140 Millionen Schilling das Kunsthaus und auch die Thalia finanziell realisieren will, bleibt schleierhaft, noch dazu, wo keine zusätzlichen Budgetansätze 1998 zu erkennen sind.

Auch wenn es sich, wie man hört, allenfalls um Leasingmodelle handeln sollte, bei denen das Land den Bau an Dritte vergibt und dann mietet – allein die

Thalia würde im Jahr 30 Millionen Schilling als Leasingraten verschlingen –, das kann doch wohl auch nicht der Weg einer Finanzierung sein.

Was ist übrigens mit dem Bund? Das letzte Engagement des Bundes geht auf das Jahr 1985 zurück, bei der Sanierung des Opernhauses.

Fragen über Fragen, die einer Antwort harren! Nimmt es da wunder, wenn für die Landesausstellung „Graz 2000“, für die das Kunsthaus vorgesehen war, bereits Ersatzstandorte ausgelotet und auf ihre Eignung überprüft werden?

Wieder darf eine Frage gestellt werden, war das dann alles?

Abschließend wünsche ich mir mit Marboe und auch im Hinblick auf manches, was in den letzten eineinhalb Tagen hier im Landtag passiert ist, daß generell in Österreich, aber auch in der Steiermark mehr Kultur in die Politik und weniger Politik in die Kultur einzieht. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.28 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

**Abg. Dr. Wabl (14.28 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte vorerst meine Anerkennung für die Wortmeldung des Kollegen Jeglitsch hier ausdrücken, vor allem deshalb, weil er wirklich sehr sensibel zum Ausdruck gebracht hat, welche Problemstellungen sich im Bereich der Kulturpolitik ergeben. Vor allem seine Aufforderung im Schlußsatz sollten wir alle beherzigen.

Ich werde, obwohl ich nur 15 Minuten zur Verfügung habe, den Fehler nicht machen, daß ich die Kulturpolitik in der Steiermark auf die Frage des Kunsthauses reduziere. Ich möchte aber hinzufügen, daß dieses Thema – und das ist ja auch aus deinen Fragen herausgekommen – unter den Nägeln brennt und daß ich auch gespürt habe, daß bei der ÖVP ein Gefühl, das schon länger vorhanden ist, sich an die Oberfläche bewegt. Ich meine nur, daß wir nicht unnötig Zeit verschwenden sollten und vor allem auch nicht unnötig viel Geld, bevor die richtigen Entscheidungen getroffen werden.

Ich habe den Herrn Stadtrat und angeblich zukünftigen Bürgermeister Strobl – wir haben derzeit ja drei Bürgermeister, einen amtierenden, einen, den Kollegen Weinmeister, der hat schon gespürt – (Abg. Porta: „Muß ich dich dann als Präsident anreden?“) nein – der hat schon gespürt, welche Entwicklung sich beim Kunsthaus abzeichnet, und der Stadtrat Strobl, der auch bei der neuen Bürgermeisterwahl dabei ist – vor ein paar Monaten auf der Straße getroffen. Wir kennen uns ja fast seit 30 Jahren, und ich halte ihn für einen Menschen, der weiß, wohin der Zug fährt. Man sieht es ja, er hat es auch in der Politik inzwischen überrissen. (Abg. Mag. Zitz: „Er ist auf die U-Bahn spezialisiert, Martin!“)

Er sagt es noch niemandem? (Abg. Mag. Zitz: „U-Bahn, Martin!“) Nein, er redet auch von der Stadtbahn inzwischen.

Ich habe ihn damals gefragt, wann er endlich in dieser so heiß diskutierten Frage – damals hat es gerade eine Unterschriftenaktion des Naturschutzbundes gegeben – die richtige Entscheidung trifft. Es war damals gerade sein Projekt mit Kunsthaus in drei Teile geteilt in Rede, eines ganz oben beim Restaurant und so weiter. Aber inzwischen hat sich das gelichtet, die Nebel haben sich gelichtet.

Ich möchte bei dem Positiven anfangen. Auch ich bin überzeugt davon – der Kollege Brünner hat es gesagt –, daß in der steirischen Kulturpolitik, vor allem auch was die Betreuung der Regionen betrifft, sich einiges verbessert hat, daß also hier Aktivitäten gesetzt werden, die zu Hoffnungen Anlaß geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Gegensatz zu dir, Kurtl, aber ich freue mich, daß du bei mir einmal geklatscht hast. Es sollte bitte mit Rufzeichen in den Stenographischen Protokollen vermerkt werden, daß der Kollege Gennaro beim Kollegen Wabl geklatscht hat. Ich glaube, das ist ein sensationelles einmalige Ereignis, das sich in den nächsten 100 Jahren wahrscheinlich nicht mehr wiederholen wird. (Abg. Dr. Flecker: „Es handelt sich nur mehr um zwei Jahre!“) Sagen wir so, zumindest in dieser Legislaturperiode gehe ich von der Hoffnung nicht mehr aus.

Das sage ich vor allem deshalb, weil ich überzeugt davon bin, daß Kultur unser Leben ganz entscheidend mitgestaltet. Wir erleben gerade draußen in den Bezirken – zusätzlich zur Hauptstadt, die natürlich das Aushängeschild ist – doch eine gewisse Aufbruchstimmung, die sich nicht nur auf Musikschulen, auf den musikalischen Bereich bezieht, sondern auch im literarischen Bereich zu spüren ist. Ich sage jetzt nicht, lieber Kollege Gennaro, weil dann würdest du noch einmal klatschen, daß diese Aufbruchstimmung oder diese Stimmung allein auf den Herrn Landeshauptfraustellvertreter Schachner zurückzuführen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Nein, das habe ich nicht gesagt, sonst hättest du ja klatschen können, aber es freut mich, daß du so im Klatschen drinnen bist.

Das letzte Mal habe ich ja die Kulturzeitrechnung in der Steiermark einer neuen Einteilung unterworfen. Es gibt ja Leute, die behaupten, die Kulturgeschichte wird sich einmal einteilen in die Zeit vor Schachner und in die Zeit nach Schachner (Abg. Mag. Erlitz: „Gründerzeit!“), in Anlehnung an andere wichtige Zeitrechnungen.

Aber so weit sind wir noch nicht, und daher ist zu hoffen, daß auch das Verhältnis, daß der Kollege Brünner da genannt wird, zwischen Stadt und Land, daß das entsprechend auch adaptiert wird, weil ich glaube, und da, glaube ich, bist du auch dieser Meinung, daß gerade auch am Land und in den Bezirksstädten eine ungeheure Dynamik drinnen ist, die es einfach wert ist gefördert zu werden, und daß wir in diesem ewigen Konflikt zwischen Hochkultur und Volkskultur natürlich eine Auflösung suchen. Für mich gibt es da keinen Widerspruch. Ich persönlich glaube, daß wir für die Lebensqualität Kultur in allen Bereichen dringend und mehr denn je benötigen und daß wir immer überrascht sein müssen, welche Qualitäten und welche Fähigkeiten in jedem Menschen eigentlich stecken.

Nun aber zum Thema Kulturhaus, Kunsthaus, wobei ich eines verspreche, daß ich die Kultursonderbeauftragte, die geplant war, heute nicht erwähne, weil ich nicht den schmerzlichen Effekt verstärken will und weil sehr viele froh sind, daß das Thema einmal abgehakt ist. Aber ich wünsche mir nicht, daß dieselbe Beharrlichkeit, die dort an den Tag gelegt wurde, zu wessen Nachteil, das wird sich herausstellen, daß die beim Kunsthaus nicht bewiesen wird. Ich bin eigentlich enttäuscht, Kollege Getzinger, aber ich habe dich inzwischen kennengelernt als einen, der in Nibelungentreue geradezu seine Ansprache hier hält und an den Intentionen des Meisters, des Vorsitzenden, noch festhält, wenn er schon selbst eigentlich spüren müßte, daß der Zug schon in eine andere Richtung fährt. Ich habe das – und ich glaube, das wird mir niemand bestreiten – von Anfang hier erklärt, daß dieses Kunsthaus am Schloßberg, das ja mehr oder weniger unsichtbar sein wird, unter einem unseligen Stern steht, und vor allem deshalb, weil eigentlich – und das sei der Vollständigkeit halber angemerkt – das Projekt im Pfauengarten, für das es ja auch Beschlüsse gegeben hat, das darf man ja nicht vergessen, an sich schon baureif gewesen ist. Ich habe dann gehört, es hat kein inneres Konzept gegeben, aber das hätte man ja modifizieren können, daß du letzten Endes dieses Projekt – und das wissen sehr viele, vielleicht weißt du es auch selber – deshalb verhindert hast, weil das das Projekt des Josef Krainer als Kulturreferent war und weil es darum gegangen ist, dem Josef Krainer hier dieses Projekt nicht zu vergönnen und das also zum Scheitern zu bringen. Und solche Motive verheißen nichts Gutes. Daher habe ich von Anfang an gesagt, wenn man ein Projekt aus solchen Motiven zum Scheitern bringt, dann wird auch das eigene Projekt nicht erfolgreich sein. Ich hätte mich mit dir auch jede Wette eingehen getraut, ich weiß nicht, ob ich das gesagt habe, schon vor Beginn dieser Debatte, daß dieses Projekt nicht zustande kommt. Und wenn man jetzt die Entwicklung anschaut, dann habe ich, was mich nicht mit Stolz erfüllt, fast in allen Punkten schon recht gehabt. Dieses Kunsthaus im Schloßberg ist tot, es fehlt nur noch die Bereitschaft der Mächtigen in dem Lande, es auch zu Grabe zu tragen. Ich hoffe nur nicht, der Kollege Jeglitsch hat mit Fragen das Problem angeschnitten, daß noch 10, 20 oder 30 Millionen den Bach oder die Mur hinunterfließen, weil 30 Millionen sind ohnedies schon aufgebraucht worden, und ich meine daher, 30 Millionen – da wirst du mir recht geben – könnte man sinnvoller für etwas anderes verwenden.

Wenn ich hier lese, was der Kulturredakteur Walter Titz sagt, ich zitiere nur kurz daraus: „Drei Tenöre, die Ereignisse der letzten Tage waren der Anfang vom Ende des Grazer Kunsthauses. Nein, ganz falsch, denn erstens waren dies Nichtereignisse, die da für Schlagzeilen sorgten, die Nichtänderung des Flächenwidmungsplanes im Gemeinderat, die Absage der Landesausstellung ‚Graz 2000‘ in der ‚Schloßberg-schachtel‘, und zweitens begann das Ende des Grazer Kunsthauses just in dem Moment, in dem man sich entschied, es da zu realisieren: am und im Schloßberg. Daß Peter Sch.“ – offensichtlich heißt das Peter Schachner – „ein baugenehmigtes und in der Detailplanung weit fortgeschrittenes Haus im Pfauengarten nicht haben wollte, weil es von seinem Vorgänger als

Landeskulturreferent Josef Krainer stammte, gut: Daß Peter Schachner den Unort wählte, jenen Platz, an dem das Scheitern auf mehreren Ebenen zwangsläufig angelegt ist, schlecht. Schlecht auch, weil es ein teurer Spaß ist, 30 Millionen.“ Und es geht so weiter: „Denn es sind gerade nicht die drei Tenöre, die in dieser Politposse mit mehreren Abgesängen, die nun ins betriebliche Finale geht, auftreten. Eher die drei Dünnöre, oder wie viele es auch immer sein mögen.“

Eines ist auch noch zu sagen, daß der Herr Landesrat Schmid eine besondere Rolle spielt bei diesem Kunsthaus, daß er überhaupt nicht bereit ist, hier die Entwicklungen der Vergangenheit und auch der Gegenwart zur Kenntnis zu nehmen. Und da sagt der Fleischhacker auch in der „Kleinen Zeitung“: „Die kurioseste Rolle spielt diesmal FPÖ-Chef Michael Schmid. Die Stadt, sagt er, sei schuld an der Verzögerung beim Kunsthausbau, und zwar der Kultur-“ – man höre und staune – „und Stadtplanungsreferent Helmut Strobl. Faktum ist freilich, daß die Änderung des Flächenwidmungsplanes damals daran gescheitert ist, daß die Stadt-FPÖ sie mit einer Volksbefragung junktimieren wollte. Daß dann ausgerechnet Schmid, dessen Stadtpartei die Volksbefragung unbedingt will, im Gegensatz zum SPÖ-Chef Schachner bereit wäre“ – und jetzt, bitte Kollegin Bleckmann, ah sie ist nicht da, das ist das, was mich jetzt besonders betrübt, daß man hier eine solche Einstellung an den Tag legt – „bereit wäre, das Ergebnis dieser Volksbefragung zu ignorieren, ist ein wunderbarer Fall von Chuzpe.“

Ich komme schon zum Ende, eine kleine Nachspielzeit noch, wie es in der Fußballsprache erlaubt ist. Ich bitte nur, daß wir endlich im Interesse des Ansehens der Kunst in diesem Lande und der Kulturförderung und der Kulturpolitik, daß wir endlich zu einer Lösung kommen, die sich wirklich auch sehen lassen kann. Ich komme nicht in der ganzen Welt herum, wie manche namhafte Politiker, aber man erzählt mir, daß in vielen Städten Europas großartige Kultur- und Kunsthäuser errichtet werden, und wir in der Stadt Graz, Kollege Getzinger, du hast erklärt, daß eine entsprechende Kubatur gebraucht wird, wir sind bereit oder sind bemüht, dieses Kunsthaus in den Schloßberg hinein-zubauen, was von vornherein unsinnig ist. Es gibt Leute, die sagen, dort kann man nicht einmal Bilder ausstellen, weil die Luftfeuchtigkeit so hoch ist. Also ich appelliere, und damit bin ich schon am Ende, Herr Landeshauptfraustellvertreter Schachner, ich weiß, daß du, so wie ich dich kenne in deiner charakterlichen und politischen Positionierung, bis zum bitteren Ende durchtragen wirst, aber vielleicht kannst du darüber nachdenken, daß dieses Projekt zum Scheitern verurteilt ist, und vielleicht kannst du auch die ÖVP des Landes aus der Geiselhaft entlassen, weil, wie man gemerkt hat aus den sehr sensiblen Ausführungen des Kollegen Jeglitsch, sie würden schon gerne sagen, wir nehmen davon Abschied, nur es gelingt uns noch nicht. (Abg. Schützenhöfer: „Nein!“) In der Frage schon, Kollege Schützenhöfer. (Abg. Schützenhöfer: „Nein, wir stehen zu einem gemeinsamen Regierungsbeschuß. Ob er durchgeführt wird, wissen wir heute nicht!“)

Wir stellen daher den Antrag im Sinne dieses Appells, der Hohe Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert,

als Standort für ein Kunsthaus in Graz den Pfauegarten vorzusehen und unverzüglich mit den notwendigen Schritten zur Realisierung des Baues zu beginnen.

Ich bedaure, daß der Antrag von den Liberalen und von uns, daß man das Kunsthaus der Projektkontrolle des Landesrechnungshofes unterzieht, um zu beurteilen, welche Auswirkungen es hat und welche Kosten, daß diesem Antrag von der Mehrheit nicht gefolgt wurde. Was das bedeutet für mich? (Abg. Schützenhöfer: „Unterliegt automatisch!“) Aber wir haben einen Antrag eingebracht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist ja vorher alles beschlossen worden, Martin!“) Das weiß ich schon, aber man könnte jetzt sagen, nein zum Pfauegarten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Beim anderen ist es beschlossen!“) Aber der Sinn dieser Projektkontrolle ist ja der, daß, bevor man was anfängt, daß man hier, Kollege Schmid, ich weiß, oder Herr Landesrat Schmid, entschuldige – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Es ist beschlossen!“) Ja, aber es ist noch nicht durchgeführt, und inzwischen sind schon 30 Millionen verbraucht. Ich danke. (Beifall bei den Grünen. – 14.43 Uhr.)

**Präsident:** Danke für die Disziplin. Damit haben die Hauptredner ihre Wortmeldungen zu diesem Kapitel beendet. Wir kommen zu den Debattenrednern, denen jeweils fünf Minuten zur Verfügung stehen.

Als erstem Redner darf ich dem Herrn Abgeordneten Ussar das Wort erteilen.

**Abg. Ussar (14.43 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Landesräte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke vor allem den zwei Rednern zur Kulturdebatte, die die Aufbruchstimmung, die durch den Ersten Landeshauptmannstellvertreter in unser Land gekommen ist, besonders akzentuiert haben. Sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß, daß auf dem kulturellen Sektor nicht nur in der Landeshauptstadt Graz, sondern auch in vielen Orten unseres Landes, unserer Gemeinden auf dem kulturellen Sektor ganz einfach sehr viel geschieht. Auch die Stadt Leoben hat in dieser Saison wieder ein umfangreiches Kulturprogramm erstellt, und einen besonderen Stellenwert – und ich betone es – hat in diesem Kulturprogramm selbstverständlich das Stadttheater Leoben. Als ältestes baulich erhalten gebliebenes und ständig bespieltes Theater weist das Stadttheater Leoben jedes Jahr einen ganz qualitätvollen Spielplan auf, der in mancher Hinsicht selbstverständlich auch mit den Programmen in den Landeshauptstädten durchaus jedem Vergleich standhält. Die Stadt Leoben trägt aber nicht nur dem Kulturbedürfnis der Bewohner der Bergstadt Rechnung, sondern als zweitgrößte Stadt der Steiermark erfüllt sie darüber hinaus als Universitätsstadt und als Zentrum des steirischen Oberlandes auch eine kulturelle Aufgabe, die weit über die Stadtgrenzen hinausreicht.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr viele Besucher, auch aus der Landeshauptstadt, kommen nach Leoben und besuchen das Stadttheater. Und ich darf dir, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, herzlich

denken, daß du mit deiner Gattin oft dieses Theater besuchst. Ich muß dir sagen, die Leute freuen sich, daß du hinaufkommst, daß du anwesend bist und auch die Zeit nützt, in den Pausen immer wieder Kontakt zu schließen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte aber auch hier betonen, daß natürlich für die Stadt Leoben ein riesiger finanzieller Aufwand immer wieder für das Stadttheater und für die Erstellung des Spielplanes erwächst. In der Saison 1996/97 – und ich betone es – haben 9243 Besucher das Stadttheater frequentiert, und allein für den Spielplan war ein Zuschuß von 2,346.923 Schilling notwendig.

Ich freue mich, sehr geehrte Damen und Herren, daß im vorliegenden Budget für die Vereinigten Bühnen wieder eine Erhöhung möglich war. Ich sage, es ist sehr wichtig. Ein Plus von Millionen war wieder möglich, den Vereinigten Bühnen in Graz zuzuschießen.

Wenn ich aber den Landeszuschuß im Vorjahr für das Stadttheater Leoben mit 75.000 Schilling ansehe, ist der Betrag natürlich gering. Ich weiß schon, Herr Landeshauptmann, daß du auch in anderer Hinsicht geholfen hast, daß dieser Betrag erhöht wurde. Aber ich ersuche doch die Steiermärkische Landesregierung und vor allem auch den Landeskulturreferenten, weiterhin zu trachten – unser Wunsch wäre es natürlich –, daß der Landeszuschuß für das Stadttheater Leoben auf Grund der Bedeutung dieses Theaters als ältestes bespieltes Theater wesentlich erhöht wird. Es wäre auch der Wunsch, einen eigenen Budgetposten zu bekommen.

Zweitens möchte ich noch einen Wunsch anbringen. Die Vereinigten Bühnen, vor allem die Verantwortlichen im Opernhaus, möchte ich jetzt wirklich noch einmal auffordern, bei der Programmerstellung ganz einfach Produktionen in das Programm zu nehmen und das Programm so zu gestalten, daß Aufführungen des Opernhauses in Graz auch auf geeigneten Bühnen in steirischen Städten und Orten wieder möglich sind. Die letzten Aufführungen, die ich im Opernhaus gesehen habe, gestatten es sicher, vor allem auch von der Gestaltung, den Requisiten und so weiter her, daß man wieder verstärkt in die einzelnen Orte kommt, weil man hier doch etwas enger den Rahmen zieht.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn es möglich ist, Operettenproduktionen und Opernproduktionen im Haus in Leoben aufzuführen, müßte es doch den Verantwortlichen des Opernhauses wieder gelingen, daß sie sich bemühen, daß wieder Aufführungen so in der Regie erstellt werden, daß sie auch in den Orten und Städten, wo die Möglichkeit besteht, aufgeführt werden können.

Die letzte mir bekannte Aufführung des Opernhauses Graz fand in der Saison 1986/87 mit dem „Barbier von Sevilla“ statt. Seit zehn Jahren gibt es in dieser Hinsicht keine Produktionen.

Ich komme schon zum Schluß. Sehr geehrte Damen und Herren, gerade die sogenannten Abstecher des Opernhauses Graz in das Stadttheater Leoben haben den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die aus beruflichen und finanziellen Gründen es sich nicht leisten können, nach Graz zu fahren – ein Schichtarbeiter, der um 6 Uhr anfängt und um 5 Uhr daheim weg muß, kann nicht am Abend nach Graz fahren und dann noch

mit dem Bus nach Hause –, es ermöglicht, auch diese Aufführungen in ihren Heimattorten zu sehen.

Ich glaube, in diesem Zusammenhang gebührt auch einmal ein Dank den Verantwortlichen des Schauspielhauses, die das wohl machen, die hinauskommen, die große Erfolge feiern, und ich darf auch den Bühnenarbeitern danken, die diese Last gerne auf sich nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin der Ansicht, daß die Vereinigten Bühnen, die vom Land Steiermark – und ich betone mit Recht – mit namhaften Summen gefördert werden; auch die Verpflichtung haben, ihren gesamten steirischen Aspekt im Auge zu behalten. Ich ersuche daher die Verantwortlichen für die Spielplangestaltung des Opernhauses nochmals, in Zukunft dafür zu sorgen, daß ganz einfach die Produktionen des Opernhauses so gestaltet werden, daß sie auch in steirischen Orten und Städten, wo die Voraussetzungen sind, aufgeführt werden können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 14.50 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner darf ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Purr erteilen.

**Abg. Purr (14.50 Uhr):** Es ist wirklich für mich beeindruckend, wie der Kollege Ussar seine Bergstadt Leoben, die stolze Bergstadt, hervorhebt, und ich freue mich aber über diese kulturellen Ereignisse, über diese Möglichkeiten mit dir und vielen Leobnerinnen und Leobnern.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man die kulturellen Einrichtungen in der Steiermark betrachtet und deren Entwicklung vor allem genau unter die Lupe nimmt, kommt man wohl nicht umhin, auch den Namen Erzherzog Johann zu nennen, der nämlich im Jahre 1811 das erste Museum für jedermann zugänglich in der Steiermark gründete – uns allen bekannt als Joanneum. Dieser Gedanke Erzherzog Johanns war es, der vielen Steirerinnen und Steirern Vorbild war, die sich gesagt haben, wir errichten ein regionales Museum, installieren eine Sammlung von dem, was für die Region beziehungsweise für diese Orts- oder Stadtgemeinde von Bedeutung ist. Derzeit gibt es in der Steiermark rund 220 kleinere Sammlungen und Museen, und wenn Sie sich fragen, wo sind die denn alle, ich höre nur von einigen, so darf ich darauf hinweisen, denken Sie einmal an alle Heimatmuseen, an alle technischen und gewerblichen Sammlungen, die Ihnen im Laufe der Zeit begegnet sind.

Ich brauche es nicht besonders hervorzuheben, Museen sind unsere Kulturträger, und hinter diesen vielen Museen kleinerer Struktur steckt soviel Eigeninitiative und privates Engagement. Ich will hier nicht in eigener Sache sprechen. Ich denke nur, wie überzeugend anlässlich einer Tagung des Vereines „Museen und Sammlungen in der Steiermark“ – kurz „MUSIS“ genannt – die Leiterin des Brahms-Museums, Frau Mag. Fuchs, wie engagiert sie diese Einrichtung dargestellt hatte und mit wieviel Liebe es möglich ist, diese Einrichtung auch attraktiv zu erhalten. Ich denke aber auch an das Blasmusikmuseum

der Stadt Oberwölz, wo der dortige Bürgermeister sich tief hineingekniet hat, um dieser kleinen Stadt in der Steiermark auch eine Attraktivität einerseits, aber andererseits auch Kulturgut zu erhalten. Es ist eine Bereicherung für unser Land im wahrsten Sinne des Wortes, und wir wollen nicht übersehen, nicht nur welche bildende Möglichkeit hier ausgeschöpft werden kann, sondern welche Bedeutung das auch für die touristischen Einrichtungen unseres Landes hat, wenn man in nächster Nähe solche Sammlungen, solche Museen anbietet.

Dennoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei allem Engagement, bei allem Einsatz der Personen dort geht es natürlich nicht ohne öffentliche Förderung. Ich sage das überzeugend. Es wird in Zukunft nicht anders möglich sein. Ich bekenne mich zum privaten Sponsoring, wir können aber als kleines Land Österreich, als kleine Steiermark, dem Vorbild Amerikas nicht auf allen Spuren folgen, davon bin ich überzeugt. Und ich freue mich aber auch bei dieser Gelegenheit, daß dieses Feuerwehrmuseum lobende Anerkennung beim Kollegen Getzinger, der es ja persönlich besucht hat, gefunden hat. Ich sage aber jetzt, was wir wirklich brauchen, ist nicht primär – ich müßte das tun, schon aus gewissen Gründen – das Geld, sondern was wir brauchen ist eine wissenschaftliche Betreuung. Und das gilt für alle Museen. Es sind ja hier auch verschiedene Neuerungen ständig auch umzusetzen, und da fehlt es natürlich dann. Da laufen wir Gefahr, abzugleiten in ein Niveau, das überholt ist, und deshalb sage ich und an die Adresse des Kulturreferenten, wir brauchen hier eine wissenschaftliche Kontrolle, wenn man so sagen will, oder wissenschaftliche Betreuung, also der ideelle Bereich, aber natürlich auch materielle Hilfe, dort wie da. Wir können nicht alle an einem Gängelband sitzen, wir wollen das auch gar nicht, wir wollen Eigeninitiativen entwickeln und haben auch als private Museen gegenüber beispielsweise, ich vergleiche das mit der Expositur des Joanneums in Stainz, viele Vorteile, weil wir verschiedene Entscheidungen im Verein treffen und dadurch natürlich auch kurzfristig entscheiden und vor allem fördernd auf diese Einrichtung einwirken können.

Lassen Sie mich aber zu diesem Verein MUSIS, der doch eine Bedeutung hat, wo ja jetzt erstmalig alle Museen auch EDV-mäßig erfaßt werden sollen, so hörte ich das anlässlich der Tagung in Groß St. Florian, hat natürlich zum Zweck, Förderungen dieser Museen und Sammlung voranzutreiben. Alles in allem, unser Ziel muß sein, auf diesem Sektor der 220 privaten Museen in der Steiermark eine enge Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung des Landes Steiermark, bei allem Dank an all jene, die sich darum so selbstlos bemühen, die sich aus ideellen Gründen dafür einsetzen.

Ein letzter Satz sei mir gestattet, Herr Präsident. Weil heute Vormittag – und das jetzt ab von diesem Thema – soviel gesprochen wurde von bestimmten Leuten, von den Volksvertretern, dazu darf ich nur sagen, darüber befindet die Bevölkerung, darüber können wir Politiker kaum befinden, das entscheiden die Menschen draußen, wer wirklich Volksvertreter ist. Was die Makellosigkeit der politischen Partei SPÖ betrifft, wage ich auch nichts zu sagen, denn das be-

sorgen ohnehin in blendender Form die Journalisten, die Zeitungen. Wir entnehmen das täglich, leider trägt dieses Bild nicht zum Ansehen der politischen Parteien in unserem Lande bei. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 14.57 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Korp das Wort.

**Abg. Korp (14.57 Uhr):** Kollege Purr, ganz konnte ich dir nicht folgen: Es wäre dir keine Zacke aus der Krone gefallen, wenn du für deine gestrige Entgleisung einige wohltuende Worte gefunden hättest. Aber ich nehme selbstverständlich auch das zur Kenntnis.

Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Lieber Martin, ich verfolge seit langer Zeit deine Bemerkungen und Feststellungen zum Kunsthaus, die in der gleichen Tonart immer wiederkehren. Ich würde meinen, du befindest dich hier auf dem Holzweg, auch wenn du immer wieder versuchst, diesen Holzweg hier vom Rednerpult aus zu asphaltieren, es bleibt trotzdem ein Holzweg. Das möchte ich in dieser Form so sagen.

Nun aber zur Sache selbst, was ich sagen wollte. Geschätzte Damen und Herren, es steht für mich außer Frage, daß im kulturellen Bereich alles seinen Stellenwert haben muß, quer durch alle Generationen und quer durch unsere Gemeinschaft, alles soll also im kulturellen Leben seinen Platz und seine Bedeutung haben. Dennoch will ich persönlich in der Debatte zum Kulturbereich die Bedeutung vielfältiger kultureller Tätigkeiten, vor allem draußen in den Regionen, einmal mehr herausstreichen, denn den Kulturbereich der Regionen ermöglichen im höchsten Maße eben sogenannte Idealisten, die, oft genug belächelt, Zeit, Geld und vor allem ihren ganz persönlichen Enthusiasmus einbringen. Dazu gehören vor allem unter anderem auch die Trachtenverbände, unsere Brauchtumspfleger, die neben allen anderen Bereichen für mich eben auch zu jenen gehören, die nicht nur bodenständige Tradition weiterleben lassen, sondern auch unserer Jugend eine überaus sinnvolle Betätigung geben. Zur Einschätzung des weiteren Werdeganges unserer zweifellos außerordentlich wichtigen Volkskultur möchte ich sagen – und hier kann man durchaus von Vergangenen und Gegenwärtigen sprechen –, früher war es in der Steiermark im Kulturbereich doch so, daß von politischer Seite immer wieder gegenüber den Trachtenverbänden geäußertes Lob sich leider nicht in der Dotation des Landes niedergeschlagen hat. Und jetzt sage ich einmal, Anerkennung ist wichtig, aber nur Anerkennung und Schulterklopfen bei weitem zu wenig. Heute fühlen sich unsere steirischen Trachtenverbände, das darf ich so ausdrücken, und wir können uns alle ständig davon überzeugen, ungleich besser behandelt. Heute gibt es einen klar festgelegten Landeszuschuß für Jahrestätigkeiten unserer Brauchtumspfleger, die vom Landesvorstand unserer Brauchtumserhalter und sonst niemandem koordiniert werden. Dazu gibt es – und für diese Vereinigung außerordentlich wichtig – auch Landesgeld für ihre Seminare und ihre Projekte. Natürlich wünscht man sich in allen Bereichen immer mehr, das ist bekannt, aber hier schlägt sich eben, und das möchte

ich besonders herausstreichen, die Grundhaltung des Landeskulturreferenten nach einer verstärkten Betonung kultureller Identität, Eigenständigkeit und Eigenart im besonderen Maße nieder.

Nun vielleicht noch einige Überschriften zur Volkskultur, wie diese aus Sicht eines kulturellen und kulturpolitisch Interessierten zu sehen ist. Vielleicht zur Definition: Volkskultur in unserem Land ist ein von Sitte gefordertes, sozial bestimmtes, bei gewissen Anlässen geübtes traditionelles Verhalten. Mit anderen Worten könnte man auch sagen, Brauch ist wohl auch, was die Sitte verlangt. Und zu sehen sind auch zwei Gruppen von Brauchtum, die sich besonders herausheben, nämlich das Volksbrauchtum und das bäuerliche Brauchtum. Letzteres hat freilich in der bäuerlichen Welt einen besonderen Ausdrucksreichtum entfalten können. Dort wird ja auch die Bedeutung des Brauches am meisten anerkannt. Dies untermauern unter anderem auch die heute schon im Rahmen dieser Kulturdebatte immer wieder erwähnten und zunehmenden Heimatmuseen, die wir in der Steiermark haben. Es sind mittlerweile, wie Sie alle wissen, 220 insgesamt. Und damit ich zum Schluß komme, die Glocke hat bereits geläutet, ein Zeichen, daß ich aufzuhören habe, möchte ich noch eines sagen. Ich habe vor kurzem Gelegenheit gehabt, mit einer Persönlichkeit, mit einer Beamtenpersönlichkeit des Landes über das Landesarchiv zu sprechen.

Dieser Mann, der von seiner Ideologie von der Sozialdemokratie weit weg ist, hat mir folgendes gesagt: „Es ist ein Segen für dieses Land Steiermark, daß Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner dieses Kulturressort übernommen hat, denn so werden die Werte in unserem Landesarchiv, die sonst längst verludert wären, der Nachwelt erhalten.“ So schaut es aus. Lieber Herr Landeshauptmann, herzlichen Dank für diese Grundhaltung und für diese deine Einstellung. (Beifall bei der SPÖ. – 15.04 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Tasch gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Tasch (15.04 Uhr):** Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Seit dem 94er Jahr wurde mir die Kulturrede entzogen. (Beifall bei der SPÖ.)

Heute ist das Jahr 1997, und man hat mich gebeten, wieder zur Kultur Stellung zu nehmen, weil man gewußt hat und weil man die Rede noch so im Inneren hat, daß man ohne die Kulturrede vom Kurt Tasch kaum über die Kultur drüberkommt. Ich will also ganz kurz die Landesausstellungen streifen, obwohl ich gerade über die Landesausstellungen sehr viel zu berichten hätte. Landesausstellung jährlich, glaube ich, ist eine wichtige Sache. Landesausstellungen haben für die Selbstbedürfnisse der Steirerinnen und Steirer eine große Bedeutung und sind von großer Notwendigkeit. Es sind hier nicht die Besucherzahlen von gravierender Bedeutung, sondern es ist von großer Bedeutung, was kann durch die Landesausstellung erreicht werden, wie kann die Struktur verbessert werden. Ich gebe dir, lieber Sigi Ussar, ganz besonders recht, und es freut mich, daß du, wie die SPÖ eigent-

lich noch fast geschlossen für die Jahresausstellung war, auch damals das schon erkannt hast, daß die jährliche Landesausstellung das Richtige ist. Es freut mich, daß du erreicht hast, daß deine vielen Mitglieder im Landtag gescheiter worden sind, und das ist sicher kein Nachteil. Und das ist auch sicher nicht etwas, was man euch anlasten kann. Man kann immer gescheiter werden. Ich glaube, das ist ein großer Vorteil, wie bereits Adenauer es seinerzeit berichtet hat. (Abg. Gennaro: „Das lebende Beispiel bist du!“) Da hast du recht, Kurtl, und ich freue mich, daß auch du es erkannt hast, weil du bist auf dem Sektor meistens ein bißchen hinten nach. (Abg. Gennaro: „Dir gegenüber bin ich vorne!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe leider nur fünf Minuten und ich hätte heute ein so gutes Konzept, ich hätte eine Stunde reden können. Mir hat schon einmal einer gesagt, man darf über alles reden, nur nicht länger als eine Stunde, selbst der Tasch Kurt, der hochinteressant zu diesem Thema sprechen wird.

Ich melde mich heute im Rahmen der Kulturdebatte zu Wort, und zwar über ein Ereignis, das sehr nachhaltig für mich war, und das ist die WASBE-Konferenz in Schladming. Über 50.000 Menschen hat diese in ihren Bann gezogen. Diese hat in der internationalen Fachpresse, in den USA ebenso wie in Japan, hohe Resonanz gefunden, wurde aber von der österreichischen Presse kaum beachtet. Ich glaube, auch der österreichischen Presse täte es gut, wenn man ihr eine Brise von Kultur mitgeben würde, um solche Themen aufzugreifen und besser zu beurteilen, als es bisher war. Aber da ist eben die Kultur in vielen Bereichen auch weit weg.

Das Ereignis der UNO-Konferenz mit symphonischem Blasorchester und der Bläserkammermusik im vergangenen Juli in Schladming ist zudem geeignet, auf das Verhältnis zwischen Volkskultur, Hochkultur, Basis- und Spitzenkultur hinzuweisen.

Es ist ein Lieblingsthema von mir, weil es die Menschen im Ennstal, die von den großen Kulturzentren entfernt leben, in besonderer Weise berührt. Ich habe schon einmal vor diesem Hohen Haus dazu Stellung genommen. Warum beginne ich heute mit Schladming? Ich meine, daß die Schladminger Konferenz zu einigen grundsätzlichen Erwägungen und Diskussionen über unseren Umgang mit Tradition und neuer Kunst führen. (Glockenzeichen des Präsidenten!) Warte einmal, ich habe mir eigentlich immer gedacht, der Hasiba ist mein Freund, jetzt läutet er bei der ersten Gelegenheit.

Die Bilanz in Schladming weist auf, daß 50.000 Menschen zu dieser Konferenz gegangen sind, und zwar aus 30 Ländern der Erde, die dort im Verlauf der neun Tage faszinierende Konzerte und Ausstellungen von Musikinstrumenten besucht und an Vorträgen und Seminaren teilgenommen haben. (Abg. Gennaro: „In Zukunft mußt du dir kürzere Reden schreiben lassen!“)

Dabei hat das Phänomen sich eingestellt, das ich persönlich nicht erwartet habe. In der täglich fünfmal mit 1400 Personen gefüllten Dachstein-Tauern-Halle sind konventionelle ebenso wie allerneueste Klänge mit Begeisterung aufgenommen worden. Das Gegenüber von Volkskultur und Hochkultur, Basiskultur

und Spitzenkultur, die Kluft zwischen Tradition und dem Suchen nach dem Neuen, wie es oft zu beobachten ist, wurde in Schladming zu einem faszinierenden, viel diskutierten Spannungsverhältnis. Kaum jemandem wurde bewußt, daß in Schladming mit 24 Uraufführungen neuer Musik – und ich wiederhole mich, mit 24 Uraufführungen neuer Musik – das Musikprotokoll des „steirischen Herbstes“ übertroffen wurde, und zwar auch in der Neuheit mancher der uraufgeführten Werke.

Warum die hohe Akzeptanz dort, und das gilt für mich auch für CC Wolkenstein, und rundum im Land sonst Ablehnung. Ich glaube also, wir müssen uns sicherlich besser darauf konzentrieren, auf solche Konzerte und Veranstaltungen, die Großveranstaltungen, wie die Specialolympics und die Weltcuprennen in Schladming, von der wirtschaftlichen Bedeutung her übertroffen haben. Hier möchte ich mich ganz besonders – (Glockenzeichen des Präsidenten!) Jetzt zeigt der Jeglitsch auch schon, er soll läuten. – bei einem großen Steirer bedanken. Das ist für mich einer der größten Steirer am Musiksektor, es ist der Landesobmann der Steirischen Blasmusik, Prof. Wolfgang Suppen, der als WASBE-Präsident dieses großartige Konzert, diese Großveranstaltung nach Schladming gebracht hat.

Solche Veranstaltungen mehr, andere weniger, würde ich mir auch in Zukunft wünschen.

Und das war leider verkürzt meine Kulturrede, und das war der Kurt Tasch. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 15.11 Uhr.)

**Präsident:** Ich habe auch gedacht, du bist mein Freund und erteile jetzt das Wort dem Herrn Abgeordneten Heibl.

**Abg. Heibl (15.11 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete!

Auch ein Bereich der Kultur ist die Erhaltung des Ortsbildes, ist das Wissen über die Vergangenheit, die Entwicklung einer Siedlung. Das kann ein Ort sein, das kann ein Stadtteil sein, das kann aber auch eine öffentliche Fläche sein. Um das wirklich behandeln zu können, ist das Wissen darüber eine Mindestvoraussetzung.

Wir können aber nicht nur bei der Erhaltung von vorhandenen schützenswerten Flächen und Bausubstanzen verbleiben und verharren, sondern müssen auch eine sinnvolle und behutsame Weiterentwicklung dieser Ortschaften möglich machen und auch zulassen. Ortsbildschutz ist daher nicht Einzelschutz allein, sondern ist in erster Linie Ensembleschutz und auch Schutz für öffentliche Flächen. Das bestehende Ortsbildgesetz aus dem Jahr 1977, dem sich 67 steirische Gemeinden angeschlossen haben, ist bis jetzt den Erfahrungen nach eher ein zahnloses Gesetz oder zumindest als zahnlos zu bezeichnen, mit nicht allzu großer Wirkung. Vereinzelt gibt es natürlich in unserem Bundesland Steiermark Musterschüler, ohne hier jetzt eine Gemeinde nennen zu wollen. Die würden wahrscheinlich ihre Altstadt, ihr Ortsbild ohnehin schützen, wenn es auch kein Gesetz gebe.

Das nun vor der Novellierung stehende Ortsbildschutzgesetz ermöglicht zumindest eine raschere, einfachere Erledigung von Förderungsansuchen dieser

Art. Um das Schutzgebiet, um das es in Wirklichkeit geht, klar und sichtbar auch abzugrenzen, werden von der Landesregierung entsprechende Tafeln zur Verfügung gestellt werden.

Neu im Gesetz wird sein, eine verpflichtende Begehung mit dem Ortsbildsachverständigen und der Ortsbildkommission in einem Zeitabstand von höchstens fünf Jahren. Aber das war es dann in Wirklichkeit auch schon, was neu sein wird. Viel mehr wird bei dieser Novellierung nicht heraus schauen. Meine Damen und Herren, Ortsbildschutz ist Kulturarbeit, stößt natürlich im Bereich der Werbung auf Widerstand und nicht immer auf Gegenliebe. Nur, die Revitalisierung alter Bausubstanz, das Anpassen neuer Bauvorhaben in bestehende gewachsene Ortsteile ist eine vielseitige kulturelle Herausforderung. Daher sind Gesetze und Verordnungen, wie immer sie ausschauen, im Bereich Ortsbildschutz höchstens eine Art Notwehr, um das Allerschlimmste in Wirklichkeit zu verhindern. Der öffentliche Raum, um den es auch hier geht, wird zunehmend wieder mit Hilfe dieser Ortsbildschutzgesetze zu einem gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Raum und daher immer weniger nur rein - und ich betone jetzt nur rein - wirtschaftlichen oder rein verkehrstechnischen Zielen zugeordnet.

Zum Beispiel Naturstein gewinnt wieder an Bedeutung, wird wieder ein Gestaltungselement. Es wird heute, meine Damen und Herren, viel zu oft und leichtfertig vor allem von Bausünden, vom verantwortungslosen Bauen und Gestalten geredet, ohne auf die Rahmenbedingungen jener Zeit auch einzugehen, in der dieses Bauvorhaben errichtet wurde. Damals war die Kunst des Überlebens die Frage, prägte von 1945 bis in die sechziger Jahre vor allem das Bauen. Seit einigen Jahrzehnten oder seit vielen Jahren zumindest hat dieses Argument natürlich keine Berechtigung mehr. Trotzdem wurde auch in dieser Zeit vieles versäumt und vieles vernachlässigt. Das Ortsbild an sich hat, wie das einzelne Bauwerk, nur eine begrenzte Lebensdauer. Jede Bausubstanz bedarf daher einer dauernden Erhaltung, die natürlich Kosten verursacht, teilweise sehr hohe Kosten verursacht. Und wird es aber nicht gemacht, und zwar laufend nicht getan, so potenzieren sich die Verfallserscheinungen bei jedem Bauwerk, bald bis in die wirtschaftliche Abbruchreife, und dann ist es eben so weit, daß vieles nicht mehr zu retten ist.

Im Stadtbereich, meine Damen und Herren, hat man die Notwendigkeit früher erkannt, daß man das Ortsbild schützen muß. Am Land viel später, und daher gibt es Entwicklungsprobleme im Bereich der Dörfer, was das Ortsbild betrifft. Wir haben dort einfach zu lange gewartet und zu wenig das Ganze beachtet. Es ist auch nicht besonders lobenswert, daß von den 542 Gemeinden, die es in der Steiermark gibt, nur 67 in Wirklichkeit sich diesem Ortsbildschutzgesetz angeschlossen haben. Ich erwarte daher, daß mit diesem vor der Novellierung stehenden, es ist ja noch nicht so weit, Ortsbildschutzgesetz, ein weiterer, wenn auch nur kleiner Fortschritt im Bewußtsein erzielt wird, daß Bauen in seiner Gesamtheit Zeitgesinnung dokumentiert und als Kulturaufgabe zu verstehen ist. Und daher ist jede Investition in Richtung Altstadterhaltung, in Richtung Ortsbildschutz eine richtige! Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. - 15.18 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Porta das Wort.

**Abg. Porta (15.18 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, werter Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr verehrte Damen und Herren!

Volks- oder Hochkultur, das ist hier die Frage. Für uns Freiheitliche stellt sich diese Frage aber nicht, denn wir vertreten die Meinung, daß in unserem Land, einem demokratischen Land, Volkskultur gleichberechtigt mit der sogenannten Hochkultur leben kann. Aber nur leider sehen das nicht alle anderen auch so wie wir, denn sonst könnte es nicht zu diesem Ungleichgewicht bei der Budgetmittelvergabe kommen. Ich erwähne da nur kurz das Volksliedwerk. Da wurden im Jahre 1996 noch 800.000 für einen wirklichen Kulturträger unseres Landes, ein vernachlässigbarer Betrag, ausbezahlt und diesmal nur mehr mit 350.000 Schilling bedacht, also mehr als um die Hälfte weniger. Das ist der Stellenwert der Volkskultur. Aber unser Landesrat Schmid hat für die Volkskultur ein offenes Ohr. Er hat erkannt, daß die über 100.000 aktiven Steirer die Volkskultur gestalten und betreiben; das ist eben der Unterschied zur Hochkultur. Dort nehmen die Menschen wirklich teil an der Volkskultur, und wo passiert das? In Trachtenvereinen, in Gesangsvereinen, dort, wo Hausmusik gemacht wird, und vor allem in Theatervereinigungen und nicht zuletzt bei der Blasmusik. Bei der Blasmusik, die für unser Land so ein wichtiger Kulturträger ist. Und ihr könnt da mitleidig lächeln, liebe Herren von der SPÖ oder von der ÖVP, aber ihr seid es, die die Blasmusik am 1. Mai in Anspruch nehmen. Und es werden ja immer weniger Leute, die mit euch mitmarschieren, aber wenn die Blasmusik nicht mitmarschieren würde, dann würdet ihr noch weniger Leute sein.

Meine Damen und Herren, die Blasmusik ist ganz wichtig und aus unserem Kulturleben einfach nicht wegzudenken. (Beifall bei der FPÖ.) Die Blasmusik begleitet uns von der Wiege bis zur Bahre. Liebe Herrschaften, es beginnt bei der Hochzeitsmusik und endet dann vor dem offenen Grabe. Aber dazwischen kommen noch viele Feste, da kommen Kirchenfeste, Musikerfeste und so weiter. Ich kann euch nur sagen, was die Blasmusik leistet, ist unsagbar. (Abg. Schrittwieser: „Das haben wir schon vor zehn Jahren erklärt!“)

Ja, das habt ihr erkannt. Aber leider hat es unseres Landesrates Schmid bedurft, daß er endlich diese Posten auch richtig dotiert. Im Jahre 1991 hat unser Landesrat Michael Schmid dieses Ressort übernommen, damals war es echt unterdotiert. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege, können Sie sich erinnern, mit unserer Hilfe war das damals!“) Ja, selbstverständlich, ich komme schon noch darauf. Leider kann ich mich da nicht erinnern, ich war noch nicht im Landtag, aber der Dank ist Ihnen sicher.

1991 haben wir mit 2 Millionen Schilling angefangen und jetzt im Jahre 1998 12,529 Millionen Schilling, meine Herrschaften, den sechsfachen Betrag! (Beifall bei der FPÖ.) Ich würde mir wünschen, daß andere Budgetposten auch so bedacht werden.

Darf ich Ihnen noch etwas sagen? Aber, daß dieses Geld sinnvoll angewandt worden ist, das beweist der Rechenschaftsbericht des Steiermärkischen Blasmusikverbandes. Es gibt in der Steiermark – nur kurz – 393 Mitgliedskapellen, davon vier Jugendkapellen und 57 vereinseigene Jugendkapellen. Im Steiermärkischen Blasmusikerverband sind fast 16.000 aktive Musiker, davon 6754 unter 24 Jahren. Wir reden immer über die Jugend, hier hat die Jugend wirklich Zielvorstellungen, hier kann sie sich ausleben, es gibt keine Alkoholexzesse, keine Drogen.

Jetzt komme ich noch auf die Probenbetätigung. Meine Herrschaften, bitte Ruhe. Die Blasmusik hat das verdient, daß Sie ein bißchen aufmerksam zuhören! Probetätigkeit: 21.627 Proben, das bedeutet pro Kapelle mehr als 50 Proben pro Jahr. 14.300 Ausrückungen, mehr als fast 40 pro Jahr, also 90 Einsätze im Dienste der Volkskultur.

Aber diese Leute, die ruhen ja nicht, sie wollen sich weiterbilden, sie wollen noch besser werden. Da besuchen sie dann Prüfungswettbewerbe. Prüfungswettbewerbe hat es gegeben, 1040 für Jungmusiker, Leistungsprüfungen, Verbandsveranstaltungen, 47 Bezirkskonzert- und -marschwertungen, Schulungstätigkeiten. Hier bilden sich selbst die Kapellmeister weiter. Es gibt Stabführerkurse, die Jungmusiker und die Musiker alle – (Abg. Gennaro: „Aber nicht, weil der Schmid Landesrat ist!“) Sicher. Jetzt am 16. November 1997 konnte das 20.000ste Jungmusikerleistungsabzeichen in Frohnleiten in Gold verliehen werden.

Die Musiker setzen allein im Jahr 15,5 Millionen für Neuanschaffung von Instrumenten um, 7,8 Millionen für Instrumentenreparaturen, 3,5 Millionen für Notenankauf, 13,4 Millionen für Trachten und Uniformen, 19,4 Millionen für Neubau und Erhaltung der Musikerheime. Aber jetzt kommt es – die Einnahmen. Wir sind zwar stolz auf die Förderung des Landes, aber sie erhalten sich auch selbst. 8,4 Millionen wurden an Förderungsbeiträgen im Jahre 1996 vom Land zur Verfügung gestellt, 21,4 Millionen Subventionen von den Gemeinden. Und jetzt hörts einmal genau zu, 53,1 Millionen Schilling haben die Musiker selbst aufgebracht. Das wäre einen Applaus wert. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Allein dieser Faktor zeigt, welchen wirtschaftlichen Stellenwert die Blasmusik in unserem Land hat, meine Herrschaften, und für die heimische Wirtschaft einfach nicht wegdenkbar wäre.

Hier geht der Dank an unseren Landesrat Schmid, aber auch an die Landesregierung, auch an die Landeshauptfrau, Landeshauptmannstellvertreter (Abg. Dr. Karisch: „Der Landtag beschließt das Geld!“) und vor allem auch an den Landtag. (Präsident: „Auch das schönste Musikstück hat einen Schlußakkord. Ich bitte, zu diesem zu finden!“ Herr Präsident, ganz kurz.

Schließen möchte ich mit dem Dank an Herrn Prof. Dr. Wolfgang Suppan, an den Landesjugendreferenten Mag. Markus Waidacher, stellvertretend für die über 16.000 Musiker und Funktionäre, die aktiv für unser schönes Land Steiermark als musikalische Botschafter immer bereit und zur Stelle sind. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 15.26 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

Ich teile dem Hohen Hause mit, daß nach der Rede der Frau Abgeordneten Keshmiri die 20minütige heutige Lüftungspause vorgesehen ist.

Bitte, Frau Abgeordnete, die Uhr beginnt zu laufen.

**Abg. Keshmiri (15.26 Uhr):** Ich kann den Landesausstellungen nicht so viel abgewinnen wie die SPÖ und die ÖVP. Für mich sind die Landesausstellungen – leider, muß ich sagen – eine fragwürdige Entwicklungshilfe, denn die Zeiten haben sich geändert, allerdings die Landesausstellungspolitik in der Steiermark nicht. Tatsache ist, wie wir in der letzten Zeit gesehen haben, daß das Interesse der Bevölkerung sinkt, aber die Landesregierung bekennt sich nach wie vor zu einem Einjahresrhythmus.

Die Bilanz der Landesausstellungen – Leoben: 93.000 Besucher, Budgetüberschreitung 8 Millionen – Mariazell: 120.000 Besucher, Budgetüberschreitung 11 Millionen. Ruhe bitte. (Glockenzeichen des Präsidenten!)

Keine Frage, die Gemeinden wollen Ausstellungen, diese Entwicklung ist auch notwendig, aber es ist fraglich, ob diese Entwicklungshilfe unter dem Deckmantel des Kulturanspruches gehüllt sein muß. An erster Stelle – das hat sich ja in der letzten Zeit herauskristallisiert – steht der damit verbundene Impuls für die Regionen. Erst an der zweiten Stelle stehen die Inhalte und die Umsetzung. Und die Quantität und die Qualität der Landesausstellungen (Glockenzeichen des Präsidenten!) nehmen jährlich ab. Ich frage Sie, welche Motive gab es zum Beispiel die Landesausstellung mit dem krampfhaft gesuchten Titel „YOUgend“ im letzten Winkel von Österreich zu veranstalten. (Abg. Gennaro: „Das ist eine Schweinerei!“)

Für mich bedeutet das das Ende der Kreativität der zuständigen Landesregierungsmitglieder. (Abg. Gennaro: „Die Südsteiermark als letzten Winkel zu bezeichnen ist eine Frechheit!“)

Wenn das der Grund dafür war – (Abg. Gross: „Es ist gut, wenn die Jugend auch diesen Teil der Steiermark kennenlernt!“)

Das ist aber die Tatsache, Herr Abgeordneter Gennaro. Ich werde sie auch besuchen, keine Frage. (Abg. Günther Prutsch: „Darauf legen wir aber keinen Wert!“) Wenn der Grund dafür war, daß Radkersburg einen infrastrukturellen Impuls braucht, dann frage ich mich, ist es dafür notwendig, unbedingt die Landesausstellung zu organisieren?

Unserer Meinung nach ist es sinnvoller, qualitativ und quantitativ gute Ausstellungen zu machen, aber nicht um jeden Preis eine jährliche Ausstellung dafür einzufordern. Wir sprechen uns daher für einen Dreijahresrhythmus aus, den es auch schon in anderen Bundesländern gibt. Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sollen aber trotzdem in die infrastrukturellen Maßnahmen in den Regionen eingesetzt werden.

Ich möchte daher einen Beschlusantrag vorlesen der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Mag. Zitz, Dr. Wabl, betreffend Abgehen vom Prinzip der jährlich stattfindenden Landesausstellung.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Landesausstellungen in einem Dreijahresrhythmus durchzuführen. Die jährlich für die Landesausstellung vorgesehenen 45 Millionen Schilling sollen im Zuge des Sonderinvestitionsprogrammes für infrastrukturelle Verbesserungen der Regionen herangezogen werden. Danke! (15.30 Uhr.)

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Günther Prutsch.

**Abg. Günther Prutsch** (15.30 Uhr): Frau Kollegin Keshmiri, ich weise auf das Entschiedenste zurück, daß Sie meinen Bezirk Radkersburg als den letzten Winkel Österreichs bezeichnen. Das ist eine Schweinerei, daß Sie so mit unserer Region umgehen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.30 Uhr.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren, wir sehen uns in 20 Minuten wieder. Das ist um 15.50 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung von 15.31 bis 15.54 Uhr.)

**Präsident:** Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Der Herr Abgeordnete Herrmann ist der nächste Redner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Herrmann** (15.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Ein wenig schütter, aber eingangs möchte ich schon erwähnen – der Kollege Porta ist nicht da –, auch wir sind alle für die Blasmusik. Was würden wir ohne Blasmusik machen bei unseren Maiaufmärschen. Der Abgeordnete Porta hat gesagt, die Blasmusik brauchen wir von der Wiege bis zum Grabe. Ich glaube, wir alle haben schon erlebt, daß die Blasmusik beim Grab aufgespielt hat, nur vorm Kreißsaal habe ich sie noch nicht erlebt, daß dort eine Blasmusik aufgespielt hat. Aber vielleicht könnte die Kollegin Hartinger – die ist mehr im Krankenhaus – da mehr sagen.

Aber bevor diese Musikkapellen aufspielen können, müssen sie das Spiel auch ein bißchen lernen. Daher ist es wichtig, daß wir Musikschulen haben. Ich möchte mich daher den Musikschulen widmen. Hier ist etwas Erfreuliches eingetreten, daß eben der Ansatz von 142,5 Millionen auf 160,5 Millionen angehoben wurde. Das sind 18 Millionen mehr oder plus 12,6 Prozent. (Abg. Porta: „Bedankst du dich nicht?“)

Er ist nicht da, ich kann mich nicht bedanken, das muß ich später machen.

Was geschieht mit diesen zusätzlichen 18 Millionen? Derzeit wurden 10.660 Unterrichtsstunden, Wochenstunden, durchgeführt, davon waren nur 9597 gefördert. 1063 Stunden mußten die Eltern und die Gemeinden finanzieren. Es wurde schon sehr lange – und ich habe es mir aufgeschrieben –, und zwar mit einem Landtagsbeschluß vom 2. Dezember 1992 gefordert, daß das Musikschulwesen im Bezirk Murau verbessert werden soll, mit einem Landtagsbeschluß vom 11. Oktober 1994, daß ein dislozierter Musikschulunterricht im Mariazeller Land errichtet wird. Wir können nun – und jetzt komme ich in unseren Bezirk – auch den Musikschulleiter von Bad Waltersdorf finanzieren, und es können diese Kosten übernommen werden. Auch

der Abgeordnete Schleich ist froh, daß jetzt eine Verbesserung bei der dislozierten Schule in Gleichenberg eintritt. Zusätzlich will man sogenannte weiße Flecken beseitigen.

Auch unsere Gemeinde ist ein sogenannter weißer Fleck. Wir haben vom Landesmusikschuldirektor Sepp Rauth die Zusicherung, daß auch unsere Gemeinde und die Nachbargemeinde mit dislozierten Klassen aus Hartberg beschickt werden. Wir haben bis jetzt 46 Musikschulen mit 683 Lehrern, es waren 10.600 Unterrichtswochenstunden mit 16.600 Schülern. Die Personalkosten im gesamten haben 280 Millionen Schilling ausgemacht. Wir haben eine Versorgungsdichte in der Steiermark von 1,65 Prozent, österreichweit eine Versorgungsdichte von 2,3 Prozent. Daher bin ich der Meinung, ist die Erhöhung dieses Ansatzes gerechtfertigt. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt aber noch immer starke Unterschiede bei den Elternbeiträgen bei den Musikschulen, die gehen von 3200 Schilling bis 22.000 Schilling im Jahr. Und was ist die Folge dann? Wir sagen Schwarzarbeit, in Vorlagen steht die sogenannte Grauarbeit. Wie hat es bei den Blasmusikkapellen ausgeschaut? Es haben vor allem Ältere, Gute oder Kapellmeister selbst unterrichtet oder sie haben sich sogenannte schwarze Studenten von den Musikhochschulen genommen. Wir wissen, daß in letzter Zeit hier immer mehr die Behörde dahinter war, daß das nicht geht und daß eben legaler Musikschulunterricht gemacht werden soll. Wenn ich im Bezirk draußen schaue, wie das ausschaut mit den Musikschullehrern, dann muß ich sagen, sind mehr als die Hälfte schon Blasmusikschüler. Und den Herrn Kollegen Porta wird das nicht sehr freuen, aber wenn man das richtig durchrechnet, dann bin ich der Meinung, daß Peter Schachner die Blasmusik indirekt mehr fördert, als Landesrat Schmid direkt. Man muß nur rechnen. (Abg. Porta: „Du hast dich nicht bedankt!“)

Nein, ich muß mich auch bei allen bedanken für die Erhöhung, natürlich ist die ganze Landesregierung zuständig.

Ich glaube, für die Zukunft muß es ein Ziel sein, daß jeder Schüler in der Steiermark gleich gefördert wird und daß die Eltern gleich viel bezahlen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 15.59 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Karisch** (16.00 Uhr. – Abg. Gennaro: „Das Rot steht Ihnen gut!“): Ich freue mich, daß Sie sich so verbunden fühlen, Herr Kollege Gennaro.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als erstes möchte ich dem Kollegen Porta antworten. Er hat gemeint, der Landesrat Schmid habe dafür gesorgt, daß endlich soviel Geld für die Blasmusik da ist. Er hat sich beim Landesrat bedankt und auch noch bei Schachner, daß sie sozusagen das Geld bewilligt und zur Verfügung gestellt haben. Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen dazu sagen, wir sollten doch ein bißchen Selbstverständnis als Landtag haben. Die Gelder, die Erhöhung für die Blasmusik, die zu Recht gelobt wird, zu der ich stehe, die wurde von diesem

Landtag bewilligt, und zwar von den Damen und Herren der Volkspartei und der Sozialdemokraten, gegen die Stimmen der Freiheitlichen! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Bei aller Sympathie für Sie, Herr Kollege Porta, wir arbeiten in der Umwelt sehr gut zusammen, und bei aller Sympathie grundsätzlich für die Freiheitlichen, bitte ich, die Kirche im Dorf zu lassen. Es ist nach meiner Empfindung ausgesprochen geschmacklos, groß zu sagen, „wir tun so viel für die Blasmusik, wir bestimmen, wir beschließen höhere Gelder, wir sind es, die der Blasmusik höhere Gelder geben“ – und Sie stimmen gar nicht mit! Stimmen Sie beim Budget mit oder nicht?

Das Budget, bitte, haben Sie in den letzten Jahren nicht mitbeschlossen. Daher zu sagen, wir haben der Blasmusik so viel Geld gegeben, verstehe ich nicht. (Abg. Mag. Bleckmann: „Mehr Geld soll es für diese Bereiche nicht geben!“)

Wer sagt Ihnen das? Es sind viele Positionen erhöht worden. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir haben ja schon gehört im Finanz-Ausschuß, mehr Geld soll es nicht mehr geben für diese Bereiche. So wichtig ist es Ihnen ja nicht!“)

Aber diese Bereiche gibt es, und es ist dieser Landtag, der ihnen das gibt, und dieser Landtag gibt es leider nicht mit den Stimmen der Freiheitlichen, das ist ein Faktum.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt, um meine Zeit einhalten zu können, zur Kultur kommen. (Präsident Dr. Strenitz: „Die Frau Abgeordnete Dr. Karisch ist am Wort!“)

Als kunstinteressierte Grazerin wünsche ich mir ein Kunsthaus. Ich wünsche mir ein Kunsthaus in Graz für Graz, für die Steiermark. Ich wünsche mir das, weil es für die Kultur wichtig ist, für die Wirtschaft wichtig ist und weil es für den Tourismus wichtig ist und weil es uns Arbeitsplätze bringt. (Beifall bei der SPÖ.)

Für mich ist es unverständlich, und es stimmt mich traurig, daß es so lange nicht möglich war, ein Kunsthaus zu verwirklichen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Haben Sie gesehen, daß Ihre Kollegen nicht klatschen?“) Die hören auch gar nicht zu, sonst würden sie sicher klatschen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Warum hören sie nicht zu?“) Weil sie im Moment gerade etwas Wichtiges zu besprechen haben.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zum Kollegen Getzinger halte ich den Schloßberg allerdings nicht für einen sehr glücklichen Standort, das möchte ich auch dazusagen. Ich habe dafür drei Gründe. Der erste ist, ein Kunsthaus soll an sich ein Signal für Kunst sein, für moderne Kunst, nach Möglichkeit für eine gute Architektur, wie das auch das Guggenheim-Museum in Bilbao bestens gelöst hat. (Beifall bei der ÖVP.) Man soll es also nicht verstecken. Ich glaube, man soll ein solches Signal in der Stadt setzen. Im Schloßberg drinnen ist es versteckt, ist es nicht das richtige. Ein zweiter Grund: Kunstexponate brauchen Tageslicht. Im Schloßberg ist es nicht möglich, den Kunstwerken in allen Räumen Tageslicht zu geben. Und ein dritter Grund: Ich liebe als Grazerin – und halte sie sehr wertvoll für uns – unsere alte Dachlandschaft. Ich glaube, daß ein Bau in diese Dachlandschaft hinein auch nicht das glücklichste ist. Aus diesem

Grund wünsche ich mir das geplante Museum im Schloßberg nicht. (Abg. Dr. Flecker: „Jetzt haben Sie gerade zuerst gesagt, es ist im Schloßberg versteckt, und jetzt regen Sie sich über den Bau auf!“) Also, ich habe gehört, es ist im Schloßberg versteckt, ein ganz großer Teil davon ist im Schloßberg (Abg. Dr. Flecker: „Dann sehen Sie ja nichts!“), daneben – so habe ich es verstanden – geht ein kleiner Glasturm' hinauf, in die Dachlandschaft hinein. (Abg. Dr. Flecker: „Schauen Sie das Modell an!“) Aber das besprechen wir später, weil ich habe nur fünf Minuten Zeit, und ich habe noch eine Reihe von Dingen zu sagen.

Meine Damen und Herren, ein zweiter Wunsch: Ich hätte gerne eine Kunstakademie, und ich bitte unseren Wissenschaftsreferenten, uns da weiter zu unterstützen, alle Wege in Wien zu ebnen. Das wäre, glaube ich, eine gute Sache für die Steiermark.

Ein dritter Punkt, auch als Grazerin. Das Forum Stadtpark ist sehr wichtig für uns. Es hat in früheren Zeiten Graz als Literaturhauptstadt einen sehr guten Ruf eingebracht. In den letzten zwei Jahren – ich höre das nur, ich kann das so wiedergeben – hört man nicht so viel Positives. Ich habe gehört, es stünde wirtschaftlich am Abgrund, es sei unter Umständen ein Konkurs zu befürchten. Ich möchte den Herrn Kulturreferenten fragen, wie er das sieht und ob er eine Möglichkeit sieht, das Forum Stadtpark weiterzuführen.

Ein vierter Punkt: Der Herr Landeskulturreferent hat bei Amtsantritt die Einrichtung einer autonomen Akademie in der alten Universität angekündigt, die sich mit der Vernetzung der Kunst, der Wissenschaft, der Soziologie, der Philosophie und der Wirtschaft befassen sollte. Diese Idee war damals nicht ganz neu. Horst Gerhard Haberl und Peter Strasser haben schon 1993 ein solches Konzept vorgelegt. Nach Amtsantritt des Kulturreferenten wurde angekündigt, es wurde dann der Grazer Schriftsteller Walter Grond mit der Vorbereitung beauftragt. Jetzt würde mich interessieren, wie weit diese Vorbereitungen gediehen sind und ob wir demnächst etwas davon hören, denn ich halte das an sich für eine sehr gute Idee.

Meine Damen und Herren, ich glaube, meine fünf Minuten sind um, und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.06 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kröpf.

**Abg. Kröpf** (16.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat!

Im Bezirk Deutschlandsberg gibt es eine sehr erfreuliche kulturelle Tätigkeit, um die uns viele andere Bezirke beneiden. Kultur ist ein vielfältiger Bereich und Kultur ist auch ein sogenannter weicher Standortfaktor, der eine wesentliche Rolle bei Betriebsansiedelungen spielt. Kulturinitiativen leben vor allem aber vom Einsatz einzelner Personen. Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner stellt nun endlich diese sehr wichtigen Initiativen auf eine breitere finanzielle Basis, und damit können alle jene Personen aufatmen, die oft mit Privatkapital diese Kulturinitiativen unterstützen und teilweise auch mit Privatkapital dafür gehaftet haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Bezirk Deutschlandsberg sind in diesem Jahr bereits Kulturmittel in der Höhe von zirka einer Million Schilling geflossen. Diese Mittel sind gut investiert. Initiativen, wie zum Beispiel das Lerchhaus in Eibiswald, für das Robert-Fux-Jahr in Frauental, das Theaterzentrum Deutschlandsberg, Kulturverein Kalendarium Kürbis in Wies, Internationaler Gesangswettbewerb in Deutschlandsberg, Kulturkreis Deutschlandsberg und nicht zuletzt Steinzeit in Stainz wurden mit diesen Mitteln gefördert. In Deutschlandsberg findet neben den notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Anstrengungen auch die künstlerische und kulturelle Arbeit ihren Platz. Politik, Wirtschaft und Kultur beleben einander.

Aus Zeitgründen kann ich leider nur auf ein Projekt eingehen, und deswegen möchte ich hier das Jugendmusikfest hervorheben. Das Jugendmusikfest Deutschlandsberg hat sich einen Ruf erworben, der weit über die Bezirks- und die Landesgrenzen hinausreicht. Aufgebaut von Frau Prof. Fauland-Klauser und Herrn Hans Werner Heinze, einem der wichtigsten zeitgenössischen Komponisten, zieht dieses Fest heute bereits international anerkannte Regisseure und Interpreten an. Das Jugendmusikfest Deutschlandsberg ist – und das sage ich an dieser Stelle mit Stolz – aus der Kulturlandschaft der Steiermark nicht mehr wegzudenken. Der Erfolg dieses Festes, das übrigens kein Megaevent ist, liegt darin, daß die richtigen Dimensionen gewahrt blieben, keine Großmannssucht, keine Übertreibungen.

Abschließend, um meine Zeit nicht zu überschreiten, darf ich aber auch auf die vielen kleineren Museen eingehen, die über unseren Bezirk verteilt sind. Abgeordneter Reinhold Purr hat darüber schon gesprochen.

Hinter jeder dieser Sammlungen stehen engagierte Menschen, die mit viel Liebe und großem Einsatz ihre Museen pflegen. Positiv und wichtig ist die Hilfestellung und wissenschaftliche Betreuung, die diese Museen vom Landesmuseum Joanneum erhalten, seitdem wir Kulturreferenten DDr. Peter Schachner haben.

Neben diesen vielen kleinen Museen besteht auch im Schloß Stainz eine gepflegte volkskundlich bäuerliche Sammlung des Joanneums. Erfreulich ist, daß diese Sammlung jetzt durch Bestände aus dem Steirischen Jagdmuseum in Eggenberg erweitert wird. Dadurch wird unsere Region ungemein aufgewertet, und dafür, Herr Landeshauptmannstellvertreter, herzlichen Dank.

Danken möchte ich aber vor allem jenen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unermüdlich in den Museen und bei den Kulturinitiativen arbeiten und im Einsatz sind. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.10 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr.

**Abg. Purr (16.10 Uhr):** Entschuldigung, Herr Kollege, ich melde mich deswegen zu Wort, alles bestens, ich darf nur noch etwas hinzufügen. Weil der Kollege Ussar auch die kulturelle Bedeutung von Leoben hervorgehoben hat auf dem Gebiet der Oper und auch

des Schauspiels. Ich darf hinzufügen, in Ergänzung zum Kollegen Kröpfl, bitte, Deutschlandsberg ist Musikhauptstadt der Provinz geworden. Ich sage das wirklich mit Überzeugung, weil dort das Engagement von der Frau Prof. Fauland-Klauser ein derartig großes ist, daß Leute dort auftreten, wie eine Leonskaja, wie ein Oleg Maisenberg, ein Sviatoslav Richter, mittlerweile leider verstorben. Das ist eine derartige Besonderheit, daß man, wenn man Deutschlandsberg nennt, das objektiverweise in den Vordergrund stellen muß.

Ich danke, daß ich diesen Nachsatz bringen durfte. (Beifall bei der ÖVP. – 16.11 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Jetzt ist die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht zu Wort gemeldet. Nach ihr der Herr Abgeordnete Dirnberger.

**Abg. Dr. Reinprecht (16.12 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Nach der Diskussion um die Blasmusik, die nicht nur auf der Straße tscheppert, begeben wir uns jetzt in ruhigere Gefilde. Wir reden jetzt über die Landesbibliothek und das Landesarchiv.

Zum Zeitpunkt der Eröffnung des Neuzubaues, das war 1895, verfügte die Landesbibliothek über ein Drittel des heutigen Buch- und Zeitschriftenbestandes und ein Drittel des Personals. Diese Situation hat es notwendig gemacht, daß teilweise Bestände der Landesbibliothek in die Herdergasse – hier sind Periodika, die inzwischen mikroverfilmt sind, ausgelagert, – in die Brunngasse – wo sich die Dubletten-sammlung befindet – und in die Humanic-Halle ausgelagert wurden. In Zukunft müssen noch 30.000 Bände ausgelagert werden. Wenn für diese 30.000 Bände keine Lösung gefunden wird, können schon ab Jänner 1998 keine Bücher mehr für die Landesbibliothek angekauft werden. Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit eines neuen Standortes für die Bibliothek mit Depotplatzreserven für die nächsten 50 Jahre. Angeboten wurde hier das ehemalige Landesschülerheim 3 in der Grenadiergasse, das nach Machbarkeitsstudien alle Notwendigkeiten für eine Landesbibliothek erfüllt. Ein Jahr wird die Landesbibliothek für die Übersiedlung brauchen, die voraussichtlich um die Jahrtausendwende stattfinden wird.

Nun zum Landesarchiv, das ebenso vernachlässigt wurde wie die Landesbibliothek.

Als Gedächtnis des Landes sammelt das Archiv nicht nur die Verwaltungsakten, sondern auch systematisch die Dokumente zur Landesgeschichte. Bislang waren die meisten Archivalien des Landesarchivs in schlecht konditionierten Depots untergebracht und damit Belastungen durch Staub, Feuchtigkeit und Temperaturschwankungen ausgesetzt. In letzter Minute werden hier durch den Umzug Lagerungsbedingungen geschaffen, die das Archiv gut vor weiteren Schäden bewahren werden und sollen. Dazu ist noch zu bemerken, daß es sich bei Archivalien im Regelfall um Unikate handelt, also nicht so wie bei Büchern, wo viele Exemplare auf der Welt vorhanden sind. Archivgut besteht im Regelfall nur aus einem einzelnen Stück. Sie können sich vorstellen, wie wichtig hier die richtige Konservierung ist.

Das Archiv muß im Frühjahr 1999 übersiedeln. Vor der Übersiedlung muß das von Pilzen, Bakterien und Mikroorganismen befallene Archivgut noch gereinigt, restauriert und konserviert werden. Hier braucht das Archiv zusätzliche Arbeitskräfte. Da eine Beschaffung von Personal mit dem normalen Dienstpostenplan nicht möglich war, wurde hier ein Projekt vom Berufsfindungszentrum Steiermark entwickelt. Finanziert vom Arbeitsmarktservice und den europäischen Sozialhilfefonds, werden dem Landesarchiv 16 Transitarbeitskräfte und drei Schlüsselarbeitskräfte auf die Dauer eines Jahres zur Verfügung gestellt. Hier haben wir auch unsere These vom Marktfähigmachen nicht marktfähiger Arbeit verwirklicht. Das ist genau so ein Punkt, wo das ganz deutlich wird, was damit gemeint ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Schluß eine kurze kulturkritische oder kulturhistorische Bemerkung. Ein österreichischer Schriftsteller zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat gesagt: „Die Juden lesen seit 3000 Jahren, die Protestanten seit 400 Jahren und ich erst seit meiner Großmutter.“ Das ist die historische Last der katholischen Länder. Zur Zeit der Gegenreformation war es lebensgefährlich, insbesondere für Bauern, ein Buch zu besitzen, und insbesondere die Bibel zu besitzen, denn damit hat sich gezeigt, daß er lesen kann, und die Lesefähigkeit hat gezeigt, daß er Protestant war.

Ganz anderen Zugang zur Literatur, zum Buchbestand und zu Bibliotheken haben hier die vorwiegend protestantischen Länder, vor allem die angelsächsischen. Hier haben die Bibliotheken, auch die öffentlichen Bibliotheken, neben den wissenschaftlichen, einen ganz anderen Stellenwert als bei uns.

Ich glaube, es ist kein Zufall, daß es gerade der Sozialdemokraten gebraucht hat, die diese wichtige Aufgabe erst übernommen haben, die Bibliothek und das Archiv endlich seiner für sie gedachten Bestimmung zuzuführen, es neu zu plazieren, genügend Platz zu schaffen. Dazu muß auch gesagt werden, mit dieser Maßnahme gewinnen wir keine Blumentöpfe und auch keine Wählerstimmen, aber das ist wichtig für das Gedächtnis und die Kultur unseres Landes. Danke fürs Zuhören! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.17 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr kommt der Herr Abgeordnete Dirnberger zu Wort.

**Abg. Dirnberger (16.17 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr verehrter Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Ja, ich möchte in dieser Gruppe auch zur Volkskultur Stellung nehmen und grundsätzlich über ihre Funktion sprechen und ein Beispiel – die Blasmusik – besonders herausgreifen. Schon deswegen, weil es, glaube ich, die Tausenden Musikerinnen und Musiker nicht verdient haben, daß sie eine Diskussion erleben, die fast ins Lächerliche abgleitet, wenn auch die Argumente gut gemeint waren. Wenn man bedenkt, was die für eine Leistung erbringen, dann haben sie sicher eine wirklich sachlichere Diskussion verdient. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Zurück zur Volkskultur. Was bedeutet heute Volkskultur? Sind das die Blasmusikgruppen, Gesangsvereine, Tanzgruppen, oder bedeutet Volkskultur nicht mehr, wie zum Beispiel die Kultur des Zusammenlebens in den Dörfern? Umfaßt sie nicht auch die Landschaft, das Bauen, Wohnen, Essen, bis hin zur Kleidung?

Wenn man sehr oft, und hier vor allem die Menschen des ländlichen Raumes, als Vereinsmeier abtut, so fördert gerade diese Bereitschaft, aktiv mitzuarbeiten und mitzugestalten, auch das Zusammenleben in der Gemeinschaft. Es kommt nicht von ungefähr, daß im ländlichen Raum diese Bereitschaft noch relativ groß ist und daß Nachbarschaftshilfe nicht nur ein Schlagwort ist, sondern auch gelebt wird. Es stellt sich aber heute in dieser Gesellschaft die Frage, wer wird in Zukunft die Volkskultur tragen? Werden es die Menschen vor den Fernsehgeräten, Computern oder die bei den Megakonzerten sein? Wird die Volkskultur in der Massenkultur aufgehen?

Ich glaube und hoffe nicht.

Einige Begriffe und besondere Merkmale zur Volkskultur. Volkskultur ist Kultur der weniger Privilegierten, günstig, weil wirtschaftlich nicht auf Gewinn ausgerichtet, ist regional sehr stark verankert, ist traditionell und bodenständig, ist variantenreich und lebendig, ist amateurhaft und doch professionell gemacht, ist sehr oft mündlich überliefert und hat leider eine geringe Medienöffentlichkeit. Bezüglich der Förderung möchte ich anmerken, möglicherweise läßt sich die Volkskultur gar nicht direkt effizient fördern. Wichtig wäre es zunächst, eine Basis zu schaffen und zu sichern, auf der moderne Volkskultur aufbauen kann. Aber es ist auch bekannt, daß Verbände, Vereine und Gruppen mit starkem Zusammenhalt nicht einfach per Subvention erstellt oder geschaffen werden können.

Als Beispiel einer Form von Brauchtum oder Volkskultur möchte ich nunmehr die Blasmusikkapellen hervorheben. Diese zählen im Leben der Gemeinden zu den Grundpfeilern einer eigenständigen, kleinstädtischen und dörflichen Kultur. In unseren 543 Gemeinden unseres Bundeslandes Steiermark sind derzeit knapp 400 Blaskapellen aktiv, die zumeist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegründet wurden. Die Statistik weist – und das haben wir heute schon gehört – zirka 16.000 Musikerinnen und Musiker aus, die zumeist Amateure sind. Die steirischen Musikschulen unterstützen die steirischen Blaskapellen auf ihrem Weg in eine musikalische und verantwortungsbewußte Zukunft. Auf Grund des Könnens der Musikerinnen und Musiker spricht man heute nicht mehr von Blasmusikkapellen, sondern von Blasorchestern.

Einige Punkte, die positiv anzumerken sind: Erstens, sinnvolle Freizeitgestaltung für die Jugend, aber auch für die Älteren im ländlichen Bereich, und Vermittlung von Werten, wie Idealismus, Gemeinschaftssinn, Pünktlichkeit und dergleichen. Zweitens, die Ausstattung der Kapellen mit qualitativ hochwertigen Musikinstrumenten, drittens die Verbesserung des äußeren Bildes durch die Einkleidung – historische und volkskundlich sinnvolle Trachten. Viertens, der Bau zahlreicher akkustisch angemessener Proberäume beziehungsweise Musikerheime. Fünftens, musika-

lisch fachliche Ausbildung der Jugend möglichst innerhalb der Musikschule und nicht zuletzt der viersemestrige Bläserorchesterleiterkurs der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz, der die Kapellen der Sorge um gut ausgebildete Nachwuchsdirigenten weitgehend enthoben hat.

Dies alles bedeutet, wie auch heute schon erwähnt, daß unsere Blasorchester auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor sind. Diese Investitionen werden zum Teil mit öffentlichen Geldern finanziert, und es ist erfreulich, daß das Budget auf 12,5 Millionen aufgestockt werden konnte. Aber ich kann mich hier nur der Meinung meiner Kollegin Eva Karisch anschließen, daß es ein Verdienst schlußendlich aller Regierungsmitglieder ist, vor allem der Abgeordneten, die diesem Budget zustimmen, ansonsten würde es diese Summen nicht geben. Es wurde auch erwähnt, daß der größere Teil der Kosten vor allem von den engagierten Musikerinnen und Musikern selbst aufgebracht wird, und dies ist wiederum nur möglich, weil sie die Unterstützung und Anerkennung in der Bevölkerung genießen.

Zum Schluß danke ich den vielen Musikerinnen und Musikern, daß sie bereit sind, ihre Freizeit für die zahlreichen Auftritte, aber im besonderen auch für die unzähligen Proben, die notwendig sind, um ein so hohes Niveau zu erreichen, gratis zur Verfügung zu stellen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. - 16.23 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Gross (16.23 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich hatte bei der Vorbereitung meiner Wortmeldung ein kleines Problem. Melde ich mich in der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus oder in der Gruppe 7, Tourismus. „Classics in the city“ war ein Erfolg für beide Bereiche. Frau Klubobmann Magda Bleckmann hat es ja bereits angerissen, auch mich hat es fasziniert. Die Idee für das Classicfilmfestival entstand eigentlich in einem Freundeskreis von Ernesto Schobesberger im Sommer 1996. Die herrliche, im Sommer aber sehr ruhige Innenstadt von Graz sollte durch eine Veranstaltung im Zentrum einen Beitrag zur stärkeren Belebung erfahren. Schon beim ersten Präsentationsgespräch, welches mit dem Kulturreferenten der Steiermark geführt wurde, konnte größtes Interesse geweckt werden. Landeshauptmannstellvertreter Dr. Peter Schachner sagte seine Unterstützung für diese Initiative zu. Als Ort für diese Veranstaltung wurde der Grazer Landhaushof gewählt, da er wegen seiner zentralen Lage, seiner prachtvollen Renaissancearchitektur, seiner Akustik und seiner für diese Veranstaltung optimalen Größe als der für Graz bestgeeignete Platz erschien. Das auf private Initiative gegründete Projekt wurde durch eine öffentliche Förderung des Landes Steiermark, die Beiträge stammen je zur Hälfte aus dem Ressort Kultur von Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner und aus dem Ressort Tourismus, und der Stadt Graz finanziert.

Wie wir alle wissen, ist für den Erfolg einer öffentlichen Veranstaltung auch die Unterstützung durch die Medien unerlässlich. Der ORF Steiermark, aber auch die Printmedienpartner agierten marketingmäßig perfekt. Insgesamt wurden 106 Filme und ein Livekonzert an 88 Abenden gezeigt beziehungsweise veranstaltet. Von 93 Tagen, welche zwischen dem 4. Juni und dem 14. September lagen, fielen zwei wegen Landtagssitzungen als Spieltag aus. Herr Präsident, die Magda ist leider nicht da, ich würde sagen, begrenzen wir nächstes Jahr eine der Landtagssitzungen zeitlich und gehen wir alle hin, und nicht nur zur Eröffnung. Ich glaube, es würde uns allen guttun! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) An weiteren drei Tagen konnte wegen Gewitters und der damit verbundenen Gefahr für die technischen Anlagen nicht gespielt werden. Insgesamt wurden an diesen 88 gespielten Tagen über 63.500 Besucher im Landhaushof gezählt, und das bei freiem Eintritt, daher auch die Kosten. Dies bedeutet, daß im Schnitt rund 700 Personen pro Tag die Veranstaltung besuchten. Die Lage des Grazer Landhaushofes mitten in der Stadt mit den bestmöglichen Verkehrsverbindungen hat unter anderem auch dazu verholfen, daß ein gutes, sehr gemischtes Publikum den Vorführungen beiwohnte. Neben einem sogenannten harten Kern von eingefleischten Opern- und Klassikliebhabern, reichte das Publikum aber über das gesamte Spektrum bis zu vielen Jugendlichen, die bis dato kaum oder keine Berührung mit Klassik hatten.

Wenngleich die Zahl der Graz-Besucher unter den Gesamtbesuchern schwer zu schätzen ist, ist von den zirka 10 bis 20 Prozent auswärtigen Gästen des Festivals auszugehen. Hier liegt sicher noch ein Potential für einen höheren Prozentsatz an Gästen aus der gesamten Steiermark, aus den anderen Bundesländern und auch aus dem Ausland. Hier sollten auch intensive touristische Informationen noch dazu beitragen, daß mehr Besucher zu uns kommen. Für den Erfolg einer Open-air-Veranstaltung wie „Classics in the city“ war auch von großer Bedeutung, daß die Besucher auch ein kulinarisches Erlebnis genießen konnten. Ich hoffe, Sie sind meiner Meinung, daß auch gutes Essen und Trinken zur Kultur gehört. Die Akzeptanz von „Classics dining“ war bei den Besuchern sehr hoch. Da ein kulinarischer Genuß zusammen mit der schönen Stimmung im Zeughaushof und im Hof des Landhauskellers, sowie dem Film- und Musikgenuß möglich war.

Meine Damen und Herren, die erste Saison von „Classics in the city“ im Landhaushof hat die, in die Veranstaltung gesetzten Erwartungen voll erfüllt. Das Konzept der Veranstaltung wird in den Folgejahren 1998 und 1999 unverändert fortgeführt. Das Filmprogramm wird aber etwa zur Hälfte jeweils neu gestaltet. Im Jahre 1998 wird besonderes Augenmerk auf das Werk Herbert von Karajans gelegt, da der Maestro nächstes Jahr 90 Jahre alt geworden wäre. Ich freue mich jetzt schon darauf, und ich hoffe, viele von Ihnen auch, auf „Classics in the city“ 1998, und ich hoffe, bei schönem Wetter. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. - 16.29 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch.

**Abg. Günther Prutsch** (16.29 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Damen und Herren!

Blasmusik ist natürlich wichtig, ist gut und in weitesten Bereichen unverzichtbar. Ich möchte aber schon festhalten, daß Blasmusik kein Mascherl hat, und vor allem auch kein blaues Mascherl. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Wichtigkeit der vielen kleinen Kulturinitiativen und Museen ist bereits vielfach hervorgehoben worden. Ich kann mich dem nur anschließen und möchte auf weitere Ausführungen dazu verzichten.

Ich möchte doch noch ein paar Sätze zu einem anderen Thema machen, das heute schon mehrfach angesprochen wurde. Ein Großereignis für Bad Radkersburg und damit aber auch für den Bezirk Radkersburg, für die gesamte Region, wirft seine Schatten voraus. Die Landesausstellung 1998 mit dem Thema „YOUgend“ – „Jugendkulturen“ wird, wie gesagt, im nächsten Jahr in unserer Region stattfinden. Ich glaube, und ich bin überzeugt davon, es ist ein äußerst interessantes Thema, gerade in Radkersburg, in einer Region, wo man nicht unbedingt Jugend auf Anhieb mit der Region verbindet. Ich bin sehr froh, daß der zuständige Kulturreferent Peter Schachner dieses Thema als bewußten Kontrapunkt zur regionalen Entwicklung gewählt hat.

Allein die Diskussionen im Vorfeld, in der Zeit der Vorbereitung, zeigt bereits, daß der vorgenommene Themenwechsel wichtig war. Ich finde es wichtig, Landesausstellungen nicht nur für historische Rückblicke zu verwenden, sondern ganz bewußt einen Blick in die Zukunft zu machen. Es ist ganz einfach toll, wie intensiv am Thema gearbeitet wird, und das vor allem auch – und das betone ich hier besonders – in der Region selbst.

Vor wenigen Tagen war allerdings eine FPÖ-Kritik in den Medien zu lesen, „die Region sei in die Gestaltung nicht eingebunden“. Meine Damen und Herren, das kann so nicht stimmen, das kann nur eine Fehlinformation insofern sein, daß sich offensichtlich örtliche FPÖ-Vertreter bis dato nicht für die Landesausstellung interessiert haben.

Meine Damen und Herren, diese Ausstellung steht auf zwei Beinen. Einerseits wird sie getragen von der Schau im Ausstellungsgebäude Hauptplatz 10 in einer möglicherweise traditionellen Form, in einem Gebäude. Andererseits wird sie aber getragen, ja geradezu geprägt, von einem Rahmenprogramm, besser wäre ein Ergänzungsprogramm. An diesem Programm arbeiten zurzeit und seit Monaten schon Hunderte Menschen, Initiativen, Vereine, Institutionen mit, und mit größtem Einsatz, mit unglaublicher Kreativität. Und was ganz besonders erfreulich ist, ist, daß eine große Anzahl – wie gesagt – aus dem Bezirk kommt und vor allem in erster Linie sich Jugendliche an der Vorbereitung beteiligen, also ganz intensiv in die Vorbereitung der Landesausstellung eingebunden sind. Ein eigenes Büro für die Koordination all dieser Rahmenprojekte wurde errichtet. Ein Mann und eine Frau arbeiten seit einiger Zeit in diesem Büro und stehen den Initiativen mit Rat und Tat zur Seite. Hier muß ich Landesrat Günter Dörflinger für diese einmalige Initiative danken. Ich glaube, das hat es in dieser Form noch nicht gegeben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin sehr optimistisch, diese Landesausstellung wird ein Erfolg. Erfolgreich wirkt sie schon jetzt. Wie schon gesagt, man beschäftigt sich endlich intensiv mit dem Thema Jugend weit über den bisher gewohnten Rahmen hinaus. Die Vielfalt von Veranstaltungen wird weit über unsere Grenzen hinaus Echo finden. Es geht von der Jugendschacheuropameisterschaft zu einem Popkonzert bis zu Jugendkongressen, die sich ganz intensiv mit den Problemen, mit den Fragen der Jugend in der heutigen Zeit auseinandersetzen.

Für die Tourismusregion von der Wirksamkeit her ein enormer Werbeeffect, vor allem natürlich auch in Richtung vollkommen neuer Gästeschichten.

Eines muß darüber hinaus aber doch noch gelingen, und zwar die Nachnutzung. Eine Nachnutzung für die Region zu schaffen. Das heißt also, es wäre schade, wenn die Landesausstellung wie ein Wanderzirkus ihre Zelte abbrechen würde, und in der Region würde nichts verbleiben. Es wäre kein bleibender Effekt zu erkennen. Schön wäre es, wenn wir in Radkersburg, so wie wir Sozialdemokraten es fordern und uns vorstellen, ein Alpach der Jugend schaffen würden, ein Forum, ein Zentrum für Zukunftsfragen, für Fragen, die ganz besonders die Jugend berühren, ein Zentrum, das weit über herkömmliche Jugendzentren hinausgeht. Ich bitte Sie schon jetzt darum, diese Idee zu unterstützen. Wir arbeiten jetzt bereits an einem Projekt, das sich mit der Nachnutzung der Landesausstellung 1998 beschäftigt.

Abschließend, meine Damen und Herren, ein tolles Thema, eine große Herausforderung, ein Großereignis für Radkersburg, für die gesamte Region, das hoffentlich auch einen wirtschaftlichen Erfolg bringen wird, aber auch eine große Chance, über Jugend insgesamt zu reden, zu diskutieren, aber im besonderen auch über ihre Sorgen und Ängste und Wünsche nachzudenken, und vor allem miteinander – mit der Jugend – über Jugend zu reden und aus den gewonnenen Erkenntnissen heraus auch Taten zu setzen.

Auch Sie, meine Damen und Herren, sind aufgerufen, hier aktiv mitzuarbeiten, und sich nicht zurückzulehnen und zu schauen, ob von der Zuschauer- beziehungsweise Besucheranzahl diese Ausstellung ein Erfolg wird. Sie wird mit Sicherheit ein Erfolg, wenn wir das Thema richtig erkennen und auch gemeinsam daran arbeiten. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.36 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Heinz Vollmann.

**Abg. Vollmann** (16.36 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allem aber Herr Präsident (Abg. Mag. Bleckmann: „Herr Landesrat!“), Herr Landesrat natürlich auch, überhaupt keine Frage, ich höre dich eh hinter mir, aber ich habe nur fünf Minuten, gestatte mir, daß ich dich diesmal zwar mit einbeziehe, aber nicht lobe.

Meine Damen und Herren, mir gefällt das, wer sich heute alles das Mascherl von der Blasmusik umhängt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Du bist der nächste!“)

Warte einmal. Der Kollege Porta hat gesagt, wegen der Jugenderziehung, Jungbläserseminare. Meine

Damen und Herren, seit 30 Jahren macht die Volkshochschule Mürzzuschlag diese Jungbläserseminare. Seit 20 Jahren bin ich der Leiter dieser Volkshochschule. Es hat die Volkshochschule von den Blasmusikern und vom zuständigen Landesrat in den letzten drei Jahren noch keinen einzigen Schilling bekommen. Über die Volkshochschule wird dort die Erziehung gemacht, über die Musikschulen andererseits – und ich freue mich über alle jungen Leute, die dort hineinkommen, denn eines stimmt tatsächlich, sie finden eine Heimat, sie sind von der Straße weg, sie sind mit etwas Ausgezeichnetem beschäftigt, und das ist das wertvollste für mich. Und der Seppi Straßberger hat, weil er mich gerade so anschaut, mit mir ja lange Zeit – damals noch als Vertreter der Jungblasmusiker in unserem Bezirk – diese Seminare durchgeführt. Ich freue mich, daß die Arbeit, Sepp, früher auch schon funktioniert hat, und nicht jetzt erst seit drei Jahren, und daß wir Jungmusiker schon immer in diese Bereiche einbeziehen konnten.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber auf ein anderes Thema kommen, das mir auch sehr wichtig erscheint. Ich habe wegen der Blasmusik heute die Trompete genommen, ist ganz klar, man muß ja auch wissen, zu was man redet und was man dann im Endeffekt hat.

Aber, meine Damen und Herren, der Kollege Getzinger hat mich eigentlich auf etwas gebracht, damit, daß er gesagt hat, in der Steiermark gibt es rund 220 Kleinmuseen. Mir ist eigentlich nicht bekannt, daß es so viele gibt, aber der Kollege Purr hat dann also eines noch hervorgestrichen. Jedes einzelne dieser Museen, so glaube ich, ist ein Kleinod. Und dabei habe ich begonnen, meine eigenen im Bezirk aufzuzählen. Von den Schloßmuseen über alle anderen Bereiche, die es bei uns gibt, über Peter Roseggers Geburtshaus, über das Schloß Oberkindberg, über Mürzzuschlag, über alle Bereiche läßt sich das spannen. Wenn ich denke an die Ausstellungen, die dort überall stattfinden, in Langenwang, in Neuberg, überall Wintersport – Schimuseen und, und, und.

Sie alle sind eigentlich in der letzten Zeit, in den letzten Jahren stark vernachlässigt worden. Man hat sie sozusagen der Möglichkeiten der Gemeinden überlassen, die meist auch in der finanziellen Auswirkung und im Aufbringen verhältnismäßig gering waren, außer sie haben noch Bedarfszuweisungen bekommen, die ja dann über den zuständigen Gemeindeferenten, ob rot oder schwarz, geflossen sind.

Meine Damen und Herren, viele, so habe ich gesagt, sind leider unbekannt. Aber ich meine, daß also hier über die Initiative von Peter Schachner etwas Besonderes im Frühjahr geschieht. Im Frühjahr, so habe ich gelesen, soll nämlich ein Museumsführer herauskommen. Er wird massiv durch das Land Steiermark gefördert, und ich hoffe, dieser Museumsführer dient dann uns allen, daß wir wissen, wo unsere Kleinode liegen, und daß wir sie finden. Wir sollten uns auch kümmern darum, nicht nur um unsere eigenen. Gleichzeitig wird beim Landesmuseum Joanneum ein Museumsforum eingerichtet. Ich glaube, daß dieses Informations-, Hilfs- und Servicewerk, das dort entsteht und diese Stelle auch etwas ganz besonderes ist, denn sie steht nämlich allen Heimat- und Regionalmuseen zur Verfügung, und sie werden auch im Winter, wenn also nicht gerade die höchste Museums-

zeit ist, Bildungsseminare für die Mitarbeiter der Museen anbieten, was ich glaube, das ausgezeichnet und sehr wichtig ist. Denn das Umgehen und der Umgang mit den Kleinsten, mit den Leuten aber auf der anderen Seite und das Anbieten ist etwas, das wir brauchen. Die Mitfinanzierung von Mitarbeitern in den Museen über die Projektträger GesmbH., in der Steiermark ist das das WUK, ist also allen bekannt, damit werden vor allem gemeinnützige Arbeitsplätze geschaffen. Wir brauchen solche Arbeitsplätze, jeder einzelne, der geschaffen wird, ist uns wichtig. Da entstehen über Förderung auch neue Möglichkeiten für die Gemeinden und für die Kleinmuseen. Die Unterstützung der Werbemaßnahmen seitens des Landesmuseums Joanneum ist mir ein besonderes Anliegen, sie wird im nächsten Jahr vollzogen, und es steht dafür bitte auch das Bild- und Tonarchiv zur Verfügung, und zur Verfügung werden auch sogenannte Werbepostkarten und andere Möglichkeiten der Unterstützung in der Bewerbung dieser Museen stehen, meine Damen und Herren.

Es ist heute schon einmal die Frage der Bedeutung der Kunst und der Kultur für den Tourismus gefallen. Die Tatsache ist, daß diese Kleinmuseen auch ein besonderer Bereich des Tourismus sind und daher in Kooperation anzubieten. Sie sind, so meine ich, in ihrer Auswirkung über das ganze Jahr mindestens ebensoviel wert wie der A1-Ring beziehungsweise der Gedanke Olympia, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Nur, sie kosten bedeutend weniger, wie wir wissen, denn der A1-Ring hat uns einmalig 500 Millionen gekostet und wird uns in weiterer Folge noch immer viel kosten. (Abg. Majcen: „Abgesehen davon, was er bringt!“) Wenn wir so viel in Kunst und Kultur und in unsere Museen, lieber Kollege Majcen, hineinstecken würden, dann würde dort wahrscheinlich das Arbeiten auch in diesen Bereichen leichter sein.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auch darüber, ich glaube, der Herr Professor hat vorher von den einzelnen Bezirksinitiativen gesprochen, wir haben solche Initiativen draußen, sie werden, Gott sei Dank, jetzt entsprechend gefördert. Ich spreche nur von meinem Kunsthaus Mürzzuschlag und von der Kunsthaus GesmbH., die nunmehr mit diesem Referenten auch die Möglichkeit hat, sich zu entwickeln, ihre gemachten Veranstaltungen zu bedecken und im Endeffekt auch Geld zu bekommen. Und das gleiche wird mir sicherlich der Kollege Flecker sagen für seine Kulturveranstaltungen in seinem Bezirk. Meine Damen und Herren, nicht nur darum, um hier zu stehen und danke zu sagen, das jeder von uns tut für seinen Referenten, von dem er Geld bekommt, sondern die Kunst und die Kultur hat in der Steiermark wieder Bedeutung bekommen, und ich bedanke mich bei allen, die gesagt haben, auch Unterstützung, denn wir brauchen sie gemeinsam, wenn wir da etwas weiterbringen wollen. Daher danke, Peter Schachner, Glück auf. (Abg. Porta: „Und Schmid!“)

Ich bitte um Entschuldigung, der Kollege Porta hat mich aufmerksam gemacht, ich soll auch dem Schmid danken. Meine Damen und Herren, der Kollege Schmid wird Nutznießer der Beschlüsse der SPÖ und der ÖVP, die dieses Budget beschließen, und er darf dann ein Geld ausgeben. Es müßte das Geld dem Peter Schachner zugeteilt werden. (Beifall bei der SPÖ. – 16.44 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der Herr Abgeordnete Siegfried Ussar hat das Wort.

**Abg. Ussar (16.44 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Damen Stenotypistinnen auch, die da alles niederschreiben, was wir da alles von uns geben!

Ich habe schon im Oktober im Rahmen der Diskussion um das Kulturförderungsgesetz, um den Kulturförderungsbericht über unsere Landesausstellung gesprochen. Heute sind einige Wortmeldungen dazu gewesen. Herr Kollege Dipl.-Ing. Univ.-Prof. Dr. Jeglitsch hat die Geschichte aufgezeigt, und der Kollege Tasch hat sich auch dementsprechend geäußert. Sehr geehrte Damen und Herren, es wurde schon angeführt, daß es seit dem Jahre 1959 in der Steiermark diese Ausstellungen gibt. Seit dem Jahre 1987 einjährig, ich habe das immer schon begrüßt und möchte nochmals sagen, daß gerade die Ausstellungen in Leoben und Göb eine neue Sichtweite der Ausstellungen gebracht haben, weil, das, was der Kollege Prutsch angerissen hat, ganz einfach sehr anspruchsvolle Themen gewählt wurden. Ich muß sagen, daß mit dem Thema „made in styria“ den Zusammenhang, Mensch, Technik und damit verbunden wirtschaftliche, soziale, kulturelle Entwicklungen darzustellen, nicht einfach war, und ich verstehe schon, daß der Zugang nicht so war, wie man sich es gewünscht hat, aber trotzdem muß ich sagen, alle, die die Ausstellung gesehen haben, waren damit zufrieden und haben sich darüber gefreut.

Ich möchte aber vor allem betonen, weil gerade Kollege Prutsch auch wegen der Nachnutzung gesprochen hat. Der Ausstellungsgestalter Günther Domenig hat mit Hermann Eisenköck das Leobener Stadtmuseum, weil wir gerade von Museen gesprochen haben, architektonisch erweitert, und ich muß sagen, wirklich eine lebendige Schau inszeniert. Und was mich vor allem gefreut hat und auch alle Leobnerinnen und Leobner, daß dieser Neubau angenommen wurde. Es ist ja keine Selbstverständlichkeit, daß so ein moderner Bau auch die Akzeptanz der Bevölkerung findet. Es wird sehr viel Geld investiert. Ich darf sagen, diese Akzeptanz ist ganz einfach gefunden worden. Und, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe schon einmal gesagt, Herr Landeshauptmannstellvertreter, es war schon ein fulminantes Erlebnis, zum ersten Mal in der Brauerei Göb in einer Flaschenhalle mit Bierkisten ein Orchester spielen zu sehen, in vollbesetztem Raum, in einem Betrieb, so etwas zu machen, wo ganz einfach ein erstklassiges Orchester hinausgegangen ist in die Arbeitswelt. Reden wir auch von den guten Sachen, liebe Freunde, das war etwas, was uns ganz einfach fasziniert hat, und ich muß sagen, gehen wir diesen Weg weiter, daß wir die Kultur auch in die Betriebe weiter hineintragen. Ich danke sehr schön, daß das gemacht wurde, ich danke auch dem Hofrat Feil und dem Hofrat Glawogger, die ja da auch ihren Anteil gehabt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, rückschauend auf die Landesausstellung in Leoben, möchte ich sagen, jeder fragt immer „wie viele waren denn da?“. Ich habe es schon gerne, ich war zwölf Jahre Kultur-

stadtrat, wenn einer gekommen ist und mich gefragt hat, „was hast denn gesehen, wie viele waren denn da?“ Dann habe ich immer gesagt „geh' selber hin, dann weißt, wie viele da waren“, und zweitens, mich interessiert der Inhalt, und nicht nur immer die Zahlen. Und, liebe Freunde, wenn 93.355 eine Ausstellung besuchen, und wir sagen, das ist nichts, dann möchte ich fragen, was etwas ist. (Abg. Mag. Bleckmann: „Schau dir doch die Vergleichszahlen bitte an!“) Ich brauche keine Vergleichszahlen, liebe Magda. Bei den zusätzlichen Veranstaltungen, bei den Rahmenveranstaltungen waren 143.230 Besucher. (Abg. Mag. Bleckmann: „Die Besucher der Ausstellung!“) Ich rede nicht von den Besuchern, dort haben 60 Verbände ihre kulturellen Darbietungen gezeigt. (Beifall bei der SPÖ.) Herr Landeshauptmann, erinnere dich doch, die Musikschulen, die Trachtenvereine waren dort, es war gigantisch ganz einfach, dort wurde was geboten. Nicht wie viele dort waren, wie viele etwas gezeigt haben, wie viele uns gezeigt haben, was in diesem Land kulturell eigentlich los ist, liebe Freunde. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte nur eines noch sagen, wenn wir heute den von Boris Potrecca geschaffenen Hauptplatz anschauen, wenn wir uns anschauen, daß wir in der Nachnutzung nun eine China-Ausstellung haben werden, wo die Schätze der Han-Dynastie gezeigt werden, daß Tor zum alten China. Ich darf Sie jetzt schon einladen, vom 15. Mai bis 19. Oktober wird diese Nachnutzung sein.

Durch diese Städtefreundschaft ist es gelungen, daß zum ersten Mal rund 120 Objekte, die in dieser Größenordnung, Pracht und Bedeutung noch niemals außerhalb von China zu sehen waren, in der Han-Dynastie, deren Herrscher zeitweise in Xuzhou waren, in Leoben gezeigt werden. Das kostbarste Ausstellungsstück wird ein Panzer sein mit 2500 Jade-steinen mit Silberdraht verbunden.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme schon zum Schluß, denken wir einmal nicht nur immer in Zahlen, zählen wir nicht immer schon, wie der Kollege Prutsch richtig gesagt hat, das waren vielleicht um zwei mehr oder um zwei weniger, sondern schauen wir, was geschehen ist, welche Aufbruchstimmung in eine solche Stadt gekommen ist, was also in der Landesausstellung alles bewerkstelligt wurde, daß einmal gezeigt wurde, was Steirer in der Lage sind zu leisten, daß einmal gezeigt wurde, was in unseren Betrieben, in unseren Hirnen überhaupt möglich ist zu leisten. Das wurde dort gezeigt. Die Kulturschaffenden haben eine breite Palette gehabt auf einem wunderbaren Platz zu repräsentieren. Die Baukunst hat also etwas gezeigt, was wir schon lange nicht mehr gesehen haben, und die Akzeptanz der Bevölkerung gefunden hat.

Ich danke dir, sehr geehrter Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter, ganz besonders, daß du ganz einfach nicht nur die Mittel auch bereitgestellt hast, sondern daß du dort anwesend warst, und nicht nur, um zu begrüßen, sondern vom Anfang bis zum Schluß da warst und ganz einfach mit denen, die Kultur bieten, da auch den Kontakt aufgenommen hast.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß schon, daß kein einzelner da ein Geld vergibt. Wir alle vergeben nur Steuermittel. Aber mich freut es einfach,

wenn diese Steuermittel sinnvoll angewandt werden, daß ganz einfach für unseren kulturellen Bereich, für unsere Bevölkerung das Optimale gemacht wird. Sinnvolle Anwendung der Steuermittel, die von hier, von uns aus immer wieder beschlossen werden. Ich danke dafür sehr herzlich.

Für die Landesausstellung wünsche ich dir, lieber Kollege Prutsch, und auch allen in Radkersburg einen vollen Erfolg. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 16.51 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der Herr Abgeordnete Brünner hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. (Allgemeine Unruhe. – Glockenzeichen des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren, wir sind so schön im Zeitplan. Ich würde bitten, daß wir uns weiter daran halten. Der Herr Abgeordnete Brünner ist am Wort.

**Abg. Dr. Brünner (16.51 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte eine möglicherweise notwendige Berichtigung zu den Ausführungen von Herrn Kollegen Jeglitsch, betreffend Kunsthaus, anbringen, der gesagt hat, daß Herr Architekt Jürgen Weber das Projekt „Kunsthaus“ ausführen wird. Nach meinen Informationen hat Herr Architekt Jürgen Weber heute eine Reihe von Terminen vereinbart gehabt, darunter auch Termine mit dem Land, und bei diesen Terminen wäre es auch um die Finalisierung seines Vertrages gegangen. Er ist heute vormittag abrupt ohne Wahrnehmung dieser Termine nach Zürich abgereist. (Abg. Schinnerl: „Wer?“)

Herr Architekt Jürgen Weber, der das Projekt „Kunsthaus“ gewonnen hat.

Ich möchte Herrn Landeshauptmannstellvertreter um Aufklärung bitten, erstens, ob diese meine Informationen den Tatsachen entsprechen und zweitens, ob Herr Architekt Jürgen Weber unter den gegebenen Bedingungen nach wie vor bereit ist, das Projekt „Kunsthaus“ auszuführen. (16.54 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr hat der Herr Landesrat Schmid das Wort.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (16.54 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eine Fülle von Fragen, wo beginne ich. Am liebsten bei der Blasmusik. Ich werde mir aber das Angenehme zum Schluß aufheben und beginne vielleicht mit den Landesausstellungen. Der Sigi Ussar hat da so ein liebes Plädoyer gehalten für seine Stadt – es sei ihm verziehen. Liebe Magda, ich weiß, dir, so wie mir, liegt es auf der Zunge, das eine oder andere hier richtig zu stellen. Übrigens, lieber Freund Gennaro, wir waren dort und haben Eintritt bezahlt. Nur zu deiner Information. Aber so wie der Schelm denkt, so ist er. Daher also, deine Verdächtigungen sind unberechtigt. Brav gezahlt, ich habe sogar noch die Karte, glaube ich, wenn du sie sehen willst. Ich werde sie aber auch nicht irgendwo geltend machen, denn es war mein privates Interesse.

Und das, was der Sigi in seiner Begeisterung hier gesagt hat, sei ihm in seinem Lokalpatriotismus mit seinem vollen Herzen, mit seinem Stolz auf seine Stadt verziehen. Die sachliche Diskussion über Landesausstellungen sollte man da nicht in Zusammenhang bringen, wenn ein so erfahrener und verdienter Abgeordneter einmal das Christkind persönlich bekommen und gesehen hat. Daher gehe ich auf das nicht ein.

Aber das Kunsthaus ist natürlich eine Frage, die heute hier einen großen Umfang der Debatte eingenommen hat. Ich werde mich auch nicht vorlaut vor den Ausführungen des Kulturreferenten dazu äußern, aber ich bin froh, daß ich die Möglichkeit habe, aus meiner Sicht der Dinge, als Durchführender dieses Wettbewerbes, das eine oder andere richtig zu stellen.

Zunächst einmal gleich zu dieser Frage, daß Architekt Weber in Graz war und wieder abgereist ist. Ich habe keinen Kontakt gehabt. Nur, es ist klargestellt worden, durch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter, daß auf Grund der Nichtänderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Graz zurzeit es zu keinem Vertragsabschluß kommen kann. Das wäre, glaube ich, nicht verantwortlich, wenn man angesichts der mangelnden Rechtsgrundlage hier Aufträge vergibt, um weitere Kosten anfallen zu lassen. Das einmal so weit zu der einen Klärung.

Zweite Frage: Jetzt komme ich zu Grundsatzfragen, wo ich mich persönlich dazu äußern möchte. Volksbefragung „Standortfrage“: Zu einer eventuellen Volksbefragung über eine Standortfrage kann man stehen. Dazu kann man stehen, ich sage das unverblümt. Es hat aber der zuständige Kulturreferent der Stadt Graz – und das, was ich jetzt auch anfüge und was ich hier bemerke, sind einfache Fakten – über ein Gutachten mit seinem ehemaligen Kollegen im Stadtssenat, dem Vorsitzenden der Sektion Architektur, Dipl.-Ing. Dr. Klaus Gartler, einen gutachtlichen Weg eingeschlagen. Bei diesem Gutachten ist ein Ergebnis – und dieses Ergebnis war eben Standort Schloßberg – als verfolgbar, als das ideale bezeichnet worden, mit der einzigen Einschränkung – einfach einmal objektive Tatsachenfeststellung –, daß die Umsetzung, die zeitliche Umsetzung bis zur Landesausstellung als schwer machbar erscheint. Das ist die Standortfrage.

Wenn ich jetzt nach dem Standortfrage in Form einer Volksbefragung, mit einem Projekt, kann man auch dazu stehen. Ich kann der Bevölkerung dieses Projekt vorführen und somit über reale Projekte hier eine Meinungsbildung durchführen.

Ich glaube eines, und das ist jetzt der Punkt zwei – der Kollege Brünner, ich weiß nicht, der ist jetzt nicht da, wohl, er war schon im Haus –, Herr Kollege Brünner, Herr Kollege Prof. Jeglitsch, Herr Dr. Wabl oder Frau Mag. Zitz, ich gehe davon aus, daß Sie nicht meinen, eine Volksbefragung über Investitionen in der Kultur. Darf ich davon ausgehen? Ich stelle es nur einmal klar. Es kann sich also auch nach Ihrem Dafürhalten, auch nach meinem Selbstverständnis, nicht darum handeln, daß ich jetzt einmal eine grundsätzliche Ausspielung von, weiß ich, Sanierung von Kanaldeckeln zur Kultur hier durchführe. Haben wir uns also einmal darauf geeinigt? (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „So etwas habe ich nie gesagt. Wie kommen Sie darauf?“) Es könnte der Eindruck entstehen, daß eine Volksbefragung darüber entsteht, ob wir für die Kultur

etwas investieren wollen. Hier mein persönliches Selbstverständnis. (Abg. Dr. Flecker: „Wie willst du das verhindern?“)

Laß mich ausreden, Herr Klubobmann, laß mich ausreden. Ich werde ja meine klare Position, die ich auch immer dazu geäußert habe, nicht verändern. Ich habe, und das darf ich jetzt richtigstellen, ich weiß nicht, wer diese Fehlmeinung dahier in die Öffentlichkeit gebracht hat, mich zur Frage einer Volksbefragung, ob man es dort haben will, klar geäußert. Ich habe gesagt, das ist jedermanns Sache, darüber zu fragen. Aber ich habe einen Standpunkt, einen persönlichen Standpunkt, und einen Standpunkt als verantwortungsbewußter Politiker. Damit mein persönlicher Standpunkt, irgendwer hat da etwas von kurioser Meinung gesagt, einmal klargestellt ist. (Abg. Dr. Wabl: „Die ‚Kleine Zeitung‘!“) Sie, Herr Abgeordneter, haben es vorgelesen. Ich nehme an, daß das dann auch Ihre Meinung sein könnte.

Ich habe mich ganz klar, nachdem der Grazer Stadtssenat, der Kulturstadtrat Strobl, diesen Standort bevorzugt haben, nachdem der Kulturlandesrat, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner, diese Meinung im Interesse einer kulturellen Investition auch zu seiner Meinung gemacht hat, und indem in sieben Regierungsbeschlüssen, bitte, auch die ÖVP, die Österreichische Volkspartei, zu diesem Standort gestanden ist, ebenfalls zu diesem Standort bekannt. Ich habe persönlich hinzugefügt, und das sei auch mir erlaubt, daß ich einem anderen Standort, nämlich jenseits der Mur, vermutlich den Vorzug gegeben hätte. Ich als Architekt, als Stadtplaner. Das ist wohl eine verantwortungsbewußte Politik, glaube ich, und politische Haltung, wenn man im Interesse einer Verwirklichung von Ideen dann auch hier den nötigen Einsatz dafür bringt. Und diesen Standpunkt habe ich nie geändert. Ich habe es gesagt. Auch im Falle einer Volksbefragung werde ich zu diesem Standort stehen. Es hat sich nämlich in der Zwischenzeit eines herausgestellt, daß durch dieses Projekt Weber eigentlich viele Ideen – und sie werden leider Gottes dahier nie ins Spiel gebracht, es wird einfach gesagt, der Naturraum wird dort zerstört – Herr Abgeordneter Brünner, Herr Abgeordneter Wabl, wo wird mehr Naturraum zerstört, im Pfauengarten, im Stadtpark oder im Berg? Das ist einmal eine Behauptung, ich darf auch das diskutieren. Aber die positiven Seiten des Standortes, und schaut euch vielleicht einmal das Projekt an, hier um eine Aufwertung dieses Schloßbergfußes, eine Aufwertung des Reinerhofes, des ältesten Hauses als Solitär dort, eine Aufwertung des Palais Herberstein, denn wir haben ja dort eine Neue Galerie, wir haben ja dort ein Museum. Und es handelt sich vor allem um eines, und das ist eine ganz persönliche Chance, die ich sehe, daß wir über dieses Kunsthaus den Schloßberg vertikal erschließen können. Die Kunstachse, das alte Thema aller derer, die in Graz Kultur betrieben haben, es gibt ja nichts Idealeres – wie abgezeichnet, als die Achse in diesem Bereich.

Ich träume halt davon, Entschuldigung, daß in dieser Landeshauptstadt mit diesem Juwel des Raumes Schloßberg auch eine Aufschließung und Aufwertung des oberen Bereiches kommt. Das wäre die Chance, und das ist der Schritt hinein. Das ist meine persönliche Meinung. Auch ich bin Stadtplaner, ich bin auch

Architekt und darf dazu vielleicht eine Meinung haben. Das heißt, das, was ich geäußert habe zur Volksbefragung, ich werde mich immer zu einem Plebiszit bekennen, aber ich bekenne mich auch dazu, daß ich hier eine Meinung als Politiker, als Michael Schmid, als Architekt Schmid, haben darf. Ich hoffe, daß ich das hier einmal klarstellen konnte, und ich sehe die Kuriosität meiner Rolle nicht. Ist in dem Land jemand, der von Anfang bis Ende, vom 3. Dezember, von unserer Besprechung mit der Stadt Graz, bis zum heutigen Tag, eine Meinung vertreten hat, mit dieser Meinung nie hinter dem Berg, nie unter dem Berg, nie im Berg gehalten hat, schon kurios? Ist es nicht eher kurios, daß der Kulturstadtrat der Stadt Graz sich einen Standort aussucht und von dem jetzt nichts mehr wissen will? Daß der Kulturstadtrat der Stadt Graz uns hier am 3. Dezember, in Anwesenheit des Bürgermeisters, in Anwesenheit des Stadtrates Weinmeister zugesagt hat, als Raumplanungsverantwortlicher diesen Flächenwidmungsplan zu ändern? Wir hätten ja keinen Finger gerührt, wenn das nicht passiert wäre. Es ist doch niemand – und alle drei Fraktionen in der Landesregierung bitte – bereit dahier, 11,5 Millionen hinauszuschmeißen aufs Geradewohl hin, wie sich die entscheiden werden. Wir haben das Projekt im Jänner in die Regierung eingebracht, und das ist für mich kurios, daß diese Vereinbarung hier nicht gehalten worden ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist für mich darüber hinaus kurios, wirklich kurios, daß man im Zusammenhang mit einem musealen Bau, mit einem Kunsthaus auch verschiedene andere Projekte, die bitte andere Nutzungen haben, gegenüberstellt. Thalia. Was ist die Thalia, ist das jetzt auch ein Kunsthaus? Ist das die Aufwertung unseres Palais Herberstein oder ist es die große Stadthalle in der Messe. Das zeigt also eher von einer Konzeptlosigkeit hier in der Stadt, in diesen Verantwortungsbereichen, die ich auch nicht anstehe, hier zu kritisieren. Aber das ist kurios. Und ich sage noch einmal, wenn es in diesem Land schon kurios ist, daß ein Politiker eine Meinung hat und zu dieser auch steht, dann mag das kurios sein, aber das scheint mir dann doch irgendwie eine Umkehr der gesamten Tatsachen. (Abg. Dr. Flecker: „Michael, ich möchte dich wirklich fragen – ich gebe dir recht –, aber wie willst du es verhindern, daß eine Standortvolksbefragung nicht zu einer Investitionsvolksbefragung gemacht wird, politisch?“) Indem ich mich also als Politiker hier klar – und das ist diese Äußerung, die ich gemacht habe – dazu äußere, daß es mir bei dieser Berufung nicht um die Investition geht, sondern ich zu dieser Investition klar stehe. Mehr kann ich dazu nicht tun. Und ich glaube, daß das eine sehr offene, eine sehr eindeutige Haltung ist, und ich bin froh, daß in dieser Frage hier im Landtag niemand auch nur im Ansatz und auch nach Hinterfragen von mir jetzt reaktionäres Denken hat und sagt, das können wir nicht machen, das können wir uns nicht leisten. Wir wären also eine sehr arme Stadt.

Ich bin auch froh, und Magda Bleckmann hat es schon erwähnt, daß Leben in die Kulturpolitik gekommen ist, die sich entzündet – vielleicht will der eine oder andere wirklich nicht, daß etwas passiert; vielleicht stört es den einen oder anderen aus einem doch engstirnigen Kasteldenken, daß jemand, der als Nach-

folger – und Josef Krainer ist für mich als Kulturmensch völlig unverdächtig, damit da kein Zweifel aufkommt – handelt, Erfolge erzielt. Aber es ist jetzt in einer anderen Hand, und es sind jetzt gewisse Dinge passiert. Ich kann doch nicht aus einer Eifersucht heraus – und liebe Abgeordnete und Funktionäre der Österreichischen Volkspartei – Ihre Mandatare haben siebenmal in der Regierung mitgestimmt, was soll denn das? Im Stadtsenat – eigener Wunsch – mitgestimmt. Ich würde mir wünschen, daß man hier wirklich über den Tellerrand schaut, über den Schatten springt, wenn auch jede Diskussion über einen Standort zulässig ist. Vielleicht wäre es gescheiter gewesen, wenn der Herr Strobl – (Abg. Dr. Wabl: „Das ist Landessache!“) Nein, es ist eine Sache der Stadt Graz, bitte schön. (Abg. Mag. Zitz: „Aber bezahlt mit den Steuermitteln aller Steirerinnen und Steirer bitte!“) Ja, das bitte, wenn Sie kulturelle Investitionen – (Abg. Dr. Wabl: „Diskutieren!“) Ja, ich diskutiere es ja. (Abg. Dr. Wabl: „Sie schaffen an!“) Was schaffe ich an? Moment, ich habe heute meinen Standpunkt als für die Durchführung des Wettbewerbs Beauftragter deponiert. Also, ich entschuldige mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Wabl und Herr Prof. Brünner und Frau Mag. Zitz, daß ich heute darüber rede. (Abg. Mag. Zitz: „Ja!“ – Abg. Dr. Wabl: „Ja, danke, sehr nett!“) Entschuldigung, wenn das also nicht gewünscht ist. Aber ich habe hier eine Position bezogen, die ich im übrigen auch immer öffentlich bezogen habe.

Ende des Kunsthhauses. Ich komme jetzt zu meinem Ressortbereich. Ich ersuche dich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, um Nachsicht, daß ich jetzt diesem Thema so einen breiten Raum gewidmet habe. Blasmusik. Ich glaube, daß wir im Bereich der Volkskultur hier eine große Übereinstimmung haben, daß wir in dieser breiten Palette – und haben es aufgezählt, wie gut es ist – gemeinsam denken. Ich bin auch froh, daß von seiten des neuen Kulturreferenten eindeutige Zeichen, eindeutige Aussagen – in dem Bereich der Volkskultur positive Aussagen – gemacht worden sind. Es unterstützt natürlich auch meine Tätigkeit als Referent der steirischen Blaskapellen. Kurtl Tasch hat richtig die WASBE-Konferenz erwähnt. Ich denke, der eine oder andere weiß wirklich nicht, was das war. Das war das weltgrößte Treffen von symphonischen Blasorchestern. Ich habe also auch bedauert, daß seitens des ORF hier keine Berichterstattung beziehungsweise keine Übertragung erfolgte. Ich könnte mir vorstellen, daß Österreich 1 hier stundenlang von diesen hervorragenden symphonischen Blasorchestern hätte übertragen können.

Ich kann das alles nur unterstreichen. Es ist ja genau das Mittelding zwischen Volkskultur, die der eine oder andere dilettantisch noch irgendwie mit einem Lächeln betrachtet, und einer klassischen Musik.

Ich glaube, daß Otto Heibl mit dem Hinweis auf Ortsbild und Revitalisierung einen ganz wesentlichen Teil unserer Kultur angesprochen hat. Wir werden heute noch Gelegenheit haben – im Bereich des Wohnbaus – über die Revitalisierung, Ortserneuerung, wo die finanziellen Mittel angesiedelt sind, zu diskutieren.

Manfred Porta, und das schon zum Schluß kommend, hat eine langjährige freiheitliche Tradition durch Wolf Chibidziura, denke ich, hervorragend fort-

gesetzt, indem er auf die Bedeutung dieses Bereiches – der steirischen Blaskapellen – hingewiesen hat.

Frau Abgeordnete Karisch oder auch lieber Heinz Vollmann – er ist jetzt nicht da –, solche Zwischenrufe, „es sind Steuergelder, der hat eh nichts gemacht“, ich bin ganz bei euch, ich würde mir nur wünschen, bei jeder Lobeshymne, die jeder einzelne von euch, wenn er herauskommt, dahier singt, für seinen Landesrat, der so viel für Lehrlinge gemacht hat, und, und, und, ebenso zu denken. (Beifall bei der FPÖ.)

Sind wir uns darüber einig, wie Sigi Ussar gemeint hat, es geht um Steuermittel. Wir sind die, die versuchen, in unserem Ressortbereich, sie sinnvoll einzusetzen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Sie wissen, wovon ich rede. (Präsident Dr. Strenitz: „Zwischenrufe, meine Damen und Herren, im Chor werden nicht verstanden!“) Es sollte euch Freude machen, liebe Kollegen von der Österreichischen Volkspartei (Glockenzeichen des Präsidenten!), daß dieses Ressort, diese steirischen Blaskapellen, die jahrelang mit 2.020.000 Schilling, nicht erst die letzten drei Jahre, wie der Vollmann immer falsch gesagt hat, sondern bis 1991, ausgestattet waren, nunmehr einen Förderungsrahmen von an die 15 Millionen Schilling haben. Es ist eine gemeinsame Sache! Volksmusikultur ist keine Sache der Parteipolitik! Dazu stehe ich.

Und dem Heinz Vollmann ins Stammbuch geschrieben, wenn er da herauskommt und sagt, „der Michl Schmid hat fürs Kunsthaus Mürzzuschlag überhaupt noch nie einen Schilling beantragt“, im Juli 1997 Graz, Geschäftszahl – sagt es ihm – 07 Pi 01-F-83-97, 50.000 Schilling – das ist der Höchstbetrag, den ein Verein bekommt – hat den der Lieblingsbereich unseres Freundes Heinz Vollmann bekommen.

Ich schließe mit einem Dank an die 16.000 aktiven Musiker, die vieles zu unserem Gesellschaftsleben beitragen, wie auch alle anderen Vereine in dem Land, wo die Nachbarschaft noch funktioniert, wo die Verantwortung des einen für den anderen noch vorhanden ist, mit einem aufrichtigen Dank an all diese Musikerinnen und Musiker, an die Funktionäre, auch an den neuen Landesmusikdirektor, der eine hervorragende Zusammenarbeit mit unserem Prof. Suppan hat.

In diesem Sinne, eine gute Zukunft für die steirische Kultur! Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 17.13 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Das Schlußwort hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner.

**Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (17.13 Uhr):** Hohes Haus, Herr Präsident, du hast die tolle Feststellung getroffen, daß wir just in time sind.

Also, wir sind ungefähr einen halben Tag zurück, und ich habe jetzt die Möglichkeit, jede einzelne Frage zu beantworten oder zu versuchen, ein bißchen zu strukturieren. Ich werde Letzteres tun, auch in Ihrem Interesse, wie ich glaube.

Der Kollege Schmid hat die Frage der Auswahl des Standortes und der weiteren Entscheidungsprozesse, betreffend das Kunsthaus, dargestellt. Ich sage noch einmal in aller Deutlichkeit: Die Standortfestlegung ist

auf Grund eines Gutachtens der Stadt Graz erfolgt, in einem Erstgespräch, festgelegt zwischen dem Gutachter Gartler, Kulturstadtrat Strobl und mir. Das war der erste Schritt. Nicht ich habe den Gutachter ausgesucht und bestellt, sondern die Stadt Graz. Erster Befund. Du hast es gesagt, und ich wiederhole es in aller Deutlichkeit.

Das Zweite: Wir hätten – und in dem Fall ist es der Kollege Schmid, er hat ja die Kompetenz im Land für die Planungen – keinen Groschen Geld in die Hand genommen, hätte es nicht eine eindeutige Erklärung der im Stadtsenat vertretenen Parteien gegeben und auch einen entsprechenden Beschluß, den Flächenwidmungsplan zu ändern, wenn ein Projekt vorliegt, das man auch beurteilen kann. Das war ein Stadtsenatsbeschluß. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Dringlicher Antrag am 6. März 1997 im Gemeinderat und Beschluß!“)

Das heißt, wir hätten vom Land aus nie auch nur die Planungsphase begonnen, wären diese Vorentscheidungen nicht im Einvernehmen zwischen der Stadt einerseits und der Beschlußfassung im Land andererseits erfolgt. (Abg. Dr. Brünner: „Der Flächenwidmungsplan wird vom Gemeinderat und nicht vom Stadtsenat beschlossen!“) Ja, habe ich ja nicht gesagt. Wir haben ja deswegen von allen drei Fraktionen verlangt, daß sie diese Erklärung und diesen Beschluß im Stadtsenat herbeiführen. (Abg. Dr. Wabl: „Das ist nichts!“) Ja, das mag schon sein, wenn man nicht will, dann ist was nichts, ist schon in Ordnung. (Abg. Dr. Wabl: „Erklärung von drei Fraktionen!“)

Es ist keine Erklärung von drei Fraktionen. Wir haben gerade festgestellt, es sind Beschlußfassungen. Es ist so, weil wir gewußt haben, daß wir für die Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat alle drei Fraktionen brauchen. Es hat die entsprechenden Beschlußfassungen aller drei maßgeblichen Fraktionen gegeben. Sonst hätten wir nicht einmal begonnen, eine Planung in Angriff zu nehmen. Ich sage das noch einmal in aller Deutlichkeit. Der Kollege Schmid und ich schmeißen unser Geld nicht hinaus. (Abg. Dr. Wabl: „Steuergelder!“) Meines auch, meines ist auch dabei. Ja, also die Steuergelder von unseren Ressorts. Ich habe überhaupt kein Problem damit, ganz im Gegenteil, das ist richtig, es sind Steuergelder, von uns beiden verwaltet. (Abg. Dr. Wabl: „Nicht so nervös werden!“)

Du, Martin, dein Problem ist, daß du mit deiner Vergangenheit nicht zusammenkommst und das da hier ausbreitest. (Beifall bei der SPÖ.)

Und Christian Brünner, du unterstellst jedesmal das gleiche, in jeder Sitzung wieder, das ist ein Problem zwischen Krainer und mir. (Abg. Dr. Wabl: „War es auch!“)

Jetzt sage ich dir bitte noch einmal, die ÖVP hat mit uns gemeinsam die Frage des Trigon-Museums im Pfauengarten beendet. Es gibt einen einstimmigen Regierungsbeschluß zur Beendigung aller weiteren Maßnahmen, Handlungen und so weiter im Pfauengarten. Das ist ein einstimmiger Regierungsbeschluß. Und das andere, was vorher passiert ist, das sage ich dir auch noch einmal, ob du es hören willst oder nicht. (Abg. Dr. Wabl: „Ich höre es gern!“) Nein, ich rede mit dem Christian Brünner, ich rede nicht mit dir.

Noch einmal, es hat keine Mehrheit für den Pfauengarten gegeben. Keine Mehrheit ist auch eine politische Willensbildung. Man hat zwar dem Finanzreferenten eine wesentliche Kompetenz weggenommen, nämlich die der Bewirtschaftung des Kulturschillings, für diesen Zweck, aber das war nicht der Grund, daß es keine Mehrheit gegeben, den Pfauengarten gegeben hat, sondern weil SPÖ und FPÖ von diesem Projekt nicht überzeugt waren. So ist der Pfauengarten nicht zustande gekommen. Und nach der letzten Landtagswahl haben alle drei Parteien den Pfauengarten mit Regierungsbeschluß beendet. (Abg. Dr. Wabl: „Aber es war baureif!“)

Es war geplant, und ich glaube, gerade du und die Grünen sollten sich am wenigsten darauf berufen, wie großartig das war. Ich kann mich an den Widerstand im Zusammenhang mit dem Pfauengarten und alle eure Anmerkungen von euch erinnern, wie das in die Erde hineingebaut wird und, und. Na bitte, was hat es da für ein Theater gegeben, in Graz ebenfalls, bis das einmal so weit gekommen ist. Also, bitte die Aufregung sich gefälligst zu sparen, das war dann irgendwann einmal eine Entscheidung, eine wacklige armselige Entscheidung, na ja, dann sind wir halt dafür, am Ende der Legislaturperiode. Wie auch immer, es gilt für euch beide, was ihr nicht haben wollt, was ihr nicht hören wollt, wiederholt ihr so oft – es nützt aber nichts.

Es gibt eindeutige Willensentscheidungen. Nun zum Projekt selbst: Ich bin kein Architekt, bin auch nicht derjenige, der das so gut beurteilen kann wie der Kollege Schmid, der Kollege Gartler oder andere, schon gar nicht habe ich die Jury in irgendeiner Form zu beurteilen. Ich weiß nur etwas, daß das eine international besetzte hervorragende Jury war, die erstklassige Arbeit geleistet hat und für mich ein unglaublich einsehbares vernünftiges Projekt vorgelegt hat, das auch machbar ist, das genau die Kriterien erfüllt, die immer wieder gefordert wurden, nämlich mögliche Schonung bei gleichzeitiger Nutzung und bei gleichzeitiger Aufschließung des Berges auch für weitere Zwecke – es wurde angeführt. Daher sage ich und bleibe auch dabei, daß ich zu diesem Projekt stehe. Deswegen, weil irgend jemand irgendwo wieder dagegen ist und von neuem dagegen ist, ist das für mich kein Grund, zu sagen, ich stehe zu diesem Projekt. Das ist auch eine Erklärung von mir, so wie der Kollege Schmid seine in einer anderen Art, aber dem Grunde nach mit dem gleichen Ergebnis abgegeben hat. Zur Volksbefragung sage ich auch in aller Deutlichkeit, meine Damen und Herren, daß das Bauwerk nicht etwas ist, was für mich, für den Kollegen Schmid, für sonst irgend jemanden oder für den Landtag errichtet wird. Wenn man den Schritt macht, bei solchen Bauvorhaben das Volk zu befragen, glaube ich, daß die Differenzierung nicht mehr möglich ist zwischen Finanziellem, zwischen Standort, zwischen Inhalten und sonstigem, und dann läuft man Gefahr, daß das negativ ausgeht. Ich sage hier im Landtag in aller Deutlichkeit, wenn dort 20 Prozent hingehen, also 80 Prozent nicht hingehen, oder 30 Prozent nur hingehen und 70 Prozent nicht hingehen, dann sind die 70 oder die 80 Prozent indifferent, das heißt, es ist ihnen gleichgültig, und wir müssen uns auf das konzentrieren, was bei den 30 Prozent heraus-

kommt. Ich stehe dafür, daß eine solche Entscheidung zu akzeptieren ist. Etwas ganz anderes ist, daß ich persönlich glaube, solche Dinge sollte man tunlichst nicht einer Volksbefragung unterziehen. Wenn sie kommt, – die FPÖ in der Stadt hat das gewünscht, weshalb es ja auch letztlich zu keiner Beschlussfassung gekommen ist, weil SPÖ und ÖVP das so noch nicht gewollt haben, und wenn das letztlich nach der Wahl herauskommt, dann wird diese Befragung stattfinden, und wir werden solange keinen einzigen weiteren Steuerschilling in die Hand nehmen, solange das alles nicht entschieden ist. Weil wir aus unserem Selbstverständnis so vorzugehen haben, ist es für mich auch klar, daß ich nicht aus Beliebigkeit, sondern aus der Notwendigkeit um die Verantwortung für die Landesausstellung 2000 die Alternative, die wir schon lange vorher besprochen haben, auch der Regierung mitgeteilt habe. Nämlich daß wir zwar dem Grunde nach bei dem Projekt bleiben, wir uns aber als Standort Eggenberg suchen werden, das ja auch auf Grund seiner Möglichkeiten der Gestaltung einschließlich des Außenraumes es möglich macht, so zumindest Konrad und Kriesche, diese Ausstellung durchzuführen. Ich kann nicht darauf warten, daß dort vielleicht irgend etwas ist oder vielleicht irgend etwas nicht ist. Das, was der Kollege Strobl gemeint hat, läßt mich vermuten, daß er das Projekt nicht kennt, nämlich die Trennung der Schachtel und die Hinwendung zu Schachtel und Thalia. Ich habe dazu schon gesagt, die Schachtel muß er sich dann auf den Hut stecken, und das ist dann eine Hutschachtel im wahrsten Sinne des Wortes, weil sich das nicht trennen läßt. Das Projekt ist so gestaltet, daß die Schachtel bereits Teil des Kunsthauses ist. Eine Trennung ist daher nicht möglich, und es gibt daher die Konzentration des Landes auf das Kunsthaus. Ich verhehle auch nicht, und es wurde richtigerweise von Ihnen, Frau Klubobfrau, gesagt, daß es zwischen dem Bürgermeister, dem Finanzreferenten der Stadt Graz und mir mögliche Finanzierungsformen für Thalia und Kunsthaus gegeben hat – das ist richtig. Wir haben sogar über einen Teilungsschlüssel je 70 zu 30 gesprochen, also 70 für das Kunsthaus und 30 für die Stadt und vice versa bei der Thalia. Das ist aber auch gefallen – ist völlig klar. Für mich steht fest, und ich glaube für alle steht fest, unsere Priorität ist das Kunsthaus. Die Thalia gehört der Stadt, und die Stadt muß sich letztlich dann auch um die Thalia kümmern. Wir bleiben dabei, jedenfalls gilt das für meine Fraktion, und ich nehme auch an für die FPÖ, daß das Kunsthaus unsere Priorität hat, daß wir diese Priorität verfolgen und daß die anderen Konzeptionen, also ein Mischschlüssel etwa mit Thalia und Kunsthaus, nicht mehr zum Tragen kommen kann. Das ist für mich eine leidenschaftlose Feststellung. Es war ein gut gemeinter Versuch, Land und Stadt in diesen wichtigen Projekten stärker aneinander zu binden, weil es dann ja auch Betriebskostenfolgen und mehr gibt, für die es auch gut gewesen wäre, hätten wir eine Vereinbarung mit der Stadt. Sie ist nicht zustande gekommen. Was nach den Gemeinderatswahlen ist, wissen wir nicht. Auf das alles können wir auch nicht warten. Wir haben uns daher auf das zu konzentrieren, was unsere Sache ist, und unsere Sache ist das Kunsthaus. Das bedeutet auch, daß alle Vorstellungen, und ich sage das auch in aller Deutlichkeit, die Projekte miteinander abzutauschen und zu koppeln, für mich nicht nur nicht ver-

ständig sind, sondern ich würde das auch in der Form nicht akzeptieren, so wie man dann noch versucht hat, im letzten Augenblick Messe, Congreß, Thalia und Kunsthaus zusammenzufügen und aus dem dann vielleicht sogar noch politische Vereinbarungen zu machen, damit man sozusagen alles oder nichts realisiert. Die Frage des Kunsthauses ist die Sache des Landes. Sie wird, da bei uns alle Beschlüsse gefaßt sind, jetzt in der Stadt mit zwei Problemkreisen zu entscheiden sein. Das Erste ist die Änderung des Flächenwidmungsplanes, ja oder nein, und dazu braucht es einer Zweidrittelmehrheit. Wenn das nicht geschieht, brauchen wir nichts in die Hand nehmen, und wenn gleichzeitig damit beschlossen wird, eine Volksbefragung durchzuführen, müssen wir dieselbe abwarten und schauen, was dabei herauskommt. Das ist die Situation des Kunsthauses, das ist die Situation, wie sie sich zumindest aus der Sicht des Kulturreferenten ergänzend zum Kollegen Schmid als Baureferent darstellt. Der Pfauengarten wurde durch einen einstimmigen Regierungsbeschluß der Steiermärkischen Landesregierung, das heißt mit neun zu null, mit allen Planungen, Vorkehrungen und Weiterbetreiben expressis verbis beendet. Damit kann man nicht mehr anfangen und man wird damit auch nicht mehr anfangen, denn alles das, was dort je sozusagen an Vorbereitung gelaufen ist, ist in Wirklichkeit unwiederbringlich. Ich sage es noch einmal, weil du, Prof. Brunner, es hören willst: Gerade auch, und ich komme noch auf das zurück, was die Frau Kollegin Karisch gemeint hat, bei diesem Bau wurde sehr, sehr stark die Innenkonstruktion als nur sehr bedingt ausstellungsfreundlich angesehen und begutachtet. Nochmals: Ich bin nicht der Architekt, stelle es aber nur fest und gebe das wieder, was mein Wissensstand ist, das heißt, in der Form, Christian, hätten wir es ohnedies nie realisieren können. Für das, wie es geplant war oder was es hätte sein sollen, nämlich Ausstellungsfläche und Sammelfläche, war es in Wirklichkeit nicht ausreichend – ich sage es einmal so – konzipiert. Das heißt, es hätte auch dort zu einer totalen Neuplanung kommen müssen, zumindest ist das unser Wissensstand, Kollege Schmid. In der Form wäre es nicht gegangen. Ich sage dir auch ganz offen, wir beginnen dort nicht noch einmal von vorne. Es hat die gleichen Widerstände, die gleichen Einwände, die gleichen Umweltschutzprobleme, Naturschutzprobleme, Flächenwidmungsplan und, und, und gegeben, genauso wie es das jetzt beim Schloßberg gibt. Frau Kollegin Karisch, es ist nicht richtig, daß man heute nicht auch absichtlich dunkle Räume, gerade für Ausstellungszwecke, haben will und haben muß. Die Wahrheit ist genau umgekehrt. Überall, wo man sie nicht hat, verdunkelt man, macht man zu und macht man finster, um eine optimale Gestaltung zu ermöglichen. Sie sehen das in jeder modernen Ausstellung. Nochmals, ich bin kein Fachmann, aber mich hat die Einfachheit und die Präzision dieser Lösung, die vorgestellt wurde, persönlich überzeugt und daher stehe ich dazu. Darüber hinaus ist die Schachtel in Kombination mit einer ordentlichen Gestaltung des Eingangsbereiches einschließlich des Turmes nämlich genauso hoch, daß eben das eintritt, was Sie sagen: Die Dachlandschaft ist überhaupt nicht beeinträchtigt, aber sie haben einen wunderschönen Blick darauf. Also genau das in Verbindung mit der neuen Galerie bringt eben die gewünschte Fläche.

Und jetzt komme ich auch zur finanziellen Frage, die angeschnitten wurde, meine Damen und Herren. Natürlich kostet das in Summe 400, 450 Millionen Schilling, aber in der ursprünglichen Konzeption waren die Mittel der Landesausstellung auf die Schachtel mit zweimal 45 Millionen Schilling von Land und Stadt konzentriert. Die Stadt hat sich bereit erklärt, auch 45 Millionen zur Verfügung zu stellen, das wären 90 Millionen Schilling allein für die Schachtel gewesen. Das ist leider schon weg, gebe ich zu, tut mir leid, aber ist weg. Die Sanierung der neuen Galerie kostet 150 Millionen Schilling, so daß wir, wenn wir das alles zusammenrechnen, in Wirklichkeit mit einem Bau- und mit Ausstattungsvolumen von etwa 150 Millionen auskommen würden. Und jetzt sage ich, das sind gewaltige Synergien, die wir erzielt hätten, und auch das war mit ein Grund für die Standortentscheidung. Ich sage es noch einmal – und in erster Linie der Stadt, weil es noch dazu im Zentrum der Stadt war und man sich auch gewünscht hat, daß das Zentrum der Stadt belebt wird. Ich brauche in diesem Kreise nicht sagen, daß es auch sehr, sehr massive Innenstadtwünsche gibt, diesen Bereich zu optimieren. Gut! Wie auch immer, ich verhehle nicht, daß die Synergie der Landesausstellung durch die zeitliche Verzögerung gefallen ist, was mir persönlich leid tut. Nur ist die Schachtel in Eggenberg, wenn sie entsteht, ohnedies nur als eine mobile anzusehen, sie muß auch wieder entfernt werden aus Gründen des Naturschutzes, des Denkmalschutzes und so weiter, so daß wir die Nachnutzung der Schachtel im Kunsthaus wieder haben. Aber es ist richtig, daß wir nicht den Vorteil des Hineinbringens der Landesausstellung und auch die Konzentration der Mittel erreichen. Das ist ein Punkt, der weggefallen ist und der mir persönlich leid tut, der das Projekt nicht erleichtert. Ich bleibe aber dabei, daß es zumindest nach unserer Ansicht so ist, daß dieses Kunsthaus, so wie es sich heute darstellt und wie es uns dargestellt worden ist, von uns jedenfalls weiter verfolgt wird. Aber, meine Damen und Herren, noch einmal in aller Deutlichkeit: Ich bin der erste, der sich einer Entscheidung beugt, die anders ausschaut, zum Beispiel, weil man eine Volksbefragung durchführt. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich – ich sage es noch einmal – nicht glaube, daß das der richtige Weg in Zukunft sein wird. Denn wir werden natürlich in Zukunft bei allen Bereichen, wie zum Beispiel bei der Thalia, auch Fragen stellen, denn ich bin mir nicht sicher, ob sie gar so schön wird. Im übrigen besteht völlige Übereinkunft darüber, daß es nicht möglich ist, meine Damen und Herren, die Thalia zu realisieren, ohne ebenfalls auch international auszuschreiben und auch die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Also, wir unterziehen uns nicht im einen Fall aller Prozeduren, die es überhaupt nur gibt und stellen die optimalste internationale Jury zusammen – das hat der Kollege Schmid mit seinen Leuten gemacht, und auf der anderen Seite geht es so en passant. Das sicherlich auch nicht. Und wenn wir einmal anfangen, darüber abzustimmen, dann werden wir überall abstimmen. Dann werdet es einmal ihr verlangen, das nächste Mal verlangen es wir, und das nächste Mal verlangt es zu Recht die ÖVP. In der Stadt ist es ja deswegen auch nicht zur Änderung gekommen, weil die FPÖ die Volksbefragung sofort jetzt mit der Flächenwidmungsplanänderung mitbeschließen wollte. Und daher ist sie

nicht zustande gekommen. Vielleicht besteht nach der Wahl soviel Ruhe und Gelassenheit, daß alle drei sich zusammenfinden und sagen, okay, wir entscheiden und ziehen es durch. Ich fürchte sonst wirklich, das war meine Einschätzung, daß wir bei Kulturprojekten größte Probleme haben, je noch irgendwelche durchzusetzen. Aber für mich ist klar, ich unterwerfe mich jeder Form von Volksbefragung, Volksentscheidung, anderen Entscheidungen. Meine Damen und Herren, es wird doch niemand im ernst glauben, daß das mein Privatvergnügen ist. Also, so wie ihr zwei das glaubt, Christian Brünner und Martin Wabl, entschuldigt, daß ich die Titel weglasse, aber so wie ihr zwei das glaubt, ganz sicherlich nicht. (Abg. Dr. Wabl: „Wir glauben das gar nicht!“) Nur in einem Punkt hast du recht, Martin, daß ich bei etwas bleibe, was ich sage. (Abg. Dr. Wabl: „Das haben wir gemerkt bei der Arbeit!“) Ja, na und? Ich bleibe dabei. Es ist nun einmal so. Ich will dich nicht ändern. Du hast deine Vergangenheit. Ich habe meine, ich stehe zu meiner und du zu deiner. Ich will dich nicht ändern. Bitte, versuche auch nicht, mich zu ändern. Aber versuche nicht, etwas hineinzuinterpretieren, was dir trotz allem nicht zusteht. (Abg. Dr. Wabl: „Was mir zusteht ...!“) Ich interpretiere dir auch nichts hinein, was deine Vergangenheit betrifft. (Abg. Dr. Wabl: „...mußt du mir überlassen!“) Also, nein, nein, keineswegs. Du kannst dich selber interpretieren. Also, sagen kannst alles, aber mich durch dich interpretieren, das ist unzulässig. So, meine Damen und Herren, soviel zum Kunsthaus. Ich verstehe schon deine Störungen. Das ist schon klar, du wirst ab und zu auch darunter gelitten haben, daß du dich bei mir das eine oder andere Mal dich nicht ausleben durftest. Das ist schon in Ordnung. Das wird schon sein. Ab und zu wirst die strengere Hand etwas gespürt haben, und die trägst du mir nach. Ist in Ordnung, ich akzeptiere das! (Abg. Dr. Wabl: „Was hat das mit dem Kunsthaus zu tun!“) Das hat damit zu tun, daß du versucht hast, mir etwas zu unterstellen.

So! Meine Damen und Herren, es gibt weitere Punkte, die ich sozusagen zusammenfassend versuche, zu beantworten, weil es schon meine Aufgabe ist, obwohl ich versuchen werde, relativ kurz zu sein. (Abg. Wicher: „Herr Kollege!“) Entschuldigung, bitte! (Abg. Wicher: „Es wäre wieder am linken Murufer. Warum kann nicht das Kunsthaus, wenn man sich nicht für das eine oder andere Projekt entscheiden kann, am rechten Murufer sein. Es würde dem gut tun!“) Gnädige Frau, darf ich etwas sagen, der dritte Standort, der in Frage gekommen ist, es wurde vom Kollegen Schmid schon gesagt, war dann der Andreas-Hofer-Platz, also auch diesseits. Dieser ist im übrigen einer gewesen, den ich selbst von Haus aus sehr, sehr stark betrieben habe. Wenn Sie die Zeitungen von Anfang an verfolgen, wissen Sie, daß meine erste Wahl, von mir aus einmal, aus meinem persönlichen Empfinden heraus, der nicht schön ausschauende, in Wirklichkeit im Stadtzentrum liegende, mit einer Tiefgarage versehene Andreas-Hofer-Platz war, auf dem ich 15 Jahre bei der Türe aus- und eingegangen bin, und weil ich das gesehen habe, habe ich mir gedacht, da gehört irgendwann etwas gemacht. Das was der erste, der mir selbst eingefallen ist. Und das war der dritte. (Abg. Wicher: „Man hat aber an diesen Bereich gedacht!“) Ja, aber darf ich jetzt etwas sagen? Sie können immer einen neuen Standort finden. Das ist

ganz klar. Wir können jetzt sagen, also gut, dieser auch nicht. Jetzt gehen wir zum Andreas-Hofer-Platz. Dann haben wir den Andreas-Hofer-Platz untersucht, dann sagen wir, nein, eigentlich gehört alles auf das rechte Murufer, weil das benachteiligt ist. Also, dann gehen wir zum rechten Murufer, dann fangen wir an, die Gebäude dort drüben anzusammeln, die wir kriegen könnten. Das heißt, diese Frage werden Sie nie beenden, wenn Sie sie nicht beenden wollen. Aber Sie haben recht, klar. Man hätte über jeden Standort reden können. Diese Entscheidung, jetzt sage ich es zum dritten Mal, und der Michael Schmid hat es auch schon dreimal gesagt, sie ist gefallen durch ein Gutachten der Stadt Graz, das ich nicht in Auftrag gegeben habe. Herr Stadtrat Strobl und Herr Stadtrat Gartler sind bei mir gesessen, haben die Möglichkeiten vorgetragen, und wir haben uns auf diesen Standort geeinigt. So ist es gelaufen. Sonst hätten wir überhaupt nicht weitergearbeitet. Also, natürlich, gnädige Frau, Sie können jedes Mal wieder von vorne anfangen, nur waren wir der Meinung, jetzt tun wir einmal weiter. So, gut! Aber der dritte wäre der Andreas-Hofer-Platz gewesen. So, meine Damen und Herren, kurz zum Forum Stadtpark. Frau Dr. Karisch, es ist so, daß wir die Sache aufgefangen haben. Sie wissen, es war eine finanziell desaströse Situation – um das höflich auszudrücken. Ich habe also unter Mitwirkung der Experten der FOKU – Hofrat Feil und seinem Team besonderer Dank –, haben wir das Forum aus den größten Schwierigkeiten herausgeholt. Ich verhehle nicht, daß es auch intern nicht ungeschwierig war und daß es auch interne Reibereien gegeben hat, den Herrn Grond, den ich wirklich überaus schätze, hat man sozusagen im Forum nicht mehr bestellt und nicht mehr haben wollen. Er ist abgewählt worden. Ich habe mit Herrn Grond auch die Frage über die Akademie betrieben und die entsprechenden Gespräche geführt. Es war ein möglicher Ansatz. Ob er zu realisieren gewesen wäre, hätte ich in dem Stadium nicht sagen können. Das wäre frivol, wenn ich das täte. Aber der Grundgedanke ist richtig, und er wird insofern weiterverfolgt, als Sie ja wissen, daß, wenn wir mit dem Landesarchiv in der Alten Universität frei werden, wir nicht nur oben Repräsentationsräume für das Land, für die Stadt und für die Universitäten haben, sondern es gibt unten auch wunderschöne Möglichkeiten für Institutsräumlichkeiten, die wir nutzen werden. Wir werden auch versuchen, internationale Institute vor allem mit einem starken Austausch zu ermöglichen. Ich sage auch dazu, und das klingt komisch, es ist alles eine Personenfrage. Es ist nicht so leicht, Personen zu finden, die das dann tatsächlich tragen können. Ich gebe unverhohlen zu, nach diesem Ausfall, der passiert ist, bin ich auf der Suche, Personen zu finden, die das tragen könnten. Ein paar Worte zu den Landesausstellungen: Frau Kollegin Bleckmann, ich bin absolut Ihrer Meinung, daß wir nicht nur sozusagen eine Linie in den Themen fahren können. Ich bin Ihrer Meinung, daß ein Themenmix vernünftig ist. Sie wissen ja, daß unter anderem auch vorgesehen ist, zum Beispiel nach einer Energiegeschichte, die sich in der Oststeiermark abspielen soll, daß wir etwa in Wagna, Leibnitz durchaus wieder ein historisches Thema angehen. Sie haben recht, man kann wahrscheinlich auch nicht erwarten, daß man sich nur sehr schwierigen modernen Themen zuwendet, sondern es ist offensichtlich auch dieses

Bedürfnis zu decken, aber dem Grunde nach sage ich, daß ich bei der Einjährigkeit bleibe. Ich bin bei Kurt Tasch und anderen Rednern meiner Fraktion und auch der ÖVP, daß die Einjährigkeit mit all ihren Problemen, wenn man alles in allem nimmt, eine richtige Entscheidung ist. Ich werde nächstes Jahr in der zweiten Hälfte die Grundsatzbeschlüsse für die Jahre 2001 bis 2005 einbringen und hoffe, daß dann die entsprechende Zustimmung kommt. Was die Frage des Kulturförderungsgesetzes betrifft, die von den Liberalen und von den Grünen im besonderen moniert wurde, möchte ich folgendes sagen: Wir sind dabei, dieses Gesetz auszuarbeiten. Ich sage auch, um die Sache abzukürzen, wir werden versuchen, eine Fondslösung zu finden, weil wir derzeit große budgetäre Probleme haben, wenn wir über mehrere Jahre übergreifend etwas realisieren wollen. Wir haben immer das Problem mit der Einjährigkeit des Budgets und wir können keine Zusagen und so weiter geben – sie kennen das. Das, was sich im Wissenschaftsbereich sehr bewährt hat, Christian, ist der Fonds, mit dem wir ein bißchen Spielraum haben, für mehrere Jahre auch Zusagen zu tätigen, das werden wir auch für die Kultur anstreben, so daß man rein budgetär über die Hürden kommt, die du zu Recht angesprochen hast. Bei den Beiräten haben wir uns das letzte Mal unterhalten. Meine Damen und Herren! Letztlich wird kein einziger Beirat hier im Landtag gefragt, was ist und was nicht ist, sondern sie werden grundsätzlich mich fragen. Und das ist auch richtig so. Daher sage ich, Beiräte sind wirklich nur für eine Beratungsfunktion, aber nicht für eine Entscheidungsfunktion, und da sind wir wirklich anderer Meinung, Prof. Brünner. Wir sind da wirklich grundsätzlich anderer Meinung, aber das macht nichts. Ich sage es lieber gleich, als ich tue herum und erzähle, was da alles kommen wird oder nicht kommen wird. Hier haben wir eine grundsätzlich politische unterschiedliche Auffassung, und ich bleibe dabei, daß es letztlich eine politische Entscheidung ist, denn zu Recht werde ich hier gefragt, und nicht irgendein Beiratsmitglied, das dann für irgend etwas war oder gegen etwas war oder irgendwo sich der Stimme enthalten hat. Denn das wird die Damen und Herren des Landtages sicherlich nicht interessieren. Beim Ortsbild ersuche ich wirklich, daß wir auch in der Frage der Novellierung versuchen, Abgeordneter Heibl, sozusagen nicht alles den wirtschaftlichen Interessen zu opfern, daß man soviel als möglich auch an Interesse weckt, denn du hast schon recht, wenn das 67 von 542 Gemeinden sind, die das Instrument anwenden. Dann ist es relativ zahnlos, und mir täte es eher leid, wenn es dabei bliebe. Meine Damen und Herren! Ich möchte, um Sie nicht über Gebühr zu strapazieren, denn ich weiß, wir sind über der Zeit, und Sie müssen mir schon lange zuhören, noch einen Punkt herausnehmen, weil ich ihn wirklich für elementar halte. Wir haben im Musikschulwesen über sehr lange Zeit eine Fortschreibung des Ist-Zustandes gehabt. Es ist mit dem Landesmusikdirektor und mit den Abteilungen und mit dem Büro nun gelungen, die ersten Schritte voranzutreiben in die Richtung, daß wir zu einem gerechten und zu einem flächendeckenden System kommen. Ich bringe Ihnen ein Beispiel: Der Landesmusikdirektor hat soviel an Überzeugungsarbeit geleistet, was früher offensichtlich undenkbar gewesen wäre, daß er den Faktor der Stunden und

der Schüler mit eins zu eineinhalb festlegt, und das allein bringt uns ungefähr 20 Prozent mehr an anzubietenden tatsächlichen Unterrichtsstunden. Das sind unglaubliche Gelder, die ausschließlich dadurch frei werden, daß die Richtlinien geändert werden und daß das im Konsensweg mit allen passiert, denn natürlich gibt es welche, die davon Nachteile haben, nämlich diejenigen, die diese Mindestquote nicht erfüllt haben, allein das versetzt uns in die Möglichkeit, im Musikschulwesen eine 20prozentige quantitative und damit qualitative Erhöhung und Steigerung herbeizuführen. Ich danke dir im besonderen, lieber Sepp Rauth, und deinem Team und allen, die dich unterstützt haben, und den vielen Musikschuldirektoren, die du überzeugt hast und die mit dir gemeinsam Überzeugungsarbeit geleistet haben, und das waren sehr, sehr viele. Das ist ein gewaltiger Schritt, schaut aber noch wenig aus, kostet nämlich auch nichts und bringt allein diese Möglichkeit. Wir werden durch eine Zuführung von weiteren Mitteln von etwas 18 Millionen, die Sie kennen, auch die weißen Flecken beseitigen, so daß ich glaube, daß wir in diesem ungemein wichtigen Gebiet, und Michael Schmid hat es auch schon angesprochen im Zusammenhang mit der Blasmusik, daß wir in diesem unglaublich wichtigen Segment, in diesem unglaublich wichtigen Bildungsteil Musikschulen einen gewaltigen Schritt vorwärts machen. Auch noch etwas, was im gemeinsamen Interesse ist, meine Damen und Herren: Es gilt das Prinzip im ganzen Kulturbereich. Wer glaubt, daß er damit Stimmen gewinnt, der irrt. Das einzige, was überzeugend ist, und ich habe es schon gesagt, ist eine Grundstimmung. Ich wünsche mir eine positive Grundstimmung, die wir gemeinsam hier haben, und die wir uns auch erhalten sollten. Gerade das Musikschulwesen wird dann ein solches Zeichen nach außen für jeden sein. Überall, wo Sie hinkommen, werden Sie den Vorteil haben, weil man Ihnen ganz anders entgegenkommt und man sagt, da ist etwas weitergegangen. Das wird ja nicht nur und in erster Linie auf mich übertragen, sondern jeder von Ihnen wird den Vorteil haben, wenn er im Land herumkommt. Wir haben überhaupt kein Problem, Herr Kollege Purr, in der Frage der Museen bis hin, und das ist völlig richtig, mit einer wissenschaftlichen Begleitung. Das Landesmuseum Joanneum mit den hervorragenden Fachkräften wird sich zur Verfügung stellen. Sie wissen, daß wir einen Band auflegen werden, damit man einmal alle kennt – also einen Museumsführer, weil nicht einmal ich kenne alle. Wir werden die EDV-Vernetzung und die wissenschaftliche Begleitung machen. Ich glaube, daß das auch Punkte sind, denen man früher sehr, sehr wenig Augenmerk zugewendet hat, viel zu wenig, um die wir uns jetzt stärker kümmern. Zum Schluß, meine Damen und Herren, und ich sage das wirklich aus voller Überzeugung: Jegliche Unterscheidung, die wir uns oder irgend jemand von uns glaubt, für sich vornehmen zu können, jegliche Unterscheidung zwischen Volkskultur, Hochkultur, Subkultur ist unzulässig. Sie ist in Wirklichkeit verwerflich und sie würde ungemeine Behinderungen in Wirklichkeit für alle bringen, weil das Ausspielen der einen gegen den anderen die größte politische Unkultur wäre, die wir betreiben könnten. (Beifall bei der SPÖ.) In diesem Geiste Kultur als das Umfassende zu sehen, was es ist, wünsche ich diesem unserem Land eine gute Entwicklung der

Kultur und der Kunst. In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, ist das der Teil des Lebens, der das Leben erst lebenswert macht. Ein herzliches Glückauf. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 17.48 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Es gibt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 3. Wir haben über mehrere Anträge abzustimmen. Zunächst über zwei Abänderungsanträge, über den Antrag des Herrn Berichterstatters und schließlich über drei Beschlusanträge.

Wir beginnen mit erstens, dem Abänderungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend Aufstockung der Kulturförderungsmittel. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die Minderheit.

Zweitens: Abänderungsantrag des LIF und der Grünen, betreffend Übernahme der Ausfallhaftung für die Wehrmachtsausstellung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Drittens: Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 des Landesvoranschlages 1998. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser ist mehrheitlich angenommen.

Viertens: Beschlusantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Klein-, Regional- und Heimatmuseen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Fünftens: Beschlusantrag der Grünen und des LIF, betreffend Kunsthaus. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Sechstens: Beschlusantrag des LIF und der Grünen, betreffend Abgehen vom Prinzip der jährlich stattfindenden Landesausstellung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zur Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“. Der bisherigen Tradition folgend und entsprechend einer Empfehlung der Präsidialkonferenz schlage ich wiederum vor, die Gruppe zu teilen, und zwar in einen ersten Teil „Soziale Wohlfahrt“ und in den zweiten Teil „Wohnbauförderung“. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Das ist offenbar nicht der Fall.

Ich bitte nun die Frau Abgeordnete Gross den Bericht zum ersten Teil der Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“, das sind die Ansätze 41 bis 46, das Wort zu ergreifen.

**Abg. Gross (17.52 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“ besteht aus folgenden Ansätzen und Unteransätzen: Allgemeine öffentliche Wohlfahrt, Einrichtungen der allgemeinen Sozialhilfe, Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe,

Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Blindenhilfe, Hilfe für Kriegsoffer und Geschädigte nach dem Oberfürsorgegesetz, Pflegesicherung, Freie Wohlfahrt, Entwicklungshilfe im Ausland, Flüchtlingshilfe, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Jugendwohlfahrt, Erziehungsheime, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Behebungen von Notständen, Einrichtungen, Maßnahmen, sozialpolitische Maßnahmen. Altersvorsorge, sonstige Maßnahmen. Familienpolitische Maßnahmen, Familienlastenausgleich, sonstige Maßnahmen. In der Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“ ergeben sich laut Voranschlag 1998 Ausgaben von 3.765,374.000 Schilling und Einnahmen im Bereich von 1.507,584.000 Schilling.

Ich darf auch den mündlichen Bericht Nr. 61 zur Kenntnis bringen:

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 1997 zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, über den Landesvoranschlag 1998, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan über Beschlüßanträge beraten und zur Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, folgende Beschlüßanträge beschließen:

#### Zu Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das dem Beirat für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehende Budget, das seit nunmehr sieben Jahren nicht erhöht worden ist, ab dem Jahr 2000 um 10 Prozent anzuheben.

Antragsteller: Gross, Günther Prutsch, Schleich, Vollmann, Schützenhöfer, Riebenbauer.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß der Fortbestand des Gehörlosen-, Kultur- und Jugendzentrums in Graz nach Möglichkeit unterstützt wird.

Antragsteller: Pußwald, Straßberger, Alfred Prutsch, Bacher, Gross, Gennaro, Schinnerl.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Angebot an Kurzzeitpflegeeinrichtungen auszubauen, um pflegende Angehörige während der Urlaubszeiten zu entlasten.

Antragsteller: Pußwald, Straßberger, Alfred Prutsch, Bacher, Gross, Günther Prutsch.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag auf Annahme der Ansätze 4 „Soziale Wohlfahrt“. (17.55 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Die erste Rednerin zu diesem Teil der Gruppe 4 ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Sie hat das Wort.

**Abg. Keshmiri (17.55 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Für uns bedeutet effiziente Sozialpolitik, daß sie so gestaltet sein muß, daß es allen Menschen möglich ist, so integriert wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Unsere Gesellschaft entwickelt sich leider immer mehr zu einer Zweidrittelgesell-

schaft. Das heißt, in jene, denen es gut geht, und in jene, die sich als Bittsteller und Almosenempfänger fühlen. Sozialpolitik muß auch unserer Meinung nach verhindern, daß Menschen in Armut und Ausgrenzung abgleiten. Und genau dieser Entwicklung kann das neue Sozialhilfegesetz, das morgen beschlossen werden wird, nicht entgegenwirken. Ich möchte, nachdem ich davon ausgehe, daß morgen das Sozialhilfegesetz zu später Stunde abgehandelt wird, jetzt schon Bezug darauf nehmen. Bevor ich jetzt konkret darauf eingehe, möchte ich noch etwas anmerken. Ich war gestern wirklich enttäuscht darüber, wie der Sozial-Ausschuß getagt hat, das heißt, wie uns von den Großparteien, von der SPÖ und von der ÖVP Ignoranz entgegengebracht wurde und so getan wurde, als ob es nur eine Pflichtübung wäre, und wir eigentlich überhaupt nicht wahrgenommen worden sind, obwohl es gestern noch um einen strittigen Punkt gegangen ist, und zwar um die Ausländerfrage. Bekommen Ausländer Sozialhilfe in Form von Geldleistungen, ja oder nein? Aber das ist offensichtlich nicht so wichtig, daß man sich so ernsthaft darüber unterhält. Offenbar wiegen sich die SPÖ und die ÖVP in großer Sicherheit und sind besonders stolz darauf, nach zehn Jahren das neue Sozialhilfegesetz quasi abgeschlossen und vollbracht zu haben. Wir sagen aber, daß es keinen wesentlichen Grund zur Freude gibt, wenn man das Ergebnis anschaut. Ich frage Sie nämlich, welche großen Reformen bringt das neue Sozialhilfegesetz? Die Punkte nämlich, die neu sind, sind Mindeststandards, sind teilweise sogar Grundrechte des Menschen, wie zum Beispiel die Wahlfreiheit in den Heimen. Und gerade gegen diese Wahlfreiheit hat sich Kollege Lopatka ganz vehement in den Parteienverhandlungen gewehrt, und zwar mit dem Argument, daß öffentliche Heime quasi auf der Strecke bleiben, weil das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht in den öffentlichen Heimen stimmt. Bei allem Respekt, lieber Herr Kollege Lopatka, aber das braucht wohl wirklich kein Argument sein, endlich die Wahlfreiheit in den Heimen zu realisieren. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich bin jetzt eh schon Ihrer Meinung!“) Der Markt muß sich selbst regeln. (Abg. Dr. Lopatka: „Jawohl!“) Wenn man sich bemüht, gehe ich davon aus, sicher nicht!

Zuerst das positive von diesem neuen Sozialhilfegesetz. Wahlfreiheit, das habe ich schon angesprochen. Unserer Meinung nach ein Mindeststandard, auch positiv die Installierung der Gesundheits- und Sozialsprengel, wobei wir uns aber ganz vehement gegen die Doppelgleisigkeit mit den Sozialhilfverbänden ausgesprochen haben, weil es eine Aufblähung der Verwaltung bedeutet und unserer Meinung nach nicht effizient angewendet werden kann und noch zu größeren Verwirrungen mit den Abrechnungen führt wie es bisher schon der Fall war. Die dritte positive Sache ist die ambulante Pflege, die von uns eingefordert wurde. Es besteht jetzt auf die ambulante Pflege ein Rechtsanspruch, eine maßgebliche Bedeutung auch in Zusammenhang mit der leistungsorientierten Krankenfinanzierung. Diese ambulante Pflege soll nämlich dazu beitragen, daß die beträchtlichen Mittel, die nach wie vor in die kostenintensivste und die inhumanste Form der Versorgung in die Großheime fließen, daß diese Mittel reduziert werden. Nun möchte ich zum Negativen kommen, und dabei gibt es mehrere Punkte. Die Sozial-

hilfverbände bleiben bestehen. Es gibt nur mehr in Oberösterreich und jetzt leider auch noch in der Steiermark diese ungleiche Behandlung von den Hilfsbedürftigen bestehen. Das heißt, daß das Sozialhilfegesetz in Bezirken verschieden angewendet wird im Hinblick zum Beispiel auf das Arbeitslosengeld, wo es in einem Bezirk berücksichtigt wird bei der Sozialhilfe, in einem anderen Bezirk nicht. Das bedeutet für mich eine Ignoranz derjenigen, die dafür verantwortlich sind, daß die Hilfeempfänger gleich behandelt werden. Das ist auch ein Grundrecht, das in der Steiermark nicht vollzogen wird. Zweitens: Es besteht kein Rechtsanspruch auf soziale Dienste, zum Beispiel Altenfamilienhilfe, und kein Rechtsanspruch auf Hilfe in besonderer Lebenslage, wie zum Beispiel Hilfe zur Erhaltung von Wohnräumen. Sowohl die Grünen als auch wir haben diese Problematik eingebracht, auf die aber in den Parteienverhandlungen nicht einmal eingegangen und diskutiert wurde. Zum Dritten: Es gibt keine Gleichstellung von In- und Ausländern in diesem Gesetz. Jetzt gibt es nämlich eine neue Regelung, und zwar bezieht sich die auf die dreimonatige Aufenthaltserlaubnis. Erst dann hat man einen Rechtsanspruch darauf. Zum Vierten: Das neue Sozialhilfegesetz bringt Obergrenzen bei den Sozialhilfebeiträgen in Heimen. Es besteht somit die Gefahr, daß sich in Heimen eine Zweiklassengesellschaft entwickelt, das heißt, in die Selbstzahler, die sich das leisten können, und in jene, die sich das nicht leisten können und keine zusätzlichen Leistungen quasi ankaufen können. Fünftens: Noch ein wichtiger Punkt im Hinblick auf die Sozial- und Gesundheitsprengel. Die Kostenbeteiligungen werden bei den sozialen Diensten von den Gesundheits- und Sozialsprengeln selbst festgelegt. Hier besteht wieder eine ungleiche Behandlung. In einem Bezirk kostet das etwas mehr, im anderen Bezirk kostet das etwas weniger. Das sind die fünf Punkte, die uns in diesem Gesetz fehlen. Genau diese ungleiche Behandlung, ich war vorige Woche bei einer Veranstaltung von Behinderten, ist ganz massiv eingefordert worden. Diese verschiedenen Wertigkeiten, diese Ignoranz, die auch im Behindertenbereich vorhanden sind, und jetzt fange ich gar nicht zum Aufzählen an, weil da gibt es noch etliche Punkte, wo eben auch die Ungleichheit im Behindertenbereich noch dazukommt, müssen vehement eingefordert und weggebracht werden. Resümee: Es ist wiederum eine Horuckaktion gewesen, das heißt, die Parteienverhandlungen zum Sozialhilfegesetz wurden abgebrochen, um es bei diesem Budgetlandtag einbringen zu können. Es sind etliche Punkte nicht angesprochen und auf etliche Punkte ist nicht eingegangen worden. Ich warte nur darauf, bis von der ÖVP, speziell vom Herrn Lopatka, wenn ich mich an die Behindertensätze erinnere, wo Sie zuerst dafür gestimmt und dann plötzlich dagegen gestimmt haben, gegen dieses Gesetz Einspruch erhoben wird. (Beifall bei den Grünen.) Für mich ist dieses neue Gesetz kein Meilenstein. Für mich ist es höchstens ein Tropfen auf dem heißen Stein. Deshalb werden wir morgen bei diesem Gesetz unsere Zustimmung nicht geben. (Beifall beim LIF und den Grünen. – 18.03 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner mit ebenfalls 15 Minuten ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

**Abg. Dr. Lopatka (18.03 Uhr):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bevor ich zum Sozialhilfegesetz zu sprechen komme, möchte ich schon einige grundsätzliche Bemerkungen zu diesem Kapitel Soziales machen, weil es schließlich mehr ist, als das Gesetz, das sehr wichtig ist, aber nicht alles ist, was wir zu beschließen haben. Wir sind in der Situation, daß wir in der Sozialpolitik in der Steiermark sicherlich, gerade was den Behindertenbereich betrifft, gesetzliche Bestimmungen verabschiedet haben, die wir dann zurücknehmen mußten. Ich glaube aber, daß wir, wenn es um das Sozialhilfegesetz geht, hier zu einem Gesetz kommen, das sicherlich lange Bestand haben wird. Davon bin ich fest überzeugt und werde das nachher auch begründen. Es hat auch das letzte Sozialhilfegesetz immerhin von 1977 bis jetzt Bestand gehabt. Die größte Herausforderung, der wir uns aber im sozialen Bereich zu stellen haben, ist sicherlich nicht nur auf Bundesebene, sondern auch bei uns in der Steiermark die Herausforderung, die einen Namen hat, dieser Name heißt Alterung. Immer mehr Menschen werden immer älter. Das bedeutet auch, daß wir Hilfs- und Pflegedienste für diese Menschen zur Verfügung stellen müssen. Mit dem neuen Sozialhilfegesetz haben wir nun eine Struktur, die auch eine Grundlage dafür ist, daß wir diese schwierige Frage in den Griff bekommen. Ich möchte einige grundsätzliche Gedanken vorweg hier anmerken. Wir reden immer von notwendigen Reformen in unserem Sozialsystem, wir diskutieren über neue Regelungen und wir streiten über die Höhe von Beiträgen und von Eigenleistungen. Es geht eigentlich immer um Kosten, und wer sie trägt. Ich meine, daß wir mit dieser Diskussion zu sehr an der Oberfläche bleiben. Es wird in den nächsten Jahren immer wieder die Notwendigkeit gegeben sein, auch die Parameter in unserem Sozialsystem zu verändern: Leistungen auf der einen Seite zurückzunehmen, auf der anderen Seite neue notwendig gewordene Dienste und Hilfen anzubieten. Die Frage, ob unser Sozialsystem, so wie wir es haben, vom Bund her vorgegeben, aber auch hier im Land, grundsätzlich richtig konstruiert ist, das wird uns in Zukunft mehr beschäftigen. Für mich geht es in der Sozialpolitik schon grundsätzlich um die Frage, wofür ist eigentlich der Staat zuständig, was kann und was soll die Gesellschaft leisten, und was darf man auch vom einzelnen verlangen. Für mich ist unser Sozialstaat immer mehr zu einer Art Fernwärmesystem geworden, wo einfach das, was notwendig ist, nämlich die menschliche Zuwendung, sicherlich in vielen Bereichen auf der Strecke geblieben ist. Was gebraucht wird, das liefert scheinbar ausschließlich der Staat, und der Bürger ist anspruchsvoller Kunde. Diese Entwicklung, die natürlich auch von der Politik mit unterstützt worden ist, die immer mehr und immer besseres geben will, ist in Wirklichkeit in vielen Bereichen an einer entscheidenden Wegkreuzung angelangt. Denn die allumfassende Staatsfürsorge hat natürlich auch Anspruchsdenken und Egoismus gefördert – eine Einstellung, deren Folgekosten wir uns sicherlich auf Dauer nicht leisten werden können. Eine der wichtigsten Herausforderungen der Politik ist hier, und ich glaube, daß das Sozialhilfegesetz gerade hier gute Ansätze liefert, wieder mehr die Eigenverantwortung und auch die Selbsthilfekräfte, die es zweifelsohne gibt, zu fördern und zu

stärken. Für mich ist das ein hoffnungsvolles Zeichen, wenn hier zumindest theoretische Diskussionen, ausgehend von Amerika, im Gang sind, und das Stichwort heißt Kommunitarismus. Ziel dieser Bewegung ist es, das Verantwortungsgefühl des Menschen für die Gemeinschaft neu zu beleben und auch für eine neue Form der Subsidiarität einzutreten, daß eben nur jene Aufgaben an den Staat delegiert werden sollen, die auf lokaler Ebene oder auch seitens der Familien nicht mehr erfüllt werden können.

Ich glaube, daß wir so ein kommunitaristisches Denken auch stärker bei uns brauchen, weil gut ausgebaute öffentliche Sozialsysteme grundsätzliche Probleme nicht lösen können. Auch in Deutschland in der Zukunftskommission hat der dortige Vorsitzende Prof. Miegel, der auch auf Einladung von Frau Landeshauptmann bei uns in der Steiermark schon zu Gast war, hier sehr deutlich diese Form der neuen Bürgerarbeit, wie er sie nennt, angesprochen. Wir stehen am Beginn des größten Bevölkerungswandels, den die Steiermark jemals miterlebt hat. Allein innerhalb meiner Generation, ich bin 1960 geboren, haben wir beinahe eine Verdoppelung der über 60jährigen. Wenn ich einmal 60 Jahre alt bin, hat sich die Zahl der 60jährigen von 1960 von 188.000 auf 360.000 beinahe verdoppelt. Die Zahl der über 80jährigen hat sich von 17.000 bis dorthin auf 85.000 beinahe verfünffacht. Und wenn man dabei weiß, daß über 90 Prozent der Pflegegeldbezieher über 60 sind, dann wissen wir auch, was das bedeutet. Und wenn wir hier glauben, daß alles die öffentliche Hand bewältigen kann, dann unterliegen wir einem großen Irrtum. Wenn es uns hier nicht gelingt, familiäre Strukturen, familienergänzende, familienstärkende Strukturen aufzubauen und die kleinen Einheiten zu fördern – ich glaube, das war auch ein Hauptgrund, warum die FPÖ dem neuen Sozialhilfegesetz zustimmt, wenn ich das richtig bemerkt habe, Präsident Vesko, der leider nicht hier ist, der sehr, sehr konstruktiv – (Abg. Mag. Hartinger: „Da oben ist er!“ – Abg. Vollmann: „Der sitzt über dir, darum siehst du ihn nicht, denn Raufschauen ist schwer!“) Beim Sozialhilfegesetz gebührt ihm auch dieser Platz, daß er hier sitzt, ich will mir da nichts anmaßen, aber gerade hier gebührt ihm dieser Platz, weil gerade diese Gedanken und diese Ideen auch von der Freiheitlichen Fraktion immer wieder mitunterstützt worden sind. Ich glaube, uns ist viel zuwenig bewußt, daß wir es miterleben werden, daß hier in der Steiermark aus einer Dreigenerationengesellschaft dann eine Viergenerationengesellschaft entstehen wird, daß es eben zwei Gruppen von Senioren geben wird, die jüngeren aktiven Großeltern und die sehr alten, leider in vielen Fällen oft auch pflegebedürftigen Urgroßeltern. Gleichzeitig verliert aber natürlich auch die Familie im traditionellen Sinn als Regelform des Zusammenlebens dramatisch an Bedeutung. Das muß man auch zur Kenntnis nehmen. Hier kann man das Rad der Zeit nicht zurückdrehen. Aber alles, was von uns her unternommen werden kann, um hier, dort, wo die Familien noch diese Aufgaben erfüllen, die Familien zu unterstützen, ist nicht nur materiell, nämlich vom finanziellen her gesehen die beste Lösung, sondern vor allem auch vom menschlichen her gesehen, die beste Lösung. Und die Betreuung Pflegebedürftiger wird um ein Vielfaches teurer, wenn die Familien diese Aufgabe nicht mehr erfüllen, und sie

verliert natürlich sehr viel an Menschlichkeit und persönlicher Zuwendung. Und hier sind wir einfach gefordert als Land, daß wir hier entsprechend die Weichen stellen. Wir haben immerhin heute schon in der Steiermark 40.000 Steierinnen und Steirer, die Pflegegeld beziehen. Und von diesen 40.000 Steierinnen und Steirern sind eben 90 Prozent über 60 und, sie hören richtig, die Hälfte dieser 40.000 ist über 80. Und wenn wir hier eine Verdoppelung der über 60jährigen haben und eine Verfünffachung der über 80jährigen, dann wissen wir, um das einmal hart wirtschaftlich auszusprechen, welcher Markt hier auch entstehen wird und wie wichtig es ist, daß wir uns hier auf diesen Markt einstellen. Ich glaube, daß das Sozialhilfegesetz nur ein Beginn sein kann für neue Initiativen, die wir hier zu setzen haben. Ich glaube, wir müssen viel stärker als bisher vor allem darüber nachdenken, wie wir pflegende Angehörige unterstützen können. Viele von denen fühlen sich alleingelassen, und wir haben in Wirklichkeit auch wenig an Unterstützung für diejenigen – es sind auch vor allem alte Menschen, die Pflege leisten –, daß wir ihnen helfen können, daß sie das bewältigen. Daher ist gerade für Pflegende ein Urlaub wichtig, der Urlaub von der Pflege. Und es sind hier ohnehin ansatzweise Initiativen gesetzt worden, daß wir hier entsprechende Einrichtungen schaffen, um eben Kurzzeitpflege zu ermöglichen, damit nicht jemand, der bereit ist seinen Angehörigen zu pflegen, das Gefühl hat, daß er das an 365 Tagen im Jahr machen muß und keine Chance hat, aus diesem – ich nenne es ruhig so – Teufelskreis ausbrechen zu können, weil es furchtbar ist, wenn eben dann nicht die notwendige Unterstützung hier gegeben ist. Wir brauchen hier zusätzlich Beratung und auch Pflegeanleitungen, denn Pflegende sind psychisch und physisch oft an der Grenze ihrer Möglichkeiten.

Der zweite Punkt ist der, daß natürlich das Netz dieser sozialen Dienste ganz dicht von uns geknüpft werden muß, die integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel bieten hier – glaube ich – eine Basis, um hier etwas in Bewegung setzen zu können.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, wo ich bitte nicht mißverstanden werden möchte, der uns aber auch beschäftigen sollte. Wir haben eine neue Gruppe von Senioren, jene Jungsenioren der 60- bis 70jährigen, die eigentlich noch sehr agil sind, die sich aber schon in Pension befinden. Ja, wir haben noch welche, ob Sie wollen oder nicht, die mit 55 schon in Pension sind (Abg. List: „Mit 53!“), mit 53 schon in Pension sind. Es gibt aber bei denen auch welche, die sehr wohl bereit wären, auch Dienstleistungen zu erbringen. Und ob wir hier nicht über Modelle nachdenken sollten, daß solche Dienstleistungen auf freiwilliger Basis erbracht werden können, ob bei ambulanten Diensten, ob es hier um Haushaltshilfe geht, um Behördenwege, einfach daß ältere Menschen für gleichaltrige da sind oder auch in stationären Pflegeeinrichtungen Besuchsdienste, so etwas, wie bei der Jugend immer über eine freiwillige Sozialarbeit schon nachgedacht worden ist, sollten wir hier auch über Modelle nachdenken, daß dann Menschen, die freiwillig bereit sind, eben Jungsenioren, in diesem Bereich etwas zu machen, daß sie dann später, sollten sie auch einmal Pflegefälle werden, hier sich dann Betreuungszeiten oder was auch immer erwerben können,

damit sie eben später dann auch in den Genuß solcher Dienste kommen. Hier haben wir noch eigentlich sehr wenig an Überlegungen, an theoretischen Konzepten. Aber ich glaube, daß wir in Zukunft auch aus pekuniären Gründen gezwungen sein werden, solche Jungsenioren auch in solche Hilfsdienste – ich betone auf freiwilliger Basis – einzubinden, um auch hier persönliche Dienstleistungen – wir dürfen hier nie den Menschen vergessen, und der Mensch hat nicht nur einen Körper, und satt und rein ist zuwenig, sondern es geht hier auch um die Psyche. Und wenn es uns hier gelingt, Modelle zu entwickeln, solche Jungsenioren zu aktivieren, daß sie hier bereit sind, sich auch um Pflegefälle zu kümmern, so ist das – glaube ich – nicht nur finanziell ein ganz wesentlicher Ansatz, sondern vor allem auch ein ganz wichtiger Punkt von der menschlichen Seite her. Und natürlich ist die Bundesregierung hier auch gefordert, in der Familienpensionspolitik hier auch ihre Problemlösungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, denn wir sind noch nicht sehr weit, was Pensionsversicherungen für jene betrifft, die bereit sind, Pflegearbeit zu leisten. Das heißt also, daß wir hier einer Entwicklung entgegengehen, die in unserem Bewußtsein noch viel zuwenig verankert ist, nämlich dieser Schritt von der Drei- zur Viergenerationengesellschaft, mit verbunden mit all diesen Problemen.

Und jetzt ein letzter Satz zum neuen Sozialhilfegesetz. Das neue Sozialhilfegesetz, das wir morgen beschließen werden, ist ein sehr gutes Gesetz. Warum sage ich das? Das entscheidende ist, daß die in diesem Bereich nicht nur reden, sondern auch etwas leisten. Wie zum Beispiel in der Ausländerbetreuung. Und wenn mir Caritaspräsident Franz Küberl sagt, daß er mit der Form, die wir beschließen, auch mit diesem Paragraphen 4 gut leben kann, dann ist das für mich kein Ruhekitzel, aber es ist beruhigend zu wissen, daß die, die in diesem Bereich auch etwas leisten und nicht nur davon reden, uns unterstützen. Das sage ich immer zu denen, die viel über Ausländer reden, aber selbst nicht bereit sind, etwas zu leisten. Wenn jene mit dem Gesetz leben können, die etwas leisten, und die Caritas kann das, dann kann ich mit gutem Gewissen auch diesen Paragraphen 4 beim neuen Sozialhilfegesetz beschließen. Und ich bin froh, daß eine so große Mehrheit hier im Haus, daß 52 von 56 Mandatären diesem Gesetz die Zustimmung geben können. Dafür bin ich allen sehr dankbar, die diesem Gesetz zustimmen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 18.18 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste Hauptrednerin zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz (18.18 Uhr):** Herr Präsident! Sehr geehrte noch Anwesende im Saal!

Reinhold Lopatka, ich werde mich an deine Worte erinnern, wenn wir in den nächsten Jahren zusammen auf Podiumsdiskussionen sitzen und du keine Sekunde zögern wirst, um dich vom Sozialhilfegesetz, vom Behindertengesetz, vom Jugendwohlfahrtsgesetz, vom Pflegegeldgesetz der Landesrätin Rieder zu distanzieren. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist kein Gesetz der Landesrätin Rieder, sondern das haben wir geän-

dert!“) Sehr geehrter Herr Kollege Lopatka, Ich habe das in den letzten eineinhalb Jahren erlebt, wie wir im Budgetlandtag besagte Gesetze beschlossen haben – ihr habt es beschlossen, die Liberalen und die Grünen nicht. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Freiheitlichen auch!“) Ich weiß noch, wie ich da gestanden bin, und mir ist es an diesem Abend nicht wirklich gut gegangen, vorsichtig formuliert. Eineinhalb Jahre lang hast du dich bei Podiumsdiskussionen, also bei jeden deinen öffentlichen Auftritten, der Abgeordneten Gross und der Landesrätin Rieder, Kollegin Keshmiri, Kollegen Schinnerl und mir von der Sozialpolitik des Landes Steiermark distanziert. (Abg. Dr. Lopatka: „Vom Behindertengesetz!“) Du bist aber im Landtag selber hinausgegangen beziehungsweise vor dem Kachelofen gesessen. Du hast damals nicht den Klubzwang durchbrochen und hast dagegegengestimmt. Das waren jetzt meine Vorbemerkungen zu meinem sehr geehrten Herrn Vorredner und Sozialsprecher der ÖVP, Lopatka. (Abg. Dr. Lopatka: „Das war eine einmalige Fehlleistung!“) Ich möchte, nachdem Kollege Lopatka kurz einen für mich inhaltlich durchaus nachvollziehbaren Überblick gegeben hat über die Integration von Sozialpolitik in gesellschaftspolitische Entwicklungen, die jetzt laufen, wo ich teilweise durchaus auf deiner Linie bin, noch etwas ergänzen. Ich habe den Eindruck, daß Sozialpolitik teilweise noch wahrgenommen wird, daß eine Errungenschaft von Arbeiterkämpfen der Sozialstaat so wahrgenommen wird, daß die sozialen Leistungen, die Personen eigentlich zustehen, möglichst vom Staat aus betrieben haben möchte. Ich sehe das durchaus anders. Ich bin durchaus auf der Linie, daß man einen Teil dieser gerechtfertigten sozialen Leistungen von privaten Trägern aus machen kann, und ich sehe es durchaus auch, daß man die Menschen in der einen oder anderen Form ermutigen und ihnen ermöglichen sollte, einander auch in der einen oder anderen Form diese Leistungen ange-deihen zu lassen. Ich weiß aber sehr genau, wie schwierig es ist, für junge Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen mit Werkvertragsregelungen ihren mütterlichen, schwesterlichen und sonstigen Pflichten nachzukommen, weil sie einfach von Arbeit zu Arbeit hetzen. Ich weiß, und das wissen, glaube ich, alle im Saal, wie schwierig es ist, familiäre Beziehungen oder andere Formen von Lebensgemeinschaften zu führen in Gesellschaften, wo der eine und der andere Ehepartner gezwungen ist, weiß Gott wie weit auszuPendeln, wo die Beschäftigungsunsicherheit Leute eben genau daran hindert, einander bestimmte Formen von Solidarität und Unterstützung zukommen zu lassen, die dann halt gerade bei alten Menschen leider Gottes an den Staat weitergegeben werden. Der dritte, ein frauenspezifischer Punkt: Aktivitäten von älteren Personen, der Reinhold Lopatka hat ein sehr attraktives Modell angesprochen. Wie schaut es jetzt mit den 180.000 Frauen in Österreich aus, die nicht einmal eine eigene Pension haben. Wieviel Lust auf Ehrenamtlichkeit bei diesen Frauen gegeben ist, das wage ich einmal vorsichtig zur Diskussion zu stellen. Nur, glaube ich, sollte man schon davon ausgehen, daß es leider Gottes eine soziale Schichtung gibt, daß es leider Gottes Ungerechtigkeiten gibt, und daß es leider Gottes ein Sozialsystem gibt, das sich an der männlichen normalen Erwerbsbiographie orientiert, und daß eine Frau, die blöderweise Hausfrau gewesen ist,

genug gehakelt hat, deren Mann sich dann mit 50 Jahren wegen einer 20jährigen scheiden hat lassen, dann dasteht, die Kinder sind außer Haus, und daß diese Frau, völlig unabhängig davon, wie sie vorher gelebt hat, was sie vorher gesellschaftlich geleistet hat, zu einem Sozialfall wird. Ich sehe bei der ÖVP einerseits das Hochhalten von der Familienpolitik, ich sehe andererseits aber sehr, sehr wenig Möglichkeiten, daß man mit diesen Phänomenen konstruktiver umgeht, als das von Ihrer Seite passiert – Stichwort Pensionsreform. Ein zweiter Punkt noch: Sozialhilfegesetz. Ich gebe einen Abriss für alle, die es nicht wissen sollten, was genau in der letzten Woche passiert ist. Am 3. Dezember haben wir Parteienverhandlungen zum Sozialhilfegesetz gehabt. Es war dabei mehr als ein Paragraph strittig. Es war nicht nur der ausländer-spezifische Paragraph strittig, sondern mehr. (Abg. Dr. Lopatka: „Was!“) Etliche Punkte. Ich komme noch im zweiten Teil meiner Wortmeldung darauf zu sprechen, denn ich habe nur eine Viertelstunde Zeit, Kollege Lopatka. Am 3. Dezember, fünf Minuten vor Sitzungsende, hören wir auf einmal, daß dieses Gesetz ins Haus gehen soll. Das hat mich ziemlich verwundert. (Abg. Dr. Lopatka: „Eine Behauptung ohne Gründe!“) Dieses Sozialhilfegesetz haben wir heute erst gedruckt bekommen. Das heißt, in dem Tempo, in dem die Sozialpolitik auf der Steiermärkischen Ebene novelliert wird, geht es sich nicht einmal aus, daß die parlamentarischen Gepflogenheiten, nämlich ein Gesetz gedruckt rechtzeitig einzubringen, hinwauen. Wir bekommen es mitten am Nachmittag während der Kulturdebatte. Es kommt ein Herr von der Präsidialkanzlei vorbei und legt uns das auf den Tisch. Soviel zu einer kontinuierlichen Arbeit aus dem Sozialressort. Gut, 3. Dezember Parteienverhandlungen, 5. Dezember: Wir bekommen einen Entwurf, der wieder völlig anders ausschaut als das, was wir vorher gesehen haben. Der Verfassungsdienst war wortgewaltig in den letzten Verhandlungen des Sozialhilfegesetzes zugegen. Von der zuständigen Abteilung hat man leider Gottes nur mehr relativ wenig gehört. Es hat die längste Zeit einen Entwurf zum Sozialhilfegesetz gegeben, und dabei sind zwei bis drei Varianten nebeneinandergestanden. Wissen Sie, wie angenehm das für eine kleine Fraktion ist, auch wenn man einen Juristen mitnehmen kann, sich auf diese unterschiedlichen Varianten und Spielarten einzustellen.

9. Dezember, der Tag nach Maria Empfängnis: Wir bekommen ein Fax, in dem es heißt, es gibt eine ÖVP-SPÖ-Einigung, bezogen auf den Paragraphen 4. 10. Dezember, das war der gestrige Sozial-Ausschußtag: Sie wissen, der Sozial-Ausschuß hat gestern um 21.30 Uhr begonnen. Es herrschte eine sehr seltsame Stimmung, weil bestimmte Leute eigentlich die ganze Zeit nur durchgekudert haben. Nach einer halben Stunde war es nicht möglich, irgend etwas noch inhaltlich zu fragen. Der Sozial-Ausschuß ist dann um 22 Uhr abgeschlossen worden. Heute am Nachmittag während der Kulturdebatte bekommen wir das fertige gedruckte Sozialhilfegesetz, das sich Kollege Lopatka gewünscht hat. Du hast eine perfekte Rede gehalten, und während dieser Rede habe ich mir gedacht, du bist ein SPÖler, so wie du aufgetreten bist. Ich habe mir gedacht, wer ist jetzt am Pult, Gross oder Lopatka. Zu meiner Überraschung war es immer noch Lopatka. (Abg. Dr. Lopatka: „Eine soziale Einstellung!“ – Abg.

Gross: „Da geht es nicht um Parteipolitik, sondern um Sozialeinstellung!“) Es geht nicht um die soziale Einstellung, sondern es geht um eine Legitimation von einer Sozialpolitik, wo ich froh bin, daß ich sie nicht mittragen muß. Das, was von den Liberalen und von den Grünen im Sozial-Ausschuß eingebracht wurde, war relativ viel Knochenarbeit. Wir haben uns bemüht, auch mit unseren beschränkten Mitteln, die wir zur Verfügung haben. Ich sage auch nicht, daß die Ideen, die wir eingebracht haben, immer perfekt ausgefeilt waren. Es ist halt nicht besser gegangen. Wir haben uns zum Beispiel bemüht, Leute von außen in die Verhandlungen zum Sozialhilfegesetz einbeziehen zu lassen, zum Beispiel die Leute von der Bezirkshauptmannschaft, die Sturm laufen werden, weil die Bezirkshauptleute ein kleines Stück Macht verlieren durch dieses neue Gesetz. (Abg. Vollmann: „Tut Ihnen das leid, Frau Kollegin?“) Es geht darum, daß die Leute, denen man zu Recht auch verantworten kann, sich mit strukturellen Veränderungen abgeben müssen. Ich glaube, gerade diese Leute müßte man rechtzeitig einbeziehen. Es ist ein Präsident Küberl kein einziges Mal in die Verhandlungen einbezogen worden, und es ist auch von der Volkshilfe niemand einbezogen worden. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir haben mit ihnen gesprochen!“ – Abg. Vollmann: „Da sitzt die Obfrau, leben Sie am Mond?“) Sehr geehrte Kolleginnen! Ich rede jetzt gar nicht davon, daß kein einziger kleinerer Träger einbezogen wurde. (Abg. Dr. Lopatka: „Gross ist die Chefin der Volkshilfe!“ – Abg. Dr. Karisch: „Barbara Gross ist die Chefin der Volkshilfe und hat jahrelange Erfahrung!“) Sie nehmen mir meine Zeit weg. Genau das ist einer der Punkte. Wie Sie gemerkt haben, habe ich sehr vorsichtig nur die beiden Träger genannt, die man vorsichtig, aber doch der einen oder der anderen Reichshälfte zuordnen kann. Ich bin gar nicht auf die Idee gekommen, hier zum Beispiel zu monieren, daß kleine private Träger oder gar ExpertenInnen, von denen es in der Steiermark genug gibt, einbezogen werden. (Abg. Gross: „Glauben Sie nicht, daß wir mit denen gesprochen haben?“)

Es war nicht einmal möglich, die großen Träger einzubeziehen. Frau Kollegin Gross, ich glaube gerne, daß Sie persönlich Kontakt mit diesen ExpertenInnen haben oder mit den Leuten, die auch zu Recht bestimmte Strukturen vertreten. Mich hätte es gefreut, wenn man diese Leute offiziell in den Ausschuß einladet, wo sie ihre Positionen allen Fraktionen kundtun können, sogar den Liberalen und sogar den Grünen. (Abg. Vollmann: „Das haben wir alles hinter uns. Da waren Sie noch nicht im Landtag!“)

Ich möchte jetzt zum Sozialhilfegesetz kommen. Das ist ein Gesetz, das in der letzten Woche beinahe im Tagesrhythmus geändert worden ist. Die letzte Version haben wir per Fax erhalten. In dem Fax steht, daß die ÖVP und die SPÖ sich geeinigt haben. Grüne und Liberale bitte freßt das. Der Punkt ist, daß das Sozialhilfegesetz in der Form, wie es jetzt eingebracht wurde, in einigen Punkten mehr als fragwürdig ist. Und nachdem ich es jetzt endlich gedruckt bekommen habe, möchte ich diese Punkte auch noch einmal präzisieren. Das Sozialhilfegesetz kann man bezeichnen als am halben Wege steckengeblieben. Im strukturellen Bereich bringt es absolute Verwirrung, weil die

integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel überhaupt nicht in der Klarheit drinnen sind, wie es die ÖVP und übrigens auch die Grünen am Anfang der Verhandlungen gefordert haben. Die Sozialhilfverbände bleiben bestehen. (Abg. Lopatka: „Befristet!“) Das heißt, es gibt sehr, sehr wenig Motivation, daß man tatsächlich strukturelle Änderungen überlegt, um einerseits zu schauen, in welchen Bereichen tatsächlich von der öffentlichen Hand organisiert und investiert werden muß und welche Bereiche nicht sinnvollerweise auf Vereinsbasis und auf privater Basis sozusagen entwickelt oder „bewirtschaftet“ werden können.

Zweiter Aspekt: Neue Formen von Armut und Hilfsbedürftigkeit werden nicht berücksichtigt. In Oberösterreich gibt es auch eine rote Fraktion, die für das oberösterreichische Sozialhilfegesetz zuständig ist, und dort hat man es durchaus geschafft, neue soziale Dienste, die leider Gottes mit neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten einher gehen, diese neuen Dienste zu integrieren, Hilfe zur Haushaltsweiterführung zum Beispiel, Unterstützung von Pflegepersonen. Wie klassisch ist es, wenn man jahrzehntelang jemanden pflegt und keine Möglichkeit hat, auf Urlaub zu gehen, wenn man keine Möglichkeit hat, sich einmal zurückzuziehen oder vielleicht einmal am Nachmittag irgendwohin ins Grüne zu fahren, weil man einfach diese Pflegeleistung aus emotionaler Verbundenheit weiterführen möchte oder weil man aus welchen Gründen auch immer kein Interesse hat, da jemand außenstehenden mit dieser Person zusammenzubringen. Weiter! Der Wohnbereich! (Abg. Dr. Lopatka: „Frau Kollegin, lesen Sie unter 16, Absatz 3 litera c!“) Reinhold Lopatka! Der Wohnbereich! Es gibt – und das hat die Kollegin Gross selbst in der „Neuen Zeit“ kritisiert –, es gibt keine adäquate Verbindung zwischen dem Sozialhilfegesetz und dem Jugendwohlfahrtsgesetz, etwa was den Bereich Wohnraumsicherung betrifft. Wohnraumsicherung, nicht Erwerb oder in irgendeiner Form herankommen an Wohnraum, sondern Wohnraumsicherung.

Noch ein Thema: Die Kollegin Keshmiri hat vorher einige Punkte genannt, die ich nicht noch einmal nennen möchte, weil ich da auf ihrer Linie bin, die sozialen Dienste, auf die hat man keinen Rechtsanspruch in diesem neuen Gesetz. Und die Finanzierung der sozialen Dienste sind in diesem Gesetz überhaupt nicht klargelegt. Das heißt, es wird Gemeinden geben, da verläßt man sich auf die in Paragraphen angeführten Schenkungen und Spenden zur Absicherung von sozialen Diensten. Und es wird Gemeinden geben, da versucht man, sich sehr viel von den Leistungsempfängern und -empfängerinnen zu holen, und es wird Gemeinden geben, die mit willfähigen Bürgermeister/Bürgermeisterinnen, die sehr viel vom Land bekommen werden. Ich sage das jetzt bewußt überspitzt. Etwas, was nicht möglich war, war, die drei großen Fraktionen im Haus, die dieses Gesetz mittragen, zu motivieren, einen jährlichen oder zweijährlichen Sozialbericht herauszugeben. Und ich weiß inzwischen in der Steiermark, wie viele Kirschbäume im Bezirk Leibnitz stehen, ich weiß problemlos, wie viele Säuglinge im Monat Mai geboren wurden im Bezirk Liezen, aber es ist nicht möglich, herauszufinden, wie die soziale Situation in der Steiermark

tatsächlich ist. Es gibt keinen Sozialbericht. Und meine Wünsche, daß diese Ideen integriert, weiterentwickelt werden, von mir aus sogar als Methode der Selbstdarstellung vom Sozialressort. Wenn ich da vergleiche, was das Wirtschaftsförderungsressort sich an Öffentlichkeitsarbeit leistet oder auch das Sportressort, da denke ich einfach, das Sozialressort hätte einen gewissen Imagewandel mehr als notwendig. Ein Sozialbericht war nicht möglich und nicht durchsetzbar.

Noch ein Punkt: Es gibt natürlich keine Planungssicherheit für die Vereine, die in diesem Bereich tätig sind. Wir haben aber dennoch – und ich habe es zwar gestern schon eingebracht, ich möchte es deswegen auch sehr kurz machen. (Klingelzeichen des Präsidenten. – Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Frau Kollegin, ich hoffe, Sie wissen, daß ihre Redezeit um ist!“) Ja, ich bin auch ordentlich und ausgiebig unterbrochen worden und ersuche, mir jetzt noch drei Minuten zuzugestehen, um die Beschlufträge zu bringen.

Ich habe gestern gesagt, ich würde mir wünschen, daß alle beschäftigungspolitischen Initiativen, die körpergeldartig über mehrere Ressorts verteilt wurden, zusammengefaßt werden, daß es ein gemeinsames Gesetz zur Bewirtschaftung dieser Gelder gibt und einen gemeinsamen Fonds. Und das gilt auch für eine Summe, die ausgewiesen ist im Sozialressort, wo ich überhaupt nicht weiß, was es ist, außer daß es sonstige Förderungsmaßnahmen sind. Aber das immerhin um fast 14 Millionen Schilling.

Ich möchte daher den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im nächsten Landesvoranschlag den Ansatz 429095, Post 7670, „Sonstige Förderungsmaßnahmen“ – sonst steht nichts dabei – so aufzugliedern, daß nachvollziehbar ist, wie diese Mittel verwendet werden.

Und ein zweiter Antrag, das wird allmählich zu einem Dauerbrenner, das ist die Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark, die es immer noch nicht gibt. Im vorletzten Landtag hat es die SPÖ geschafft, eine Frauenberatungsstelle, wo das Tätigkeitsprofil nicht ganz klar ist, dem roten Verein „Rettet das Kind“ in der Obersteiermark sozusagen als Zusatzinfrastruktur zukommen zu lassen. Ich wünsche mir eine unabhängige Frauenberatungsstelle, die auch ganz klar und ganz unparteiisch Frauenanliegen vertritt.

Deswegen wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für eine Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark in der Gruppe 4 einen Ansatz und eine Post im nächsten Landesvoranschlag vorzusehen.

Wie gesagt, ich bin jetzt gar nicht auf die Idee gekommen, in irgendeiner Form etwas zum Behindertenbereich zu sagen, weil da schon soviel danebengegangen ist mit vier Gesetzesnovellierungen in ein- einhalb Jahren, daß ich mich auf das Sozialhilfegesetz konzentriert habe. Wie gesagt, es gibt keine sozialpolitische Abfederung, es gibt keine Struktur, die für mich halbwegs nachvollziehbar ist mit einem logischen Zusammenspiel zwischen Staat und privaten Trägern und Leuten, die aus emotionaler Verbundenheit mit den Betroffenen diese Leistungen anbieten. Es

gibt keine nachvollziehbare Finanzierungsstruktur, weder auf Gemeinde-, noch auf Bezirkshauptmannschafts-, noch auf Landesebene, und ich würde der FPÖ vorschlagen, daß sie den Kollegen Lopatka als Ehrenmitglied aufnehmen, weil so, wie er dieses Gesetz gelobt hat, das werde ich mir die nächsten drei Jahre merken. Und ich bin sicher, daß dieses Gesetz relativ bald wieder novelliert werden muß, weil es in Massen Einsprüche geben wird. Danke schön! (18.37 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gross als Hauptrednerin. Ich erteile es ihr.

**Abg. Gross (18.37 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir leben in einer Zeit, in der die sozialen Probleme in immer stärkerem Ausmaß in das Bewußtsein der Öffentlichkeit tritt. Obwohl es noch nie soviel Reichtum gab, sind immer mehr Menschen vom Abstürzen in die Armut bedroht. Diese erreicht gegenwärtig eine ganz neue Dimension. Sie besteht nicht nur aus dem Mangel an materiellen Gütern, sondern sie ist charakterisiert durch die Ausgrenzung von immer mehr Menschen an der Teilnahme am sozialen Leben. Im besonderen trifft das für die älteren Menschen zu, deren Anteil an der Bevölkerung in allen Industriestaaten stetig zunimmt. Wir leben ganz einfach auf einer demographischen Zeitbombe. Immer mehr Menschen werden auch vom Verlust der Arbeit bedroht. Langzeitarbeitslosigkeit ist eine ganz besonders häßliche Facette der Krise der Arbeitsgesellschaft. Große Teile der Bevölkerung werden überhaupt auf Dauer aus der Mitte der Gesellschaft an deren Rand gedrängt. Besonders gefährdet sind dabei jene Gruppen, die schon bisher Schwierigkeiten hatten, integriert zu werden. Wie zum Beispiel Frauen, Jugendliche, Behinderte, Ausländer und Ausländerinnen und Angehörige von Minderheiten. Dadurch entsteht eine Verunsicherung der Menschen, und die Glaubwürdigkeit wohlfahrtsstaatlicher Politik schwindet. Sündenböcke werden gesucht. Das Armutsgefälle zwischen West und Ost, Nord und Süd, führt zu einer gigantischen Wanderungsbewegung, wie das in der Geschichte immer dann der Fall war, wenn soziale Ungleichheit das Verhältnis der Nationen zueinander bestimmte. Die Menschen empfinden dies als doppelte Bedrohung. Die Reaktion der Politik ist selten weitblickend genug und oft nicht geeignet, das Problem an der Wurzel zu packen. Durch Jahrzehnte hindurch gab es einen gesellschaftlichen Konsens, daß soziale Sicherung ein vorrangiges Ziel der Politik sein müsse. Diese breite und bewährte Übereinkunft ist brüchig geworden. Es gibt viele, ganz unterschiedlich gelagerte Gründe für diesen Dissens. Natürlich sind ökonomische Motive von ausschlaggebender Bedeutung. Die Finanzkrise der Nationalstaaten ist aber ein Phänomen, das bereits sehr lange existiert. Die Kriterien zur Einführung einer einheitlichen europäischen Währung verschärft diese Probleme. In allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind Sparpakete an der Tagesordnung, die in erster Linie immer das Sozialbudget betreffen. Die Budgets werden fast immer auf dem Rücken der sozial Schwachen saniert. Darum

freue ich mich besonders darüber, daß der Sparstift im Budget 1998 nicht generell über alle Ansätze geführt wurde, sondern differenziert zum Einsatz kam. Wie Heinz Grabner in seiner Budgetrede gesagt hat, wurde das Sozialbudget seit 1990 verdoppelt. So sehr mich dies auch freuen könnte, betrübt es mich hier doch, da sich die Notwendigkeiten und die Ansprüche im Sozialbereich im gleichen Zeitraum verdreifacht haben. Dies wirkt umso gravierender, weil die Sozialpolitik der letzten Jahrhunderte darauf baute, soziale Probleme mit Transferleistungen ganz einfach zu vergeltlichen. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung bestand meist darin, die Effizienz der sozialpolitischen Problemlösungen an der Höhe der finanziellen Zuwendungen zu messen. Es ergab sich eine Überbürokratisierung der Bearbeitung sozialer Probleme. Immer wieder wurde von den unterschiedlichsten Seiten die Anonymität und die Kälte der sozialpolitischen Institutionen kritisiert, bei der die Anliegen des einzelnen zum Aktenvorgang verkümmerten. Die Institutionen wurden als Einrichtungen ihrer selbst willen betrachtet. Populisten haben diesen Sachverhalt weidlich ausgenützt und politisches Kapital daraus geschlagen. Der Sozialstaat der Zukunft muß sich am Leitbild des mündigen Menschen, also nicht des verwalteten Objektes, sondern des zufriedenen Kunden, also nicht des Bittstellers, orientieren. (Beifall bei der SPÖ.) Es ist heute schon so viel von Verwaltungsreform gesprochen worden. Daher muß das auch ein Aspekt im Bereich der Verwaltungsreform werden. Wird der Umbau des Sozialstaates nicht in Angriff genommen, dann laufen Gesellschaft und Staat Gefahr, ihre Hauptfunktion, nämlich die Gewährleistung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, zu verlieren. Geht dieser verloren, dann droht ein Zustand, wo die Allgemeingültigkeit des Rechtes außer Kraft gesetzt wird und sich nur mehr die Starken Recht verschaffen können. Wir sacken ab in eine Ellbogengesellschaft. Das Recht des Stärkeren bedeutet aber auch immer mehr Eigennützigkeit. Die gegenwärtige Diskussion ist voll von Vorschlägen, soziale Verantwortung abzubauen und das Individuum stärker in die Pflicht zu nehmen. So wird beispielsweise einer der zentralen sozialpolitischen Grundpfeiler, der Generationenvertrag, teilweise auf dem Altar des Individualismuskults geopfert. Eine über ein Jahrhundert gewachsene Erkenntnis der Solidarität, die eine zivilisatorische Errungenschaft darstellt, soll nach dem Willen einiger auf den Misthaufen der Geschichte landen. In Wirklichkeit handelt es sich aber um einen Rückfall in die Philosophie des Frühkapitalismus. Solche Rückfälle in der Geschichte haben offensichtlich Konjunktur. Konservative Kreise greifen ebenfalls gerne in die historische Mottenkiste und propagieren wieder einmal „zurück Kinder, Küche und Kirche“. Höhere Geburtenraten sollen die Altersversorgung garantieren. Die Frauen sollen sich aus dem Arbeitsmarkt in das traute Heim zurückziehen. Die Rolle der Frau wird wieder auf die Gebär- und Versorgungsfunktion reduziert und auf die Gewährleistung des körperlichen und des seelischen Wohlbefindens ihrer Familie. Diese ehrenamtliche Wohltätigkeit soll professionelle Sozialarbeit ablösen. Weder der Rückgriff auf die sozialpolitische Mottenkiste noch das Beharren auf den gewohnten Strukturen und Instrumenten könnte als taugliches Mittel angesehen werden, die gegenwärtige Struktur-

krise des Sozialstaates zu lösen. Nur der Umbau des Sozialstaates sichert seine Zukunft. (Beifall bei der SPÖ.) Heute sind schon viele Zitate gefallen, und ich erlaube mir, eines hinzuzusetzen. Gorbatschow sagte einmal: Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte. Und das könnte uns auch in der Sozialpolitik passieren. Was ist daher zu tun? Eine Reform darf nicht nur auf technokratische Aspekte beschränkt bleiben. (Beifall bei der SPÖ.) Bei der im neuen Sozialhilfegesetz geplanten Schaffung von integrierten Sozial- und Gesundheitssprengeln muß berücksichtigt werden, und an dieser Stelle möchte ich mich bei allen bedanken, die in den Parteienverhandlungen konstruktiv an diesem Sozialhilfegesetz mitgearbeitet haben, vor allem aber bei unserer Barbara Hiden, die oft Unmögliches möglich gemacht hat, daß die Mobilen Dienste und die Hauskrankenpflege ebenso wie andere soziale Dienste seit vielen Jahren engagiert, kostengünstig und nahezu flächendeckend von gemeinnützigen Trägervereinen durchgeführt werden. Mehr als 1000 Beschäftigte, vor allem Frauen, finden dabei Arbeit. Diese muß gesichert bleiben. Frau Abgeordnete Zitz, wir haben eine Runde mit Trägern von bereits funktionierenden ISGS mit völlig unterschiedlichen Strukturen, aber funktionierende Strukturen (Abg. Mag. Zitz: „Da ist es nur um das eine Thema gegangen!“), wie die Bruderlade Schladming, und einen ganz anderen ISGS, wie den großen von Müzzuschlag, eingeladen. (Abg. Mag. Zitz: „Es war keine Sozialarbeiterin dabei!“) In diesen ISGS-Verhandlungen beziehungsweise bei dieser Parteienverhandlung hat Martin Wabl 15 Minuten teilgenommen. Sie waren leider nicht da. Zur Finanzierungsabsicherung der Mobilen Dienste: Die Mobilen Dienste sind, soweit dies finanziell möglich war, im neuen Sozialhilfegesetz verankert. Die vertragliche Absicherung der Finanzierung auf leistungsorientierter Basis zwischen der Landesregierung und den Sozialhilfeverbänden und den ISGS muß begleitend eingeführt werden, um kontinuierliche Zusammenarbeit zu ermöglichen und allen Beteiligten vor allem auch Planungssicherheit zu gewährleisten. (Abg. Mag. Zitz: „Aber warum ziehen Sie die Leute nicht in die ganzen Verhandlungen ein?“) Frau Abgeordnete Zitz, ich habe mit diesen Leuten ständig Kontakt und habe Tausende von Gesprächen geführt. (Abg. Mag. Zitz: „Sie als Volkshilfeschefin!“) Ich als Abgeordnete Barbara Gross und nicht nur als Vorsitzende der Volkshilfe Steiermark. Die Zuzahlungsobergrenzen bei den stationären Einrichtungen der steirischen Pflegeheime müssen sich einheitlich an klaren Qualitätsvorgaben orientieren. Hier ist das Steiermärkische Pflegeheimgesetz schon der erste Schritt. Frau Soziallandesrätin Dr. Anna Rieder hat ja bereits in den Parteienverhandlungen zugesichert, die Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien und die Vertreter der Heimträger und auch der Heimleiter in die Beratungen über die Verordnung miteinzubeziehen. Ein weiterer Eckpfeiler der vorliegenden Neufassung des Sozialhilfegesetzes ist die nunmehr steiermarkenweitliche Regelung der oder dem stationär Pflegebedürftigen 20 Prozent des eigenen Einkommens sowie die Zuzahlungen, die Sonderzahlungen zu belassen. (Beifall bei der SPÖ.) Meine Damen und Herren! Ein Wort zur Altenhilfe als Schnittstelle und vor allem auch als Nahtstelle: Einige von Ihnen, und ich sehe sehr viele in

diesem Raum, waren bei der Podiumsdiskussion „Der pflegebedürftige Mensch“, zu der die Patientenombudsfrau, Frau Magister Renate Skledar, eingeladen hat. Kürzere Krankenhausaufenthalte stellen ganz einfach erhöhte Anforderungen an das soziale Umfeld des zu Betreuenden. Der Informationsfluß zwischen den Krankenanstalten, zwischen den Angehörigen, Mobilen Diensten und Pflegeheimen muß ganz einfach vernetzt werden, um die reibungslose Verzahnung der Betreuung zu gewährleisten. Es geht auch um mehr Prävention in der Altenhilfe. Angehörige von Pflegenden müssen unterstützt werden. Hier sollten die stationären Einrichtungen des Landes, die Sozialhilfeverbände und die gemeinnützigen Vereine regelmäßige Angehörigenschulungen durchführen und leistungsorientiert gefördert bekommen. Ich habe mich besonders gefreut, daß Landesrat Günter Dörflinger in einer der letzten Regierungssitzungen bereits ein solches Projekt im LKH Graz initiiert hat. Meine Damen und Herren! Es ist mir ganz wichtig, daß wir in der Frage der Ausländer nach langen Diskussionen einen Mittelweg gefunden haben. Es wird ausgeschlossen, daß Personen, die sich ohne Rechtsgrundlage in Österreich aufhalten, einen Anspruch auf alle Leistungen zur Absicherung des Lebensbedarfes geltend machen können. Auf Grund der Tatsache, daß sich in Österreich aber Menschen aufhalten, die nicht in ihr Heimatland abgeschoben werden dürfen, weil ihnen dort ganz einfach unmenschliche Behandlung droht, war es aber auch wichtig, zu gewährleisten, daß die Unterkunft, die Verpflegung und die Versorgung bei Krankheit in Anspruch genommen werden kann. Gerade die gegenwärtigen sozialen Probleme machen deutlich, daß ein formales Rechtsverhältnis nichts bewirkt, ja sogar oft gegen den Hilfesuchenden gewendet wird. Formales Recht müßte eigentlich zu sozialem Recht werden. Die Menschenrechte können nicht nur eine papierene Deklaration bleiben. Der Grundsatz der Gleichheit der Menschen muß auch dazu taugen, das Recht auf Gleichheit einzuklagen zu können. Sozialpolitik darf nicht auf den engen Horizont der eigenen Region beschränkt werden. Die Forderung muß eine europaweite Vereinheitlichung sozialer Mindeststandards sein. Wir können Europa nicht nur als ein Europa der Konzerne sehen. Wir müssen den Ausbau eines europäischen Sozialmodelles fordern, um nicht Staat gegen Staat ausspielen zu können. Wenn wir für die Wirtschaft und für die Währung einen gemeinsamen Wirtschaftsraum wollen, dann muß aus diesem gemeinsamen Wirtschaftsraum auch eine soziale Gemeinschaft werden. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Die Strukturen des Wohlfahrtsstaates können nur geändert werden, wenn die Menschen des Landes auch aktiv mitgestalten können, also ihre Forderungen und Wünsche nach sozialer Gerechtigkeit auch wirklich einfordern und umsetzen können. Die Menschen wollen, daß ihre persönliche Lebenssituation auch wirklich befriedigend verbessert wird. Im Sinne dieses Gedankens wird sich auch eine neue Qualität der Freiwilligkeit ergeben. Und als Vorsitzende der Volkshilfe weiß ich, wovon ich rede. Unzulänglichkeiten im Sozialbereich wirken sich unmittelbar auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus. Es ist daher legitim, diesem Bereich unsere besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ich war selbst überrascht,

wie sich die Wortmeldungen vom Kollegen Lopatka und mir ähneln. Aber uns geht es vorrangig um Sozialpolitik und nicht um Parteipolitik. Und ich bin eigentlich enttäuscht, daß dieses Thema am Anfang dieser Debatte so wenige Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus interessiert hat. Aber ich danke recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit, die Sie jetzt hier sind. (Beifall von der SPÖ und ÖVP. – 18.52 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster Hauptredner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schinnerl (18.52 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident! Frau Landesrat! Geschätzte Damen und Herren!

Ich freue mich, daß ich als fünfter Debattenredner im Bereich Soziales hier einige Worte sprechen darf. Ich freue mich deshalb, denn wie diese Debatte begonnen hat über den Bereich Gruppe 4, Soziales, da muß ich der Frau Abgeordneten Barbara Gross beipflichten, haben sich sehr viele von ihren Sitzplätzen verabschiedet und haben das Weite gesucht. Und gerade hier auf der linken Seite bei den sozialdemokratischen Abgeordneten, das möchte ich feststellen, waren nur die Vorsitzende, die Frau Abgeordnete Gross, und die Abgeordnete Bachmaier-Geltewa anwesend. Alle übrigen haben das Weite gesucht, haben auch die Frau Landesrat, die für Soziales zuständige Frau Landesrat in Stich gelassen. (Abg. Günther Prutsch: „Das ist das einzige, was du zusammenbringst!“) Ich freue mich, daß jetzt alle wieder zurückgekehrt sind, weil sie unbedingt die Ausführungen von ihrer Kollegin, Frau Gross, hören wollten, und jetzt habe ich auch die Ehre, daß ich mehr Zuhörer habe. (Abg. Schrittwieser: „Jetzt gehen wir gleich wieder!“) Und dafür bin ich mit der Reihung als fünfter eigentlich sehr, sehr einverstanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde meinen Beitrag in zwei Gruppen gliedern, steirische Sozialpolitik für euch Sozialdemokraten, daß ihr dies jetzt auch einmal hört, nicht nur immer einseitig informiert seid. Und dann die zweite Gruppe, die Novelle des Sozialhilfegesetzes, wo wir morgen zur späten Stunde das beschließen werden, und deshalb – wie heute von den Vorrednerinnen auch schon gesagt worden ist – werden auch wir hier und jetzt einige Diskussionsbeiträge einbringen. Auch ich habe leider nur 15 Minuten zur Verfügung und muß auch deshalb natürlich auf die ganzen Einführungsvorträge verzichten, die von so manchen Rednern gehalten werden über die verschiedenen Entwicklungen, die Statistik der älteren Generation und über die Entwicklung der Familie. Einmal hat es der Abgeordnete Lopatka schon gesagt. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich war ja nicht Vorredner!“) Es wurde auch schon über die Familien berichtet. Nur zur Aussage über die Familie mit den drei „K“ von der Frau Abgeordneten Gross, Küche, Kinder und Kirche, mit dieser Aussage kann ich mich keinesfalls abfinden. (Abg. Gross: „Ich habe dir das Buch vorgelesen!“) Ich möchte in Erinnerung rufen, daß, wenn eine Frau sich dem Haushalt, den Kindern, den hilfsbedürftigen und pflegebedürftigen Menschen widmet, dies keinesfalls abgewertet werden darf, sondern das sind sehr positive Arbeiten, die eigentlich Frauen und Familien machen. (Abg. Schrittwieser:

„Richtig, da haben Sie recht!“) Ich möchte in meinem Beitrag aufzählen und auflisten, daß 85 Prozent der Pflegearbeit von den Familien und den Angehörigen, Verwandten und Bekannten einmal gemacht werden. Das ist eine überaus große Zahl – (Abg. Gross: „99 Prozent von Frauen!“) Gott sei Dank, daß das so geht, und daher möchte ich von dieser Stelle aus allen Familien, allen Helfern, die im häuslichen beziehungsweise familiären Bereich die Pflege durchführen, einmal ein herzliches Dankeschön sagen. (Beifall bei der FPÖ.) Und zwar deswegen ein herzliches Dankeschön, weil man solche Leistungen mit Geld überhaupt nicht abfinden kann. (Abg. Mag. Zitz: „Daswegen zahlen wir nichts dafür!“) Wir haben in unserem Bereich über zirka 10 bis 15 Prozent der Pflegebedürftigen zu befinden, die ausschließlich die Hilfe der Spitäler, der mobilen Dienste und der Pflegeheime benötigen. Und diese geringe Zahl der 10 bis 15 Prozent bereitet uns schon solche Sorgen und Schwierigkeiten. Und daher noch einmal herzlichen Dank an die Familien. Ich wünsche mir, daß wir die Familien in Hinkunft besser unterstützen, daß wir nicht nur davon reden, sondern daß wir das auch von ganzem Herzen tun. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gross: „Du sprichst mir aus der Seele!“) Ich möchte zur Frau Landesrat einmal sagen: Ich habe so das Gefühl, und ich glaube schon, daß man sich auch bemüht, aber daß wir in der Sozialpolitik eigentlich immer hinterher sind. Und zwar immer hinterher, weil wir eigentlich immer von der Vergangenheit reden und dabei übersehen haben, daß die Zukunft schon längst mitten unter uns ist. Und wir sollen uns mehr der Gegenwart und der Zukunft widmen, und nicht immer in die Vergangenheit schauen und immer wieder „wer hat was sehr gut gemacht“, „bei wem muß ich mich noch dreimal bedanken“, und da möchte ich auf die Wortmeldung von der Frau Dr. Karisch zurückkommen. (Abg. Riebenbauer: „Jetzt kommt's!“) Ich habe ihre Aufregung direkt bewundert, es ist nicht nur das Kleid rot erstrahlt, sondern auch das ganze Gesicht, wo sie gesagt hat, man soll endlich einmal aufhören, sich immer wieder bei unseren Regierungsmitgliedern zu bedanken, die in diese Funktion gewählt und berufen wurden und das eigentlich auch gerne machen. Ich glaube, sie verteilen eigentlich nur Steuergelder, und wir brauchen uns da nicht immer wieder für die Verteilung bedanken. Das hat mich sehr gefreut. (Abg. Dr. Lopatka: „Das hast du nicht richtig verstanden!“) Aber das darf nicht nur einseitig gesehen werden. Ich glaube, dies gilt für alle Fraktionen. Und daher noch einmal ein recht herzliches Danke. (Beifall bei der FPÖ.) Ich glaube, es ist auch immer wieder notwendig, daß wir gerade in der Sozialpolitik unsere Gesetze laufend nachjustieren, daß wir immer wieder trachten, daß wir gerade die Gesetze so machen, daß wir auch in Zukunft das Auslangen finden. Ich glaube, es ist auch deswegen sehr wichtig, weil das kommt mir so vor wie bei einem Trichter. Wenn ich sofort handle, dann ist es immer einfacher und leichter. Wenn ich aber das versäume oder verschlafe oder viel zu spät reagiere, dann werden diese Bereinigungsmaßnahmen immer schwieriger. Ich glaube, gerade deswegen, Frau Landesrat, sind Sie in Hinkunft noch mehr gefordert, aktiv zu sein, noch aktiver zu sein, denn ich habe hier einen Ausschnitt aus der Zeitung, und da steht drinnen: Novelle – „Sozialhilfegesetz: Landesrat Rieder zufrieden!“ Ich

glaube, Frau Landesrat, in der Sozialpolitik kann man nie zufrieden sein. (Beifall bei der FPÖ.) Wenn ich hier dieses Bild anschau: Frau Landesrat, zufrieden, und dann in der gleichen Woche die Podiumsdiskussion im Messegelände, Halle I, Tagungszentrum „Pflegerbedürftige Menschen zwischen Anspruch und Wirklichkeit“. Es waren sehr viele Menschen, Fachleute und Experten am Messegelände, die aufgezeigt haben, welche Probleme es im Sozialbereich gibt. Frau Landesrat, ich möchte daher nochmals ersuchen, nicht so sehr die Zufriedenheit auszustrahlen, sondern sich dieser Menschen und deren Probleme in Zukunft im verstärkten Maße anzunehmen. Sie haben in Ihrem Bereich durch die neue Einrichtung der Sozialabteilung Verstärkung bekommen. Wir hoffen, daß in Zukunft dann auch mehr Information und mehr Berichte von Ihrer Abteilung zu haben sind. Wir gehen immer noch davon aus, daß in der Sozialpolitik zuerst einmal die Ist-Feststellung zu machen ist. Und ich darf sagen, das hat die Frau Landesrat mit einiger Verspätung auch gemacht. Der Bedarfs- und Entwicklungsplan wurde vorgelegt. (Landesrätin Dr. Rieder: „Ganz pünktlich, überpünktlich!“) Das muß ich loben. Jetzt kommt aber schon die Kritik. Bei der Feststellung des Ist-Zustandes kann es nicht bleiben. Es ist weiters dann zu erheben, welche Einrichtungen überhaupt notwendig sind und welche habe ich in der Steiermark zur Verfügung. Wenn ich dann weiß, welche Notwendigkeiten es gibt, welche Institutionen ich zur Verfügung habe, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat selbstverständlich die Beauftragung dieser erforderlichen Mobilen Dienste oder dieser notwendigen Institutionen zu erfolgen. Frau Landesrat, wir haben auch immer wieder gefordert, daß wenn diese Beauftragung durchgeführt wurde, dann ist selbstverständlich auch die finanzielle Sicherstellung und Absicherung sicherzustellen. Bisher ist mir von einigen Hunderten Fällen eigentlich nur ein Fall bekannt, und das ist das Grazer Frauenhaus, wo Verhandlungen über die Sicherstellung der Finanzierung laufen. Die Finanzierung über dieses Frauenhaus Graz ist im Gange, aber bei weitem noch nicht abgeschlossen. Das wäre der eine Fall. Frau Landesrat, solche Punkte beziehungsweise Fälle gibt es noch viele, viele in Hinblick. Daher darf ich Sie bitten, nicht nur in der Sozialpolitik die verwalterischen Ausführungen wahrzunehmen, nicht nur darauf zu achten, daß die Gesetze eingehalten werden, was sicher eine wichtige Aufgabe ist, sondern ich erwarte mir von einer zuständigen Landesrätin auch, daß sie auch viel, viel mehr Denkanstöße für eine effiziente Sozialpolitik in der Zukunft gibt. Denn gerade die Denkanstöße, die vom Bereich Soziales kommen sollten, sind in letzter Zeit ausgeblieben. Es hat im Budget 1996 und 1997 einen Ansatzpunkt gegeben, nämlich „Neue Ideen in der Sozialpolitik“. Ich habe das schon einmal kritisiert, obwohl ich diesen Ansatz für hervorragend, notwendig und gerecht gefunden haben, mußte ich dann aber feststellen, daß es bei diesem Ansatz von 1000 Schilling in den Jahren 1996 und 1997 geblieben ist. Es waren keine neue Ideen in der Sozialpolitik weit und breit sichtbar. Und siehe da, bei der Durchsicht des jetzigen Budgets für 1998 fehlt dieser Ansatzposten überhaupt. Frau Landesrat, ich frage Sie, gibt es wirklich keine neue Ideen in der Sozialpolitik in den nächsten Jahren? (Abg. Schrittwieser: „Sind alle ein-

gearbeitet!“) Ach, wenn ich das höre. Was werden sich die hilfsbedürftigen Menschen denken. Sie werden das ganz bestimmt nicht verstehen. Ich denke dabei an dieses Blatt, an diese Einladung, wo draufsteht: Pflegerbedürftige Menschen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Es gibt hier noch sehr, sehr viel zu tun. Jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich – (Abg. Dr. Lopatka: „Zum Schluß kommen!“) nein, ich komme noch nicht zum Schluß, denn es haben schon sehr viele Redner vor mir die Zeit überzogen, nun zur Novellierung des Sozialhilfegesetzes kommen. Es wurde über die Vorgangsweise auch schon gesprochen. Wir Freiheitlichen werden dieser Novellierung zustimmen, und zwar deshalb zustimmen, weil wir im Jahr 1995, Frau Landesrat, bitte hören Sie jetzt genau zu, dieses Sozialhilfegesetz schon beschlußfertig in der Schublade gehabt haben. Frau Landesrat, Sie haben sich in diesen zwei Jahren von 1995 bis jetzt einige Male von der ÖVP über den Tisch ziehen lassen. (Landesrätin Dr. Rieder: „Bei meinem Gewicht ist das nicht so leicht!“) Das derzeitige Sozialhilfegesetz ist eigentlich nach meinem Dafürhalten nicht mehr so gut, wie es früher ausverhandelt war. (Beifall bei der FPÖ.) Frau Landesrat, wir haben auch in der Ausschusssitzung gestern nochmals gefordert, daß die zu erstellende Verordnung und das Gesetz gleichzeitig behandelt und beraten werden. Dies wurde im Ausschuß so beschlossen, und ich danke dafür. Ich muß aber auch in Erinnerung rufen, daß es wir Freiheitliche waren, die die Befristung dieses Gesetzes für die organisatorischen Maßnahmen einbringen konnten und daß im Gesetz jetzt auch die geforderte Befristung bis 31. Dezember 2001 enthalten ist.

Ich werde mich morgen nochmals beim Tagesordnungspunkt 17. zu Wort melden. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 19.06 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Meine Damen und Herren!

Die Liste der Hauptredner ist nunmehr erfüllt, und wir kommen in den Fünfminutenbereich. Als Erste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (19.06 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Kollege Schinnerl hat eingangs bedauert, daß nicht sehr viel Zeit für einen Einführungsvortrag übrigbleibt. Ich muß schon sagen, Herr Kollege Schinnerl, ohne Ihnen nähere treten zu wollen, was den Inhalt Ihrer Ausführungen betrifft, waren 15 Minuten vollkommen ausreichend. Nun aber zum Thema meiner Ausführungen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte ein Thema ansprechen, das meines Erachtens im Bereich des Sozialen einen sehr hohen Stellenwert einnimmt, nämlich die berufliche Integration von Behinderten beziehungsweise die Schaffung von Behindertenarbeitsplätzen. Obzwar in der Steiermark hinsichtlich der geschützten Arbeit im Bundesländervergleich die meisten Beschäftigten sind – und zwar rund 2700 –, gibt es noch immer 2500 Behinderte, die auf einen geschützten Arbeitsplatz warten, Menschen, die das eine oder andere Defizit haben und dadurch zum Teil

nicht, zum Teil sehr schwer vermittelbar sind. Das Behinderteneinstellungsgesetz sieht vor, daß ein Betrieb pro 25 Arbeitnehmer einen Behinderten einzustellen hat. Tut er dies nicht, muß er eine Ausgleichstaxe bezahlen. Diese beträgt zur Zeit 1990 Schilling pro Monat. Leider zahlen viele Arbeitgeber lieber diese Ausgleichstaxe, als ein bißchen soziale Verantwortung zu übernehmen. Die Ausgleichstaxe müßte daher meines Erachtens betragsmäßig kräftig angehoben werden, wenn Unternehmer anders nicht zu bewegen sind, Behinderte einzustellen. Welche Möglichkeiten gibt es also, jenen Menschen, die oft an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, zu helfen, ihnen das Gefühl zu vermitteln, daß sie durchaus in der Lage sind, etwas Produktives zu leisten, sich nützlich zu machen, dem Leben vielleicht mehr Sinn zu geben? Mit dem Slogan „Mehr privat, weniger Staat“, wie er von der Wirtschaft propagiert wird, kommen wir in diesem Bereich nicht weit. Die Behinderten würden in diesem Fall eindeutig auf der Strecke bleiben. Daher muß hier die öffentliche Hand eingreifen und tut dies auch im Rahmen der Behindertenhilfe. Das Land Steiermark stellt hierfür einen Betrag von 830 Millionen Schilling zur Verfügung. Davon entfallen allein zirka 250 Millionen Schilling auf den Bereich der geschützten Arbeit. In meinem Bezirk Bruck an der Mur gibt es zum Beispiel unter den 2516 Arbeitslosen 388 Personen mit Behinderungen. Das sind 15,4 Prozent. 102 Personen sind in den sozialökonomischen Betrieben Wohnwerkstatt, Bunte Fabrik, Beschäftigungsgesellschaft und im Rahmen der Arbeitsassistenten beschäftigt. Hiefür gibt das Land 4,7 Millionen Schilling aus. Viel Geld, aber in Anbetracht des Gesamtbudgets eigentlich sehr wenig. Landesrätin Rieder hat nunmehr ein neues Projekt auf die Beine gestellt. Neue Ideen, Kollege Schinnerl! Er ist leider nicht mehr im Raum anwesend. Da sieht man wieder einmal, wie sehr das Soziale dem Kollegen Schinnerl ein Anliegen ist. Nach seiner Rede verschwindet er sofort aus dem Saal.

Landesrätin Rieder hat nunmehr ein neues Projekt auf die Beine gestellt, Telearbeit für Behinderte. Österreichweit einzigartig! Im Rahmen eines Einjahresprojektes sollen zirka 20 Behinderte im EDV-Bereich speziell geschult werden. Kostenpunkt 4,5 Millionen Schilling. Das Zertifikat ist international anerkannt. Im März werden die ersten Telearbeiter ausgebildet sein und haben dadurch eine Chance, in den Arbeitsprozeß eingegliedert zu werden. Betonen möchte ich – und das ist wichtig –, daß Telearbeit nicht nur zu Hause und nicht isoliert, sondern wenn der Behinderte entsprechend mobil ist, auch außer Haus in einem Betrieb verrichtet werden kann. Ich meine, und damit komme ich schon zum Schluß, meine Damen und Herren, daß es eine wichtige und sehr schöne Aufgabe ist, Menschen zu helfen, die die Hilfe anderer benötigen. Auch in Zeiten wie diesen, in denen sparen angesagt ist und die Mittel nicht uneingeschränkt zur Verfügung stehen, wird es an uns liegen, zu werten, wo und wie wir diese Mittel einsetzen. Stecken wir diese in zweifelhafte Projekte, wie zum Beispiel in einen A1-Ring, oder verwenden wir sie für soziale Zwecke. Meine Fraktion jedenfalls – und damit bin ich schon am Ende – weiß, wo die Mittel besser einzusetzen sind.

Und ein letzter Satz: Es tut mir leid, daß Kollegin Zitz nicht hier ist, aber Martin, bitte sage ihr das: Mich verblüfft schon Ihre Äußerung, Kollegin Zitz, wonach Sie wieder einen Beschlusantrag zu einer Frauenberatungsstelle in Leoben einbringen wollen. In der letzten Landtagssitzung haben wir uns stundenlang darüber unterhalten und verhandelt. Sie haben sich absentiert, haben so getan, als ob Sie das nichts angeht. (Abg. Mag. Zitz: „Mitgestimmt!“) Wir haben einen Vierparteiantrag zusammengebracht, und Sie sind dann – was ich nicht für sehr fair halte, – hergegangen und haben einen eigenen Beschlusantrag eingebracht. Und heute tun Sie es wieder. Und schauen Sie sich vor Ort die Situation einmal an. Es sind ausreichend Einrichtungen vorhanden. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist keine konstruktive Arbeit, die Sie da machen. Und nun bin ich am Schluß. Ich will damit nur sagen, daß unsere Fraktion Ihrem Beschlusantrag nicht die Zustimmung erteilt. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 19.12 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wabl. Ich erteile es ihm, in Vorbereitung Frau Abgeordnete Wicher.

**Abg. Dr. Wabl (19.13 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es trifft sich gut, daß ich gleich nach der Kollegin Bachmaier-Geltewa zu Wort komme, damit habe ich gar nicht gerechnet. Aber nachdem Pro- und Kontraredner hier durcheinandergemischt werden, ist es sehr günstig. Kollegin Bachmaier-Geltewa, auch wenn Argumente da hier noch so laut vorgetragen werden, deswegen werden sie nicht besser und deswegen werden sie nicht richtiger. Der Frau Kollegin Zitz hier vorzuwerfen, daß sie eigene Beschlusanträge einbringt, wenn man das anschaut, welche Beschlusanträge wir Grünen hier immer wieder einbringen und mit welcher gleichmäßigen Monotonie die von euch abgelehnt werden, ich will gar nicht sagen, welche Anträge wir heute eingebracht haben zur Änderung des Budgets. Da waren Dinge dabei, wo man eigentlich sagen müßte, das wäre doch selbstverständlich, Verbesserung der Dotation für alle möglichen Angelegenheiten. Und was habt ihr gemacht? Immer wieder abgelehnt. Da kann man sagen, großartig, Herr Kollege Vollmann, man muß euch konzedieren eine demokratiepolitische Reife, die zum Himmel schreit. (Beifall bei den Grünen.) Und da muß man sagen, ein Landtag, der sich selbst so weit reduziert, daß er einen Abänderungsantrag von Minderheitsfraktionen zum Budget, der für dieses Jahr gilt, für dieses Budget, nur ablehnt, weil man sagt, wir sind mehr, wir haben mehr Rechte, wir haben mehr Möglichkeiten, wir nehmen das zur Kenntnis. Ich hoffe nur, daß eure sozialpolitischen Unzulänglichkeiten endlich die Wählerinnen und die Wähler entsprechend quittieren. Das hoffe ich nur. Und ich bin überzeugt davon, daß unsere Ideen zur Sozialpolitik weitreichender sind, zukunfts-trächtiger und vor allem auch von den Leuten verstanden werden.

Und Kollegin Bachmaier, du sitzt bei der Arbeiterkammer und du behauptest – das ist ja das, was mich am meisten deprimiert –, daß ihr die sozialpolitische Kompetenz mit dem großen Löffel gegessen habt. Wie

lange hat das gebraucht, daß die Arbeiterkammer bereit war, alle jene Frauen und Männer, die berufstätig waren, und da hat der Kollege Schützenhöfer sich zu Recht sehr oft aufgeregt, die einen Arbeiterkammerbeitrag leisten, daß ihr die vertreten habt bei den Sozialgerichten. Das hat sehr lange gebraucht. Da hat es geheißen, man muß auch noch zur Gewerkschaft gehen, damit man eine Doppelmitgliedschaft hat, weil dann wird es erst bezahlt. Und erst unter dem Eindruck der Zacharias- und Rechberger-Festspiele habt ihr erkannt, daß das Image und das Ansehen der Arbeiterkammer auf dem Spiel steht. Und seit damals vertreten ihr erst alle, weil die Leute gesagt haben, da waren welche dabei, Zahnarztassistentinnen oder solche mit kleineren Betrieben, die waren nicht bei der Gewerkschaft, aber mühsam und bitter verdiente Schillinge haben sie bei der Arbeiterkammer eingezahlt. Und wenn sie dann gekündigt und entlassen wurden, dann habt ihr gesagt, nein, sie müssen zur Gewerkschaft gehen. (Abg. Schrittwieser: „Ist längst vorbei!“) Du warst es, Vollmann, und erster Präsident Schmid in der Steiermark, und dann ist es österreichweit durchgeführt worden. Daher, wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Und wenn ich dann höre, Kollegin Gross, ich akzeptiere und bewundere deine Arbeit im Rahmen der Volkshilfe und habe großen Respekt davor, das möchte ich dir hier zustehen, aber wenn du hier eine Ansprache hältst gegen den Megakapitalismus, gegen die Seelenlosigkeit dieser Gesellschaft, gegen die Konsumgesellschaft, wo jene unter die Räder kommen, die nicht mitkönnen, weil sie zu schwach sind, dann bitte, ich höre dir gerne zu, aber bitte verwende all deine Kraft darauf, daß du das in Wien bei den Spitzen deiner Partei sagst, bei den Spitzen der Gewerkschaft. Damit bin ich schon am Ende. Leider Gottes, ich habe noch etwas anderes sagen wollen. Ein letztes: Wenn ich dann – das trifft mich zutiefst in der Seele, das wird euch zwar freuen, aber es wird auch anderen so gehen. Im Jahr 1995 habt ihr die Wahl gewonnen mit dem Vranitzky-Brief, wo man gesagt hat, der Schlüssel will den Leuten die Pension wegnehmen, und daher wählt rot, und es wird nichts geändert werden. Und jetzt lese ich Plakate „Für gerechte Pensionen, ihre Sozialdemokraten“. Dieser Zynismus, der deprimiert mich zutiefst. Ein Pensionssystem, wo 100.000 von Frauen keinen eigenen Pensionsanspruch haben – und die Edith hat es vorher erwähnt –, Frauen, die geschieden sind, die den wichtigsten Beitrag für diese Gesellschaft geleistet haben, daß sie Kinder aufgezogen haben, bei denen ist die Eingangsbarriere nicht reduziert worden, die fallen heute noch immer durch den Rost. Oder auf der anderen Seite, wir haben zig Tausende Pensionisten und Pensionistinnen, die 50.000 Schilling und mehr Pension haben. Und dann wird gefeiert, daß ab dem Jahr 2003 eine geringe Durchrechnung eingeführt wird. Und wenn wir Grüne dann vorschlagen, wenigstens daß die derzeitigen Höchstpensionisten ein bißchen was spüren, eine Nullpensionsrunde ab 30.000 oder 40.000 Schilling im Interesse der Jugend und für Jugendarbeitsplätze, dann heißt es, das können wir nicht machen, weil das ist nicht zumutbar, das sind wohlverdiente Rechte. Wenn dieses System aufrecht erhalten wird, ich sage es euch, der soziale Friede in diesem Land ist mehr denn je gefährdet. Das

möchte ich euch ins Stammbuch schreiben. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der FPÖ. – 19.19 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Wicher, ich erteile es ihr. In Vorbereitung Frau Abgeordnete Hartinger.

**Abg. Wicher (19.19 Uhr):** Herr Präsident, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erstmals möchte ich mich bei meiner Kollegin Bachmaier-Geltewa für die Aufklärung bedanken, daß Telearbeit für Behinderte nicht nur zu Hause vor sich gehen soll, was wir von den Behindertenorganisationen nicht sehr goutiert hätten, weil es die Isolation von Behinderten eher nur gefördert hätte. Das einmal zu Ihrer Wortmeldung. Das zu Ende gehende Jahr ist ein guter Anlaß dafür, darüber nachzudenken, was so alles im Laufe des Jahres geschehen ist. Ein eminent wichtiges Datum war für mich und für viele behinderte Menschen der 9. Juli dieses Jahres. An diesem Tag beschloß der Nationalrat, die Nichtdiskriminierung behinderter Menschen als Staatszielbestimmung aufzunehmen. Bund, Länder und Gemeinden sind darin aufgefordert, die Staatszielbestimmung in ihrem Zuständigkeitsbereich umzusetzen. Erfreulicherweise hat unser Verfassungsdienst prompt darauf reagiert. Alle zuständigen Abteilungen sind jetzt aufgefordert, vor allem im Förderbereich die Staatszielbestimmung zu beachten. Wäre ich Herr Magister Schöffmann vom ORF, würde ich für diese Tat ein „dickes Plus“ vergeben, und das besonders an den Herrn Hofrat Wielinger. Für mich persönlich, und das darf ich sagen, ist diese Entscheidung eine gewisse Genugtuung, bedeutet diese Anweisung doch, daß mein Antrag, Förderbestimmungen im Tourismusbereich betreffend, doch nicht so illusorisch und utopisch war, wie man es mir eigentlich zu verstehen gegeben hat. Am 3. Dezember dieses Jahres, dem Internationalen beziehungsweise dem Europäischen Tag der behinderten Menschen, überreichte der Vorstand der Steirischen Behindertenhilfe, und dem darf auch ich angehören, Frau Landesrätin Dr. Rieder die Standardrolls der Vereinten Nationen. In diesen wird vor allem die Forderung erhoben, Behindertenorganisationen in die Gesetzgebung einzubeziehen. Die Steiermark tut dies bereits in der Erstellung des Behindertenplanes. Nur scheint mir, daß die mit der Durchführung beauftragte Firma dabei irgend etwas falsch verstanden haben muß. Ohne auch nur den Ansatz eines Konzeptes vorzulegen, fordert sie von den Behinderten- und von den Trägerorganisationen nicht nur das gesamte Know-how ein, sondern auch einen gewaltigen Arbeitsaufwand, und den unentgeltlich. Ich denke, so kann das nicht sein. Ebenfalls am 3. Dezember beklagte anläßlich einer Diskussionsveranstaltung die Mutter eines schwerstbehinderten Kindes, daß nach wie vor 40 Prozent des Pflegegeldes bei nicht internatmäßiger Unterbringung, unabhängig davon, wie lange die Einrichtungen in Anspruch genommen werden, einbehalten werden. Dazu möchte ich anmerken, daß es bereits seit Mai dieses Jahres einen einstimmig gefaßten Beschlusantrag gibt, in dem die Landesregierung ersucht wird, diesbezügliche Vorschläge zu

unterbreiten. Für das kommende Jahr bleibt viel zu tun. Ich meine, daß wir uns vor allem als Abgeordnete vermehrt um chronisch kranke Menschen kümmern sollten, seien es Multiple-Sklerose-Patienten, Muskelkranke oder Menschen, die an Krebs oder Aids erkrankt sind. Sie alle bedürfen unserer besonderen Unterstützung und, was vielleicht noch wichtiger ist, unserer besonderen Zuwendung. Es kann und darf, meine Damen und Herren, nicht angehen, daß eine junge Frau, der die schreckliche Diagnose, multiple Sklerose zu haben, mitgeteilt wurde, postwendend von ihrem Dienstgeber gekündigt wird. Dies zeigt nicht nur von einer Unwissenheit, was das Wesen und den Verlauf einer solchen Erkrankung betrifft, sondern von einer für mich vollkommen unfaßbaren Unmenschlichkeit. Wenn wir alle unsere Aufgabe ernst nehmen, dann bleibt auch in der Zukunft kaum Zeit für uns, uns auf irgendwelchen Lorbeeren auszurufen. Danke vielmals. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 19.25 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile es ihr. In Vorbereitung Frau Abgeordnete Kaufmann.

**Abg. Mag. Hartinger (19.25 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus, Frau Landesrätin!

Die Pflege alter und kranker Menschen zu Hause, kurz die Hauskrankenpflege genannt, ist gerade durch die Zeiten der Änderung des Finanzierungssystems im Krankenhauswesen ein sehr brisantes Thema. Die schnelleren Entlassungen aus dem stationären Akutbereich, die durch das Finanzierungssystem bedingt und gewollt sind, machen zunehmend eine flächendeckende extramurale Pflege erforderlich. Wie schaut das am österreichischen Markt aus? Am österreichischen Markt stehen 50 Prozent Akutversorgung 40 Prozent Langzeitpflege und 10 Prozent Hauskrankenpflege gegenüber. Wenn wir in den Norden von Europa nach Schweden hinaufschauen, so ist dort nur 25 Prozent Akutversorgung und bereits 75 Prozent Versorgung in Pflegeheimen und Homecare, wie es dort bezeichnet wird, also Hauskrankenpflege. Sie sehen, das ist bereits um die Hälfte mehr als bei uns in Österreich und auch in der Steiermark. Das heißt, daß wir hier, Frau Landesrat, einen sehr großen Handlungsbedarf haben. Sie haben dankenswerterweise einen steirischen Bedarfs- und Entwicklungsplan in Auftrag gegeben, was ich mir in anderen Bereichen, wie zum Beispiel im Gesundheitsbereich, auch wünschen würde, der im April dieses Jahres fertiggestellt und vorgelegt wurde. Was mir jetzt fehlt, sind die Initiativen, die dadurch zu setzen sind, nämlich außer der Feststellung, daß in der Steiermark rund 18.000 Menschen hilfsbedürftig und rund 67.000 Menschen pflegebedürftig sind, und daß hauptsächlich, wie sie das in einer Zeitschrift genannt haben, die Partner und die Töchter die Angehörigen pflegen und die Söhne pflegefaul sind, sehe ich leider Gottes keine Maßnahme zur Behebung der Defizite und der Mängel im Bereich der mobilen Krankenhauspflege. Laut Ihrer Analyse, die Sie in Auftrag gegeben haben, fehlen nämlich bis zum Jahr 2010, und das, meine Damen und Herren, ist sehr bald, 200 Hauskrankenpfleger beziehungsweise Hauskrankenpflegerinnen, und

zwar absolute Fehlbestände in den Bezirken Radkersburg, Knittelfeld und Fürstenfeld – die regionalen Abgeordneten schlafen hier anscheinend, 380 Alten- und Pflegehelferinnen, 190 Heimhilfen. Der Fehlbestand liegt daher bei rund 800 Personen. 800 Personen, 800 Arbeitsplätze im Gesundheits- und Sozialbereich. Ich frage daher besonders Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, Herr Kollege Gennaro, Sie kämpfen doch für Arbeitsplätze. Hier wäre ein Bedarf gegeben. Aber hier wird leider nichts getan. Weiters fehlen: rund 1000 Heimplätze, wieder rund 460 Dienstposten, rund 200 Ergo- und Physiotherapeuten. Wo sind hier die Maßnahmen, wo kann hier die Qualität und der Bedarf gedeckt werden? Ich sehe nur einen armen Patienten, der, wenn er aus dem Krankenhaus herauskommt, ins schwarze Loch fällt. (Abg. Gross: „Wir haben im Jahr 1997 283 Dienstposten geschaffen mit Hilfe der Landesrätin und der Landesregierung. Sagen Sie nicht, wir machen überhaupt nichts!“) Frau Kollegin, da ist eine Erhebung, die Ihre Frau Landesrat in Auftrag gegeben hat, und ich erwarte mir bis 2010, in welcher Form sie diese Dienstposten, diese Arbeitsplätze schaffen wird können. Das erwarte ich mir. Und da erwarte ich mir ein Konzept. Der Patient im Krankenhaus hat nämlich weiters noch ein Glück. Er hat dort eine Patientenanwältin als Beschwerdestelle, aber wen hat der Pfegling? Egal, ob er jetzt zu Hause gepflegt wird oder in einem Pflegeheim. Er hat niemanden. Es gibt nämlich keine behördliche Aufsicht, es gibt keine Qualitätskriterien, es gibt keinen Notruf, wo der Bürger im Notfall Hilfe bekommt. Und, meine Damen und Herren, ich war gerade am Wochenende in Deutschland und habe mir auch dort das System der Hauskrankenpflege, der Pflegebetreuung angeschaut. Hier gibt es Qualitätskriterien für einen ambulanten Pflegedienst. Hier gibt es ein Projekt Verbraucherschutz in der ambulanten Pflege. Alles Dinge, die wir in Österreich auch umzusetzen hätten. Kollege Lopatka hat so schön gesagt, es ist wichtig, daß die Familie, daß die Angehörigen die Pfeglinge pflegen beziehungsweise betreuen. Das ist schon richtig. Das ist sicher auch ein gesellschaftliches Problem, daß wir das im verstärkten Maße fordern sollen. Aber, meine Damen und Herren, es gibt Grenzen in der Pflege. Grenzen nämlich dort, wo wir Qualität und Fachlichkeit brauchen und wo gewisse – ich denke nur an Diabetiker oder ich denke, wenn einer einen offenen Fuß hat eben durch Diabetes – geschulte Fachkräfte gebraucht werden, eine Krankenschwester. Und deshalb ist es auch sehr wichtig, daß hier Qualitätskriterien für die Pflege im extramuralen Bereich festgelegt werden. Menschlichkeit und menschliche Wärme ist sicher sehr wichtig, aber eben auch Fachlichkeit. Und, meine Damen und Herren, ich weiß schon, es gibt mehrere Anbieter hier am Markt, es gibt die Volkshilfe und es gibt das steirische Hilfswerk. Und es gibt auch unabhängig – würde ich einmal sagen –, das Rote Kreuz, die Caritas, die Bruderlade. Und hier möchte ich auch eines betonen, weil ich etwas gehört habe. Ich will diese Dinge ihnen nicht unterstellen, aber ich habe sie gehört, daß manche Bürgermeister beauftragt werden, gewisse Trägerorganisationen zu bestimmen, und das hoffe ich nicht, daß das gemacht wird, weil hier sollte die Qualität im Vordergrund stehen und nichts anderes. (Beifall bei der FPÖ. – 19.32 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kaufmann, in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Pußwald.

**Abg. Kaufmann (19.32 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Darf ich gleich eine Frage an meine Vorrednerin stellen? Frau Kollegin Hartinger, stimmt ihr der Gruppe 4 zu beim Budget? (Abg. Mag. Hartinger: „Nein!“) Das verstehe ich jetzt aber nicht, denn gerade in dieser Gruppe werden eine Reihe von diesen Dingen, die jetzt gerade hier gefordert worden sind, verwirklicht werden. Und dann stimmen Sie dem einfach nicht zu? (Abg. Mag. Hartinger: „Wo ist ein Gesamtkonzept?“) Ich verstehe das insgesamt nicht. Ich verstehe auch den Herrn Kollegen Schinnerl nicht, aber ich glaube, das ist so nicht der Zweck, er will ja nicht verstanden werden. (Abg. Mag. Hartinger: „Wo ist ein Gesamtkonzept?“)

Ich möchte zu einem Bereich reden, wo ich glaube, daß sehr vieles passiert ist. Alle jene, die die Obersteiermark kennen, wissen, daß wir noch immer große Schwierigkeiten haben, daß wir noch immer eine schlechte wirtschaftliche Lage haben. Die Zahl der Arbeitslosen gerade in unserem Bezirk ist erschreckend hoch. Und man kann sich vorstellen, wenn schon Akademiker und hochqualifizierte Facharbeitskräfte keine Arbeitsstelle finden und arbeitslos sind, wie schlecht es erst dann um Minderqualifizierte oder Ältere oder Wiedereinsteigerinnen bei der Arbeitssuche steht. Diese Situation war für unsere Soziallandesrätin Rieder ein Grund, in Leoben sozialökonomische Betriebe und Beschäftigungsgesellschaften zu installieren beziehungsweise zu fördern. Und wenn jetzt – jetzt muß ich das noch dazwischen hineinbringen – der Kollege Schinnerl sagt, wir sollen aufhören, uns zu bedanken, Landesräte machen nur ihre Pflicht, dann denke ich mir, ganz so kann das nicht sein, weil jeder Landesrat hat die Möglichkeit, in seinem Budget Prioritäten zu setzen. Und in unserem Budget ist eine oder im Budget der Frau Landesrätin Rieder ist eine der Prioritäten eben, jenen Arbeitslosen, die schwer vermittelbar sind, aus irgendwelchen Gründen zu helfen. Und dafür, Frau Landesrätin Rieder, danke ich dir. (Beifall bei der SPÖ.) Durch diese Maßnahmen konnten mehr als 90 Arbeitsplätze geschaffen werden mit einem Landesfinanzierungsanteil von rund 5 Millionen Schilling allein für den Bezirk Leoben. Zwei Beispiele möchte ich anführen:

Als erstes Beispiel den Verein, der sich „Bucklkraxn“ nennt, der für fast 30 sozial benachteiligte Menschen Arbeit bietet. Und zwar sind das Menschen, die vor allem wegen ihrer persönlichen Entwicklung und daraus resultierenden Schwierigkeiten keine Chancen haben, auf dem regionalen Arbeitsmarkt unterzukommen. Dazu zählen zum Beispiel Haftentlassene, Vorbestrafte, Sonderschulabgänger, Jugendliche ohne Schulabschluß, Obdachlose und so weiter. Durch eine intensive Betreuung im Projekt sollen die einbezogenen Personen nach spätestens zwölf Monaten in der Lage sein, am regulären Arbeitsmarkt vermittelt zu werden oder an einer zweckmäßigen Schulungsmaßnahme der Arbeitsmarktverwaltung teilzunehmen. Und jeder, der solche Problemgruppen kennt und weiß, wie schwierig es mit ihnen ist, kann

sich mit mir darüber freuen, daß es mehr als einem Drittel der Teilnehmer bei diesen Projekten gelingt, in einem Dienstverhältnis am regulären Arbeitsmarkt Fuß zu fassen beziehungsweise in einer der Schulungsmaßnahmen eben einzutreten.

Als zweites Projekt in meinem Bezirk möchte ich die Beschäftigungsgesellschaft im Telepark Trofaiach vorstellen. Auch dieses Projekt wurde von unserer Soziallandesrätin ins Leben gerufen. Hier gelten als Zielgruppe besonders oder hauptsächlich Frauen. Und zwar handelt es sich um 24 Arbeitsplätze, Frauen, die langzeitarbeitslos sind, Frauen mit Betreuungspflichten, Wiedereinsteigerinnen, Sozial- und Notstandshilfeempfängerinnen, Arbeitsentwöhnte und Personen mit Vermittlungsbehinderungen. Die Organisationsform hat man in eine Beschäftigungsgesellschaft gewählt, weil sie am effizientesten eine Reihe von Maßnahmen untereinander koordinieren kann. Die geplanten Beschäftigungsfelder lassen sich grob in zwei Bereiche gliedern. Auf der einen Seite in den Bürobereich, wo es darum geht, jene Dienstleistungen, die unter den Begriff „Telefonmarketing“ beziehungsweise „Bürokaufmännische Arbeiten“ eingeteilt werden können. Hier besteht Nachfrage von Auftraggebern in völlig neuen Bereichen. Auf der anderen Seite kann man einteilen in den Bereich von EDV und Internet, wo Dienstleistungen im Zusammenhang mit der fortschreitenden Vernetzung der Institutionen und Betriebe, der Onlinedienste sowie das Internet angeboten werden. Mit dieser Beschäftigungsgesellschaft soll nicht nur die momentane Situation am regionalen Arbeitsmarkt entschärft werden, sondern sie soll auch im arbeitsmarktpolitischen Präventivbereich richtungsweisend für weitere Projekte dieser Art tätig sein. Meine sehr geehrten Damen und Herren, für Danksagungen in meinem Bezirk ist zwar jemand anderer zuständig, aber heute darf auch ich einmal, und zwar noch einmal den Dank an die Frau Landesrat Rieder aussprechen im Namen dieser Arbeitslosen, die ohne solche Projekte keine Chance am Arbeitsmarkt hätten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.38 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr. Und in Vorbereitung der Abgeordnete Tschernko.

**Abg. Pußwald (19.38 Uhr):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nur zur Aussage von Frau Hartinger sagen, der Bezirk Knittelfeld war einer der ersten Bezirke, der die mobilen Hilfsdienste für Alten- und Krankenpflege eingerichtet hat und zwischen Hilfswerk und Volkshilfe flächendeckend vorbereitet hat. Ich verstehe diese Anschuldigung oder diese Herausforderung nicht ganz.

Ich möchte jetzt diese paar Minuten nutzen, um zum Budgetansatz für familienpolitische Maßnahmen ein paar Gedanken zu verlieren, einfach deswegen, weil sich im Zuge der Globalisierung auch auf diesem Gebiet unendlich viel verändert hat und bewegt und wir uns darüber einmal Gedanken machen sollten. Die Veränderungen des Arbeitsmarktes ziehen vielfältige Anforderungen an die alltägliche Lebensführung. Die

Verschiebung zum Dienstleistungssektor setzt einerseits eine bessere beziehungsweise höhere Qualifikation und auch eine größere Flexibilität voraus, was grundsätzlich für den Leistungsempfänger begrüßenswert ist, aber vom Leistungsgeber größere Persönlichkeitsmerkmale fordert, wie flexiblere Formen des Alltagslebens. Um am Arbeitsmarkt überhaupt bestehen zu können, sind lebensbegleitende Weiterbildung sowie berufliche und räumliche Mobilität gefragt. Sollten Haushalte diese höheren Anforderungen kompensieren müssen, wird es zunehmend den Verzicht auf dauerhafte Partnerschaften geben und wahrscheinlich auch weniger Kinder. Ohne falsch verstanden zu werden, die Auswirkungen der höheren beruflichen Qualifikationen sind grundsätzlich positiv, sie erhöhen eben die persönliche Autonomie, aber sie verdichten grundsätzlich auch die Herausforderungen, das heißt, die zunehmende Verantwortlichkeit im Dienstleistungsbereich, damit höhere physische und auch psychische Beanspruchung und persönliche Disziplin, gehen damit einher. Natürlich stellt sich für viele die Frage, Anpassung oder Widerstand. Und diese Frage gilt es vor allem für die Frauen zu lösen. Wissend, daß die Einkommensarmut auch das Abgleiten sofort unter die Armutsgrenze, wie es Barbara Gross heute schon angesprochen hat, beschleunigt, ist es doch ein Problem, das in eine Vernetzung hineingeht, die mehrere oder sogar viele Personen betrifft. Erwähnen möchte ich, daß jede grobe und langfristige Vernachlässigung der Bedürfnisse des privaten Lebens auch die Lebensqualität, die kulturellen und die sozialen Kapazitäten nachhaltig beeinträchtigt. Die Dominanz des Erwerbslebens ist durch die Globalisierung und durch diesen raschen Wandel im alltäglichen Handeln zunehmend vergrößert. Und das bringt vermehrt Probleme für Kinder, für Jugendliche, für Alleinstehende, für Randgruppen und für Familien. Das Statistische Zentralamt hat für Österreich ein Bruttoinlandsprodukt von 2000 Milliarden Schilling errechnet. Gleichzeitig wurde mit dieser Studie auch eine Zeitbudgeterhebung der Österreicher und Österreicherinnen durchgeführt, und zwar über die Familien- und Haushaltsarbeiten. Würden diese jetzt mit dem Mindestlohn bewertet werden, würde sich das Bruttoinlandsprodukt sofort um 40 Prozent erhöhen. Die Firma Tupperware, uns allen bekannt, hat europaweit eine Studie durchgeführt, bei der 72 Prozent der Frauen das Bild der klassischen Hausfrau sehen, 57 Prozent aber sich nicht damit identifizieren wollen, und rund 75 Prozent die Hauswirtschaft als lästige Pflichterfüllung sehen. Damit ist eigentlich sehr vieles ausgesagt. Ich glaube daher, daß der Bereich Hauswirtschaft eigentlich ein Motor für soziale Veränderungen sein könnte. Wir erleben es und haben heute auch schon mehrfach darüber gesprochen. Beispielsweise hat der „neue“ Mann einen anderen Zugang zur Familienarbeit gefunden. Kinderbetreuung außerhalb, Unterstützung von außen für Alten- und Behindertenbetreuung, neue Produkte, wie Convenience-Produkte und Fertigprodukte beispielsweise am Lebensmittelbereich, Essen auf Rädern als Dienstleistung. Man könnte das noch in vielfältiger Weise fortführen. Nicht erfaßt sind aber die menschlich notwendigen Dimensionen, die das Zusammenleben und wahrscheinlich auch die Sehnsucht der Menschen ausmachen: die Sehnsucht nach Verlässlichkeit, Ge-

borgenheit, Unterstützung, Zuhören und ähnlichem. Das sind Dinge, die vielleicht neu und anders bewertet werden müssen. Wenn es uns gelingt, so wie in der Umweltpolitik, daß auch die Gesellschaft ein Biotop ist, das nicht grenzenlos belastbar ist, dann haben wir auch hier neue Möglichkeiten der beruflichen Tätigkeit anders zu erschließen, Lebenswelten, Lebensqualitäten besser zu erfassen. Denn die Familien sind kleine, enorm belastbare Regenerationsbereiche und humane Biotope. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die strukturellen Rücksichtslosigkeiten der Gegenwart nehmen wenig Rücksicht auf jene, die diese Leistungen brauchen beziehungsweise erbringen. Die Familie ist der bevorzugte Ort der Verflechtung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Vielfalt der unverzichtbaren Funktionen wird immer größer. Wir müssen wieder ein gemeinsames Zusammendenken und nicht Auseinanderdenken lernen. Je komplexer unsere private, berufliche und gesellschaftliche Situation wird, umso wichtiger ist es, Unterstützung für die Alltagsbewältigung zu ermöglichen und zu geben. Das, was für die Umwelt gilt, muß auch für die Menschen gelten. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 19.44 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernko. In Vorbereitung Herr Abgeordneter Vollmann.

**Abg. Tschernko (19.44 Uhr):** Herr Präsident, Frau Landesrat, meine Damen und Herren!

Ich werde heute über einen sehr eingeschränkten Bereich, nämlich über die Alten- und Pflegeheime, und ganz kurz über die Sozialhilfverbände sprechen. Ich möchte aber eingangs der Kollegin Zitz und der Kollegin Keshmiri für die Mitarbeit im Ausschuß danken. Das möchte ich von dieser Stelle hier sagen. (Beifall bei den Grünen.) Es ist schon richtig, denn die beiden kleinen Fraktionen haben sehr viele Aspekte eingebracht, die auch aufgenommen und umgesetzt wurden. Diese Aspekte sehe ich positiv und möchte das heute nicht von der negativen Seite beleuchten. Meine Vorredner und Vorrednerinnen haben über das neu zu beschließende Sozialhilfgesetz ihre Meinung kundgetan, pro und kontra. Ich persönlich bin froh, daß nun nach zehn Jahren das derzeit geltende Sozialhilfgesetz novelliert wird. Die Gesellschaft entwickelt sich weiter, und ich denke, wenn das Gesetz nicht mehr seinen Anforderungen entspricht, dann können wir einen Schritt weitergehen und es weiterentwickeln. Der wohl zentralste Punkt und die wesentlichste Erneuerung des Sozialhilfgesetzes sind die integrierten Gesundheits- und Sozialsprengel, die den steigenden Bedarf an sozialen Dienstleistungen in der Steiermark decken werden. Das bedeutet, daß Bürgermeister in den Gemeinden mehr an Verantwortung übernehmen müssen, und daß neue Strukturen vor Ort und in der Gemeinde entstehen, um die zunehmenden Aufgaben im Pflegebereich abzudecken. Wir alle wissen aber, daß der Anteil der älteren Pflegebedürftigen, und das ist heute schon einmal gesagt worden, von heute 21 Prozent im Jahr 2011 auf 30 Prozent ansteigen wird. Deshalb ist die volkswirtschaftliche Bedeutung der Pflegedienste nicht außer acht zu lassen. Bedenken wir nur, daß rund 2,5 Milliarden Schil-

ling an Pflegegeld von rund 17 Milliarden Schilling österreichweit in der Steiermark ausbezahlt werden, und das Land Steiermark zahlt einen Anteil von 662 Millionen Schilling. Über 1000 Menschen, vor allem Frauen, finden hier ihre Beschäftigung bis zum Jahr 2010. Diese Arbeitsplätze werden sich bis zum Jahr 2010 sogar verdoppeln. So werden demnächst viele private Träger den Gemeinden, und die Betonung liegt jetzt auf viele, „mehrere“, und nicht ein privater Träger, wie es heute schon vermutet wurde, ihre Dienste anbieten, und die Gemeinden werden sich zu Sprengel zusammenschließen. Neu in diesem Gesetz ist auch die Regelung, daß ein Bürgermeister im Sozialhilfeverband den Vorsitz führt, und nicht mehr der Bezirkshauptmann. Erwähnenswert, und die Frau Kollegin Keshmiri hat das als Grundrecht eingestuft, ist noch die Taschengeldregelung, die für alle Bezirke Gültigkeit hat, und auch das freie Heimwahlrecht. Ich möchte jetzt ganz kurz auf die Studie eingehen, die die Kollegin Hartinger schon erwähnt hat. So gab es in den letzten zehn Jahren auch eine Veränderung in der Bedarfsstruktur und in der Nachfrage an Wohn- und Pflegeheimen. Und während der Bedarf an Wohnplätzen stagniert und in manchen Regionen sogar abnimmt, steigt der Bedarf und die Nachfrage nach Plätzen für pflegebedürftige Menschen deutlich an. Und jetzt kurz aus dieser ÖPEG-Studie die Trägerstruktur, wie sieht sie bei uns in der Steiermark aus? Rund 41 Prozent der Heime, aber rund 78 Prozent der Heimplätze werden von gemeinnützigen Trägern angeboten. Das heißt, öffentliche Hand, caritative Organisationen. Und mehr als die Hälfte aller Heime stehen unter privatgewerblicher Rechtsträgerschaft. Das heißt, es sind ganz genau 59 Prozent. Die öffentliche Hand ist der Träger von knapp einem Drittel der Einrichtungen und die privatgemeinnützigen Träger und Stiftungen rund 10 Prozent und spielen daher eine eher untergeordnete Rolle. In Zahlen ausgedrückt heißt das, daß die Steiermark gegenwärtig über 170 Alten- und Pflegeheime mit über 7600 Heimplätzen, davon 2500 Wohnplätze und 5100 Pflegeplätze, verfügt. Diese gegenwärtige Entwicklung zielt eher auf Quantität als auf Qualität ab, auch wenn die andere Ziffer im Pflegebereich und in den Bezirken einen Auslastungsgrad von 95 Prozent erreicht. Meine Damen und Herren, ich möchte das jetzt nicht als Vorwurf in den Raum stellen, aber ich fordere eine Qualitätsverbesserung im Pflegebereich in den Alten- und Pflegeheimen, denn sie kann in erster Linie nur von Menschen und durch die Änderung von personellen und baulichen Strukturkriterien erbracht werden. Denn hinsichtlich der Ausstattung der steirischen Alten- und Pflegeheime mit Pflege- und Betreuungspersonal muß ich sagen, daß wir derzeit einen klaren Mangel an Betreuungsqualität haben. Denn heute und in Zukunft gibt es nicht nur mehr – das ist auch schon von der Kollegin angesprochen worden – die Satt- und Sauberpflege. Es geht auch um ein Mindestmaß der aktivierenden Pflege. Das heißt, daß therapeutische und rehabilitative Leistungen in den Heimen sichergestellt werden müssen. Uns fehlen Physiotherapeutinnen/therapeuten ebenso oder Erotherapeutinnen/therapeuten. Pro pflegebedürftigen Heimwohner wird ein Standard vorgegeben von 1 zu 30. Derzeit ist unser Personalschlüssel bei 1 zu 640. Das heißt, nur 8 Prozent der Physio- und Erotherapeutinnen und -therapeuten

stehen 7000 Heimbewohnern gegenüber. Das ist jetzt kein Vorwurf an die Frau Landesrat Rieder, denn ich denke, daß diese Defizite – und ich wünsche es mir – bis zum Jahr 2000 in Stärken umgewandelt werden und daß insgesamt die Entwicklung in den Pflegeheimen und Altenheimen aus meiner Sicht eine richtige ist, wenn der Qualitätsansatz in der aktivierenden Pflege und auch in der Kurzzeitpflege weiter ausgebaut wird. (Beifall bei der ÖVP. – 19.52 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Vollmann. In Vorbereitung die Frau Abgeordnete Beutl.

**Abg. Vollmann (19.52 Uhr):** Herr Präsident! Sehr verehrte Frau Landesrätin! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Sozialhilfegesetz ist eine lange Geschichte. Es ist heute schon einige Male gesagt worden, und gerade als einer jener, der seit wirklich zehn Jahren mit dem Kollegen Lopatka diese Verhandlungen geführt hat in den Unterausschüssen und mit den gemeinsamen Bestrebungen, etwas zu erreichen, weiß ich, um was es dabei geht. Und der Kollege Lopatka hat heute schon erläutert, daß wir wirklich in dieser Verantwortung immer versucht haben, für die Menschen, denen es der Hilfe bedarf, das Beste getan zu haben. Natürlich gibt es Unterschiede in den einzelnen Bezirken. Die wollen wir ja damit beseitigen mit diesem Gesetz, und wir wollen vor allem durch die integrierten Gesundheits- und Sprengel hier die Möglichkeiten der Pflege ausweiten. Meine Damen und Herren! Die Vereinbarung des Bundes und der Länder gemäß Artikel 15 a BVG zum Pflegegeldgesetz ist eine lange, hat mehrere Artikel und setzt genau voraus, was zu leisten ist. Es hat aber dieses Pflegegeldgesetz auch die Möglichkeit geboten, den privaten Institutionen, den Haushalten und den vielen, die daheim tätig sind und ihre Angehörigen pflegen, ein Einkommen zu sichern. Das war auch so gedacht, meine Damen und Herren, und das Pflegegeld ist nicht so gering. Es soll den Aufwand bis zu einem gewissen Grad auch durch finanzielle Deckung im Endeffekt decken. Meine Damen und Herren, das heißt nicht, daß wir nicht jenen Angehörigen, die aufopfernd ihre Familienmitglieder pflegen, zu danken haben. Früher einmal war es eine Selbstverständlichkeit, und es hat überhaupt niemand gefragt. Ich bin in einem solchen Verband aufgewachsen, wo es selbstverständlich war, daß mein Vater und meine Mutter ihre Eltern gepflegt haben, die meine Großeltern waren. Und es hat dafür kein Geld gegeben, denn das war selbstverständlich. Heute ist das nicht mehr selbstverständlich, wir müssen es zur Kenntnis nehmen. Aber, meine Damen und Herren, wir wenden viel auf. Ich nehme immer gerne das Beispiel aus meinem eigenen Bezirk. Wir haben im Bezirk Mürzzuschlag drei Seniorenheime mit 270 Plätzen, wir haben dankenswerterweise das Landesaltenpflegeheim mit über 300 Plätzen. Und in diesen Heimen, liebe Frau Kollegin, darf ich Ihnen sagen, kümmert man sich schon um die Menschen. Bei uns ist da niemand, der abseits steht oder der in einem solchen Heim niemand hat, den er ansprechen kann, sondern dem wird nach Möglichkeit jeder Wunsch von den Augen abgelesen. Und ich möchte auch hier einmal

dem Personal danken, das im gesamten Land für diese Menschen tätig ist, auch wenn sie eine Anstellung haben, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Denn sie sind aufopfernd unterwegs, und sie fragen oft nicht, ob nicht ihre Dienstzeit schon aus ist, sondern sie dauert oft länger. Meine Damen und Herren, auch die Aufwendungen für dieses Personal sind ansprechend. In diesen vier Heimen, die ich genannt habe, sind zum Beispiel die drei Seniorenheime mit 80 Beschäftigten, mit 33,04 Millionen Aufwand, und das Landesaltenpflegeheim Kindberg mit 133 Beschäftigten mit einem Aufwand von 53 Millionen Schilling. Ich habe das dem Voranschlag entnommen und im Voranschlag stehen, es ist eine erkleckliche Summe, die also hier nur für die Betreuerinnen und Betreuer aufgewendet wird. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, ich verstehe zwar, wenn man sagt, daß die Frau Kollegin Rieder eine gute Hacklzieherin wäre, mit dem Tischziehen, von dem heute gesprochen worden ist, lieber Kollege Schinnerl, Gott sei Dank ist sie eine gute Hacklzieherin, sonst hätte sie das Hacklschmeißen, das in vielen Bereichen erfolgt ist, nicht ausgehalten. Und dafür danke ich ihr. (Beifall bei der SPÖ.) Meine Damen und Herren, aber sie hat Gott sei Dank einen breiten Rücken und eine starke Brust. Verzeihen Sie, wenn ich das so sage, das ist sicherlich kein Problem. Ich meine es aber bitte von der Statur her, und aus keinem anderen Bereich, meine Damen und Herren. Und daher hat sie natürlich in diesen Bereichen all diese Dinge auch überstanden. Aber wenn Sie, lieber Kollege Schinnerl und alle anderen auch, die also hier dazu gesprochen haben, heute zur Frage der integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel reden, meine Damen und Herren – (Abg. Schützenhöfer: „Herr Kollege!“) sofort, ich habe nur fünf Minuten, Hermann –, ich verstehe dich, Kollege Schinnerl, das Papier ist gelb, und nicht blau, und daher hast du wahrscheinlich das ganze nicht gelesen, denn auf der letzten Seite steht all das drauf, was zu erheben ist, was du vermißt hast, was als das zukünftige Programm für diese Sprengel ist. Darf ich dich bitten, vielleicht schaust du es dir noch einmal an. Wir tun uns wahrscheinlich bei all diesen Beschlüßfassungen bedeutend leichter. (Abg. Schinnerl: „Zum Teil!“) Nicht nur zum Teil, sondern erschöpfend, weil es ja natürlich nach unseren Wünschen, die wir gemeinsam bei diesen Verhandlungen geäußert haben, erfolgt ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen aber auch in der Frage der Sozial- und Gesundheitssprengel das Beispiel aus der Praxis bringen. Wir sind derzeit der einzige Sprengel, der funktioniert. Wir haben vier Sprengel, die also 16 Gemeinden umfassen, wo also Hauskrankenpflege mit 8,25 Dienstposten und zwölf Personen, Heimhilfen, sechs Dienstposten in der Hauskrankenpflege im Sprengel Neuberg tätig sind, und es sind bei uns alle, die sich zusammengeschlossen haben, ob auf Vereinsebene oder auf privater Basis, in diese Bereiche integriert. Wir haben sechs Dienstfahrzeuge im dauernden Einsatz, was bitte allgemein mit Essen auf Rädern nichts zu tun hat, denn die kommen noch extra dazu, und wir haben bitte 21.000 Pflegestunden durch das Personal opfern lassen, wir haben 217 Patienten monatlich zu betreuen gehabt und 31.000 Hausbesuche zu machen. Ich sage das nur deshalb, damit Sie sehen, wie stark die Betreu-

ung in einem solchen Sprengel erfolgt. Ich beglückwünsche uns gemeinsam, daß es uns gelungen ist, diese Sprengel in das Gesetz als Vorschrift aufzunehmen. Glück auf und danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.59 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es ihr.

**Abg. Beutl (19.59 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Zum Themenbereich Pflege ist schon viel gesagt worden, möchte daher zu einem anderen Bereich Stellung nehmen, und erlauben Sie mir daher nur einen einzigen Satz. Ich freue mich sehr, daß es gerade im Zuge der letzten Pensionsverhandlungen geglückt ist, daß für jene, die für die Pflege zu Hause bleiben, eine vergünstigte Selbstversicherung ermöglicht wurde. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Wir wissen, daß das ein Wunsch und eine Forderung von uns allen war.

Wir haben viel gehört davon, daß sich die Gesellschaft in den letzten Jahren gewaltig verändert hat. Natürlich ist dieser Wandel, diese Veränderung auch nicht an den Lebensvorstellungen von Frauen vorübergegangen. So ist es nicht weiter erstaunlich, daß tatsächlich vor allem junge Frauen sich ihr Leben ganz anders vorstellen, als es vielleicht vor 15 oder 20 Jahren noch der Fall war. Eine Umfrage, von der erst jüngst berichtet wurde, hat bestätigt, daß Frauen zwischen 18 und 30, also junge Frauen, den größten Wunsch haben oder daß es für sie eine Unabdingbarkeit ist, tatsächlich ein zentraler Teil ihrer Lebensplanung, daß sie ihr Leben lang bis zur Pensionierung erwerbstätig sein möchten. Das bedeutet natürlich, daß wir uns auch von der Politik her auf solche individuelle Wünsche einstellen müssen, denn es kommt als Zweites ein ganz deutlicher Wunsch dieser jungen Frauen ebenfalls sehr stark zum Ausdruck. 85 Prozent dieser befragten jungen Frauen möchten eine Familie gründen. Wenn wir uns dann oft anschauen, wie sieht es zwischen Wunsch und Wirklichkeit aus, dann müssen wir feststellen, daß sehr viele sich zwei, ja sogar drei Kinder wünschen und in Wirklichkeit oft gerade ein einziges Kind haben.

Das heißt, es ist der Beruf für Frauen zunehmend ein eigener Wert geworden, der Absicherung und Unabhängigkeit bedeutet, und gleichzeitig ist der Wunsch nach Familie, nach Kindern genauso groß und stark da wie eh und je. Wir in der Politik sind alle gemeinsam aufgerufen, hier die Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir dürfen nicht so tun, als ob das der Wunsch einer Minderheit wäre. Nochmals, immer mehr junge Frauen äußern diese Wünsche. Es geht also primär um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das steht an erster Stelle als Maßnahme, daß wir alle miteinander, so wie wir hier sitzen und Verantwortung tragen, auch zur Bewußtseinsbildung, zur partnerschaftlichen Aufteilung der Familienarbeit beitragen, aber auch dazu beitragen, daß sich unsere Arbeitswelt familien- und frauenfreundlicher gestaltet, das heißt, flexible Arbeitszeiten für Frauen und Männer, damit auch Väter sich der Familie und den Kindern widmen können. Das bedeutet mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze, und hier ist das Land beispielhaft unter-

wegs, sowie Telearbeitsplätze vermehrt zu schaffen. Es bedeutet verbesserte, vielfältige, bedarfsgerechte Kinderbetreuungsmodelle. Auch hier hat das Land einen Entwurf auf den Tisch gelegt. Es bedeutet aber auch, und das ist ein Anliegen, wo wir auf Bundesebene das Gesetz noch verbessern sollten, daß es möglich wird, daß Frauen in der Karenzzeit den Kontakt zu ihren Firmen nicht verlieren, daß sie bis zur Geringfügigkeit auch mitverdienen dürfen bei Urlaubsvertretungen in Firmen oder ähnlichem, ohne daß ihnen die Karenzregelung verlorengeht. Hier sollten wir, glaube ich, ansetzen, denn das ist für Frauen wichtig. Sie sollen die Qualifikation nicht verlieren, und sie sollen auch den Wiedereinstieg problemlos schaffen können. Daß die Altersabsicherung, daß die Neubewertung von Arbeit hier natürlich ebenfalls angesprochen ist, das möchte ich nur erwähnen. Es ist eine langjährige Forderung, die wir nicht müde werden, zu betreiben und uns dahinterzustellen.

Wir haben im Lande eine Einrichtung, die uns hier solche Modelle, wie es gehen kann, wie diese Vereinbarkeit vor allem in bezug auf familienfreundliche Betriebe laufen kann, die uns das zeigt. Ich meine damit den Wettbewerb, eigentlich ein Frauenförderprogramm, nämlich „Taten statt Worte“. Seit dem Jahr 1990 läuft diese Aktion sehr erfolgreich, von der Steiermark ausgehend, auch in anderen Bundesländern Österreichs. Hier wird etwas umgesetzt, was mir der Chef eines Betriebes, den ich besucht habe, so erklärt hat. Er hat gemeint: „Ich möchte den Druck von den Frauen nehmen, – das ist ein Betrieb, in dem ausschließlich Frauen arbeiten, – denn dann kann ich sicher sein, daß mir diese Frauen die beste, die qualifizierteste Arbeit leisten, wenn sie nicht die Sorge um die Kinderbetreuung oder um die Familie haben.“ Darum geht es, daß Betriebe erfahren und lernen, daß wirtschaftliche Effizienz eigentlich gekoppelt ist und zusammenhängt mit Arbeitszufriedenheit, und daß wir hier wahrscheinlich sowohl für die Betriebe als auch für die Frauen das Beste erreichen können, wenn wir zu solchen Maßnahmen motivieren und wenn wir die Betriebe verstärkt darauf ansprechen. Gott sei Dank nehmen immer mehr Betriebe an solchen Bewerbungen teil. Allein im vorigen Jahr waren es schon 64, und das spricht sich herum. Ich möchte in diesem Zusammenhang dem Büro „Frau, Familie, Gesellschaft“ ein Danke sagen, weil es sich um die konkrete Umsetzung von Frauenanliegen auf vielfältige Weise so sehr bemüht, und ganz besonders eben um diese Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In diesem Sinn ein Danke an das Büro und ihre Leiterin, Frau Ridi Steibl, und an ihre Mitarbeiterinnen, und Ihnen allen ein Danke fürs Zuhören. (Beifall bei der ÖVP. – 20.07 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

**Abg. Gennaro (20.07 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

So viel Danksagung, wie die Freiheitlichen das bei der Blasmusik dem Landesrat Schmid gemacht haben, können wir jetzt gar nicht mehr nachholen, selbst wenn man noch eine Stunde reden würde zu dem Kapitel. Ich möchte mich mit meiner Wortmeldung auch bedanken für die positive Auswirkung des

seinerzeit von der ÖVP und SPÖ beschlossenen Budgets im Jahr 1995, weil damals wurden 60 Millionen Schilling für den Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds beschlossen und ein Beirat eingerichtet, mit dem den Steirern und Steirerinnen, wenn sie durch Kündigungen oder durch Konkurse ihre Arbeit verloren und damit Einkommensverluste haben, geholfen werden kann. In der Zwischenzeit wurden diese Unterstützungen durch geltende Richtlinien von der Landesregierung beschlossen und erweitert. Wir haben Förderungen für Einkommensverluste, die bis zu maximal 100.000 Schilling pro Jahr gehen. Wenn man sich die gesamte Situation anschaut, weiß man, welche finanzielle Probleme manche Familien haben. Ich bedanke mich auch dafür, daß das auch für Fort- und Weiterbildung möglich war. Das sind jetzt Beispiele, daß wir als Steirer sicherlich einmalig etwas unternehmen gegenüber anderen Bundesländern, weil wir auch für die Fort- und Weiterbildung für Steirerinnen und Steirer etwas tun, damit sie wieder leichter einen Job finden, etwa Kurskosten zum monatlichen Lebensunterhalt, Fahrtkosten und so weiter finanzieren. Dankenswerterweise finanziert das Ressort der Frau Landesrätin Dr. Rieder auch die Lehrlinge, also nicht Firmen, sondern Lehrlinge. Hier entstehen, und das wissen wir aus der Beiratssitzung, Kollege Schinnerl, oft Kosten für die Eltern, die sie in enorme finanzielle Schwierigkeiten bringen, weil Lehrlinge oft Quartierkosten, Fahrtkosten, spezielle Arbeitsmittel, Berufskleidung und nachweislich für Berufsschulen und Internatskosten zu zahlen haben, was eine große Belastung für die Eltern darstellt. Wir haben auch die Einstiegshilfen für Maturanten ausgeweitet, die keinen Job haben oder noch nie eine Arbeit hatten. Auch hier mehren sich die Fälle, daß mit dieser einjährigen Unterstützung für viele Maturanten eine Möglichkeit besteht, einen Job zu finden, wenn der Unternehmer, der den aufnimmt, gefördert wird, auch in der weiteren Folge dann diesen Arbeitsplatz für die Kollegin oder den Kollegen, der gefördert wird, erhalten kann. Die Landesregierung hat auf Vorschlag des Beirates bis heute, meine Damen und Herren, 33.182.941.000 Schilling an die Steirerinnen und Steirer ausbezahlt, und wir haben allein im heurigen Jahr über 400 Fälle behandelt. Ich danke daher auch dem Finanzlandesrat rückwirkend für seinen Weitblick, daß er damals die 60 Millionen ins Budget genommen hat, und ich danke dir, Frau Landesrat Rieder, für die positive, unbürokratische, rasche Erstellung der Richtlinien für die Änderung, damit wir diese Problematik ausweiten konnten. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Rechtsabteilung 9 darf ich auch Dank sagen, insbesondere dem Herrn Schlögl mit seinem Team, der für den Beirat wirklich vorbildlich in mühevoller Art und Weise die Vorbereitung der Sitzungsunterlagen vornimmt. Den Beiratsmitgliedern möchte ich auch für die konstruktive Zusammenarbeit und für die Einstimmigkeit der Beschlüsse danken, weil wir damit ja den in Not geratenen und hilfsbedürftigen Steirern helfen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Hoffnung liegt, daß wir unseren Antrag bezüglich Einführung eines steirischen Arbeitnehmerförderungsgesetzes umsetzen können und damit die ganzen Förderungsmöglichkeiten des Landes in ein Gesetz zusammenfassen, und wir dann auch dement-

sprechende Überblicke haben und Möglichkeiten, zu fördern. Liebe Frau Landesrat, dir sei gedankt, daß du für die Frage Siemens-Lehrwerkstätte dich so engagiert hast, und meine Bitte gilt jetzt an die Vertreter der Wirtschaft, an den Kollegen Purr, an den Kollegen Hohegger und alle, die damit zu tun haben, ich bitte, daß wir in diesem Notfall Siemens-Fohnsdorf die Not-situation anerkennen, und daß wir die Boykottsituation, die derzeit von der Wirtschaftskammer aus Gründen, die ich vielleicht – sage ich – von der Wirtschaft verstehe, mithelfen aufzuheben, daß wir den Berufsausbildungsbeirat dementsprechend grünes Licht geben, daß wir diese eine Situation mit den 41 Lehrlingen lösen können im Sinne der Betroffenen, im Sinne der Eltern. Es ist hier eine Ausnahmesituation. Und ich glaube, die haben wir gemeinsam zu meistern. Ich bitte um eure Unterstützung. (Beifall bei der SPÖ.)

Und aus aktuellem Anlaß, liebe Frau Landesrat, möchte ich jetzt eine Bitte an dich richten, und das verbleibende Geld im ANAF, das wir noch haben, würde eine Möglichkeit bieten, meine Damen und Herren. Wir haben 80 Dienstnehmer in der Region Köflach, die durch die Firma Koflach-Schuh bis Ende des Jahres ihren Job verlieren. Es sind überwiegend Frauen, die auf die Straße gestellt werden. Wir haben das Problem, daß es kein Konkurs ist und daß es keine Betriebs-schließung gibt. Die Unternehmensführung war zwar bereit, nicht eine Betriebsstiftung zu machen, aber den Sozialfonds aufzustocken und zu sagen, wir geben 1,5 Millionen Schilling als Sozialplan für die Gründung einer Stiftung, die Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer haben sich bereit erklärt, die das Glück haben, im Betrieb zu verbleiben, 1,2 Millionen Schilling für die drei Jahre, wo die Stiftung laufen soll, aus ihrer Tasche einzubringen, es fehlen noch 3,9 Millionen Schilling, weil diese Stiftung für drei Jahre für diese Dienstnehmer rund über 6 Millionen Schilling ausmacht. Ich bitte dich, und ich glaube auch, die Mitglieder des Beirates im ANAF werden dafür Verständnis haben, wenn wir in der Form versuchen, den Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern zu helfen, damit sie nicht von heute auf morgen auf der Straße stehen. Es gibt große soziale Probleme gerade bei den Frauen, die ihren Job verloren haben, die haben draußen nicht viel verdient, stehen jetzt auf der Straße und kriegen oft sehr wenig Arbeitslosengeld, weil sie ja dementsprechend niedrig verdient haben. Ich bitte dich, daß du versuchst, in der Regierung einzuwirken, daß wir aus dem ANAF eine Lösung finden. Danke! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 20.13 Uhr.)

**Präsident:** Ich bedanke mich und bitte die Frau Landesrätin Dr. Rieder, ihre Ausführungen zu beginnen.

**Landesrätin Dr. Rieder (20.13 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, bevor ich auf das Budget für das kommende Jahr zu sprechen komme, einen kurzen Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre, die für das Sozialressort mehr als schwierig waren. Es galt, einen Beitrag zur Budgetsanierung zu leisten, eine halbe Milliarde in zwei Jahren war vorgesehen. Und wie immer man zu diesen Budgets der letzten zwei

Jahre stehen kann, wichtig war mir, und das konnte auch erreicht werden, daß keine einzige Kürzung im Leistungsangebot der Jugendwohlfahrt, Sozialhilfe, Behindertenhilfe vorgenommen werden mußte. (Beifall bei der SPÖ.) Geändert wurde der Kostenaufteilungsschlüssel zwischen Land, Gemeinden beziehungsweise Sozialhilfeverbände. Die Statistik der letzten zwölf Jahre hat gezeigt, daß die Dynamik in den Budgets zwischen dem Land Steiermark und den Gemeinden wesentlich größer beim Land Steiermark war. Diese Maßnahme hat natürlich keine Zustimmung gefunden. Das verstehe ich, aber sie war notwendig. Zum damaligen Zeitpunkt war klar, und das ist auch heute noch so der Fall, soziale Bedürftigkeit, Krankheit, persönliches Schicksal hält sich weder an Statistiken oder an rein wirtschaftlich kalkulierte Prozentsätze. Um mehr oder auch nur gleich viele Leistungen bei weniger Ressourcen anzubieten, ist schon aus mathematischen Gründen ein Ding der Unmöglichkeit. Ich weiß schon, spätestens zu diesem Zeitpunkt wird meistens vom politischen Mitbewerber das Argument der Effizienz des Einsatzes der finanziellen Mittel vorgebracht, ein Vorschlag der Umschichtungen, wie manchmal gekommen ist, aber es wird geflissentlich übersehen, daß das Budget im Sozialressort zu 97 Prozent mit Pflichtleistungen belegt ist, das heißt, unter gewissen gesetzlichen Ansprüchen hat der Staatsbürger einen verbrieften Anspruch, und die Budgetmittel anderwärtig einzusetzen ist daher nicht möglich. Dieses Argument der mangelnden Effizienz ist manchmal oder sicherlich ein fragwürdiges, oft aus politischem Opportunismus vorgebracht, und es fehlen Redlichkeit oder inhaltliche Tatsachen. Natürlich können Reibungsverluste vermieden werden, können die Mittel effizienter eingesetzt werden, Verwaltungsabläufe gestrafft werden und die Verwaltung überhaupt moderner gestaltet werden. Die Errichtung einer neuen Fachabteilung für das Sozialwesen ist die Konsequenz dieses Vorbringens, und auch das gleiche gilt für die grundsätzliche, von mir in die Wege geleitete Neu- und Reorganisation der landeseigenen Jugendwohlfahrtseinrichtungen unter Einbeziehung der Heilpädagogischen Station, oder letztendlich auch die Umsetzung der nun im neuen Sozialhilfegesetz eingeführten erweiterten Planungskompetenz des Landes. Meine sehr geehrten Damen und Herren, was für die öffentliche Verwaltung gilt, gilt natürlich auch für die privaten Träger im Sozialbereich. Auch in diesem Punkt wird leider manchmal polemisch und aus parteipolitischen Überlegungen agiert, kommen private Träger in Schwierigkeiten, gibt es sofort Fürsprecher, die sich ohne Überprüfung der Effizienz der Leistung dieser Träger dafür einsetzen, daß mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, und zwar jenes Geld, das vorhin moniert wird, falsch eingesetzt zu werden. Ich meine aber, Hauptaugenmerk müssen die Klienten sein, die wir zu betreuen und im Auge haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vergangenen zwei Jahre waren auf Grund der finanziellen Rahmenbedingungen sehr schwierig, nicht einfach zu meistern, und trotzdem haben wir unter dem Motto „Nicht versorgen und abschieben, sondern helfen und integrieren“ ganz wesentliche Weichen für die Zukunft gestellt. Und, Herr Abgeordneter Schinnerl, Sie haben moniert, daß Sie zuwenig Denk-

anstöße von mir bekommen, bitte zuhören. Einrichtung der neuen Fachabteilung für das Sozialwesen, Bedarfs- und Entwicklungsplan für pflegebedürftige Menschen (Abg. Schinnerl: „Habe ich gelobt!“), Steirischer Behindertenplan mit den Modulen Arbeit und Wohnen, Jugendwohlfahrtsplan, Entwicklung eines Kosten- und Qualitätsmanagements im Sozialbereich, zertifiziert mit der ISO 9001, die ihren Niederschlag in einer neuen Tagsatzkalkulation finden wird, das neue Sozialhilfegesetz, der Entwurf zu einem neuen Jugendschutzgesetz, demnächst in der Regierung, und zahlreiche Aktivitäten im Bereich der Gewaltproblematik, die noch ihren Niederschlag finden werden in der Einrichtung eines neuen Kinderschutzzentrums in der Obersteiermark noch in diesem Monat. Und weiters werden in ganz kurzer Zeit einige Krisenwohnungen für Frauen auch eingerichtet werden. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Gennaro: „Ich glaube, das ist ein umfassendes Programm!“) Ich glaube schon, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die von mir nun erwähnten Projekte ein Ausdruck einer zukunftsorientierten Sozialpolitik in diesem Lande sind, und diese Politik kann österreichweit wirklich mit jedem Bundesland verglichen werden und ist herzeigbar.

Frau Abgeordnete Wicher, bevor ich nun zum neuen Budget komme, noch eine Anmerkung, weil Sie die Teilung des Pflegegeldes bei stationären Einrichtungen eingemahnt haben. Ich darf dazu sagen, es ist ein Arbeitskreis unmittelbar nach dem Antrag eingerichtet worden. Ich hoffe, daß dieser Arbeitskreis seine Arbeit bald abgeschlossen haben wird und daß wir dann zu einer, vor allem für Behinderte und deren Eltern, guten und tragbaren Lösung kommen. Nun zum Budget für das Jahr 1998. Es stehen knapp 3 Milliarden Schilling zur Verfügung: die Hälfte für die Behindertenhilfe, ungefähr 420 Millionen Schilling, eine halbe Milliarde für die Jugendwohlfahrt, und für die Sozialhilfe ist eine Milliarde vorgesehen. Was steckt nun hinter diesen nüchternen Zahlen? Zum Ersten wohl die Tausenden Menschen, die in der einen oder anderen Form als Leistungsbezieherinnen oder Leistungsbezieher auf diese Zuwendungen angewiesen sind. Dahinter steckt aber auch die Tatsache, daß der Sozialbereich mit mehr als 10.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in unserem Land ist. Denn über Tagsätze ermöglichen wir zum Beispiel den Betroffenen den Zugang zu stationären Einrichtungen, Beschäftigungstherapien, Tagesheimstätten, Frühförderungen. Wir sichern damit auch Tausende von Jobs für Menschen, die in diesen Berufssparten tätig sind. Allein im stationären Bereich sind es 7000 Arbeitsplätze. (Beifall bei der SPÖ.) Ich möchte vielleicht einige Beispiele noch anführen, die das weiter erläutern sollen: 14 Millionen Schilling für Tagesmutterprojekte, das heißt ungefähr 2000 Kinderbetreuungsplätze und das heißt 700 Frauenarbeitsplätze. 16 Millionen Schilling für die sozialökonomischen Betriebe bedeuten 312 Arbeitsplätze für Menschen, die in ihrer Ausgangssituation keine Chance hätten, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. (Beifall bei der SPÖ.) 30 Millionen Schilling für die Frühförderung bilden die Chance für 1000 Kinder, ein entsprechend besseres selbständiges Leben zu führen und für 100 hochspezialisierte Therapeuten einen entsprechenden Arbeitsplatz. Das gleiche gilt für alle Budgetansätze im Sozialbereich. Jeder einzelne Schilling dient der Verbesserung der

persönlichen Lebenssituation der Bezieher und sichert gleichzeitig Arbeitsplätze auch in anderen Bereichen. Zum Beispiel 10 Millionen Schilling aus dem Sonderinvestitionsprogramm bedeuten Subventionen für stationäre Einrichtungen, bedeuten aber genauso eine Unterstützung der Bauwirtschaft und der Nebengewerbe. Viele der angebotenen Leistungen, zum Beispiel Frühförderung, die verschiedenen Therapieformen in der Jugendwohlfahrt, sozialpolitisches Beschäftigungsprogramm, sind so angelegt, daß sie schadensminimierend wirken, das heißt, Nachfolgekosten verhindern oder zumindest niedriger halten. Eines sollte uns aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, immer am Herzen liegen, das ist das persönliche Wohlergehen und das Befinden der Klienten, und das soll wesentlich im Vordergrund vor finanziellen Überlegungen stehen. (Beifall bei der SPÖ.) Nicht unerwähnt möchte ich die rund 8 Millionen Schilling lassen, die für Lehrlingsprojekte vorgesehen sind. Hier geht es um die Zukunft junger Menschen, die auf Grund der derzeit herrschenden schwierigen Situation am Lehrlingsmarkt sonst eine traurige Perspektive hätten. Wir alle wissen, welches Konfliktpotential es gerade in der Jugendarbeitslosigkeit gibt. Wir brauchen nur in die Hauptstädte anderer europäischer Länder schauen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube mit Recht feststellen zu können, daß das vorliegende Budget für den Sozialbereich meiner Ansicht nach ein gelungener und gerechter Ausgleich der unterschiedlichsten Interessengruppen ist. Jede Veränderung zugunsten einer Gruppe würde bei den doch budgetmäßig begrenzten Mitteln zu Lasten einer anderen Gruppe gehen. Ich würde Sie bitten, diese Tatsache zu berücksichtigen. Es ist natürlich legitim, Lobbying zu betreiben. Es ist aber auch notwendig, meine Damen und Herren, den Blickwinkel auch auf ein ausgewogenes Ganzes zu richten. Tut man das nämlich nicht, erreicht man ein Auseinanderdividieren von Bevölkerungsgruppen, bei der garantiert jene Menschen auf der Strecke bleiben, die keinen medien- oder publicityträchtigen Aufhänger für ein entsprechendes Lobbying haben. Diesen Menschen müßte aber unser ganz besonderes Augenmerk gelten. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr Damen und Herren! Natürlich würde ich mir mehr Geld wünschen. Welcher Sozialreferent würde das nicht tun. Aber auch hier gilt das Prinzip der Ausgewogenheit im Hinblick auf das Gesamtbudget. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch nicht unerwähnt lassen, daß mir Regierungskollegen aller Fraktionen viel Verständnis für die Situation im Sozialbereich entgegengebracht haben, und auch Unterstützung. Wenn ich dir, Herr Abgeordneter Gennaro, genau zugehört habe, es geht um die Rettung der Arbeitsplätze in der Firma Koflach, so kann ich dir von dieser Stelle aus bereits mitteilen, daß Kollege Paierl, der jetzt auch gekommen ist, und ich gemeinsam einen Beitrag leisten werden, um diese Arbeitsplätze zu retten. (Beifall bei der SPÖ.) Ich glaube, daß dieses Beispiel von Koflach ein gutes und sinnvolles Beispiel der Zusammenarbeit ist. So wie ich Unterstützung und Verständnis in der Regierung erfahren durfte, so bitte ich auch Sie um Verständnis, und stimmen Sie diesem Sozialbudget zu. Arbeiten wir gemeinsam an einer verbesserten Lebenssituation für jene Menschen, die es aus eigener Kraft aus den unterschiedlichsten Grün-

den nicht schaffen, denn die budgetären Voraussetzungen sind gegeben. Abschließend noch ein Dank an jene, die mich bei meiner Arbeit unterstützt haben, an mein Büro und an die Kollegenschaft in den Abteilungen. Es wurde gute und sinnvolle Arbeit geleistet. Ein herzliches Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 20.27 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlußwort, wenn Sie es möchte.

**Abg. Gross:** Sie verzichtet.

**Präsident:** Ich bedanke mich. Wir kommen zu den Abstimmungen über erstens, Antrag der Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten zum ersten Teil der Gruppe 4 (Ansätze 41 bis 46) des Landesvoranschlages 1998. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Zweitens, über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Erhöhung des Budgets für den Beirat für Entwicklungszusammenarbeit. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Das ist ebenfalls die mehrheitliche Annahme.

Drittens, über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend den Fortbestand des Gehörlosen-, Kultur- und Jugendzentrums Andritz. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Viertens, über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Ausbau des Angebotes an Kurzzeitpflegeeinrichtungen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Fünftens, über den Beschlußantrag der Grünen und des LIF, betreffend Frauenberatungsstelle in der Obersteiermark. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist in der Minderheit.

Sechstens, über den Beschlußantrag der Grünen und des LIF, betreffend „Sonstige Förderungsmaßnahmen“ (429095). Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit.

**Präsident:** Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4 „Wohnbauförderung“, Ansatz Nr. 48. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schinnerl, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Schinnerl (20.30 Uhr):** Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Mündlicher Bericht Nr. 62: Bericht des Finanz-Ausschusses zur Wohnbauförderung in der Gruppe 4 des Landesvoranschlages 1998.

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 1997 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, betreffend den Landesvoranschlag 1998, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, beraten.

Bei den Beratungen wurde nachstehender Minderheitsantrag gestellt:

Minderheitsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner und Mag. Hartinger, betreffend die Wohnbauförderung in der Gruppe 4 des Landesvoranschlages 1998 gemäß Paragraph 23 Absatz 11 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Die obgenannten Abgeordneten haben folgendes beantragt:

Begründung: Im Rahmen der Budgetverhandlungen auf Regierungsebene kam es zu einer, bisher einzigartigen Vorgangsweise. Das gegenständliche, auf einer Einigung von SPÖ und ÖVP basierende Budget für das Jahr 1998, sieht die Verwendung finanzieller Mittel aus dem Wohnbau für Maßnahmen eines anderen Ressorts vor. Diese Maßnahme macht eine Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes erforderlich. Die mit der Umschichtung zusammenhängenden Vorgangsweisen der SPÖ-ÖVP-Mehrheit „verdienen“ eine besondere Erwähnung:

So ist das für Wohnbau zuständige Regierungsmitglied wenige Minuten vor Beginn der abschließenden Regierungsgespräche zum Budget 1998 vor die Tatsache gestellt worden, daß ihm aus seinem Ressort 300 Millionen Schilling weggenommen werden, ohne daß vorher darüber Verhandlungen geführt wurden. Diese soeben beschriebene Methode ist durch die SPÖ-ÖVP-Vertreter im Landtag in „angemessener“ Weise fortgesetzt worden. So wurde die beantragte Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes, welche die Wegnahme von 300 Millionen Schilling aus dem Wohnbauressort vorsieht, einfach dem Finanz-Ausschuß, und nicht dem primär dafür zuständigen Wohnbau-Ausschuß zugewiesen. (Abg. Günther Prutsch: „Das ist ja keine Berichterstattung, Herr Präsident!“) Da der Wohnbau als einziges Steirisches Ressort ein in sich geschlossenes funktionierendes System darstellt, sind die obig beschriebenen Vorgänge im höchsten Maße bedauerlich, insbesondere weil sie im Endeffekt einen Nachteil für alle steirischen Wohnbauförderungsbezieher bedeuten werden. (Abg. Günther Prutsch: „Da ist ja keine Berichterstattung!“ – Abg. Tasch: „Er liest ja keinen Bericht vor, da ist ja eine Debatte!“) Hier mußte quasi als Belohnung für eine erfolgreiche Ressortführung anderen Regierungsverantwortlichen – (Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: „Entschuldigung, Herr Berichterstatter, wenn ich Sie kurz unterbrechen darf. Herr Berichterstatter, ich habe den Zwischenruf gehört, das sei keine Berichterstattung, das sei ein Debattenbeitrag. Es ist ein Minderheitsantrag, der auch im Finanz-Ausschuß vorgetragen wurde, insofern ist es sehr wohl eine Berichterstattung!“) Ich bin beauftragt, diesen Bericht hier zu bringen, der schriftliche Bericht liegt vor.

Hier mußte quasi die Belohnung für eine erfolgreiche Ressortführung anderen Regierungsverantwortlichen Gelder aus dem Wohnbau zur Bedeckung

ihrer budgetären Defizite zur Verfügung gestellt werden. Letztendlich wird es dadurch auch „gelingen“, einen weiteren Erfolg im Wohnbauressort zu gefährden.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 1998 werden die nachfolgenden Ansätze der Gruppe 4 folgendermaßen abgeändert: 1/482034-7661 „Annuitätenzuschüsse an gemeinnützige Wohnbauvereinigungen und juristische Personen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1993“, Erhöhung um 130 Millionen Schilling auf 200.000.000 Schilling, 1/482034-7682 „Annuitätenzuschüsse an natürliche Personen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1993“, Erhöhung um 141,711 Millionen auf 290 Millionen Schilling, Schaffung des Ansatzes 1/482088-7100 „Kapitalertragssteuer“, mit 13 Millionen Schilling, daher Schaffung der Ansätze 2/480000-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 2 Millionen Schilling, 2/480000-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/482100-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 2 Millionen Schilling, 2/482100-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/482110-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 73 Millionen Schilling, 2/482110-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/482120-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 65 Millionen Schilling, 2/482120-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/482170-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 163 Millionen Schilling, 2/482170-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/482190-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 1000 Schilling, 2/482190-8201 „Zinsen für rückzahlbare Annuitätenzuschüsse“ mit 1000 Schilling, 2/482190-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/483100-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 17 Millionen Schilling, 2/483100-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, 2/489020-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 2 Millionen Schilling, 2/489020-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling; Ansatz 2/489100-8200 „Zinsen für Darlehen“ mit 700.000 Schilling; Ansatz 2/489100-8291 „Verzugszinsen und Spesenersatz“ mit 1000 Schilling, daher Bedeckung durch Rücklagenentnahme; Ansatz 2/981019-2983 „Entnahme aus der Investitionsrücklage (vorläufig)“ in Höhe von 284.711.000 Schilling. Dieser Antrag wurde im Finanz-Ausschuß nicht angenommen. Er wird hiemit wiederholt. Dipl.-Ing. Vesko e. h., Ing. Schreiner e. h. Mag. Hartinger e. h. Namens des Finanz-Ausschusses wird nachstehender Antrag gestellt:

Der Ansatz 48 und die Posten, betreffend die Wohnbauförderung in der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung – des Landesvoranschlages 1998, werden genehmigt. Der Obmann: Kurt Gennaro. Der Berichterstatter: Peter Schinnerl.

Mündlicher Bericht Nr. 63. Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 1997 zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, über den Landesvoranschlag 1998, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan über Beschlüßanträge beraten und zur Gruppe 4 – Wohnbauförderung – nachstehenden Beschlüß gefaßt:

Antrag: Der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, folgenden Beschlüßantrag beschließen: Zur Gruppe 4, Wohnbauförderung: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im ersten Halbjahr 1998 dem Landtag einen Entwurf einer Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes vorzulegen, mit dem einkommensschwachen Mieterinnen und Mietern nichtgeförderter Wohnungen Wohnbeihilfe als Mietenhärteausgleich gewährt werden kann. Antragsteller: Dipl.-Ing. Grabner, Herrmann, Schleich, Gross, Majcen und Posch. Der Obmann: Kurt Gennaro. Der Berichterstatter: Peter Schinnerl. (20.43 Uhr.)

**Präsident:** Nach dieser perfekten Berichterstattung komme ich zu den Wortmeldungen. Als Erster hat sich der Herr Abgeordnete Schinnerl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schinnerl (20.43 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wohnbau, Gruppe 4. Das Thema Wohnbau bewegt in unserem Land sehr viele Menschen. Ich denke, wir Freiheitliche haben berechtigten Anlaß, die Bevölkerung darüber aufzuklären, welches Doppelspiel die ÖVP und die SPÖ dabei spielen, und wie sie mit diesem Thema und mit den Menschen in unserem Land umgehen. Zuerst, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurde die Bevölkerung verunsichert, und der Wohnbau wurde im gesamten schlecht gemacht. Alles, was vom zuständigen Wohnbau-Landesrat gemacht wurde, wurde schlecht gemacht, kritisiert und negativ beurteilt, obwohl er es war, und nur er, meine sehr verehrten Damen und Herren, der den total verschuldeten Wohnbau im Jahr 1991 eigentlich gerettet hat. Der Wohnbau war mit Milliarden verschuldet. Die meisten hier im Haus wissen es noch. Mit mehr als 3 Milliarden Schilling war der damalige Wohnbau verschuldet. Durch das neue Wohnbauförderungsgesetz, welches damals einstimmig im Landtag beschlossen wurde, mit Unterstützung der ÖVP und der SPÖ, wurde der Wohnbau gerettet, und zwar auf lange Sicht gerettet. Die Wohnbaufinanzierung wurde laut damaligem Beschlüß auf 20 Jahre hindurch sichergestellt. Ich glaube, es kann niemand bestreiten, daß der Wohnbaureferent sein Referat zur vollsten Zufriedenheit führt und finanziell abgesichert ist – nach dem Gesetz ist das auch verpflichtend. Ich kann mir schon vorstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP und SPÖ, daß das so manchem von euch nicht paßt, wenn ein Regierungsmitglied in seinem Ressort auch noch ein Geld hat, obwohl wir wissen, daß dieses Geld nicht direkt so wie am Sparbuch zur Verfügung steht. Ich glaube, es ist auch wichtig, daß hier ein Referat geführt wird, wo man auch sagen kann, daß die Bevölkerung und die Wohnungssuchenden auch erwarten können, daß sie weiterhin unterstützt werden und daß es keine Gefahr gibt, daß hier notwendig und zugesagte Förderungen nicht bezahlt werden können. Viele Wünsche und Forderungen wurden daher in letzter Zeit auch immer wieder mit Anträgen von der ÖVP und von der SPÖ gestellt. Jede Menge von Anträgen liegen vor. Über diese Anträge und über diese Forderungen werden derzeit Parteienverhandlungen, Unterausschußverhandlungen ge-

führt. Wir haben achtmal in Unterausschußsitzungen beraten, wie wir diese Wünsche und Anregungen für die Wohnungssuchenden und für die Menschen in der Steiermark im Wohnbauförderungsgesetz verankern können. Wie schon gesagt, es haben bisher acht Verhandlungen stattgefunden. Alle haben immer wieder versucht, gewisse Dinge so darzustellen und darzulegen, wie man Verbesserungen für die Betroffenen erreichen kann. Immer wieder wurde gefragt, können wir uns das auch leisten, und können wir alle unsere Forderungen unterbringen. Wir haben uns im Ausschuß geeinigt, daß wir einmal über alle Anträge beraten. Wir haben im Ausschuß das Gesetz eigentlich punktuell beschlossen. Wir haben über die Verordnung gesprochen. Es war der Wunsch, hier die Verordnung und das Gesetz gemeinsam zu verhandeln, obwohl einige Fraktionen der Meinung waren, man könnte auch die Verordnung vorziehen, damit die Wohnungssuchenden vorher schon zu ihren Vorteilen oder besser gesagt zu ihrer Unterstützung kommen. Die SPÖ hat den Wunsch geäußert, nein, das sollen wir nicht tun. Wir haben diesem Wunsch nachgegeben und sind ihnen entgegengekommen. Und siehe da, während den Parteienverhandlungen gab es plötzlich Pressekonferenzen, was alles im Wohnbau nicht weitergeht, was man alles nicht macht, obwohl es eigentlich üblich ist, daß während den Parteienverhandlungen und bei den Unterausschußverhandlungen keine solchen Pressekonferenzen und Presseaus-sendungen gemacht werden, und wenn sie gemacht werden, so kann ich mir nur vorstellen, werden sie vom Unterausschuß gemeinsam gemacht. Das kann ich mir schon vorstellen. Und dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehen über Nacht genau die gleichen, die vorher sämtliche Wünsche eingebracht haben, her und nehmen dem Wohnbau so mir nichts, dir nichts 300 Millionen Schilling weg. 300 Millionen Schilling an Zinsen, die von den Wohnungswerbern, von der Bevölkerung, von den Einfamilienhäuselbauern bezahlt werden. Diese Beträge, diese Zinsen, nimmt man einfach hierher und stopft Budgetlöcher von anderen Ressorts. (Abg. Majcen: „Jetzt hörst aber auf!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Genau die gleichen, die ÖVP und die SPÖ, nehmen dem Wohnbau das Geld weg und fordern auf der anderen Seite unverschämt weitere Verbesserungen. Und wir im Ausschuß machen uns ernstlich Gedanken, wie wir mit diesem Geld sparsam umgehen, und wie wir das auch an die wohnungssuchenden und wohnungsbedürftigen Menschen verteilen können. Der Finanzlandesrat hat sich nicht gescheut, seinem Regierungsmitglied Landesrat Michael Schmid diese Mittel einfach wegzunehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Finanzlandesrat hat eine gewisse Geschicklichkeit. Der Finanzlandesrat Ressel war mit der Hand früher drinnen in der Hosentasche vom Wohnbaulandesrat Michael Schmid als unser Wohnbaulandesrat selbst. Der Landesfinanzreferent hat ihm die Mittel herausgenommen, bevor es eigentlich der für den Wohnbau zuständige Landesrat bemerkt hat. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Flecker: „Was ist jetzt sittlich?“ – Abg. Mag. Bleckmann: Einen anderen in die Hosentasche greifen, ist nicht sehr sittlich, Herr Kollege Flecker!“)

Und meine sehr verehrten Damen und Herren! Und wenn wir von der Kinderstube reden, das hat was mit der Kinderstube zu tun. Man greift nicht dem anderen Regierungskollegen in die Hosentasche, und es hat auch was mit der Kinderstube zu tun, was der Abgeordnete Majcen gesagt hat in seiner Generalrede, wo er gesagt hat, es gibt einige, die haben keine Kinderstube. Es ist auch keine Kinderstube, wenn man mit einem Regierungsmitglied über solche einschneidende Maßnahmen überhaupt nicht redet. Das ist schon gar keine Kinderstube, möchte ich sagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich frage mich da eigentlich nur, wenn ich so in die Runde schaue, wo die Parteienverhandler von der SPÖ sitzen, die Abgeordneten Otto Heibl, Dipl.-Ing. Grabner, Franz Majcen, Posch und wie sie alle heißen, alle – und das muß ich sagen – alle waren bei den Unterausschußsitzungen, ich glaube, das waren sehr gute Verhandlungen, sehr, sehr positiv ist hier verhandelt worden, und wir haben uns wirklich darüber Gedanken gemacht. Und wenn ich mich noch erinnere, genau am gleichen Tag, wie wir die letzte Unterausschußverhandlung gehabt haben, ist ja schon einmal zehn oder 24 Stunden vorher in der Zeitung gestanden, daß die 300 Millionen einfach weggeschnappt werden, aus, Schluß, basta. Da hat niemand mehr was zu reden, die Millionen werden ad saccum aus der Tasche geraubt, und schließlich sind sie weg.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren, es soll ja keiner glauben, daß nach der jetzigen Periode die 300 Millionen jemals wieder zum Wohnbau kommen. Ich kann mir das nicht vorstellen, obwohl es uns von gewissen Personen eingeredet wird. Aber noch einmal zu den Parteienverhandlungen. Abgeordneter Heibl, Grabner, Majcen, Posch, was stellt ihr euch da überhaupt vor? Glaubt ihr, daß ihr von euren Regierungsverantwortlichen überhaupt noch ernst genommen werdet? Die schicken euch zu Verhandlungen, ihr sollt die Anträge dort durchbringen, die ganzen Forderungen und Förderung, und auf der anderen Seite schnappen eure eigenen Regierungsmitglieder das dafür notwendige Geld weg. Bedankt euch bei diesen einmal. Aber ich habe festgestellt, sie verstecken sich dahinten, alle sind ziemlich ruhig. Keiner sagt etwas, wir nehmen das zur Kenntnis. Es waren sogar ein paar merkwürdige Aussagen dabei, die gelautet haben, naja, wir werden schon alles machen können, und die 300 Millionen werden wir verkraften. Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Politiker müßt ihr mir zeigen, der 300 Millionen Schilling nicht hat, die er aber vergeben soll, wie das ausschauen soll? Wer im Hohen Haus kann mir das erklären? Und wenn der Finanzlandesrat gesagt hat, kein einziges Wohnhaus wird weniger gebaut werden, wenn wir die 300 Millionen Schilling nicht haben. Da muß ich sagen, was er sich bei dieser Aussage denkt, ich kann mir gut vorstellen, leider nicht sehr viel. Weil, wenn ich weniger Geld habe, kann ich nicht gleichviel für die Bevölkerung oder für die Wohnungssuchenden zur Verfügung stellen. (Beifall bei der FPÖ.) Und was mir noch aufgefallen ist, mit welcher Doppelzüngigkeit hier gearbeitet wird, das muß ich wirklich erwähnen. Fast sämtliche Forderungen von der SPÖ und auch sehr viel von der ÖVP sind in der neuen Verordnung, die jetzt Gott sei Dank rechtskräftig ist,